

STEUERBILANZPOLITIK

- Entscheidungsprobleme der interperiodischen Allokation
von Ertragsteuerzahlungen -

Hans Röthel

1973

STEUERBILANZPOLITIK

- Entscheidungsprobleme der interperiodischen Allokation
von Ertragsteuerzahlungen -

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

Revisor: Prof. Dr. Peter Schögl
Korreferent: Prof. Dr. Edmund Reisinger

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Februar 1974
vorgelegt von

Hans Röthel

1974

STEUERRECHT

Einzelsteuern des Einkommensteuergesetzes
von Einkommensteuern

Prüfungsausschuss

zur Erlangung des Doktorgrades

an der Universität zu Köln

von Herrn Dr. phil. habil. Hans Rühl

zu Köln

Referent: Prof. Dr. Peter Scherpf

Korreferent: Prof. Dr. Edmund Heinen

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Februar 1973

Hans Rühl

1973

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
0 EINFÜHRUNG	1
01 Zielsetzung der Arbeit	1
02 Wissenschaftstheoretische Grundlagen einer Modellanalyse	2
021 Zwecke der Modellbildung	2
022 Beurteilung von Modellen	10
023 Teil MEINER MUTTER Einführung	10
03 Abgrenzung des Lebensunterhalts	25
1 WESSEN UND STRUKTUR EINER STEUER-	
BILANZPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNG	26
11 Stellung des Steuerrechts im Entscheidungsfeld	26
111 Elemente einer Steuerrechts	29
112 Instrumentalisierung des Steuerrechts	32
1121 Steuerliche Wahlrechte	32
1122 Steuerliche Sachverhaltsbeurteilung	34
113 Zuordnung des Steuerrechts zum Entscheidungsfeld	37
12 Wesen des WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN Entscheidungs-	42
prozesses	
121 Anregung und Entscheidungsfindung	43
122 Alternativengenerierung	47
123 Auswahl der optimalen Vorgehensweise	50
124 Willensdurchsetzung	55
13 Organisationsstrukturierung des Entscheidungs-	57
prozesses	
2 ANALYSE DES STEUERBILANZPOLITISCHEN	
DISPOSITIONSPOLITISCHEN RAUMS	59
21 Steuerbilanzpolitik und periodengerechte	
Gewinnermittlung	59
22 Dispositionsfreiheit der Steuerbilanzpolitik	70

MEINER MUTTER



Verzamelde
Bijzondere
Teg der vriedelikeke Verzamelde in Leiden 1812

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
0 EINFÜHRUNG	1
01 Zielsetzung der Arbeit	1
02 Wissenschaftstheoretische Grundlagen einer Modellanalyse	8
021 Zwecke der Modellbildung	8
022 Beurteilung von Modellen	16
023 Totale und partielle Modellformulierung	19
03 Abgrenzung des Erkenntnisobjekts	25
1 WESEN UND STRUKTUR EINER STEUER- BILANZPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNG	28
11 Stellung des Steuerrechts im Entscheidungsfeld	28
111 Datencharakter des Steuerrechts	29
112 Instrumentalcharakter des Steuerrechts	32
1121 Steuerliche Wahlrechte	33
1122 Steuerliche Sachverhaltsgestaltungen	34
113 Zuordnung des Steuerrechts zum Entscheidungsfeld	37
12 Phasen des steuerbilanzpolitischen Entscheidungs- prozesses	42
121 Anregung und Erwartungsbildung	43
122 Alternativenentwicklung	47
123 Auswahl der optimalen Verhaltensweise	50
124 Willensdurchsetzung	52
13 Organisatorische Gestaltung des Entscheidungs- prozesses	53
2 ANALYSE DES STEUERBILANZPOLITISCHEN DISPOSITIONSSPIELRAUMS	57
21 Steuerbilanzpolitik und periodengerechte Gewinnermittlung	57
22 Dispositionsfreiheit der Steuerbilanzpolitik	70

221	Entscheidungstatbestände im Bilanzierungsbereich	73
2211	Geringwertige Wirtschaftsgüter	75
2212	Abgrenzbare Gebäudebestandteile	76
2213	Herstellungs- und Erhaltungsaufwand	78
2214	Steuerfreie Rücklagen	79
22141	Rücklage für Preissteigerung	81
22142	Rücklage für Ersatzbeschaffung	82
22143	Rücklage nach § 6 b EStG	83
22144	Rücklage für Zuschüsse	86
2215	Rückstellungen	86
22151	Allgemeine Einflußmöglichkeiten	87
22152	Pensionsrückstellungen	91
222	Entscheidungstatbestände im Bewertungsbereich	95
2221	Ermittlung der Herstellungskosten	96
2222	Abschreibungswahlrechte	103
22221	Absetzung für Abnutzung	104
22222	Sonderabschreibungen	109
22223	Teilwertabschreibung	111
2223	Wertberichtigung von Forderungen	112
223	Verlustabzug als Entscheidungstatbestand	114
23	Dispositionsgebundenheit der Steuerbilanzpolitik	115
24	Formulierung steuerbilanzpolitischer Alternativen	118
3	INTEGRATION DER STEUERBILANZPOLITIK IN DAS SYSTEM DER UNTERNEHMUNGSPOLITIK	134
31	Steuerbilanzpolitik im Zielsystem der Unternehmung	134
32	Steuerbilanzpolitik im Entscheidungsfeld der Unternehmung	142
4	ENTSCHEIDUNGSMODELLE ZUR STEUER- BILANZPOLITIK	144
41	Interpretatorische Konkretisierung der Entschei- dungssituation	144
42	Kritische Analyse bestehender Lösungsansätze	148

421	Steuerbilanzpolitik in der traditionellen Literatur	148
422	Entscheidungsmodell der Gewinnivellierung	153
423	Entscheidungsmodell der Steuerbarwertminimierung	154
424	Entscheidungsmodell der Nettokapitalwertmaximierung	156
425	Vergleich der konkurrierenden Kalküle	159
43	Totalmodell als Bezugspunkt steuerbilanzpolitischer Reflexionen	161
44	Steuerbilanzpolitik als kybernetischer Prozeß	171
45	Entwicklung eines Grundmodells der Steuerbilanzpolitik	181
451	Zielfunktion	182
452	Nebenbedingungen	187
4521	Informationspolitische Restriktionen	187
4522	Liquiditätspolitische Restriktionen	191
453	Abgrenzung des Entscheidungsfeldes	193
4531	Einzahlungsreihe	195
4532	Auszahlungsreihe	197
4533	Kalkulationszinsfuß	202
45331	Allgemeine Ableitung des Kalkulationszinsfußes	203
45332	Einfluß der Besteuerung auf den Kalkulationszinsfuß	214
454	Lösungsalgorithmen	219
46	Erweiterungen des Grundmodells	224
461	Steuerbilanzpolitische Kollektiventscheidung	225
4611	Problematik kollektiver Entscheidungsfindung	225
4612	Typen kollektiver Entscheidungsprozesse	231
462	Berücksichtigung eines unvollkommenen Informationsstandes	236
4621	Planaktualisierung	237
4622	Flexibilität des Planungsverfahrens	239
4623	Flexibilität des Aktionsprogramms	244
5	SCHLUSSBETRACHTUNG	252
	Abkürzungsverzeichnis	257
	Literaturverzeichnis	260

"Management is a decision-making process; and there are few business decisions with such serious and varied consequences as taxation."¹⁾

0 EINFÜHRUNG

01 Zielsetzung der Arbeit

Das gegenwärtige Bemühen der Betriebswirtschaftslehre ist dadurch gekennzeichnet, daß sie als Ausgangspunkt ihrer Reflexionen eine Theorie wählt, die sowohl auf die Erklärung gewisser Phänomene des sozialen Geschehens als auch auf die Lösung von Problemen des rationalen Verhaltens gerichtet ist.²⁾ Dabei ist der entscheidungsorientierte Ansatz der Betriebswirtschaftslehre dadurch gekennzeichnet, daß auf der Basis einer deskriptiven Theorie des menschlichen Entscheidungsverhaltens versucht wird, "den Ablauf von Entscheidungsprozessen in Unternehmungen zu erklären und Verhaltensempfehlungen für die Entscheidungsträger zu geben."³⁾ Gegenstand von Entscheidungen bilden diejenigen Tatbestände einer Betriebswirtschaft, die einer dispositiven Beeinflussung zugänglich sind.

Die Entscheidung⁴⁾ wird allgemein als der bewußt vollzogene Wahl-

- 1) Holzman, Robert S., Tax Basis For Managerial Decisions, New York/Chicago/San Francisco/Toronto/London 1965, S. 1.
- 2) Vgl. hierzu auch Albert, Hans, Probleme der Theoriebildung. Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien, in: Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften, Hrsg. Hans Albert, Tübingen 1964, S. 3-70 (11).
- 3) Heinen, Edmund, Der entscheidungsorientierte Ansatz der Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1971, S. 429-444 (430).
- 4) Vgl. hierzu Wittmann, Waldemar, Unternehmung und unvollkommene Information. Unternehmerische Voraussicht, Ungewißheit und Planung, Köln/Opladen 1959, S. 149; Kloidt, Heinrich/Dubberke, Hans-Achim/Göldner, Jürgen, Zur Problematik des Entscheidungsprozesses, in: Organisation des Entscheidungsprozesses, Hrsg. Erich Kosiol, Berlin 1959, S. 9-22 (11); Angermann, Adolf, Entscheidungsmodelle, Frankfurt/Main 1963, S. 26;

akt eines Menschen aufgefaßt, der einen in der Zeit ablaufenden Vorgang, den geistigen Prozeß der Willensbildung, darstellt und der je nach Art des Entschlusses unterschiedliche Verhaltensweisen determiniert. Formales Koordinationsprinzip zwischen Zielen und Mitteln, als deren Relation sich jede Entscheidung darstellen läßt, bildet für ein einzelnes Individuum in der Masse der Fälle das Rationalprinzip. Willensbildung, Willensdurchsetzung und Kontrolle stellen in ihrer Gesamtheit das analytische Denkschema des unternehmerischen Entscheidungsprozesses dar.

Steuern als einmalige oder laufende, von den öffentlichen Körperschaften ohne Gegenleistung erhobene Geldleistungen mit Zwangscharakter¹⁾ beeinflussen den unternehmerischen Entscheidungsprozeß in zweifacher Weise: als Problem und Datum zugleich. "Eine Betriebswirtschaftslehre, welche die Steuer in ihrer komplexen

Rosenstock, Hans Adolf, Die Entscheidung im Unternehmensgeschehen, Bern 1963, S. 24 ff; Witte, Eberhard, Analyse der Entscheidung. Organisatorische Probleme eines geistigen Prozesses, in: Organisation und Rechnungswesen, Festschrift für Erich Kosiol, Hrsg. Erwin Grochla, Berlin 1964, S. 101-124 (112 ff); Kosiol, Erich, Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 201 f; Gäfgen, Gérard. Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Untersuchungen zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns, 2. Aufl., Tübingen 1968, S. 23; Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität. Ein Beitrag zur Theorie der Unternehmungsziele, Wiesbaden 1968, S. 58 f; Griem, Heinrich, Der Prozeß der Unternehmungsentscheidung bei unvollkommener Information. Eine Ablauf- und Problemanalyse, Berlin 1968, S. 27 ff; Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen. Das Zielsystem der Unternehmung, 2. Aufl., Wiesbaden 1971, S. 18 ff; ders., Industriebetriebslehre als Entscheidungslehre, in: Industriebetriebslehre, Entscheidungen im Industriebetrieb, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1972, S. 21-70 (48 ff); ders., Zielanalyse als Grundlage rationaler Unternehmungspolitik, in: Zielprogramm und Entscheidungsprozeß in der Unternehmung, in: Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 11, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1970, S. 7-26 (8).

1) Vgl. Mack, Julius, Die Steuern im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen, Diss. Frankfurt/Main 1959, S. 32.

Wirkung auf die Betriebe nicht berücksichtigt, entbehrt ... einer wirklichkeitsnahen Aussagekraft und kann keine ausreichende Grundlage für betriebliche Dispositionen darstellen."¹⁾

Die Auswirkungen der Besteuerung auf betriebswirtschaftliche Geschehnisabläufe bilden das Untersuchungsobjekt der herkömmlichen Steuerwirkungslehre.²⁾ "Von einer Steuerpolitik der Unternehmung kann man erst dann sprechen, wenn diese im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen aus innerwirtschaftlichen Gründen, die zumeist solche finanzpolitischer Art sind, nach Wegen sucht, um den steuergesetzlichen Anspruch des Fiskus auf eine Weise zu befriedigen, die die geringsten Schäden für die Unternehmung im Gefolge haben."³⁾

Die betriebliche Steuerpolitik umfaßt damit die reaktiven Maßnahmen, um - entsprechend den Zielen der Unternehmung - die negativen Wirkungen der Besteuerung zu verringern oder zu vermeiden.⁴⁾

Als Disziplin der Betriebswirtschaftslehre⁵⁾, einer angewandten Wissenschaft, hat die betriebswirtschaftliche Steuerlehre bei entscheidungsorientierter Betrachtungsweise sowohl Erklärungs- als auch Gestaltungsaufgaben zu erfüllen.⁶⁾ Die Erklärungsfunktion der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre wird, soweit sie in der Be-

1) Scherpf, Peter, Steuerpolitik, betriebswirtschaftliche, in: HdB, 3. Aufl., Bd. 3, Stuttgart 1960, Sp. 5173-5185 (5173).

2) Vgl. Recktenwald, Horst C., Steuerwirkungen, in: HdSW Bd. 10, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1959, S. 182-191.

3) Findeisen, Franz, Die Reserven der Unternehmung mit besonderer Berücksichtigung der Steuer, Berlin 1922, S. 182.

4) Vgl. Scherpf, Peter, Steuerpolitik, a. a. O., Sp. 5175.

5) Vgl. Heinen, Edmund, Die betriebswirtschaftliche Steuerlehre als Disziplin der Betriebswirtschaftslehre, in: Steuern und Unternehmungspolitik, Festschrift für Ewald Aufermann, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1958, S. 121-129.

6) Vgl. hierzu Heinen, Edmund, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 23 f.

schreibung steuerlicher Entscheidungskonsequenzen besteht, in der Steuerwirkungslehre verkörpert. Die Gestaltungsfunktion, die de lege lata die Ableitung steuerlicher Verhaltensnormen zur bestmöglichen Erreichung bestimmter vorgegebener betriebswirtschaftlicher Ziele beinhaltet¹⁾, fällt demgegenüber der betrieblichen Steuerpolitik zu. "Zu vielen Entscheidungsproblemen vermag die Betriebswirtschaftslehre bislang nur das zu deren Lösung erforderliche Grundlagenwissen zu vermitteln. Für einige Entscheidungsprobleme liefert die Betriebswirtschaftslehre Erklärungsmodelle, die direkte Hinweise auf mögliche Auswirkungen von Entscheidungsalternativen enthalten. Vergleichsweise gering ist die Zahl jener Entscheidungsprobleme, für die konkret-rechnerische Entscheidungsmodelle zur Bestimmung optimaler oder befriedigender Lösungen bestehen."²⁾ Angesichts der Vernachlässigung der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre als Wissenschaft gilt diese Feststellung in verstärktem Maße für die betriebliche Steuerpolitik.³⁾ Zweifellos muß jedoch "das Hauptbestreben einer angewandten oder besser 'anwendbaren' betriebswirtschaftlichen Entscheidungstheorie ... ja wohl darin bestehen, die Entscheidungsträger in der Praxis zu beraten, ihnen Empfehlungen an die Hand zu geben, wie sie sich in konkreten Entscheidungssituationen verhalten sollen".⁴⁾

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Auseinandersetzung mit Entscheidungsproblemen, die sich ergeben, wenn bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns mehr oder weniger begrenzte Bilanzierungs- und Bewertungsfreiheiten bestehen und dadurch eine inter-

1) Vgl. Lausberg, Friedrich-Wilhelm, Zum Problem der Steuersystemkonzeption aus der Sicht der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, in: ZfB 1972, S. 421-438 (426 f).

2) Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 264.

3) Erichsen, Manfred, Der Realismus der Steuerplanung in der Theorie der Unternehmung und in der Wirtschaftspraxis, in: FR 1968, S. 380-384 (380).

4) Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftslehre heute, Wiesbaden 1966, S. 5.

periodische Verlagerung von Ertragsteuerzahlungen - Zahlungen für Körperschaftsteuer und/oder Einkommensteuer sowie Gewerbeertragsteuer - möglich wird.¹⁾ Das bedeutet eine Auseinandersetzung mit der Problematik der optimalen Verwendung bzw. Verteilung knapper Mittel hinsichtlich der Art der Verwendung, der Zeit oder des Raumes (Allokation).²⁾

In die Entscheidungen miteinbezogen werden müssen Erkenntnisse der Investitionstheorie, die sich allgemein mit Aktionen befaßt, von denen Zahlungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten abhängen, gleich in welcher Folge die Ein- und Auszahlungen stattfinden.³⁾ Die normative Basis der zu analysierenden Entscheidungen bilden die für die Gewinnermittlung nach § 5 EStG⁴⁾ bestehenden Möglichkeiten

- 1) Damit wird nur der materielle Aspekt einer Bilanzpolitik angesprochen. Zur Unterscheidung zwischen einer auf die inhaltliche Gestaltung des Abschlusses gerichteten materiellen Bilanzpolitik und einer auf dessen äußere Form gerichteten formellen Bilanzpolitik vgl. Mutze, Otto, Zur Systematik bilanzpolitischer Maßnahmen (I), in: NB 1964, S. 107-111 (109). Ausgeklammert bleiben auch die Probleme einer Bilanzierung latenter Steuerverpflichtungen bei interperiodischer Verlagerung von Ertragsteuern. Vgl. Black, Homer A., Assisted by the Staff of the AICPA Accounting Research Division, Interperiod Allocation of Corporate Income Taxes, New York 1966; Bierman, Harold jr., review of ibidem, in: The Accounting Review 1967, S. 418-420; Nurnberg, Hugo, Present Value Depreciation and Income Tax Allocation, in: The Accounting Review 1968, S. 719-729; Richard, Donald L., Difficulties in Tax Allocation on General Price-Level Increases, in: The Accounting Review 1968, S. 730-737; Borcke, Mathias von, Eigenständigkeit der Handelsbilanz und Bilanzierung von aufgeschobenen Ertragsteuern, in: WPg 1971, S. 648-653.
- 2) Vgl. Engels, Wolfram, Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Licht der Entscheidungstheorie, Köln/Opladen 1962, S. 29. Eine systematische Aufzählung und Abgrenzung der Bestimmungsfaktoren des Allokationskalküls findet sich bei Kauffmann, Albrecht, Kosten- und Investitionstheorie als betriebswirtschaftliche Ansätze zur Lösung des Allokationsproblems, Diss. München 1970, S. 207 ff.
- 3) Vgl. Hax, Herbert, Investitionstheorie, 2. Aufl., Würzburg/Wien 1972, S. 5.
- 4) § 5 EStG in der Fassung des Gesetzes vom 1. Dezember 1971.

der Beeinflussung des Steuerbilanzerfolges in der Bundesrepublik Deutschland ohne Berücksichtigung der Besonderheiten Westberlins.

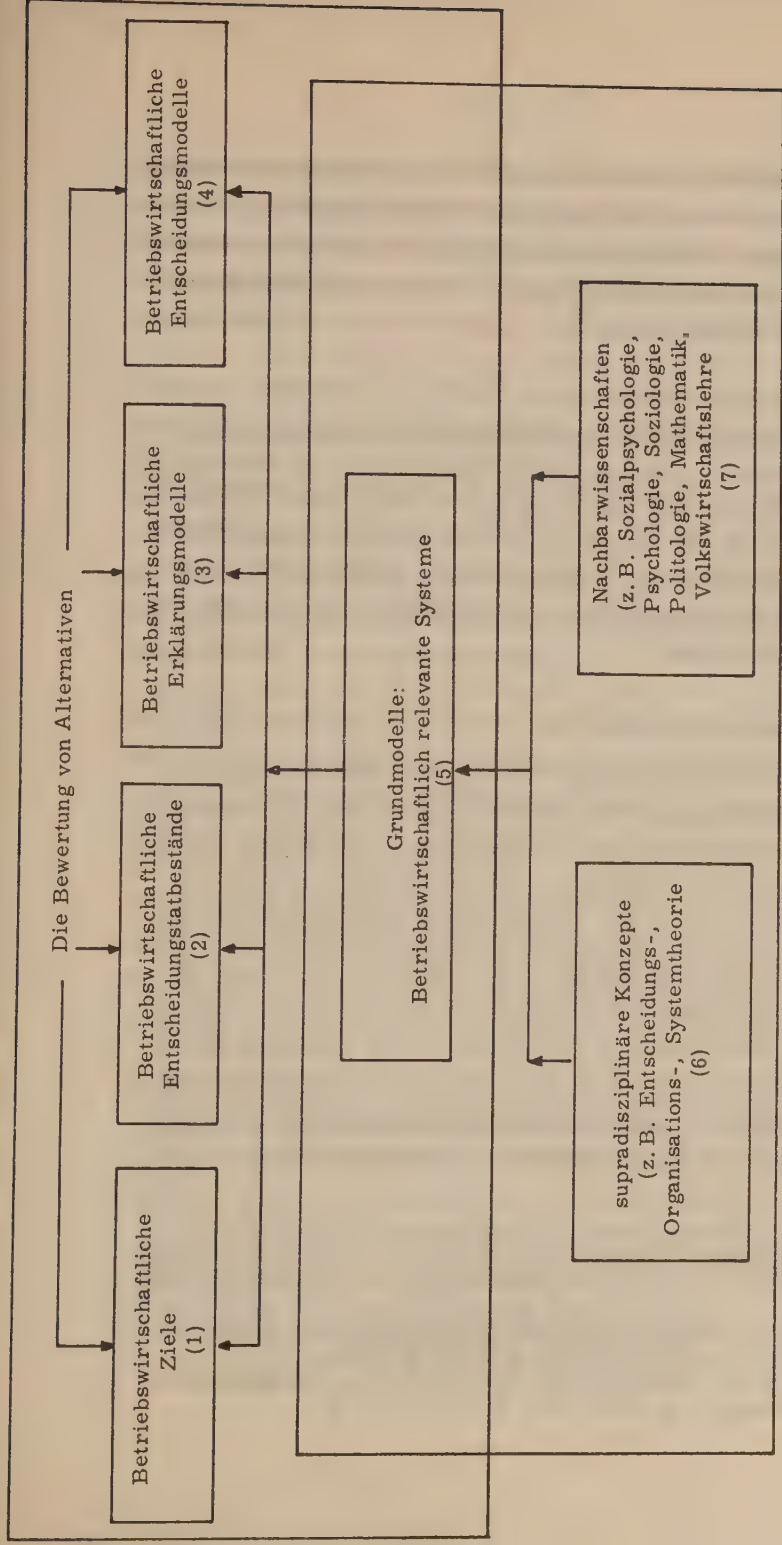
Damit ist der thematische Standort der vorliegenden Untersuchung zwischen positiv-rechtlichen Bestimmungen des deutschen Steuerrechts und den Problemlösungen der Investitionstheorie aufgezeigt. Der Gang der Untersuchung, der den der entscheidungsorientierten, angewandten Betriebswirtschaftslehre zugrunde liegenden Systemgedanken¹⁾ gemäß nachstehender Abbildung wiedergibt, ist folgendermaßen:

Nach Erarbeitung wissenschaftstheoretischer Grundlagen einer Modellanalyse und Abgrenzung des Erkenntnisobjekts werden zunächst - gewissermaßen im Rahmen der Grundmodelle einer entscheidungsorientierten betriebswirtschaftlichen Steuerlehre - die für steuerliche Problemlösungen grundlegenden Überlegungen und Verrichtungen analysiert, die dem gedanklichen Prozeß einer steuerbilanzpolitischen Entscheidung immanent sind.

Im weiteren Verlauf wird das Entscheidungsfeld auf die Entscheidungstatbestände hin untersucht. Gleichzeitig wird der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum systematisiert und charakterisiert. Daran knüpft sich die Diskussion betriebswirtschaftlich-steuerlicher Ziele und Erklärungsmodelle. Im Anschluß daran werden Entscheidungsmodelle sowie Entscheidungsverfahren angesprochen. Diese Analyse geschieht derart, daß zunächst die bestehenden Lösungsansätze der Steuerbilanzpolitik²⁾ (Gewinnivellierung, Minimierung des Barwerts der Steuerbeträge und Maximierung des Kapitalwerts der Gewinne nach Steuern) dargestellt und einer kritischen Betrachtung

1) Vgl. Heinen, Edmund, Der entscheidungsorientierte Ansatz, a. a. O., S. 431; Kirsch, Werner/Meffert, Heribert, Organisationstheorien und Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1970, S. 16.

2) Vgl. hierzu Melcher, Günther-Herbert, Planungskonzepte für die betriebliche Steuerpolitik, in: DB 1971, S. 108-111 (110); Heigl, Anton, Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, in: StuW 1971, S. 127-138 (130).



System der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre

unterzogen werden. Abschließend wird der Versuch unternommen, durch Erweiterung bestehender Lösungsansätze ein Modell zu konzipieren, das steuerbilanzpolitische Entscheidungsprobleme adäquat formuliert. Der Begriff des Modells wurde als integrierender Bestandteil der Arbeit gewählt.¹⁾

02 Wissenschaftstheoretische Grundlagen einer Modellanalyse

Die Wissenschaftstheorie befaßt sich mit den drei Grundfragen, die auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine klare und effiziente Erkenntnisgewinnung als Wissenschaftsziel gerichtet sind: Gegenstand der Erkenntnisgewinnung, Aussagensystem und Methodik der Erkenntnisgewinnung.²⁾

021 Zwecke der Modellbildung

Modelle sind Gedankengebilde, "die aus der Totalinterdependenz der Wirklichkeit abgegrenzte und übersehbare Teilzusammenhänge ausgliedern, um die bestehenden Abhängigkeitsbeziehungen auf ihre Gesetzmäßigkeit zu untersuchen. Durch Modellbildung wird versucht, mittels isolierender Abstraktion die charakteristischen Tatbestände aus der Mannigfaltigkeit der Gegebenheiten herauszuheben, um so den komplexen Kausalzusammenhang auf ein vereinfachtes gedankliches Gebilde zu reduzieren".³⁾ Das Verfahren wissenschaftlicher Modellbildung im Sinne der Logisierung der Wirklichkeit stellt sich dar als ein fortschreitender Prozeß der Formalisierung, Symbolisierung, Quantifizierung, Kalkülisierung und Mathe-

1) Vgl. Lippmann, Klaus, Der Beitrag des ökonomischen Gewinns zur Theorie und Praxis der Erfolgsermittlung, Düsseldorf 1970, S. 5.

2) Vgl. Strobel, Wilhelm, Betriebswirtschaftslehre und Wissenschaftstheorie, in: ZfbF 1968, S. 129-145 (129).

3) Kosiol, Erich, Modellanalyse als Grundlage unternehmerischer Entscheidungen, in: ZfhF 1961, S. 318-334 (319).

omatisierung realer Probleme.¹⁾ Heinen erweitert den Modellbegriff und setzt ihn dem Begriff der Theorie gleich, indem er "jedes in sich widerspruchsfreie Aussagensystem als Modell jenes Ausschnittes der Wirklichkeit bezeichnet, der von dem Aussagensystem in vereinfachender, abstrahierender Weise erfaßt wird".²⁾

Zwischen Abstraktion und Modell besteht eine untrennbare Verbindung. Der Abstraktionsgrad hängt von dem jeweiligen Zweck der Modellbildung ab. Das Erkenntnisziel bestimmt, was wesentlich und charakteristisch ist.³⁾ Ein Modell bestimmten Abstraktionsgrades stellt jedoch immer nur dann ein adäquates Abbild der Realität dar, wenn die Forderung der Isomorphie zwischen Formalstruktur und Problemstruktur erfüllt ist, d.h. Strukturgleichheit der gedanklichen und der realen Sphäre besteht.⁴⁾

Unter dem Aspekt der Relevanz für unternehmerische Entscheidungsvorgänge gelangt man zu einer grundsätzlichen Einteilung der Modelle in Erfassungs-, Erklärungs- und Entscheidungsmodelle.⁵⁾ Erfassungsmodelle als deskriptive Aussagensysteme "stellen Satzsysteme dar, die Objekte eines Gegenstandsbereiches nach bestimmten Aspekten geordnet darstellen"⁶⁾, ohne allgemeine Beziehungen zwischen den Tatbeständen des Realitätsbereiches abzubilden. Modelle dieser Art können in der Suchphase des Entscheidungsprozesses bedeutsam sein für die Erfassung bzw. Beschreibung der

1) Vgl. Kosiol, Erich, Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensforschung. Eine Untersuchung ihrer Standorte und Beziehungen auf wissenschaftstheoretischer Grundlage, in: ZfB 1964, S. 743-762 (754 ff).

2) Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 16. Eine Übersicht über die verschiedenen Interpretationen des Modellbegriffs findet sich bei Grochla, Erwin, Modelle als Instrumente der Unternehmensführung, in: ZfbF 1969, S. 382-397 (383 f).

3) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 15.

4) Vgl. Kosiol, Erich, Modellanalyse, a.a.O., S. 321.

5) Vgl. Grochla, Erwin, Modelle, a.a.O., S. 385 f.

6) Ebd., S. 386.

relevanten Teile des unternehmerischen Entscheidungsfeldes in Form der möglichen Handlungsalternativen.¹⁾ Das Entscheidungsfeld²⁾ kann in einen beeinflussbaren Teil, das Aktionsfeld, und in einen nicht kontrollierbaren Teil, die Umwelt, gegliedert werden.³⁾ Es läßt sich auch charakterisieren durch die Menge aller Handlungsalternativen und die ihnen zugeordneten Handlungsfolgen.

Erklärungsmodelle als empirisch-kognitive Aussagensysteme "bilden Satzsysteme von durch Ableitungszusammenhänge miteinander verbundenen nomologischen Hypothesen, die als allgemeine 'Gesetze' der Erklärung und Prognose der realen Erscheinungen dienen sollen".⁴⁾ Nomologische Hypothesen sind empirisch gehaltvolle Aussagen über die Struktur der Realität. Der Gehalt der gesamten Hypothese ändert sich gleichsinnig zum Gehalt der Dann-Komponente, der die Präzision kennzeichnet, und gegensinnig zum Gehalt der Wenn-Komponente, der die Allgemeingültigkeit zum Ausdruck bringt.⁵⁾ Der Zweck, für den solche Modelle gebildet werden, besteht darin, mindestens eine empirische funktionale Relation zwischen Tatbeständen eines Realitätsbereiches abzubilden.

Im Hinblick auf den unternehmerischen Entscheidungsprozeß fällt den betriebswirtschaftlichen Erklärungsmodellen in der Suchphase

1) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a. a. O., S. 19 u. 49; Frese, Erich, Kontrolle und Unternehmungsführung, Entscheidungs- und organisationstheoretische Grundfragen, Wiesbaden 1968, S. 34 f.

2) Das Entscheidungsfeld ist definiert "als die Menge und Art der Personen und Sachen, die durch einen Willensakt direkt oder indirekt beeinflusst werden können, und die Gegebenheiten der Umwelt, die den Erfolg der Willensakte beeinflussen".

Engels, Wolfram, a. a. O., S. 94.

3) Vgl. hierzu auch Hannig, Werner, Die Beurteilung von Entscheidungsbegrenzungen im Möglichkeitenfeld von Unternehmungen, in: ZfbF 1969, S. 468-483 (470 f).

4) Grochla, Erwin, Modelle, a. a. O., S. 388.

5) Vgl. hierzu Albert, Hans, a. a. O., S. 22 ff.

die Aufgabe zu, die Konsequenzen alternativer Handlungsmöglichkeiten aufgrund von Gesetzmäßigkeiten und anderen nicht beeinflussbaren Gegebenheiten zu bestimmen. Derartige Alternativprognosen über die Auswirkungen menschlichen Handelns stellen Aussagen über die Veränderung eines gegenwärtigen Entscheidungsfeldes dar.¹⁾ Mit der Entwicklung von Erklärungsmodellen wird grundsätzlich die Voraussetzung geschaffen, neben der Ermittlung empirischer Beziehungen die im Hinblick auf eine vorgegebene Zielsetzung optimale oder befriedigende Festlegung von Aktionsparametern abzuleiten.

Entscheidungsmodelle als praxeologische Aussagensysteme stellen die auf die Ableitung von Handlungsmaßnahmen gerichteten Satzsysteme dar.²⁾ Im Ergebnis sollen sie zu zieladäquaten Problemlösungen führen. Je nach Problemstruktur gelangen geschlossene oder offene Entscheidungsmodelle zur Anwendung. Die auf der mathematisch-statistischen Entscheidungslogik basierenden geschlossenen Entscheidungsmodelle beziehen sich auf wohl-strukturierte Probleme, die sozialwissenschaftlich fundierten offenen Entscheidungsmodelle auf schlecht-strukturierte Probleme.³⁾

Entscheidungsmodelle entstehen durch Einbeziehung einer Zielfunktion in das Erklärungsmodell.⁴⁾ Dispositionen sind dadurch gekennzeichnet, daß aus der Menge der vorhandenen Alternativen diejenige auszuwählen ist, die eine vorgegebene Zielvorschrift am besten erfüllt. Die Struktur eines geschlossenen Entscheidungsmodells⁵⁾ läßt

1) Vgl. Frese, Erich, Prognose und Anpassung, in: ZfB 1968, S. 31-44 (35).

2) Vgl. Grochla, Erwin, Modelle, a.a.O., S. 389.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Zur Problembezogenheit von Entscheidungsmodellen, in: WiSt 1972, S. 3-7 (3).

4) Vgl. Hammann, Peter, Entscheidungsmodelle in der betriebswirtschaftlichen Theorie, in: ZfbF 1969, S. 457-467 (459).

5) Vgl. zu der folgenden Darstellung Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 223 ff; ders., Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 59 f; Grochla, Erwin, Modelle, a.a.O., S. 389 f.

sich mit Hilfe der Begriffe "Zielvariable", "Instrumentalvariable", "Erwartungsvariable" und "Datum" charakterisieren. Die mathematisch formulierten geschlossenen Entscheidungsmodelle weisen folgendes Gleichungssystem auf:

1. Die Zielfunktion erfaßt die vom Entscheidungssubjekt verfolgten Ziele als Zielvariablen sowie deren angestrebtes Ausmaß.
2. Die Definitionsfunktionen verknüpfen die Zielvariablen mit den Erwartungsvariablen des Erklärungsmodells, indem sie die Komponenten der Zielvariablen und deren funktionale Verknüpfung wiedergeben und damit Kriterien für die Prognose der Konsequenzen von Alternativen liefern.
3. Die Erklärungsfunktionen bilden den Zusammenhang zwischen abhängigen Erwartungsvariablen und unabhängigen Instrumentalvariablen (Aktionsparametern) ab und beschreiben somit die Konsequenzen der Alternativen, die in der Gesamtheit der Aktionsparameter zum Ausdruck kommen.
4. Die Nebenbedingungen schränken den zulässigen Wertebereich der Instrumentalvariablen ein und gewährleisten damit, daß nur realisierbare und erwünschte Alternativen in die Betrachtung einbezogen werden.

Die sozialwissenschaftlich fundierten offenen Entscheidungsmodelle¹⁾ basieren auf beobachtbaren Verhaltensweisen des Entscheidungssubjektes und beschreiben, auf welche Weise in schlecht-strukturierten Entscheidungssituationen Problemformulierungen und Problemlösungen gefunden werden. Die Theorie kognitiver Problemlösungsprozesse dient der Charakterisierung der Verhaltensweise eines Menschen, der mit einer Problemsituation konfrontiert wird, welche er nicht mit Routineverhalten zu lösen vermag. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der Mensch als informationsverarbeiten-

1) Vgl. zu der folgenden Darstellung Heinen, Edmund, Industrielehrslehre, a.a.O., S. 60 ff; ders., Zur Problembezogenheit von Entscheidungsmodellen, a.a.O., S. 5 f.

des System mit begrenzter Verarbeitungskapazität und -geschwindigkeit, der aus der Umwelt Informationen empfängt, diese unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrung in einem Denkprozeß problemsprechend zu ordnen versucht und auf der Basis eines seinen begrenzten Erkenntnismöglichkeiten entsprechenden (kognitiven) Modells die Problemsituation schrittweise in eine problemlose Situation umwandelt. Die Entscheidungsfindung geschieht nicht in einem umfassenden Wahlakt, sondern das Problemlösungsverhalten ist durch eine Abfolge von Suchsequenzen gekennzeichnet. Dabei gelangen empirisch-induktiv ermittelte heuristische Lösungsverfahren zur Anwendung, die - auf eigener oder fremder Erfahrung basierend - lediglich einen Versuch zur Lösungsfindung darstellen, ohne eine exakte Problembewältigung zu gewährleisten. Als heuristische Lösungstechniken können außer der Methode der Problemzerlegung, die über die Lösung von Teilproblemen das Gesamtproblem schrittweise einer Lösung zuführt, auch die Mittel-Zweck-Analyse, die Methode des analogen Schließens sowie die Methoden des Vorwärtsschreitens und Rückwärtsschreitens angesehen werden. Die Mittel-Zweck-Heuristik besteht in einem ständigen Vergleich der vorhandenen Mittel mit dem angestrebten Endziel und dem Versuch, durch geeignete Operationen eine bestehende Differenz zwischen Mittelbestand und Endziel sukzessiv zu reduzieren. Das analoge Schließen ist dadurch gekennzeichnet, daß die auf eine ähnliche Problemsituation bereits erfolgreich angewandten Maßnahmen auf ihre Anwendbarkeit für das aktuelle Problem überprüft und gegebenenfalls modifiziert werden. Die Methode des Vorwärtsschreitens bezeichnet eine Mittel-Zweck-Analyse, die vom gegenwärtigen Zustand ausgehend schrittweise eine Annäherung an den angestrebten Endzustand bringt. Bei der Methode des Rückwärtsschreitens wird versucht, die Zusammenhänge aufzudecken, die einen gewünschten Endzustand mit dem Ausgangszustand verbinden.

"Das theoretische Wissenschaftsziel ist auf die Gewinnung

von Erfahrungserkenntnissen und deren Integration in möglichst umfassende Systeme objektiver Sätze, d.h. auf Theorien gerichtet, die eine Erfassung, Beschreibung, Erklärung und Prognose der Sachverhalte des Erkenntnisgegenstandes zulassen. Demgegenüber meint das pragmatische Wissenschaftsziel das Streben nach Erkenntnissen, die unmittelbar zur Lösung praktischer Probleme verwendbar sind und damit direkt der Verwirklichung menschlicher Handlungsziele dienen können. Hierbei geht es also nicht darum, informative Aussagen über die faktische Beschaffenheit betriebswirtschaftlich relevanter Erscheinungen zu gewinnen, sondern vielmehr um die Frage, welche bestimmten Mittel und Maßnahmen unter den gegebenen Verhältnissen der Wirklichkeit zur Erreichung der gesetzten Ziele führen."¹⁾ Nicht zuletzt bedeutet dies, daß an die Stelle der alten Begriffsorientierung die Problemorientierung tritt, "die die Akzentuierung von Definitionen zugunsten der Betonung von Hypothesen und Theorien fallen läßt, die vom konservativen Gebrauch methodologischer Überlegungen zur Dogmatisierung traditioneller Denkformen, Verfahrensweisen und Perspektiven zu ihrem kritischen Gebrauch übergeht und an die Stelle des statischen Gesichtspunktes einer Rechtfertigung des Bestehenden den dynamischen einer Förderung der Entwicklung durch kritische Diskussion setzt".²⁾

Aus einer solchen Einstellung heraus werden hier betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Begriffe weitgehend ungeachtet der jeweiligen Fachdiskussion als undefinierte Grundbegriffe verwendet.³⁾ Die wissenschaftslogische Neuorientierung macht zwar klas-

1) Kosiol, Erich, Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensforschung, a.a.O., S. 745.

2) Albert, Hans, a.a.O., S. 14.

3) Zur Problematik einer Definition im sozialwissenschaftlichen Bereich vgl. auch Luhmann, Niklas, Grundbegriffliche Probleme einer interdisziplinären Entscheidungstheorie, in: Die Verwaltung 1971, S. 470-477.

sifikatorische Aussagen keineswegs überflüssig, stellt sie jedoch unter einen völlig neuen, pragmatischen Aspekt. So beanspruchen von den genannten Modelltypen insbesondere Erklärungs- und Entscheidungsmodelle nachhaltiges wissenschaftliches Interesse.¹⁾

Ein entscheidungsorientierter Ansatz²⁾ der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre hat im Rahmen der Bewertung von Alternativen den Einfluß der Besteuerung auf die unternehmerischen Entscheidungen zu analysieren. Faßt man die Entscheidungstheorie als eine Theorie der Unternehmungspolitik auf³⁾, so wird hinreichend deutlich, daß eine Erweiterung der Theorie der Unternehmungsbesteuerung zu einer Theorie der steuerlichen Unternehmungspolitik zwecks Gewinnung unternehmungspolitisch verwertbarer Aussagen⁴⁾ führt. Das gelingt nur durch eine explizite Einbeziehung der Steuern als exogene Variablen in die allgemeinen durch Abstraktion von der Realität gewonnenen Entscheidungsmodelle, "um auf diese Weise ihre Einflüsse auf die von der Unternehmensleitung festzulegenden endogenen Variablen zu deduzieren."⁵⁾

1) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 29; Hammann, Peter, Entscheidungsmodelle, a.a.O., S. 457.

2) Vgl. Heinen, Edmund, Der entscheidungsorientierte Ansatz, a.a.O., S. 430 ff.

3) Vgl. Hammann, Peter, Entscheidungsmodelle, a.a.O., S. 460.

4) Vgl. Schneider, Dieter, Theorie und Praxis der Unternehmensbesteuerung, in: ZfbF 1967, S. 206-230 (230).

5) Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung in die simultane Produktions-, Investitions- und Finanzierungsplanung mit Hilfe der linearen Programmierung, Köln/Berlin/Bonn/München 1971, S. 19.

022 Beurteilung von Modellen

Aus der Verknüpfung inhaltlicher und methodischer Probleme resultiert die Notwendigkeit einer Meta-Wissenschaft, die "sich die kritische Analyse des wissenschaftlichen Denkens und die Lösung der damit zusammenhängenden Probleme zur Aufgabe macht".¹⁾ Theorien und Modelle²⁾ als zentrale Bestandteile der Erkenntnis sind Konstruktionen, die der menschlichen Phantasie entstammen, und tragen damit Hypothesencharakter. Jede Bewährung von Aussagen bei deren Prüfung trägt nur vorläufigen Charakter. "An die Stelle einer Manifestationstheorie tritt also eine Approximationstheorie der Erkenntnis, verbunden mit einer kritischen Methodologie."³⁾

"Ein empirisch-wissenschaftliches System muß an der Erfahrung scheitern können."⁴⁾ Die Wirtschaftswissenschaft als empirische Wissenschaft ist dadurch charakterisiert, daß die aufgestellten Hypothesen sowie die aus diesen vorläufig unbegründeten Antizipationen auf logisch-deduktivem Weg abgeleiteten Folgerungen an der Erfahrung überprüft werden können. "Dabei lassen sich insbesondere vier Richtungen unterscheiden, nach denen die Prüfung durchgeführt wird: der logische Vergleich der Folgerungen untereinander, durch den das System auf seine innere Widerspruchslosigkeit hin zu untersuchen ist; eine Untersuchung der logischen Form der Theorie mit dem Ziel, festzustellen, ob es den Charakter einer empirisch-wissenschaftlichen Theorie hat, also z. B. nicht tautologisch ist;

1) Albert, Hans, a. a. O., S. 4.

2) Eine Gleichbehandlung erscheint durch ihre engen Beziehungen gerechtfertigt. Vgl. Schreiber, Rupert, Erkenntniswert betriebswirtschaftlicher Theorien, Wiesbaden 1960, S. 76: "Theorien im engeren Sinne und Modelle haben die gleiche formale Struktur. Beide sind Systeme von Sätzen, aus denen eine Vielzahl von Folgerungen gezogen werden kann, also axiomatisch-deduktive Systeme." Vgl. dazu auch Heinen, Edmund, Einführung, a. a. O., S. 15 f.

3) Albert, Hans, a. a. O., S. 17.

4) Popper, Karl R., Logik der Forschung, 3. Aufl., Tübingen 1969, S. 15.

der Vergleich mit anderen Theorien, um unter anderem festzustellen, ob die zu prüfende Theorie, falls sie sich in den verschiedenen Prüfungen bewähren sollte, als wissenschaftlicher Fortschritt zu bewerten wäre; schließlich die Prüfung durch empirische Anwendung der abgeleiteten Folgerungen.¹⁾ Im Hinblick auf die Überprüfung sind logisch determinierte und faktisch determinierte Sätze zu unterscheiden, deren Wahrheitswert entsprechend mittels logischer oder empirischer Kriterien zu bestimmen ist und deren Gültigkeit im ersten Falle von der Beschaffenheit der Wirklichkeit unabhängig ist.²⁾

Die kritische Beurteilung wissenschaftlicher Aussagensysteme kann demnach mit Hilfe folgender vier Verfahren erfolgen:

- (1) Prüfung der inneren Widerspruchslosigkeit
- (2) Prüfung des empirisch-wissenschaftlichen Charakters
- (3) Prüfung durch empirische Anwendung
- (4) Prüfung durch Vergleich mit anderen Aussagensystemen

Bei Prüfung der inneren Widerspruchslosigkeit sind die logischen Beziehungen zwischen den Aussagen³⁾, wie Implikation, Äquivalenz, Kompatibilität und Inkompatibilität zu analysieren. Sind zwei Aussagen innerhalb des Systems miteinander logisch inkompatibel, so muß sich daraus eine kontradiktorische Aussage deduzieren lassen. Bei Axiomatisierung des Systems ist die Prüfung seiner internen Beschaffenheit darauf gerichtet, die Vereinbarkeit der gesetzten Prämissen (Axiome) und die Ableitbarkeit der Folgerungen (Theoreme) aus diesen Prämissen zu beurteilen. "Aus möglichst wenigen, widerspruchsfreien, unabhängigen, notwendigen und hinreichenden Sätzen, die als Grundaussagen oder Axiome nicht aus anderen Sätzen des

1) Popper, Karl R., Logik der Forschung, a. a. O., S. 7 f.

2) Vgl. Kosiol, Erich, Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensforschung, a. a. O., S. 746.

3) Vgl. hierzu Albert, Hans, a. a. O., S. 53 f.

Systems ableitbar sind, und aus zugehörigen Umformungs- und Ableitungsregeln sollen alle in diesen Grundaussagen enthaltenen Implikationen durch rein logische Ableitung deduktiv erschlossen werden können, so daß ein geordneter Zusammenhang von Axiomen und Theoremen (Ableitungen) gegeben ist."¹⁾

Wissenschaftsstrategisch ist von Bedeutung, ob die einem Satzsystem zugrundeliegenden Ausgangssätze empirische Hypothesen mit einem Anspruch auf empirische Gültigkeit oder bloß unverbindliche Annahmen ohne diesen Geltungsanspruch darstellen, die denkbare Sachverhalte zu Zwecken logischer Möglichkeitsanalyse unterstellen.²⁾ Nur intersubjektiv prüfbare, empirisch gehaltvolle Ausgangssätze gestatten eine Erklärung und Prognose der realen Erscheinungen eines Objektbereichs. Eine Untersuchung des empirisch-wissenschaftlichen Charakters eines Aussagensystems hat sich insbesondere auf seine Haltbarkeit in bezug auf die Tatsachen zu konzentrieren, die in der Realitätsnähe der gesetzten Prämissen zum Ausdruck kommt. "Ein echter Prüfungsversuch besteht nicht in der Suche nach konformen Fällen, sondern in der systematischen Suche nach konträren Fällen, solchen Fällen, die außerhalb des Spielraums der Theorie liegen, nach Möglichkeit sogar in Versuchen, konträre Fälle zu produzieren durch entsprechende experimentelle Vorkehrungen."³⁾

Die Prüfung durch empirische Anwendung des Aussagensystems und seiner Ergebnisse soll aufzeigen, inwieweit es gewisse Probleme zu lösen vermag, zu deren Lösung es entwickelt wurde. So läßt sich durch praktische Bewährung der Ergebnisse eine Rechtfertigung

1) Kosiol, Erich, Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensforschung, a.a.O., S. 747.

2) Vgl. ebd., S. 746.

3) Albert, Hans, a.a.O., S. 57.

für die Aufstellung des Aussagensystems herbeiführen. Die Prüfbarkeit und damit die Bewährbarkeit des Systems werden bestimmt durch dessen Erklärungskraft, informativen Gehalt und nomologischen Charakter.¹⁾ Dem Prüfungsversuch durch empirische Anwendung läßt sich auch die Transformation eines theoretischen in ein technologisches System subsumieren, "die die praktische Relevanz solcher Theorien in bezug auf bestimmte Probleme explizit macht".²⁾ Die praktische Brauchbarkeit eines Aussagensystems ist aber noch kein Grund, es gegen eine unter kognitiven Gesichtspunkten vorgebrachte Kritik zu schützen.³⁾

Die genannten Prüfungsversuche zielen darauf ab, die Bewährung eines wissenschaftlichen Aussagensystems im Lichte relevanter Kritik festzustellen; insbesondere ist aber auch seine relative Bewährung in bezug auf alternative Systeme von Bedeutung, um einen wissenschaftlichen Fortschritt werten zu können. "Sind zwei Theorien miteinander inkompatibel, dann können sie nicht beide gleichzeitig akzeptiert werden. Sind sie kompatibel, dann können sie völlig unabhängig voneinander und damit füreinander irrelevant sein. Andererseits können bestimmte Ableitbarkeitsbeziehungen zwischen ihnen existieren, die sie füreinander relevant machen."⁴⁾

023 Totale und partielle Modellformulierung

Für den Zweck der vergleichenden Gegenüberstellung möglicher entscheidungsorientierter Lösungsansätze zur Steuerbilanzpolitik wird es sich als sinnvoll erweisen, zwischen totaler und partieller Modellformulierung zu unterscheiden. Mit zunehmender mathemati-

1) Vgl. Albert, Hans, a. a. O., S. 56 und S. 58.

2) Ebd., S. 66 f.

3) Vgl. ebd., S. 67.

4) Ebd., S. 58.

scher Durchdringung der Betriebswirtschaftslehre¹⁾ zeichnet sich eine immer stärker werdende Tendenz zu komplexen, integrierten Unternehmungsmodellen ab, die eine isolierte Analyse von Entscheidungen durch eine ganzheitliche Betrachtungsweise ersetzen.²⁾ Zwischen der Art und Weise, wie das künftige Unternehmungsge-
schehen geplant wird, und der Formulierung des Entscheidungsmodells besteht eine unmittelbare Beziehung derart, daß die simultane Planung, d.h. Festlegung der Aktionsparameter, ein Totalmodell erfordert, während die sukzessive Planung ein Partialmodell bedingt.³⁾

"Aus der Existenz wechselseitiger Beziehungen zwischen den Planungsbereichen resultiert für eine der unternehmerischen Zielsetzung adäquate Planung das Verlangen nach simultaner Entscheidung über alle relevanten Aktionsparameter. Für die Qualität der betrieblichen Planung bei totaler Interdependenz der Planungsbereiche ist es daher ausschlaggebend, in welchem Maße die Aufstellung simultaner Entscheidungsmodelle gelingt."⁴⁾

Als Idealmodell wäre ein in allen Entscheidungssituationen anwendbares Totalmodell anzusehen, das alle Unternehmungsbereiche sowie den gesamten Handlungszeitraum der Unternehmung umfaßt und damit alle Instrumentalvariablen *uno actu* festlegt und einer simul-

1) Mathematische Methoden und Denkweisen eignen sich insofern gut zur Darstellung wirtschaftlicher Beziehungszusammenhänge, als sich Mathematik "allgemein als Strukturforschung auffassen (läßt, Anm.d. Verf.), als die Analyse abstrakter Strukturen, unabhängig davon, ob sie in irgendwelchen Bereichen der empirischen Realität bis zu einem gewissen Grade realisiert sind". Albert, Hans, a.a.O., S. 36.

2) Vgl. Grochla, Erwin, Modelle, a.a.O., S. 391.

3) Vgl. Schweim, Joachim, Integrierte Unternehmungsplanung, Bielefeld 1969, S. 18 ff.

4) Adam, Dietrich, Produktionsplanung bei Sortenfertigung, Wiesbaden 1969, S. 21.

tanen Optimierung zufführt.¹⁾ Zu berucksichtigen ist dabei, daß das Entscheidungsfeld eines Individuums die Unternehmungs- und die Privatsphäre umfassen kann.²⁾

Die Berücksichtigung von Steuern bei unternehmerischen Dispositionen stellt prima facie eine subjektive Basisentscheidung dar. Unterscheidet man jedoch Steuern hinsichtlich der entscheidungsfeldabhängigen Ziel-Mittel-Stellung ihrer Anknüpfungspunkte³⁾, so resultiert formell die Notwendigkeit einer Einbeziehung der exogenen Variablen "Besteuerung" in unternehmerische Entscheidungskalküle im Falle der Mittelsteuern unmittelbar aus dem Postulat einer isomorphen Abbildung einer durch Zielidentität und Mitteldivergenz gekennzeichneten Problemstruktur, im Falle der Zielsteuern jedoch aus der Tatsache, daß die Besteuerung möglicherweise nicht extensionsgleich an die Zielerreichung ansetzt. Stimmen dagegen Besteuerungsgrundlage und Zielinhalt in ihrem Umfang überein, und ist der Grenzsteuersatz kleiner als 100 %, so stellen Brutto- und Nettoziel-erreichung bei Extremierung als auch bei Satisfizierung äquivalente Orientierungsmaßstäbe dar, so daß die Zielsteuern unter diesen Voraussetzungen aus dem Entscheidungskalkül eliminiert werden dürfen. Mittelsteuern können im Extremierungsmodell ausnahmsweise vernachlässigt werden, wenn sie die erste Ableitung keiner der Erklärungsfunktionen beeinflussen, in welchen die Zielkomponenten spezifiziert sind.⁴⁾ Die Überlegenheit von Totalmodellen in der Form

- 1) Vgl. Schweim, Joachim, a. a. O., S. 178; Kröske, Joachim, Integrierte Unternehmungsplanung, in: ZfbF 1970, S. 267-279.
- 2) Vgl. Hax, Herbert, Bewertungsprobleme bei der Formulierung von Zielfunktionen für Entscheidungsmodelle, in: ZfbF 1967, S. 749-761 (754).
- 3) Die Differenzierung zwischen Ziel- und Mittelbesteuerung findet sich bei Lücke, Wolfgang, Zum Thema: Sind Körperschaftsteuern Kosten? VI. Die wichtigsten gewinnabhängigen Steuern in der Kosten- und Erfolgsrechnung sowie in der Preispolitik, in: WPg 1955, S. 156-160 (157).
- 4) Vgl. Schubert, Helmut, Zur Einbeziehung von Steuern in die Theo-

mathematischer Programme zur Erfassung horizontaler und vertikaler Interdependenzen zwischen den Größen, deren optimale Kombination gesucht wird¹⁾, erweist sich insbesondere bei Berücksichtigung von Steuern, da die Steuerbemessungsgrundlagen als "Artefakte des Steuerrechts"²⁾ sämtliche Entscheidungsvariablen miteinander verknüpfen und deren Wirkungszusammenhang verändern.³⁾ Überdies sind auch die mit betriebswirtschaftlich konkretisierbaren Größen inkongruenten Steuerbemessungsgrundlagen in vielfältiger Weise gegenseitig verknüpft, so daß nur eine Totalbetrachtung der Steuerbelastung über kumulative und kompensatorische Effekte aus den Interdependenzen der Steuern Aufschluß zu geben vermag.⁴⁾ Entsprechend der Komplexität eines solchen Totalmodells stellt sich die Bildung eines umfassenden, integrierten Informationssystems als ein äußerst aufwendiger und schwieriger organisatorischer Gestaltungsprozeß dar.⁵⁾

Ein Entscheidungsmodell vermag jedoch kaum sämtliche Instrumentalvariablen, ihre Interdependenzen sowie ihre Beziehungen zu den Erwartungsvariablen vollständig zu erfassen. Eine Einschränkung hat sowohl in zeitlicher als auch sachlicher Hinsicht zu erfolgen.

rie der Unternehmung. Steuern und unternehmerische Zielsetzungen, Diss. München 1970, S. 84 ff.

- 1) Vgl. Haegert, Lutz, Der Einfluß der Steuern auf das optimale Investitions- und Finanzierungsprogramm, Wiesbaden 1971, S. 5.
- 2) Sander, Alfred, Betriebswirtschaftliche Analyse von Steuerbemessungsgrundlagen, in: StuW 1971, S. 32-37 (32).
- 3) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy of the Corporation, Helsinki 1966, S. 42.
- 4) Vgl. hierzu auch Rose, Gerd, Die neuen Teilsteuersätze unter Berücksichtigung der Ergänzungsabgabe. Ergänzung zu Beilage Nr. 7/68, in: DB 1968, S. 1681-1684 (1681); Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitzsteuerbelastung (I), in: FR 1970, S. 53-60 (54).
- 5) Vgl. Grochla, Erwin, Modelle, a.a.O., S. 391 ff. Zur Lösung von Integrationsproblemen mit Hilfe der Methode der simultan-integrierten Finanz-, Ergebnis- und Steuerplanung vgl. Michel, Reiner M./Koopmann, Hans-Jürgen, Finance Management, Heidelberg 1970.

Im Gegensatz zu simultaner Planung des Unternehmungsgeschehens wird bei sukzessiver Planung von bestimmten Aktionen angenommen, daß sie bereits eindeutig festliegen oder erst nach Durchrechnung des Modells bestimmt werden. Schweim legt als Maß für die Relevanz einer simultanen Berücksichtigung einzelner Aktionsparameter oder ganzer Unternehmungsbereiche die "voraussichtliche Differenz der Zielgröße bei simultanem oder sukzessivem Vorgehen"¹⁾ zugrunde, deren Ermittlung äußerst problematisch erscheint.

Die Notwendigkeit einer Bewertung entsteht immer dann, "wenn das Entscheidungsmodell nur einen Teil des Entscheidungsfeldes abbildet"²⁾ und die Aktionen innerhalb des im Modell erfaßten Teilbereichs Auswirkungen im gesamten Entscheidungsfeld haben. "Die Bewertungsproblematik ergibt sich stets aus der Interdependenz zwischen Modellbereich und Rest des Entscheidungsfeldes."²⁾ Unter Zugrundelegung der Zielsetzung des gesamten Entscheidungsfeldes als Bewertungsmaßstab hat die Zielfunktion des Modells den Beitrag des darin erfaßten Teilbereichs zur Optimierung innerhalb des gesamten Entscheidungsfeldes zum Ausdruck zu bringen.³⁾ Bei der Entwicklung von Partialmodellen zur simultanen Berücksichtigung interdependenter Einflußgrößen und Teilbereiche unternehmerischen Handelns hat deshalb der zweckmäßigen Abgrenzung des unternehmerischen Entscheidungsfeldes und den Problemen bei der Formulierung der Zielfunktion ein ganz besonderes Interesse zu gelten.⁴⁾ Sofern eine theoretisch exakte Lösung des Bewertungsproblems unter Berücksichtigung aller Interdependenzen nicht möglich ist, resultiert aus Schätzungen ein gewisser Ungenauigkeitsfaktor.⁵⁾

1) Schweim, Joachim, a.a.O., S. 29.

2) Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S. 760.

3) Vgl. ebd., S. 751. Zur Unterscheidung von Zielfunktionen im engeren und weiteren Sinn vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 53 ff.

4) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a.a.O., S. 15.

5) Vgl. Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S. 761.

"Bei der Modellanalyse muß daher die Optimierungsrechnung durch eine Sensitivitätsanalyse ergänzt werden. Aus dieser geht hervor, ob die Ungenauigkeit hingenommen werden kann oder ob, sollen schwerwiegende Fehlentscheidungen vermieden werden, der Modellbereich zu erweitern und zusätzliche Interdependenzen zu berücksichtigen sind."¹⁾

Aus den Überlegungen zum Entscheidungsfeld ergibt sich für die betriebliche Steuerpolitik weiterhin, daß nur eine steuerliche Totalbetrachtung mehrerer Perioden²⁾ einer effizienten Erkenntnisgewinnung dienen kann. Insofern kann von einer Renaissance des Riegerschen Gedankengutes³⁾ gesprochen werden. Der Vorzug einer entscheidungstheoretischen Orientierung gegenüber der kasuistisch geprägten rechtlichen Betrachtungsweise zeigt sich für die betriebswirtschaftliche Steuerlehre insbesondere darin, daß eine von den sonstigen betrieblichen Vorgängen abstrahierende, einseitige Akzentuierung einzelsteuerlicher Faktoren und daraus resultierende negative Zielwirkungen a priori vermieden werden können. Das gelingt dadurch, daß die betriebliche Steuerpolitik über den Begriff des Entscheidungsfeldes als integrierter Bestandteil der allgemeinen Unternehmungspolitik aufgefaßt wird und interdependente Probleme nicht mittels isolierender Abstraktion aus ihrem Zusammenhang gelöst werden.

1) Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S. 761.

2) Zum Umfang der steuerlich relevanten Totalperiode vgl. Lichy, Wolfgang, Besteuerung und Innenfinanzierung. Finanzierungseffekte der betrieblichen Steuerpolitik, Berlin 1967, S. 23.

3) Zur Totalrechnung vgl. Rieger, Wilhelm, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2.Aufl., Erlangen 1959, S. 205 ff.

03 Abgrenzung des Erkenntnisobjekts

Gleichzeitig mit obiger Feststellung erhebt sich die Frage, wann angesichts der Komplexität und Interdependenz der Einflußfaktoren eine Entscheidung noch als "steuerpolitisch" zu bezeichnen ist. Unter Hinweis auf rationale und irrationale Momente einer Entscheidung¹⁾ kennzeichnet Dieckmann die exakte Beantwortung dieser Frage durch den Versuch einer Extraktion und Gewichtung der einzelnen rational begründeten Entscheidungskomponenten und die Ermittlung des steuerlichen Motivationsanteils; approximativ könne von einer steuerpolitischen Entscheidung gesprochen werden, wenn der damit angestrebte und nach außen hin sichtbare Effekt überwiegend steuerlich motiviert ist.²⁾ Steuerpolitische Entscheidungen können nach Borkowsky einmal über die konstitutiven Elemente wie Standort, Rechtsform und Kapitalstruktur den Aufbau der Unternehmung und zum anderen über die Steuerbilanz den laufenden steuerlichen Gewinnausweis betreffen.³⁾ Ungeachtet der Tatsache, daß sich die dieser Systematik zugrundeliegende Begriffsbildung für die Berücksichtigung aller steuerlich bestimmten Entscheidungen als zu eng erweist und besser fallweise, nach betriebsindividueller Dominanz steuerlicher Einflußgrößen unterschiedlich auftretende steuerpolitische Aktivitäten den dauernden und allgemein vorhandenen, in fe-

1) vgl. dazu insbesondere auch Hannig, Werner, a.a.O., S. 471 f.

2) Vgl. Dieckmann, Karl, Steuerbilanzpolitik. Gegenwärtig bestehende Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung des steuerlichen Jahreserfolges in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1970, S. 18 f. In ähnlicher Weise wird auch von anderen Autoren auf die relative Bedeutung steuerlicher Gesichtspunkte in einer konkreten Entscheidungssituation hingewiesen; vgl. Wehmeyer, Jochen, Die steuerliche Planung der Unternehmung, Düsseldorf 1967, S. 113 f.

3) Vgl. Borkowsky, Rudolf, Einige Probleme der steuerlichen Unternehmungspolitik. Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Steuerlehre auf Grund schweizerischer Verhältnisse, Zürich 1967, S. 262 ff und 292 ff.

stem Rhythmus sich wiederholenden steuerpolitischen Aktivitäten des Gewinnausweises gegenüberzustellen sind¹⁾, läßt sich das Erkenntnisobjekt dieser Arbeit, die Steuerbilanzpolitik, dem zweiten und letztgenannten Teil der betrieblichen Steuerpolitik zuordnen.

Die Unternehmung stellt die kleinste der steuerlichen Gewinnermittlung unterliegende Einheit dar.²⁾ Steuerbemessungsgrundlage ist der nach steuerlichen Vorschriften in der Bilanz ermittelte Gesamtgewinn der Unternehmung bzw. das steuerpflichtige Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen.³⁾ Da Ertragsteuerzahlungen somit grundsätzlich nicht einzelnen Handlungsmöglichkeiten sondern einer Gesamtheit von Aktivitäten zugeordnet sind⁴⁾, ist die Steuerbilanzpolitik als integraler Bestandteil der vorstehend untergliederten Steuerpolitik aufzufassen. Im Ergebnis unterscheiden sich die beiden Ausprägungen steuerpolitischer Aktivität dadurch, daß erstere, ohne auf ein bestimmtes Periodenergebnis abzustellen, primär eine endgültige Verringerung des unternehmerischen Steueraufkommens zu irgendeinem Zeitpunkt bewirkt, wohingegen letztere auf die Veränderung eines ganz bestimmten Bilanzausweises gerichtet ist und - von Verschiebungen innerhalb des progressiven Einkommensteuertarifs abgesehen - meist keine endgültige Steuerersparnis, sondern nur eine Steuerstundung herbeiführt.⁵⁾ Die in der Literatur hinsichtlich Intension und Extension⁶⁾ weitgehend unpräzise formulierten

1) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, Freiburg i. Br. 1971, S. 31.

2) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing, a. a. O., S. 40.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, 3. Aufl., München 1972, S. 55 u. 75 ff.

4) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 120.

5) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 38 f.

6) Zur Unterscheidung von Begriffsinhalt (Intension) und Begriffsumfang (Extension) vgl. Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre. Kostentheorie und Kostenentscheidungen, 3. Aufl., Wiesbaden 1970, S. 43 ff und die dort angegebene Literatur.

und teilweise gleichbedeutend verwendeten Begriffe "Steuerplanung", "Steuerpolitik" und "Steuerbilanzpolitik" sollen nicht weiter Gegenstand der vorliegenden problemorientierten Erörterung sein.¹⁾

Als Arbeitshypothese genügt zunächst die folgende Umschreibung der Steuerbilanzpolitik "als die bewußte Beeinflussung des steuerlichen Erfolgsausweises durch zweckgerichtete Ausnutzung der von Gesetz, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis legalisierten Bilanzierungs- und Bewertungsfreiheiten sowie die Durchführung der auf unmittelbare Erfolgsbeeinflussung gerichteten bilanzpolitischen Gestaltungsmaßnahmen".²⁾

1) Zur Spannweite dieser Begriffe vgl. beispielsweise Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 7 ff; Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 21 ff; Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 14 ff, 42 ff, 64 ff; Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 20 f und 28 ff.

2) Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 66.

1 WESEN UND STRUKTUR EINER STEUERBILANZ- POLITISCHEN ENTSCHEIDUNG

11 Stellung des Steuerrechts im Entscheidungsfeld

Entscheidungsprobleme besitzen unabhängig von ihrem Objekt eine gemeinsame Grundstruktur und sind nach gleichen Regeln zu lösen. Die vom Sachinhalt abstrahierende Formalstruktur kommt in den Aufbauelementen der Entscheidung sowie im Ablauf des Entscheidungsprozesses zum Ausdruck.¹⁾ Die mit der Formalstruktur zusammenhängenden Fragen müssen für die vorliegende Untersuchung eines konkretisierten Entscheidungsproblems weitgehend als gelöst vorausgesetzt werden.

Die Struktur eines Entscheidungsaktes wird letztlich durch drei Elemente bestimmt: das Entscheidungsziel, das Entscheidungsfeld und das Entscheidungssubjekt.²⁾ In ähnlicher Weise bezeichnet Heinen die in wechselseitiger Beziehung stehenden Begriffskomplexe "Zielsystem", "Informationssystem" und "Sozialsystem" als Determinanten des Entscheidungsprozesses in der Unternehmensorganisation.³⁾ Die Indeterminiertheit der Entschlußfassung im Entscheidungsfeld stellt sich als die Grundvoraussetzung jedes Wahlverhaltens dar. Der Grad der Determination oder Indetermination eines Entscheidungsfeldes wird maßgeblich beeinflusst durch den der jeweiligen Datenkonstellation immanenten Zwang auf das Entscheidungs-

1) Vgl. Chmielewicz, Klaus, Die Formalstruktur der Entscheidung, in: ZfB 1970, S. 239-268 (239); Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 49.

2) Vgl. Frese, Erich, Kontrolle und Unternehmensführung, a.a.O., S. 23 ff; ders., Heuristische Entscheidungsstrategien der Unternehmensführung, in: ZfB 1971, S. 283-307 (283). Die Transformation eines Entscheidungsfeldes kann dem Element Entscheidungsfeld in dem hier gebrauchten Sinne subsumiert werden.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 48 f.

subjekt.¹⁾ Das Prinzip der Rechtmäßigkeit betrieblicher Steuerpolitik als Grundlage normativer wissenschaftlicher Reflexionen bedarf dabei keiner besonderen Hervorhebung.²⁾ Unabhängig von der dadurch bewirkten Modifikation des Entscheidungsfeldes erfährt die Grundsatzentscheidung über die Risikopräferenz a priori eine Einschränkung, wenn sich das Entscheidungssubjekt nicht der Gefahr von Sanktionen aussetzen will.³⁾ Eine nur aus der jeweiligen Situation heraus zu entscheidende Frage ist allerdings, inwieweit in steuerrechtlichen Zweifelsfällen ganz bewußt ein gewisses Risiko eingegangen wird, um für die zwischen den einzelnen Betriebsprüfungen liegenden Zeiträume einen entsprechenden Steuerstundungseffekt zu erzielen.⁴⁾

111 Datencharakter des Steuerrechts

Im Prozeß der Entscheidung fällt dem Entscheidungssubjekt die Aufgabe zu, Umweltgegebenheiten als potentielle Realdaten auf ihren entscheidungsrelevanten Gehalt zu beurteilen und durch Datenannahmen eine Antizipation von Begrenzungsfaktoren vorzunehmen.⁵⁾ Das jeweils bestehende Steuerrecht stellt dabei für den Entscheidungsträger eine abstrakt formulierte Umschreibung möglicher konkreter Sachverhalte durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und/oder

1) Vgl. Hannig, Werner, a. a. O., S. 469.

2) Gegen eine solche Abgrenzung zwischen Politik und Delikt spricht sich Sandig aus; vgl. Sandig, Curt, Betriebswirtschaftspolitik, 2. Aufl., Stuttgart 1966, S. 266 f.

3) Vgl. Stützel, Wolfgang, Entscheidungstheoretische Elementarkategorien als Grundlage einer Begegnung von Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft, in: ZfB 1966, S. 769-789 (782 f).

4) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 92.

5) Vgl. Hannig, Werner, a. a. O., S. 471.

Verwaltungspraxis dar.¹⁾ Da Rechtsätze als Imperative präskriptiven Charakter tragen, läßt sich die Rechtsordnung analog der Wissenschaftslehre als ein Regelsystem auffassen und muß wie diese im Zuge der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft ständig neu überdacht und revidiert werden. "Beide können nur durch Argumente, nicht selbst wieder durch empirische Kriterien gestützt werden: die Wissenschaftslehre setzt ja gerade fest, was unter empirischen Kriterien sinnvollerweise verstanden werden soll. Die Rechtsordnung kann durch den ordnungsgemäßen Gesetzgebungsmechanismus geändert, aber auch - mit praktisch gleichen Auswirkungen - durch gewandelte Rechtsauffassungen der Verwaltungsbehörden, vor allem aber der Gerichte, umgestaltet werden."²⁾

Für Prognosezwecke stellt jedoch das geltende Steuerrecht ein makroökonomisches Datum dar. Es steckt damit einen Rahmen ab, innerhalb dessen sich das Entscheidungssubjekt bewegen kann, sofern man von der Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Gesetzesbildung im außer- und vorparlamentarischen sowie im parlamentarischen Bereich³⁾ absieht. Das Ausmaß der durch das Steuerrecht bewirkten

1) Zum Verhältnis von Gesetz, Rechtsverordnung, Rechtsprechung und Verwaltungsvorschrift im Steuerrecht vgl. Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 34 ff mit weiterer Literatur.

2) Bareis, Hans Peter, Die Steuern in der betrieblichen Planung, Berlin 1969, S. 43. Zum nichtempirischen juristischen Sprachspiel vgl. ebd. S. 44.

3) Vgl. Siegfried, Bernard, Die Verhaltensweisen des Unternehmers gegenüber der Gewinnbesteuerung. Ein Vergleich zwischen Theorie und Praxis unter besonderer Berücksichtigung der Verhaltensweisen industrieller Unternehmungen in der Schweiz und in Deutschland, Winterthur 1963, S. 170 ff. Zur wissenschafts-systematischen Rechtfertigung der Gestaltung von Steuersystemen und Steuergesetzen durch die Betriebswirtschaftslehre vgl. Lausberg, Friedrich-Wilhelm, Die Finanzierungsneutralität der Besteuerung. Zur Herleitung der an betriebswirtschaftlichen Faktoren ausgerichteten Forderungen nach gleichmäßiger Steuerbelastung der Finanzierungsalternativen, Diss. München 1970, S. 13 ff;

Determination des Entscheidungsfeldes ist von den wirksamen Dateneigenschaften der steuerlichen Rechtsordnung, insbesondere von Sachinhalt, Veränderlichkeit, Ungewißheit und Intensität der Datenwirkung abhängig.¹⁾ Ein Vergleich möglicher Grundformen der Datenintensität verdeutlicht einen Vorgang zunehmender Verengung des zielerreichenden Möglichkeitsfeldes von der Alternativen-Reduktion über die Alternativen-Determination und die Alternativen-Negation bis hin zum alternativlosen Zustand der Zielnegation.²⁾

"Steuerpflicht setzt ... voraus, daß der gegebene Sachverhalt in seinen Einzelheiten dem im Steuergesetz umschriebenen Rechtstatbestand entspricht."³⁾ Unter dem Aspekt der Kausalstruktur lassen sich zwei Gruppen von Variablen eines Modells unterscheiden: exo-

ders., Zum Problem der Steuersystemkonzeption, a.a.O., S. 424 ff.

1) Vgl. Hannig, Werner, a.a.O., S. 471.

2) Vgl. ebd., S. 480.

3) Aprath, Werner, Zur Lehre vom steuerlichen Tatbestand, in: Gegenwartsfragen des Steuerrechts, Festschrift für Armin Spitaler, Köln 1958, S. 125-134 (127); vgl. auch Flume, Werner, Der gesetzliche Steuertatbestand und die Grenztatbestände in Steuerrecht und Steuerpraxis, in: StbJb 1967/68, Köln 1968, S. 63-94 (64). Zur Unterscheidung von Tatbestand als abstrakter rechtlicher Formulierung und Sachverhalt als Erscheinung der konkreten Wirklichkeit vgl. Maaßen, Kurt, Die Auslegung im Steuerrecht unter Berücksichtigung der Anregungen, Vorstellungen und Forderungen von Spitaler, in: StB 1968, S. 128-135 (129):

"Der Sachverhalt besteht aus kleinen und kleinsten, molekülartigen Teilstücken von Lebensumständen und Realitäten, der Tatbestand dagegen aus der gesetzlich definierten Voraussetzung und ihrer Rechtsfolge. Einer Auslegung fähig sind dabei nur die im Gesetzestatbestand selbst normierten Rechtsbegriffe. Der Sachverhalt dagegen muß ermittelt und festgestellt, gegebenenfalls noch beurteilt werden (§ 1 Abs. 3 StAnpG)." Gleichwohl verhindern die Formulierung als auch die Auslegung von Tatbeständen im Hinblick auf Lebenssachverhalte die gegenüberstellende Charakterisierung des Sachverhaltes durch "Faktenbegriffe" und des Tatbestandes durch "Rechtsbegriffe"; vgl. Bareis, Hans Peter, a.a.O., S. 42.

gene Variablen, deren Elemente einen Einfluß auf das System ausüben, selbst aber nicht von den Variablen des Systems beeinflußt werden, sowie endogene Variablen, die untereinander und in Relation zu den exogenen Variablen interdependent sind.¹⁾

Steuerliche Tatbestände, deren Erfüllung notwendige Bedingung einer Besteuerung ist, stellen exogene Variablen dar, da sie - unmittelbar und kurzfristig - vom Entscheidungssubjekt nicht beeinflußt werden können.²⁾ Indem eine Besteuerung überwiegend durch wirtschaftliche Vorgänge, Zustände und andere wirtschaftliche Veranstaltungen im weitesten Sinne³⁾ ausgelöst wird, bleibt jedoch zu beachten, daß die faktische Steuerlast der Unternehmung nicht als Datum zu werten ist, sondern daß Anfall und Höhe über die Verwirklichung von Steuerbemessungsgrundlagen Ergebnis von Entscheidungen darstellen und so unternehmerischer Beeinflussung unterliegen.

112 Instrumentalcharakter des Steuerrechts

Im Gegensatz zur steuerrechtlichen Begriffsbestimmung des Wirtschaftsgutes⁴⁾ stellen Rechte im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne nicht unmittelbar Güter dar, sondern lassen sich vielmehr als Bedingungen der subjektiven Gutsqualität ihrer Objekte auffassen.⁵⁾

1) Vgl. Wysocki, Klaus von, Betriebswirtschaftslehre und Staat, in: ZfbF 1966, S. 198-219 (200).

2) Vgl. Erichsen, Manfred/May, Erich, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre als Wissenschaft. Aufgaben und Ziele, in: DB 1968, S. 317-321 (317).

3) Vgl. Böhmer, Peter, Erfüllung und Umgehung des Steuertatbestandes, Düsseldorf 1958, S. 5 f.

4) Vgl. hierzu Neumann, Lothar, Die steuerrechtliche Lehre vom Wirtschaftsgut aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: ZfB 1964, S. 188-204 (189).

5) Vgl. Böhm-Bawerk, Eugen von, Rechte und Verhältnisse vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Güterlehre, Innsbruck 1881, S. 122.

"Der wirthschaftliche Gehalt der Rechte beruht auf der Mithilfe der Rechtsorgane des Staates zur Erlangung und Behauptung der physischen Gewalt über Güter, und die Rechte selbst sind ein durch die Gesellschaftsorganisation hervorgerufenes Erforderniss und zugleich ein Bestandtheil der vollen ökonomischen Verfügungsgewalt über Güter. "¹⁾

Bei entscheidungsorientierter Unterlegung der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre interessiert insbesondere die Steuerrechtsnorm als Instrumentalvariable. "Es handelt sich um diejenige der endogenen Variablen, deren Größe die Unternehmung autonom bestimmt und derer sie sich zur Realisierung der Zielfunktion bedient. "²⁾

Der instrumentale Charakter des Steuerrechts als Anknüpfungspunkt unternehmerischer Steuerpolitik äußert sich in steuerlichen Wahlrechten und in Möglichkeiten steuerlicher Sachverhaltsgestaltung. Diese Ansatzpunkte dispositiver Beeinflussung der Steuerbelastung gehen in ihrer Gesamtheit als unabhängige Variablen in die Erklärungsgleichungen von Entscheidungsmodellen ein und lassen sich als Freiheitsgrade des Gleichungssystems auffassen. "³⁾

1121 Steuerliche Wahlrechte

Steuerliche Wahlrechte sind dadurch gekennzeichnet, daß sich an einen unveränderlich gegebenen Sachverhalt⁴⁾ nicht notwendig eine ganz bestimmte steuerliche Rechtsfolge anschließt, sondern alternative Lösungsmöglichkeiten im Steuerrecht vorgesehen sind, über deren Anwendung auf den bereits verwirklichten Steuertatbestand der

1) Böhm-Bawerk, Eugen von, a. a. O., S. 42 f. Im Original gesperrt gedruckt.

2) Erichsen, Manfred, a. a. O., S. 381.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 53.

4) Vgl. dazu Thiel, Rudolf, Der Sachverhalt im Steuerrecht, in: FR 1964, S. 418-421.

Steuerpflichtige in einem Willensakt zu befinden hat.¹⁾ Somit läßt sich erst die steuerlich günstigste Lösung nach Tatsachenverwirklichung durch Begründung eines Sachverhalts herbeiführen. Eine besondere Problematik solcher Optionen zugunsten einer bestimmten steuerlichen Alternativlösung ist allerdings darin zu erblicken, daß sich dadurch auch gewisse Risiken für das steuerpflichtige Entscheidungssubjekt ergeben können, wenn es im Zeitpunkt der Ausübung des Wahlrechts infolge ungenügender Kenntnis künftiger Umweltereignisse die Konsequenzen der alternativen Inanspruchnahme nicht zu antizipieren vermag.²⁾

1122 Steuerliche Sachverhaltsgestaltungen

"Das Steuerrecht als Teil der allgemeinen Rechtsordnung ist dem öffentlichen Recht zugeordnet und unterliegt gleichermaßen dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gestaltungsfreiheit"³⁾, der es dem Steuerpflichtigen auch im Hinblick auf seine Steuerbilanzpolitik freistellt, seine wirtschaftlichen Verhältnisse nach freiem Ermessen so zu gestalten, daß daraus eine möglichst geringe Steuerbelastung resultiert, sofern die bürgerlich-rechtlichen Formen und Vereinbarungen ernsthaft geschaffen und durchgeführt werden.⁴⁾

Grundsätzlich kann es den Steuerpflichtigen "nicht verwehrt werden, unter mehreren nicht ungewöhnlichen Gestaltungsmöglichkeiten die-

1) Vgl. Kummer, Wolfgang, Steuerliche Wahlrechte, Diss. Berlin 1966, S. 3 ff.

2) Zu steuersystematischen und materiellen Problemen von Wahlrechten vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 21 ff.

3) Dietl, Jutta, Die erlaubte Steuerersparung durch rechtliche Gestaltung wirtschaftlicher Verhältnisse, Diss. Erlangen 1965, S. 4 f.

4) Vgl. beispielsweise das richtungsweisende BFH-Urteil IV 246/50 S v. 22.8.1951, BStBl. 1951 III, S. 181.

jenige zu wählen, die für sie steuerlich am günstigsten ist".¹⁾ Den steuerbilanzpolitischen Bemühungen kommt dabei der Umstand entgegen, daß die im Steuerrecht erfolgte Umschreibung wirtschaftlicher Geschehnisabläufe kaum jemals den vielgestaltigen konkreten Sachverhalt *sui generis* in allen seinen Einzelheiten zu erfassen vermag.²⁾ Durch Auswahl alternativer Rechtsfiguren und deren Funktionsanalyse³⁾ läßt sich eine zielgerichtete Schaffung und Formgebung von wirtschaftlichen Sachverhalten derart herbeiführen, daß eine Subsumtion unter den vom Steuerpflichtigen gewünschten steuerrechtlichen Tatbestand erfolgt⁴⁾ oder die Verwirklichung steuerlicher Tatbestände gar vermieden wird.

Während Wahlrechte, von gegebenen Sachverhalten ausgehend, erst im Zeitpunkt der Bilanzerstellung zur Anwendung gelangen, müssen bilanzpolitische Gestaltungsmaßnahmen bereits zum Bilanzstichtag abgeschlossen sein, um noch das steuerliche Ergebnis der abgelaufenen Periode beeinflussen zu können.⁵⁾ "So ist es mit Hilfe einer entsprechenden Finanzplanung in aller Regel möglich, bei Kontokorrentkrediten der Entstehung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen sowie der hieraus resultierenden Kreditverteuerung dadurch entgegenzuwirken, daß für nicht nur ganz kurze Zeit ein Ausgleich

1) BFH-Urteil IV 329/51 S v. 6. 3. 1952, BStBl. 1952 III, S. 114 ff (116). Die gewählte Gestaltungsform ist selbst dann anzuerkennen, wenn die Steuereinsparung alleiniges Motiv einer getroffenen Vereinbarung war, vgl. hierzu beispielsweise BFH-Urteil I 131/57 U v. 8. 1. 1958, BStBl. 1958 III, S. 97 ff (99).

2) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 12.

3) Vgl. Jahr, Günther, Funktionsanalyse von Rechtsfiguren als Grundlage einer Begegnung von Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, in: ZfB 1966, S. 757-768.

4) Vgl. Rose, Gerd, Options- und Gestaltungsmöglichkeiten im Mehrwertsteuerrecht, in: Die Mehrwertsteuer in unternehmenspolitischer Sicht, Wiesbaden 1967, S. 35-53 (36).

5) Vgl. Kottke, Klaus, Bilanzstrategie und Steuertaktik. Ratschläge zur Bilanzierung, Bewertung, Abschreibung und Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen, 2. Aufl., Herne/Berlin 1967, S. 39 f.

des Kontos erreicht oder ein Guthaben ausgewiesen wird, was sich durch rechtzeitige Kreditumschichtungen - beispielsweise durch eine vorübergehende verstärkte Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten oder durch Aufspaltung eines Globalkredits in einzelne Kreditgeschäfte - in den meisten Fällen erreichen läßt. Auf diese Weise können bei der Gewerbeertrag- und der Gewerbekapitalsteuer oft nicht unerhebliche Steuereinsparungen realisiert werden.¹⁾ Im Gegensatz zu den meist zeitlich befristeten Wahlrechten ist das bei Sachverhaltsgestaltungen dem Steuerpflichtigen auferlegte Prognoseproblem ungleich gravierender, da einer späteren Korrektur der Maßnahme erhebliche finanzielle und praktische Hindernisse entgegenzutreten können.²⁾

1) Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 35 f mit steuerrechtlichen Verweisen zu diesem steuerbilanzpolitisch nicht unmittelbar relevanten Problem.

2) Vgl. Rose, Gerd, Untersuchungen über die Steuerbelastung der Unternehmung, in: DB 1968, Beilage Nr. 7, S. 1-12 (2). Da die konventionelle Methode einer Gegenüberstellung der auf die juristischen Bemessungsgrundlagen entfallenden Steuern oft einen ungenügenden Einblick in die Struktur der Steuerbelastung vermittelt, ist bei einer Veränderung der nicht mit den juristischen Bemessungsgrundlagen übereinstimmenden ökonomischen Größen auf die bisher nur für einzelne Sachverhaltschaffungen und -umformungen entwickelte Teilsteuerrechnung hinzuweisen, die die juristischen Steuerbemessungsgrundlagen in betriebswirtschaftlich identifizierbare Größen zerlegt. Den einzelnen betriebswirtschaftlich unterschiedenen bzw. zusammengefaßten Teilen von Bemessungsgrundlagen werden dann zusammengesetzte Steuersätze (Multifaktoren) zugeordnet, die die teilweise recht komplizierten wechselseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen Steuerarten zum Ausdruck bringen. Vgl. hierzu ebd., S. 12 sowie ders., "Eckwerte" und betriebliche Steuerbelastung. Die wichtigsten Veränderungen in der Belastung der Unternehmungen durch die Steuerreform-Leitlinien der Bundesregierung v. 11. Juni 1971, in: StuW 1971, S. 229-234 (230, FN 6) mit Hinweis auf weitere Veröffentlichungen zum Verfahren der Teilsteuerrechnung.

113 Zuordnung des Steuerrechts zum Entscheidungsfeld

Aus dem Instrumentalcharakter des Steuerrechts, der sich in Sachverhaltsgestaltungen und Wahlrechten äußert, erwächst der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre die Aufgabe, geeignete Entscheidungsmodelle zur dispositiven Beeinflussung der Steuerbelastung zu konzipieren. Grundlage dafür ist eine problemadäquate Zuordnung des Steuerrechts zum Entscheidungsfeld.

Rechtssätze sind Sollenssätze, die ein durch einen Tatbestand bedingtes Sollen aussprechen. Mit dem abstrakt-begrifflichen Gebilde des steuerlichen Tatbestandes gibt der Gesetzgeber jene Bedingungen und Umstände an, unter welchen allgemein die von ihm gewollten steuerlichen Rechtsfolgen eintreten sollen.¹⁾ Steuertatbestände stellen somit letztlich exogene Variable im Entscheidungsfeld dar. Formal ist ihre steuerpolitische Berücksichtigung im Entscheidungsmodell unterschiedlich zu interpretieren, je nachdem, ob prinzipiell eine Steuervermeidung oder eine Steuerverminderung angestrebt wird, die im Grenzfall auch zu einer Steuervermeidung werden kann. Steuertatbestände wirken sich in steuervermeidenden Dispositionen derart aus, daß aus der Menge der Wertkombinationen einzelner Aktionsparameter, aus den möglichen Alternativen des Entscheidungssubjekts also, bei der Suche von vornherein jene ausgesondert werden, die zwar realisierbar, aber steuerlich nicht erwünscht sind. In steuervermindernden Dispositionen wirken sich dagegen Steuertatbestände über die Bewertung der Alternativen²⁾ aus.

Die Prognose der Konsequenzen einer Alternative als Voraussetzung der Bewertung resultiert aus einem Prozeß der wissenschaft-

1) Vgl. Engisch, Karl, Einführung in das juristische Denken, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 21 u. 34 ff.

2) Vgl. hierzu Heinen, Edmund, Der entscheidungsorientierte Ansatz a. a. O., S. 430 ff; Gäfgen, Gérard, a. a. O., S. 137 ff; Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a. a. O., S. 47 ff.

lichen Erklärung. Diese Explikation stellt die logische Ableitung der das Explanandum beschreibenden Aussagen aus einer Reihe von Prämissen, den Gesetzeshypothesen und den Antezedensbedingungen dar. Anwendungsbedingungen und Gesetzmäßigkeiten bilden zusammen das Explanans, das die zur Erklärung verwendeten Aussagen enthält.¹⁾ Anwendungsbedingung ist neben der persönlichen und sachlichen Steuerpflicht der mit dem steuergesetzlichen Tatbestand übereinstimmende konkrete Sachverhalt. Auslegung und Subsumtion sind dabei eng miteinander verbunden; die hier zu treffenden Entscheidungen orientieren sich an Kriterien, die u. U. empirisch nicht überprüfbar sind. Die Frage nach der Richtigkeit der Entscheidung läßt sich dann nicht unmittelbar beantworten, vielmehr sind Termini wie "angemessen", "vertretbar", "sachgerecht" oder "zweckgerecht" zu gebrauchen. Diese Interpretationsargumente bilden erst die Voraussetzung für Operationen der juristischen Logik.²⁾

Auf der Basis steuerrechtlicher Normen zur Ermittlung der Steuerschuld durch Anwendung eines bestimmten Steuersatzes auf eine näher definierte Steuerbemessungsgrundlage hat die Steuerwirkungslehre Gesetzeshypothesen der Veränderung von Entscheidungsfeldern

1) Vgl. Albert, Hans, a. a. O., S. 48. Zum Verhältnis von Erklärung, Prognose und praktischer Anwendung vgl. auch Popper, Karl R., Naturgesetze und theoretische Systeme, in: Theorie und Realität, a. a. O., S. 87-102 (96); Stegmüller, Wolfgang, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und der analytischen Philosophie, Bd. I, Wissenschaftliche Erklärung und Begründung, Berlin/Heidelberg/New York 1969, S. 153 ff.

2) Vgl. Bareis, Hans Peter, a. a. O., S. 41 ff. Eine Ausnahme von dem beschriebenen Weg der Rechtsfindung bildet die typisierende Betrachtungsweise, indem ein Sachverhalt durch die Rechtsprechung einem anderen als dem vom Gesetzgeber vorgesehenen Tatbestand zugeordnet wird; vgl. Wennrich, Eberhard, Die typisierende Betrachtungsweise im Steuerrecht, Düsseldorf 1963, S. 113.

zu entwickeln, die generelle Prognosen über die Konsequenzen von Alternativen ermöglichen. Eine besondere Problematik resultiert somit aus der Tatsache, daß für empirische Prognosen normative Aussagen eines nichtempirischen Aussagensystems Anwendung finden.

Daß die den Instrumentalcharakter des Steuerrechts mithin konstituierenden Möglichkeiten der Sachverhaltsgestaltung jedoch keine zusätzlichen Freiheitsgrade des Entscheidungssubjekts darstellen, ergibt sich unmittelbar aus der Tatsache, daß die Menge der im Nichtsteuerfall möglichen Wertkombinationen einzelner Aktionsparameter durch die Einbeziehung von Steuern nicht vergrößert wird, sondern daß möglicherweise die Zielerreichungsgrade der einzelnen Alternativen unterschiedlich beeinflußt werden und sich damit deren Rangfolge verändert. Demgegenüber wird durch ein steuerliches Wahlrecht das zielerreichende Möglichkeitenfeld über eine Alternativen-Expansion effektiv erweitert, indem an jenen durch eine Handlungsalternative gegebenen Sachverhalt nicht notwendig nur eine ganz bestimmte steuerliche Konsequenz anknüpft, sondern gemäß dem Willen des Steuerpflichtigen nach Verwirklichung des Steuertatbestandes unterschiedliche Handlungsfolgen herbeigeführt werden können. Ausschließlich steuerliche Wahlrechte stellen somit zusätzliche Freiheitsgrade des Entscheidungssubjekts - in einem zeitlich geteilten Entscheidungsfeld - dar, die durch Aktionsparameter im Entscheidungsmodell zu erfassen sind.

Da die meisten steuerlichen Sachverhalte Rechtsgestaltungen sind, die das Privatrecht allgemein zur Erreichung unternehmerischer Ziele zur Verfügung stellt¹⁾, bildet der Steuerbelastungsvergleich alternativer Sachverhaltsgestaltungen nur einen entsprechenden Bei-

1) Vgl. Westerhoff, Wilhelm, Unklare Rechtsgestaltungen in ihrer Bedeutung für das Steuerrecht, Düsseldorf 1959, S. 1.

trag zu einer umfassenderen Entscheidung über die Erreichung divergenter Ziele mit identischem Mitteleinsatz, wohingegen die an gegebene Sachverhalte anknüpfenden steuerlichen Wahlrechte zusätzliche Entscheidungstatbestände eines spezifisch steuerlichen (Teil-)Entscheidungsfeldes darstellen, so daß der Steuerbelastungsvergleich alternativer Ausübung eines Wahlrechts ausschließlich an steuerlichen Auswahlkriterien auszurichten ist. Unabhängig von der steuerlichen Problemorientierung sind dabei jedoch die Zurechnungsprobleme einer zweckmäßigen Abgrenzung des Entscheidungsfeldes und die Bewertungsprobleme bei der Formulierung von Ziel-funktionen aufgrund genereller Interdependenzen zwischen Modellbereich und Rest des Entscheidungsfeldes zu sehen.¹⁾

"In other words, we come to the conclusion that a corporation behaving rationally must pursue an active tax policy. It does not consider the profit before tax to be something which is completely out of its control. Instead, the profit before tax is regarded as a decision variable in the same sense as the purchase of raw material, the production and the sale of products."²⁾

Da nahezu alle unternehmerischen Dispositionen über die Verwirklichung positiver und negativer Komponenten der Steuerbemessungsgrundlage den in der Steuerbilanz ausgewiesenen Gewinn tangieren, erfolgt eine Abgrenzung der sich in festem Rhythmus wiederholenden und auf den laufenden steuerlichen Gewinnausweis gerichteten Steuerbilanzpolitik in der Weise, daß sie grundsätzlich auf die Fixierung der durch Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte bedingten steuergesetzlichen Freiheitsgrade beschränkt wird.

Den Wahlrechtsdispositionen sind schließlich formell auch jene Entscheidungsfälle zu subsumieren, in denen "weder Gesetzgebung noch Rechtsprechung expressis verbis Alternativlösungen vorgese-

1) Vgl. Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S. 760 f.

2) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 42.

hen haben ...", sondern "... in denen angesichts der Unmöglichkeit einer allgemeinverbindlichen und eindeutigen Regelung der individuellen Ermessensentscheidung des Unternehmers ein maßgebliches Gewicht zukommt".¹⁾ Gleichwohl fördern die wegen der Komplexität des zu erfassenden Geschehens angewandten Generalklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffe aber auch die Rechtsunsicherheit der Besteuerung.²⁾

Eine zentrale Bedeutung der Steuerbilanzpolitik für Entscheidungen mit steuerlichem Motivationsanteil resultiert allerdings aus der Tatsache, daß die Unternehmung die kleinste der steuerlichen Gewinnermittlung unterliegende Einheit darstellt und Ertragsteuerzahlungen sich nicht einzelnen Handlungsmöglichkeiten, sondern nur einer Gesamtheit von Aktivitäten zuordnen lassen, da der in der Steuerbilanz ausgewiesene Gewinn keine eindeutig determinierte Residualgröße, sondern das Ergebnis eines zielgerichteten Einsatzes des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums darstellt.³⁾ In die interperiodische Allokation von Ertragsteuerzahlungen sind Sachverhaltsgestaltungen somit regelmäßig dann einzubeziehen, wenn sie durch die Ausübung von Wahlrechten eine unmittelbar steuerbilanzpolitisch motivierte zeitliche Determinierung erfahren.⁴⁾ Ähnlich wie für die vorgelagerte sachliche Determinierung dieser steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten in einem umfassenden Entscheidungsrahmen gilt auch für deren zeitliche Determinierung die Voraussetzung, daß die sonstigen betrieblichen Belange eine solche Vorgehensweise zulassen.

1) Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 214.

2) Vgl. Jacobs, Otto H., Das Bilanzierungsproblem in der Ertragsteuerbilanz. Ein Beitrag zur steuerlichen Lehre vom Wirtschaftsgut, Stuttgart 1971, S. 26.

3) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 40 ff; Haberstok, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 120.

4) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 207.

12 Phasen des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsprozesses

Betriebswirtschaftlich-steuerliche Untersuchungen traditioneller Art setzen mindestens eine Stufe zu spät an. Sie beginnen nämlich mit der Behandlung des Besteuerungsproblems meist erst dann, wenn es sich nach außen sichtbar manifestiert, ohne den unternehmerischen Entscheidungsprozeß in seinen Grundphasen der Willensbildung und Willensdurchsetzung zu analysieren.¹⁾ Der Ablauf von Entscheidungsprozessen wird allgemein gekennzeichnet durch eine logische Reihenfolge und Verknüpfung einzelner Phasen.²⁾ So unterscheidet Heinen beispielsweise die Phasen "Anregung", "Alternativensuche" und "Alternativenauswahl", die der Willensbildung zuzurechnen sind, sowie "Realisation" und "Kontrolle", die der Willensdurchsetzung angehören.³⁾ Witte zeigt zwar die Problematik der genauen Abgrenzung einzelner Phasen komplexer novativer, multipersonaler Entscheidungen auf, ohne jedoch dieses logische Konzept grundsätzlich zu widerlegen.⁴⁾

1) Vgl. Lexa, Hans, Betriebswirtschaftliche Konzentrationsentscheidungen und Besteuerung, in: Der Österreichische Betriebswirt 1970, S. 101-126 (104 f).

2) Zu der unterschiedlichen Tiefengliederung und Abgrenzung einzelner Entscheidungsphasen vgl. insbesondere Kloidt, Heinrich/Dubberke, Hans-Achim/Göldner, Jürgen, a.a.O., S. 12 ff; Bleicher, Knut, Zur Zentralisation und Dezentralisation des Entscheidungsprozesses in der Unternehmungsorganisation, in: Organisation und Rechnungswesen, a.a.O., S. 125-151 (131 ff); Witte, Eberhard, Analyse der Entscheidung, a.a.O., S. 114 ff; ders., Phasen-Theorem und Organisation komplexer Entscheidungsverläufe, in: ZfbF 1968, S. 625-647 (626 f); Gägen, Gérard, a.a.O., S. 95 ff; Griem, Heinrich, a.a.O., S. 57 ff.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 19 ff; ders., Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 20 ff mit weiterer Literatur; ders., Der entscheidungsorientierte Ansatz, a.a.O., S. 438.

4) Vgl. Witte, Eberhard, Phasen-Theorem, a.a.O., S. 644.

Somit läßt sich diese analytische Funktionsgliederung - ohne Anspruch auf Gültigkeit einer strengen zeitlichen Reihenfolge - der Untersuchung des gedanklichen Prozesses zugrundelegen, der zu steuerlich bestimmten Entscheidungen der Unternehmung hinführt. Jener Willensbildungsprozeß, der der Vorbereitung steuerbilanzpolitischer Aktionen dient, läßt sich aus den relevanten Stufen bzw. Teilphasen der Anregung und Erwartungsbildung, der Alternativenentwicklung und der Auswahl der optimalen Verhaltensweise zusammengesetzt denken. Die Willensdurchsetzung umfaßt schließlich die Realisation und deren Kontrolle.¹⁾

121 Anregung und Erwartungsbildung

Ein Entscheidungsprozeß wird angeregt durch die Feststellung eines ungelösten Problems, das in einer anschließenden Ursachenanalyse durch Gewinnung zusätzlichen Wissens einer Klärung und Präzisierung zuzuführen ist, so daß die Lösung des Entscheidungsproblems in Angriff genommen werden kann. Beim steuerbilanzpolitischen Willensbildungsprozeß ergibt sich der Stimulus aus dem generell geregelten Wiederholungsrhythmus jenes Gewinnausweises, an den Steuerzahlungen geknüpft sind.²⁾ Die erste Stufe eines steuerbilanzpolitischen Entscheidungsprozesses umfaßt die fortwährende Gewinnung von Erwartungen über jene unternehmungsinternen und -externen Faktoren, die das steuerliche Schicksal der Unternehmung bestimmen. Ausgehend von einer traditionellen Vergangenheits- und Gegenwartsbetrachtung sind informatorische Anhaltspunkte über die zukünftigen steuerungsrelevanten Verhältnisse zu bilden. Die Gewinnung von Voraussicht ist an den Menschen als jeweiliges Entscheidungssubjekt gebunden und wird somit stark von

1) Vgl. auch Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 15 u. 137 f.

2) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 19 ff; ders., Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 48.

dessen Individualität beeinflusst und geprägt, die sich insbesondere in seiner betriebswirtschaftlichen, steuerrechtlichen und wirtschaftspolitischen Sachkenntnis, in seiner individualpsychologischen Struktur und in der Bindung zu seiner sozialen und kulturellen Umgebung ausdrückt.¹⁾

Ertragsteuerzahlungen, deren Bemessungsgrundlage der in der Steuerbilanz ermittelte Gesamtgewinn der Unternehmung bzw. das steuerpflichtige Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen darstellt, sind grundsätzlich einer Gesamtheit von Aktivitäten zugeordnet. Da die Steuerbilanzpolitik als integraler Bestandteil der betrieblichen Steuerpolitik und als integrierter Bestandteil der gesamten Unternehmungstätigkeit keinem Selbstzweck dient, interessiert im Rahmen der Erwartungsbildung die zukünftige Entwicklung der gesamten Unternehmungsverhältnisse insoweit, als sie bereits durch die fallweisen steuerpolitischen Aktionen, jedoch noch nicht durch beabsichtigte steuerbilanzpolitische Dispositionen beeinflusst ist. Die Unternehmungsentwicklung läßt sich sowohl aus einer gesamtbereichsbezogenen Integralplanung als auch aus einer teilbereichsbezogenen Sektorialplanung ableiten.²⁾

"Es sei lediglich festgestellt, daß alle Dispositionen der Unternehmung voneinander abhängig und miteinander verbunden sind. Sie werden nicht nur von betrieblichen Gegebenheiten und Zielsetzungen induziert, sondern - so insbesondere im Absatzbereich - auch von unternehmungsexternen Entwicklungen hervorgerufen und beeinflusst. Trotz solcher Einwirkungen von außen kann das Unternehmen hinsichtlich seiner eigenen zukünftigen Maßnahmen viel eher zu sicheren Erwartungen gelangen als hinsichtlich solcher Einflußgrößen seines Erfolges, die ausschließlich oder doch

1) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 29 ff u. 137.

2) Vgl. dazu Weber, Karl, Langfristige Planung in der Unternehmung, in: Beiträge zur Lehre von der Unternehmung, Festschrift für Karl Käfer, Hrsg. Otto Angehrn und Hans Paul Künzi, Stuttgart 1968, S. 309-329 (319 ff).

zum überwiegenden Teil betriebsexterner Natur sind,"¹⁾

Eine Gewinnplanung, in der alle betrieblichen Teilplanungen kulminieren, wird schlechthin als die Grundlage der Steuerbilanzpolitik angesehen²⁾, so daß ein Hinweis auf die Divergenz zwischen ökonomischen Größen und steuergesetzlichen Bemessungsgrundlagen angebracht erscheint. Da sich die steuerbilanzpolitisch relevanten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte formell dadurch ineinander überführen lassen, daß außer Ansatz bleibende Wirtschaftsgüter eine Bewertung mit Null erfahren, ist zunächst das "Mengengerüst"³⁾ der Steuerbilanzen zu ermitteln. Indem die Betriebswirtschaftslehre wichtige Ereignisse erklärt und in gewissem Umfange vorhersehbar macht, kann sie dem Entscheidenden bei seinem Bemühen insoweit helfen, als solche Prognosen von seinem subjektiven Wissen und seiner Urteilsfähigkeit abhängig sind.⁴⁾

Für die Gewinnung von Erwartungen in der Steuerbilanzpolitik sind neben der Entwicklung der Unternehmung unter Einbeziehung konjunktureller Trends auch die künftigen Entwicklungen der Rechtspraxis zu antizipieren. Die Entwicklung der Steuergesetzgebung ist

1) Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 53.

2) Vgl. Schockenhoff, Heinz, Betriebswirtschaftliche Steuerplanung, in: Betriebswirtschaftliche Planung in industriellen Unternehmungen, Festgabe für Theodor Beste, Hrsg. Josef Ries und Gert von Kortzfleisch, Berlin 1959, S. 131-149 (145 ff); Flick, Hans, Steuerplanung in der Unternehmung, in: Moderne Steuerprobleme des Unternehmers, Steuer und Recht Heft 15, Herne 1963, S. 47-65 (53 ff); Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 52 f.

3) Vgl. zu diesem Begriff Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 10. Aufl., Tübingen 1965, S. 96, unter Hinweis auf Rummel; Heinen, Edmund, Produktions- und Kostentheorie, in: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre in programmierter Form, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 201-285 (264 u. 271).

4) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a. a. O., S. 159.

insbesondere in Abhängigkeit von dem fiskalischen und dem wirtschaftspolitischen Zweck der Steuern unter Beachtung der Problematik einer Steuerharmonisierung in der EWG zu sehen. Weiterhin sind Änderungen der Rechtsprechung und der Verwaltungsvorschriften besteuierungsrelevant.¹⁾

Die Verwaltungsansicht, die letztlich für die tatsächliche Behandlung bestimmend ist, kann sich entweder in Abhängigkeit von Gesetzgebung und Rechtsprechung entwickeln oder sich umgekehrt als Einflußfaktor auf diese auswirken.¹⁾

Die Ableitung von Erwartungen aus den vorliegenden informativischen Anhaltspunkten kann mit Hilfe der verschiedenen Methoden des Schließens, nämlich der Induktion, der Deduktion und der Analogie erfolgen, die nicht nur isoliert nebeneinander anzuwenden sind, sondern sich gegenseitig bedingen und ergänzen.²⁾ Die durch den Schluß vom Besonderen auf das Allgemeine gekennzeichnete Induktion dient der Verallgemeinerung solcher Feststellungen, die sich aus empirischen Einzeltatbeständen ergeben. Die Induktion will Regelmäßigkeiten ermitteln, um von diesen auf noch Unerkanntes schließen zu können, wohingegen Deduktionen von bestehenden Gesetzmäßigkeiten auf den Einzelfall schließen. Analogieschlüsse bewirken Aussagen über bestimmte Fälle auf der Grundlage der Übereinstimmung einiger wesentlicher Merkmale.³⁾

1) Zu Fragen der Rechtsentwicklung vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 34 ff; Bareis, Hans Peter, a.a.O., S. 45 ff.

2) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 54. Methodologische Bedenken gegen die Schlußverfahren der Induktion und der Analogie finden sich bei Bareis, Hans Peter, a.a.O., S. 46; vgl. hierzu aber insbesondere Popper, Karl R., Logik der Forschung, a.a.O., S. 200 f.

3) Zu dieser Unterscheidung der einzelnen Schlußverfahren vgl. Wittmann, Waldemar, a.a.O., S. 122 f. u. 128 f, der die generelle Brauchbarkeit von Induktion und Analogie als heuristische Verfahren unterstreicht.

Die aus den informatorischen Anhaltspunkten erarbeiteten isolierten Einzelerwartungen müssen schließlich zusammengefaßt, geordnet und aufeinander abgestimmt werden, so daß sich der gesamte Prozeß der Erwartungsbildung als ein Vorgang der derivativen Datenermittlung, der Datentransformation und der Datenkoordination¹⁾ präsentiert.

"Die Sicherheit der Vorstellungen, die das Erwartungsbild formen, ist nicht einheitlich, und die Unsicherheit der einzelnen Erwartungen nimmt nicht gleichmäßig mit der zeitlichen Entfernung von t_0 zu. Am sichersten werden solche Erwartungen sein, die sich auf die autonom bestimm-
baren Handlungen der Unternehmung selbst beziehen; dagegen ergibt sich für die Vorstellungen über ausschließlich unternehmungsexterne Faktoren eine geringere Sicherheit und Übersichtstiefe. Daraus folgt, daß der steuerlich relevante Horizont der Unternehmung, der die Begrenzung der Erwartungen angibt, nicht eine einheitliche Entfernung von t_0 aufweist, sondern je nach vorliegender Voraussicht in unterschiedlicher Entfernung von t_0 verläuft."²⁾

122 Alternativenentwicklung

Ein Suchprozeß, der die für die Entscheidung relevanten Kriterien festzulegen sowie die möglichen Handlungsalternativen und deren zu erwartende Konsequenzen zu erfassen hat, leitet vom Stadium der "Unorientiertheit" zur Entschlußfassung über.³⁾ Gegenstand der an die Erwartungsbildung anschließenden Phase ist die Ausarbeitung steuerbilanzpolitischer Verhaltensmöglichkeiten der Unternehmung auf der Grundlage der gewonnenen Erwartungen. Dabei gilt es, mögliche Alternativen sowie begrenzende Daten ausfindig zu machen und die zugrunde liegenden Zielsetzungen zu präzisieren. Alternativen

1) Vgl. Grochla, Erwin, Zur Organisation des betrieblichen Planungsablaufs, in: ZfB 1962, S. 702-715 (708).

2) Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 56; vgl. Wittmann, Waldemar, a. a. O., S. 137 ff.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 48.

sind Kombinationen von Aktivitäten bestimmten Niveaus, von unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten also, die den verfügbaren Mittelbestand jeweils vollständig ausschöpfen.¹⁾ Die in den einzelnen Alternativen enthaltenen Aktionsmöglichkeiten können sowohl in einem Tun als auch in einem Unterlassen bestehen. "Ein Entscheidungsproblem ist nur dann richtig gestellt, wenn jede Alternative alle anderen ausschließt."²⁾

Die Suche nach Handlungsalternativen wird von dem Prinzip der Kollektion beherrscht und gewinnt insbesondere dann an Bedeutung, wenn das Entscheidungssubjekt nicht von vornherein alle steuerbilanzpolitischen Möglichkeiten kennt und übersieht. Diese Kollektion ist jedoch durch eine gewisse Selektion zu ergänzen, um jene Alternativen mit begründeten Erfolgsaussichten herauszukristallisieren.³⁾ Die Zusammenstellung und die Vorauswahl steuerbilanzpolitischer Alternativen führen im Ergebnis zu jeweils unterschiedlichen Programmen der Gewinnverlagerung zwischen Gegenwart und Zukunft durch entsprechenden Einsatz des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums. Um eine endgültige Entscheidung treffen zu können, ist es notwendig, die Auswirkungen aller plausiblen Verhaltensmöglichkeiten zu analysieren. Dabei kommt dem auf den gewonnenen Erwartungen basierenden Entwurf der zukünftigen Sachverhalte, der Feststellung und Auslegung steuergesetzlicher Vorschriften, der planerischen Subsumtion und schließlich der Prognose der Konsequenzen steuerbilanzpolitischer Alternativen besondere Bedeutung zu.⁴⁾ Die Gewinnung von Voraussicht gehört nicht in

1) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 21; Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a.a.O., S. 53.

2) Engels, Wolfram, a.a.O., S. 83.

3) Vgl. Koch, Helmut, Betriebliche Planung. Grundlagen und Grundlagen der Unternehmungspolitik, Wiesbaden 1961, S. 80 f.

4) Zum ausführlichen Vorgehen vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 64 ff u. 75 ff mit umfangreichen Literaturhinweisen.

den Bereich der exakten Wissenschaften. Auf der Grundlage laufend zu revidierender interdependenter Schätzungen von Beschaffung, Produktion, Absatz, Investition und Finanzierung unter den voraussichtlichen künftigen Verhältnissen lassen sich nach steuerlichen Vorschriften vorläufige Jahresabschlüsse, Erfolgsrechnungen und Bilanzen erstellen, die den geschätzten steuerlichen Gewinn für diese Perioden bei jeweils unterschiedlichem steuerbilanzpolitischem Mitteleinsatz ausweisen. Eine Vorschau der verfügbaren Mittel wird außerdem zeigen, welche neuen Kapitalquellen für das Investitionsbudget zu erschließen sind.¹⁾

"Speziell die Bilanzpolitik verdeutlicht auch, daß sich die Unternehmung nicht etwa nur auf das Jahr der Gewinnverlagerung in die Zukunft beschränken darf, sondern daß sie auch jene Zeiträume in ihre Überlegungen einbeziehen muß, in denen später die verlagerten Gewinne ausgewiesen und versteuert werden müssen; denn nur so kann sie feststellen, ob sie eventuell gegenwärtige Steuererleichterungen mit späteren Mehrbelastungen erkaufte, ob lediglich Steuerverchiebungen oder echte Steuerersparnisse zu erwarten sind."²⁾

Im Hinblick auf die Einkommensteuer, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen natürlichen Person Rechnung tragen will, sind bei der Prognostizierung der Konsequenzen steuerbilanzpolitischer Alternativen auch außerbetriebliche besteuierungsrelevante Gegebenheiten wie Familienstand, Kinderzahl, Alter, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und andere Einkünfte des Steuerpflichtigen zu berücksichtigen.³⁾ Weiterhin kann

1) Vgl. Wheaton, Robert G., Langfristige Gewinn-Planung, in: ZfB 1958, S. 354-358 (355 f); Zwehl, Wolfgang von, Untersuchung zur Erstellung einer Planbilanz als Ergänzung des Jahresabschlusses, Berlin 1968, S. 65 ff u. 93 ff. Zur Prognostizierung der Steuerbilanz sowie der als Folge steuerbilanzpolitischer Aktivitäten auftretenden Steuerzahlungen vgl. Bareis, Hans Peter, a.a.O., S. 77, 81 ff, 98 ff u. 112 ff.

2) Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 89.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a.a.O., S. 80 ff.

eine isolierende Betrachtungsweise dazu führen, daß Vorteile im Bereich einer Steuerart durch Nachteile bei einer anderen Steuer teilweise oder ganz kompensiert werden.¹⁾ Da eine Steuerersparnis bestimmter Höhe nur dann sinnvoll ist, wenn sie nicht mit noch höheren Aufwendungen erkaufte wird²⁾, sind auch die Honorare für Dienstleistungen externer Berater sowie Ausgaben für unternehmensinterne Steuerabteilungen in die Bewertung steuerbilanzpolitischer Alternativen einzubeziehen³⁾, sofern die einzelnen Alternativen unterschiedlich stark belastet werden. Eine solche Zuordnung scheitert daran, daß ex ante keine hinreichenden Angaben über das Honorar, insbesondere aber den Erfolg der Berater-tätigkeit zu machen sind. Diese Betrachtung vermag allerdings der Alternativenentwicklung zu dienen, indem ein bestimmtes Honorar die mindestnotwendige Verbesserung des Zielerreichungsgrades gegenüber eigenen steuerbilanzpolitischen Alternativen angibt.

Der Prozeß der Willensbildung und Willensdurchsetzung wird von der Kontrollphase überlagert, so daß bereits steuerbilanzpolitisch unerwünschte Konsequenzen über Rückinformationen einen neuen Entscheidungsprozeß auslösen.⁴⁾

123 Auswahl der optimalen Verhaltensweise

Mit der Phase der Auswahl der optimalen Verhaltensweise wird der Prozeß der Willensbildung abgeschlossen. Aufgrund der allge-

1) Vgl. Kottke, Klaus, Steuerersparung, Steuerumgehung, Steuerhinterziehung, 5. Aufl., Freiburg i. Br. 1970, S. 23.

2) Vgl. ebd., S. 21.

3) Vgl. Münstermann, Hans, Bilanzpolitik mit Hilfe der mathematischen Programmierung, in: Dienstleistungen in Theorie und Praxis, Festschrift für Otto Hintner, Hrsg. Hanns Linhardt, Peter Penzkofer, Peter Scherpf, Stuttgart 1970, S. 256-290 (258).

4) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 49.

meinen Interdependenz der Unternehmungsbereiche lassen sich Entscheidungen nicht immer isoliert und lediglich unter Berücksichtigung eines Teilbereiches treffen, so daß insbesondere auch die Steuer oft nur als einer von mehreren Einflußfaktoren in einer komplexen Entscheidungssituation zu werten ist.¹⁾ Sobald geklärt ist, "warum bestimmte Ziele nicht angestrebt werden sollten und bestimmte Mittel nicht sinnvoll eingesetzt werden können, ... tritt schließlich immer klarer in den Vordergrund, was getan werden sollte und auf welche Weise bzw. mit welchen Mitteln".²⁾

Indem die im Rahmen der Beschränkungen zulässigen Handlungsalternativen in eine Rangordnung zu bringen sind, ist das Entscheidungsproblem gelöst, "wenn eine Alternative gefunden ist, die unter Berücksichtigung des angestrebten Ausmaßes der Zielerreichung von keiner anderen übertroffen wird. Sie beinhaltet als Entwurf den zu realisierenden Plan".³⁾

Da die Konsequenzen steuerpolitischer Alternativen hinsichtlich ihres Eintritts und/oder ihres Zielerreichungsgrades mit mehr oder weniger großer Unsicherheit behaftet sein werden⁴⁾, diskutiert Wehmeyer⁵⁾ die Bekämpfung der Ungewißheit durch eine Intensivierung der Planungsüberlegungen unter besonderer Berücksichtigung der Einholung verbindlicher Zusagen beim Finanzamt, durch eine Aufschiebung der Entscheidung sowie durch eine elastische Gestaltung der Alternativpläne, die in der Aufstellung von Eventualplänen und in der Aktivierung steuerpolitischer Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere durch Steuerklauseln, zum Ausdruck kommt. Steuerliche Wahlrechte, die eine Verwirklichung des Steuertatbestandes notwendig voraussetzen, bestimmen den integralen

1) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 111 ff.

2) Kloidt, Heinrich/Dubberke, Hans-Achim/Göldner, Jürgen, a.a.O., S. 15.

3) Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 48 f.

4) Vgl. Wittmann, Waldemar, a.a.O., S. 149.

5) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 94 ff.

Charakter der sich in festem Rhythmus wiederholenden Steuerbilanzpolitik. Da die steuerbilanzpolitische Ungewißheit somit weniger aus der Problematik betriebswirtschaftlicher Aussagen bei fehlender empirischer Grundlage als aus der mangelnden Kenntnis künftiger Umweltsituationen resultiert, kommt von den genannten Möglichkeiten der Intensivierung der Planungsüberlegungen durch Rückgriff auf Vergangenheitserfahrung sowie der zeitlichen Verschiebung der Entscheidung besondere Bedeutung zu, um die den steuerbilanzpolitischen Alternativen anhaftenden Ungewißheiten einzudämmen. Die Offenhaltung der Zukunft durch ein zeitlich begrenztes Hinauszögern der Bilanzerstellung ermöglicht es, nach dem Bilanzstichtag erlangte steuerungsrelevante Informationen bei der Entscheidung zusätzlich zu berücksichtigen.¹⁾ Eine durch die Aufstellung von Eventualplänen gekennzeichnete "flexible Gestaltung der Planstruktur"²⁾, die auf der Gewinnung völlig neuer Informationen sowie auf der Umwandlung unsicherer Erwartungen in sichere beruht³⁾, wird im Rahmen der modellmäßigen Berücksichtigung der Ungewißheit diskutiert.

124 Willensdurchsetzung

Nachdem mit der steuerbilanzpolitischen Entschlußfassung der abwägende Prozeß der Willensbildung beendet wurde, ist die gewählte Alternative zu verwirklichen. Ein auf der Grundlage allgemeiner

1) Vgl. Hart, Albert Gailord, *Anticipations, Uncertainty, and Dynamic Planning*, Reprints of Economic Classics, New York 1965, S. 55; Harder, Ulrich, *Bilanzpolitik. Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen*, Wiesbaden 1962, S. 152 f; Vogt, Fritz Johs., *Bilanztaktik, Wahlrechte des Unternehmers beim Jahresabschluß*, 6. Aufl., Heidelberg 1963, S. 46.

2) Wittmann, Waldemar, a. a. O., S. 188 f.

3) Vgl. zu den materiellen Problemen Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 98 ff.

Erwartungen entworfenen Plan erhält nun verbindlichen Charakter. Der Realisation kommt insbesondere dann größere Bedeutung zu, wenn die ausgewählte Alternative zu ihrer praktischen Durchführung einer Detaillierung bedarf. Falls sich eine konkretisierende Ergänzung und Vervollständigung zu irgendeinem Bilanzierungszeitpunkt innerhalb des Planungszeitraums als unmöglich erweisen sollte, muß der Plan an die vorgelagerten Phasen zurückverwiesen werden.¹⁾

"Mit der Einreichung der Steuererklärung und der ihr zugrundeliegenden Steuerbilanz hat der Steuerpflichtige über die gegebenen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte endgültig entschieden. Eine Änderung dieser Entscheidung zugunsten eines anderen, ebenfalls zulässigen Bilanzansatzes ist eine Bilanzänderung, die nach § 4 Abs. 2 Satz 2 EStG nur mit Zustimmung des Finanzamtes, im Rechtsmittelverfahren mit Zustimmung der Rechtsmittelbehörde zulässig ist." ²⁾

Es zeigt sich somit, daß in allen Phasen Teilentscheidungen zu treffen sind, die das Ergebnis des steuerbilanzpolitischen Gesamtentscheidungsprozesses mitbestimmen. Die Kontrollphase, die den gesamten Prozeß der Willensbildung und Willensdurchsetzung überlagert, führt schließlich in die Anregungsphase eines neuen, periodisch wiederkehrenden Entscheidungsprozesses über. Dabei wird deutlich, daß in allen Phasen auch Informationen gewonnen, verarbeitet und weitergegeben werden.³⁾

13 Organisatorische Gestaltung des Entscheidungsprozesses

Als Träger der Steuerbilanzpolitik ist die Unternehmungsleitung (Kerngruppe) anzusehen, die die Macht zur Durchsetzung der Unter-

1) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 120 ff.

2) Scheffler, Hans Eberhard, Steuerbilanztaktik, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 10, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 47-68 (67).

3) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 49 f.

nehmungsziele gegenüber dem Fiskus als Satellitengruppe besitzt.¹⁾ Während die vorangehende Analyse des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsprozesses implizit einen einzelnen Unternehmer als Entscheidungszentrum²⁾ unterstellt, treten organisatorische Probleme insbesondere dann auf, wenn mehrere mit Entscheidungsbefugnis ausgestattete Individuen am steuerbilanzpolitischen Entscheidungsprozeß beteiligt sind und/oder ein externer Berater Entscheidungshilfe leistet.

Originäre Entscheidungsbefugnis kann sich entweder unmittelbar aus dem Eigentum (bei Personengesellschaften) oder aus gesetzlichen und vertraglichen Normen (bei Kapitalgesellschaften) ergeben.³⁾

Der Erfolg einer Steuerbilanzpolitik ist dann maßgeblich davon abhängig, wie sich die Entscheidungsträger sowie "Unternehmung und außerbetrieblicher Berater bei ihrer gemeinsamen Arbeit im Interesse der Unternehmung gegenseitig vertrauensvoll informieren und ergänzen".⁴⁾ Bei Beteiligung eines externen Beraters am Entscheidungsprozeß ist die Effizienz seiner (Informations-)Beiträge grundsätzlich in Abhängigkeit von der Konformität der Zielsetzungen des Beraters und des Beratungsempfängers im Hinblick auf das Beratungsobjekt zu sehen. Eine solche Konformität wird nur bei einer selten zu erreichenden extremen Anpassung vollständig gegeben sein.⁵⁾ "Die Einflußnahme auf den Entscheidungsinhalt stellt sich (vielmehr, Anm. d. Verf.) dar als Einwirkung auf den Informations-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 53 f.

2) Vgl. Scheuing, Eberhard Eugen, Der Unternehmer als Entscheidungszentrum, in: ZfB 1969, S. 651-658.

3) Vgl. Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a.a.O., S. 63; Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 205.

4) Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 128.

5) Vgl. Tschierschky, Jürgen, Bemerkungen zur betriebswirtschaftlichen Problematik der Beteiligung externer Berater am Entscheidungsprozeß in der Unternehmung, in: NB 1971, Nr. 3/4, S. 43-49 (44).

stand, auf die Art und Zahl der Alternativen (Alternativenbreite) und auf die Zielsetzung."¹⁾

Derivative Entscheidungsbefugnis resultiert hingegen aus der Tatsache, daß originäre Entscheidungsbefugnisse im Rahmen der Organisation teilweise delegiert werden.²⁾ Die arbeitsteilige Struktur der betriebswirtschaftlichen Organisation ist gekennzeichnet durch Organisationseinheiten und Organisationsbeziehungen.³⁾ Die Bildung von Stellen als kleinsten Organisationseinheiten geschieht in der Weise, daß der Gesamtkomplex der Aufgaben zunächst nach bestimmten Kriterien der Aufgabenanalyse - die Steuerbilanzpolitik insbesondere hinsichtlich der Phasen des Entscheidungsprozesses - erfaßt, zerlegt und gegliedert wird und daß die so gewonnenen Elementaraufgaben nach aufgabensynthetischen Kriterien - steuerbilanzpolitisch relevant sind insbesondere personelle Faktoren, das Verrichtungsmerkmal sowie die Unternehmungsgröße - zu abgegrenzten Aufgabenkomplexen zusammengefaßt werden. Die steuerbilanzpolitischen Aufgabenkomplexe lassen sich grundsätzlich Leitungs- und Stabstellen zuordnen. Eine Steuerabteilung entsteht dadurch, daß eine mit Steuerangelegenheiten betraute Stellenmehrheit unter einheitlicher Leitung gebildet wird. Im Hinblick auf die Steuerbilanzpolitik erstreckt sich die Regelung der Organisationsbeziehungen vornehmlich auf die Leitungshierarchie sowie die Kommunikationsbeziehungen. Die Gestaltung des Leitungssystems, die Verteilung der einzelnen Aufgaben auf die verschiedenen hierarchi-

1) Hauschildt, Jürgen, Zur Rolle des externen Beraters im unternehmerischen Entscheidungsprozeß, in: WPg 1969, S. 8-12 (10).

2) Vgl. Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a.a.O., S. 63.

3) Vgl. zu der folgenden Darstellung die grundlegenden Ausführungen bei Chmelik, Günter/Kappler, Ekkehard, Konstitutive Entscheidungen, in: Industriebetriebslehre, Hrsg. Edmund Heinen, a.a.O., S. 71-195 (156 ff, 167 ff u. 184 ff). Exemplarische Probleme der Organisation der steuerlichen Planung finden sich bei Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 125 ff.

schen Ebenen bzw. Instanzen und die Versorgung der Entscheidungsträger mit relevanten Informationen - durch Gestaltung jener Interaktion der Organisationsteilnehmer zum Zwecke des Informationsaustausches - bestimmen die Zusammenarbeit zwischen mehreren am steuerbilanzpolitischen Entscheidungs- und Problemlösungsprozeß beteiligten Stellen.

Werden unternehmungsinterne und unternehmungsexterne steuerliche Planung kombiniert, so hat die Auftragserteilung an den Berater unabhängig von einer Zielkonkretisierung so zu erfolgen, daß eine genaue Aufgabenstellung erkennbar wird.¹⁾

1) Vgl. Tschierschky, Jürgen, a.a.O., S.48.

2 ANALYSE DES STEUERBILANZPOLITISCHEN DISPOSITIONSSPIELRAUMS

21 Steuerbilanzpolitik und periodengerechte Gewinnermittlung

Für eine Steuerbilanzpolitik durch zielgerichtete Auswahl und Einsatz der durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis legalisierten Möglichkeiten einer Modifizierung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage interessieren zunächst Inhalt und Umfang des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums.¹⁾

Dabei erhebt sich zwangsläufig die Frage, inwieweit die aus dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz abgeleitete periodengerechte Gewinnermittlung als fiskalische Zwecksetzung der Steuerbilanz²⁾ die Vorstellung einer individuell geprägten Steuerbilanzpolitik berechtigt erscheinen läßt. Betriebswirtschaftlich-steuerliche Reflexionen dürfen sich bei einer Genetik des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsproblems nicht ausschließlich und unmittelbar auf empirisch-kognitive Aussagen stützen, sondern vielmehr bedarf es einer rationalen, entscheidungsorientierten Durchdringung dieser Frage.

Die Steuer als Gegenstand eines Interessenkonfliktes zwischen Unternehmung und Staat³⁾ läßt sich mit Hilfe der theoretischen und

1) Die Analyse der verschiedenen Ansatzpunkte dispositiver Beeinflussung der Zielkomponenten einer Präzisierung der Unternehmungsziele gedanklich vorwegzunehmen, erscheint insofern vertretbar, als beabsichtigt ist, die steuerbilanzpolitischen Entscheidungstatbestände der Realität in ihrer Gesamtheit zu formalisieren und in einem Aktionsparameter im Modell zu erfassen.

2) Vgl. Groener, Leo/Wallis, Hugo von, Grundzüge der steuerlichen Gewinnermittlung, 3. Aufl., Köln/Berlin/Bonn/München 1961, S. 12. Zur Bedeutung des Gleichheitsgrundsatzes für die Gestaltung und Handhabung des Steuerrechts vgl. Klein, Franz, Gleichheitssatz und Steuerrecht. Eine Studie über Gleichheit und Gerechtigkeit der Besteuerung im System des Grundgesetzes, Köln-Marienburg 1966.

3) Vgl. Erichsen, Manfred/May, Erich, a. a. O., S. 320.

begrifflichen Instrumente der Anreiz-Beitrags-Theorie¹⁾ deuten. Faßt man die Unternehmung als ein Anreiz-Beitrags-System von Organisationsteilnehmern mit heterogenen Bedürfnissen und Zielvorstellungen auf, so dient die Steuerbilanz der Festlegung von Steuerzahlungen zur Befriedigung der Bedürfnisse des Fiskus. Die Anreize dieses privilegierten Organisationsteilnehmers sind dabei von den übrigen Organisationsteilnehmern als Entscheidungsprämisse zu beachten. Die mit der Besteuerung verfolgten Ziele, die als Forderungen an die Kernorgane des politischen Systems herangezogen werden²⁾, lassen sich allgemein auf vier Grundtendenzen in den fiskalischen Entscheidungsprämissen³⁾ zurückführen: eine fiskalisch-budgetäre, eine ethisch-sozialpolitische, eine wirtschaftspolitische und eine steuertechnische Funktion der Besteuerungsgrundsätze.⁴⁾ Die Entstehung des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsproblems ist in unmittelbaren Zusammenhang mit der Dispositionsneutralität der Besteuerung zu bringen, die Ausfluß einer aus dem Gerechtigkeitspostulat abgeleiteten allgemeinen und gleichmäßigen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ist.⁵⁾ Der Erfolg als diejenige Größe eines Entscheidungsmodells, die ein einzelner Unternehmer maximiert, um das von ihm angestrebte Oberziel zu erreichen, kann bei expliziter Erfassung aller Handlungsmöglichkeiten im Unternehmungs- und Konsumbereich nur der mit den Konsumdispositionen verbundene Nutzen sein. Die Formulierung eines solchen Totalmodells wird sich jedoch als unmöglich er-

1) Vgl. hierzu March, James G./Simon, Herbert A., *Organizations*, 9. Aufl., New York/London/Sydney 1967, S. 84 ff; Heinen, Edmund, *Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen*, a.a.O., S. 199 f u. 204.

2) Vgl. Kirsch, Werner, *Entscheidungsprozesse*, Bd. III, *Entscheidungen in Organisationen*, Wiesbaden 1971, S. 129.

3) Vgl. ebd., S. 132.

4) Vgl. Neumark, Fritz, *Grundsätze gerechter und ökonomisch rationaler Steuerpolitik*, Tübingen 1970, S. 47, 67, 222 u. 334.

5) Vgl. Lausberg, Friedrich-Wilhelm, *Schlußwort zu vorstehenden kritischen Bemerkungen Péter Horváths*, in: *ZfB* 1972, S. 749-751 (750).

weisen, so daß Bereichsabgrenzungen vorzunehmen sind. Bei Ausklammerung der Konsumententscheidungen ist eine Bewertungsfunktion aufzustellen, die jedem möglichen Konsumentnahmestrom einen Nutzenindex zuordnet. Wird außerdem eine zeitliche Abgrenzung des Modellbereichs vorgenommen, so sind sowohl die Konsumentnahmen im Planungszeitraum als auch das Endvermögen, welches die nach dem Planungshorizont erfolgenden Entnahmen berücksichtigt, bei der Beurteilung von Aktionen heranzuziehen. Bei weiterer Modellbegrenzung auf mehrere oder einzelne Dispositionen ist der Erfolg als Kapitalwert zu bestimmen. Jede Abgrenzung des Modellbereichs in sachlicher und zeitlicher Hinsicht macht somit bei der Definition des Erfolges eine Bewertung zukünftiger Zahlungsströme des Entscheidungsmodells erforderlich.¹⁾ Eine Konzeption der Erfolgsermittlung, die diesem Gedanken in vielfältiger Weise Rechnung trägt, ist jene des ökonomischen Gewinns.²⁾

1) Vgl. Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, in: ZfB 1970, S. 31-52 (31 f u. 51 f).

2) Vgl. hierzu insbesondere: Lindahl, Erik, The Concept of Income, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933, S. 399-407; Edwards, Edgar O./Bell, Philip W., The Theory and Measurement of Business Income, 3rd printing, Berkeley/Los Angeles 1965; Hansen, Palle, The Accounting Concept of Profit. An Analysis and Evaluation in the Light of the Economic Theory of Income and Capital, Kopenhagen/Amsterdam 1962; Schneider, Dieter, Bilanzgewinn und ökonomische Theorie, in: ZfhF 1963, S. 457-474; Hax, Herbert, Der Bilanzgewinn als Erfolgsmaßstab, in: ZfB 1964, S. 642-651; Albach, Horst, Grundgedanken einer synthetischen Bilanztheorie, in: ZfB 1965, S. 21-31; Honko, Jaakko, Über einige Probleme bei der Ermittlung des Jahresgewinns der Unternehmung, in: ZfB 1965, S. 611-642; Münstermann, Hans, Die Bedeutung des ökonomischen Gewinns für den externen Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, in: WPg 1966, S. 579-586; ders., Dynamische Bilanz: Grundlagen, Weiterentwicklung und Bedeutung in der neuesten Bilanzdiskussion, in: ZfhF 1966, S. 512-531; Asztély, S., Das Ziel des Jahresabschlusses, in: ZfB 1967, S. 291-313; Göppel, Hermann, Die Gestaltung der Rechnungslegung von Aktiengesellschaften unter Berücksichtigung der neueren bilanztheoretischen Diskussion, in: WPg 1967, S. 565-574; Schneider, Dieter, Ausschüttungsfähiger Gewinn und

Der ökonomische Gewinn einer Periode ist seinem Wesen nach die Differenz zwischen dem Zukunftserfolgswert am Ende der Periode und dem Zukunftserfolgswert zu Beginn der Periode, vermehrt um Entnahmen und vermindert um Einlagen. Der Zukunftserfolgswert ergibt sich durch Diskontierung aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen. Formal läßt sich der ökonomische Gewinn auch als Verzinsung des Zukunftserfolgswertes bestimmen und repräsentiert insofern Zinsen auf den Barwert aller zukünftigen Einzahlungsüberschüsse eines Wirtschaftssubjektes.¹⁾ Die Konzeption der steuerlichen Gewinnermittlung und die der ökonomischen Gewinnermittlung lassen sich formal unmittelbar ineinander überführen.²⁾ "Hier wie dort ergibt sich der Erfolg aus der Differenz zweier Betriebsvermögen am Anfang und am Ende der Periode, zuzüglich der Entnahmen und abzüglich der Einlagen innerhalb dieser Periode."³⁾

Ein auf absolute Neutralität bedachtes Steuersystem⁴⁾ darf im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Zielbesteuerung zu keiner Beeinträchtigung der Zielerreichung hinsichtlich der Dimensionen Inhalt,

das Minimum an Selbstfinanzierung, in: ZfbF 1968, S. 1-29; Koch, Helmut, Der Begriff des ökonomischen Gewinns - Zur Frage des Optimalitätskriteriums in der Wirtschaftlichkeitsrechnung, in: ZfbF 1968, S. 389-441; Coenenberg, Adolf Gerhard, Gewinnbegriff und Bilanzierung, in: ZfbF 1968, S. 442-469; Lippmann, Klaus, a.a.O.; Wegmann, Wolfgang, Der ökonomische Gewinn, Wiesbaden 1970; Wegenast, Claudius, Kapitaltheoretische Bilanzkonzeptionen. Beurteilung ihrer Aussagefähigkeit, Diss. München 1971; Jaensch, Günter, Ökonomischer Gewinn oder einkommens-theoretisches Modell, in: ZfbF 1972, S. 540-546.

1) Vgl. Wegmann, Wolfgang, Der ökonomische Gewinn. Die Übertragung der Einkommens- und Kapitaltheorie auf das betriebliche Rechnungswesen, in: DB 1971, S. 733-737 (733).

2) Vgl. Schneider, Dieter, Gewinnermittlung und steuerliche Gerechtigkeit, in: ZfbF 1971, S. 352-394 (357 f).

3) Jacobs, Otto H., a.a.O., S. 17. Vgl. auch das Zahlenbeispiel ebd., S. 19 ff.

4) Vgl. hierzu Lausberg, Friedrich-Wilhelm, Zum Problem der Steuersystemkonzeption, a.a.O., S. 433 f.

angestrebtes Ausmaß und zeitlicher Bezug¹⁾ führen. Da Steuern, deren Bemessungsgrundlagen mit dem Zielinhalt übereinstimmen, bei einem unter 100 % liegenden Grenzsteuersatz sowohl in Entscheidungskalkülen mit Extremierungscharakter als auch in solchen mit Satisfizierungsscharakter ohne Beeinflussung des Ergebnisses vernachlässigt werden können²⁾, muß eine durch Dispositionsneutralität der Ertragsbesteuerung gekennzeichnete periodengerechte Erfolgsermittlung extensionsgleich die durch ein ökonomisches Gewinnkonzept bestimmte Zielerreichung erfassen. Da der ökonomische Gewinn einer Periode - als die Verzinsung des Zukunftserfolgswertes zu Beginn dieser Periode mit dem seiner Berechnung zugrunde liegenden Zinsfuß - gleichzeitig jenen Betrag repräsentiert, der bei Erhaltung der Erfolgskraft³⁾ maximal entziehbar ist⁴⁾, wird eine Besteuerung des ökonomischen Gewinns, der Kapazitäts- und Scheingewinne unberücksichtigt läßt, auch zur entwicklungsadäquaten Unternehmungserhaltung bei internem Wachstum propagiert.⁵⁾

Der verfassungsmäßige Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung bedingt somit in letzter Konsequenz eine periodengerechte Erfolgsermittlung durch zukunftsbezogene Bewertung bei ganzheitlicher Betrachtung der Unternehmungs- und Privatsphäre als Bewertungseinheit. Der verfassungsmäßige Grundsatz der Rechtssicherheit und der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung erfordert hingegen - von der Bedingung verfassungskonformer steuerlicher

1) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 52.

2) Vgl. Schubert, Helmut, a.a.O., S. 84 ff.

3) Vgl. hierzu Sieben, Günter, Prospektive Erfolgserhaltung. Ein Beitrag zur Lehre von der Unternehmungserhaltung, in: ZfB 1964, S. 628-641 (629 f).

4) Vgl. Schneider, Dieter, Ausschüttungsfähiger Gewinn, a.a.O., S. 9 ff.

5) Vgl. Huch, Burkhard, Zum Gewinn als Steuerbemessungsgrundlage bei der Erhaltung der entwicklungsadäquaten Ertragskraft wachsender Unternehmen, in: ZfB 1972, S. 237-248.

Rechtsvorschriften abgesehen - eine intersubjektive Überprüfbarkeit der Steuerbemessungsgrundlagen.¹⁾ Die als Reinvermögenszugang konzipierte Maßgröße für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit läßt sich nur dann von Außenstehenden nachprüfen, wenn sowohl über die Zahlungsströme, die aus dem Vermögen in Zukunft fließen, als auch über den Zinssatz, mit dem der Barwert der Zahlungen zu ermitteln ist, Einigkeit besteht.²⁾ Allein im Falle der vollkommenen Information und des vollkommenen Kapitalmarktes sowie bei Beteiligungsverhältnissen, die gegebenenfalls jedem Beteiligten einen jeweils konstanten Anteil am Gesamtzahlungsstrom versprechen, stellt der ökonomische Gewinn ein von den Präferenzen der Beteiligten weitgehend unabhängiges Maß dar, das sich sinnvoll definieren und nachprüfbar ermitteln läßt, indem es nur voraussetzt, daß die Beteiligten höheren Konsum niedrigerem vorziehen.³⁾

Im realistischen Fall unvollkommenen Kapitalmarktes läßt sich der auf einer Gesamtbewertung basierende ökonomische Gewinn aus den zukünftig erwarteten Zahlungsströmen theoretisch einwandfrei nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller zeitlich-horizontalen und zeitlich-vertikalen Interdependenzen zwischen Investitions- und Finanzierungsbereich der Unternehmung sowie Konsumsphäre des Unternehmers bestimmen. Die Erfolgsermittlungsrechnung bei simultaner Unternehmungsplanung wird als ein Entscheidungsmodell

1) Vgl. Jacobs, Otto H., a.a.O., S. 12 ff u. 24 ff.

2) Vgl. Schneider, Dieter, Gewinnermittlung und steuerliche Gerechtigkeit, a.a.O., S. 357 f.

3) Vgl. Schildbach, Thomas, Der Bilanzgewinn in Unternehmungen mit mehr als einem Beteiligten, in: BFuP 1972, S. 237-244 (238). Zur jeweils unterschiedlichen Eignung einzelner ökonomischer Gewinnkonzepte als Besteuerungsbasis vgl. Kahsnitz, Dietmar, Ökonomische Gewinnkonzepte und Besteuerung, Diss. Frankfurt (Main) 1970, insbes. S. 282 ff; Dietz, Horst, Die Normierung der Abschreibung in Handels- und Steuerbilanz, Opladen 1971, S. 45 ff.

im Gegensatz zu jenem definitiven System bei sukzessiver Planung gedeutet.¹⁾ Im realistischen Fall unvollkommener Information müßten sich die Definitionen der steuerlichen Gewinnermittlung ausschließlich auf die Zahlungsströme einer abgelaufenen Periode beziehen, um dem Grundsatz der Rechtssicherheit zu entsprechen. Die verfassungsmäßigen Grundsätze der Gleichmäßigkeit und Rechtssicherheit der Besteuerung stehen somit in Widerspruch zueinander.²⁾ Abgesehen vom Problem der intersubjektiven Überprüfbarkeit könnte der Ausweis nicht realisierter Erfolge im zukunftsorientierten ökonomischen Gewinn bei wachsenden Unternehmungen dazu führen, daß der periodische Zahlungsüberschuß nicht einmal zur Finanzierung der Ertragsteuer ausreicht.³⁾

Unabhängig von der Frage, ob die Ermittlung des ökonomischen Gewinns praktikabel ist oder nicht, läßt dessen theoretische Betrachtung erkennen, wie der Erfolgsmaßstab einer dispositionsneutralen Besteuerung beschaffen sein müßte und wie wenig der Einzelansatz von Wirtschaftsgütern mit vergangenheitsbezogenen Werten diesen Anforderungen entspricht.⁴⁾ In sprachanalytischen Untersuchungen dienen verschiedene Kriterien zur Abgrenzung von Begriffen.⁵⁾

Da sich eine extensionsgleiche Besteuerung der ökonomisch interpretierten Zielerreichung "Erfolg" bei unvollkommener Information und unvollkommenem Kapitalmarkt als undurchführbar erweist,

1) Vgl. Lippmann, Klaus, a. a. O., S. 26 ff, 30 u. 51 ff.

2) Vgl. Jacobs, Otto H., a. a. O., S. 27 ff.

3) Vgl. Honko, Jaakko, a. a. O., S. 628 f; Asztély, S., a. a. O., S. 296.

4) Vgl. Jacobs, Otto H., a. a. O., S. 23.

5) Vgl. Carnap, Rudolf, Einführung in die symbolische Logik. Mit besonderer Berücksichtigung ihrer Anwendungen, 3. Aufl., Wien/ New York 1968, S. 40 ff. "Unter dem Inhalt (Intension) eines Begriffes versteht man dabei die Gesamtheit seiner Merkmale. Die Gesamtheit der individuellen Gegenstände, die durch einen sprachlichen Ausdruck erfaßt werden, kennzeichnet dagegen den Umfang (Extension) eines Begriffes." Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a. a. O., S. 43.

kann sich eine tendenziell dispositionsneutrale Besteuerung nur an der Intension dieser Zielerreichung - bei sachlicher und zeitlicher Abgrenzung des Entscheidungsfeldes an den Konsumentnahmen und dem Endvermögen - orientieren. Wer schließlich steuerliche Gerechtigkeit, d.h. Allgemeinheit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung sowie Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit¹⁾, durch eine Neuordnung der Bemessungsgrundlagen verwirklichen will, muß eindeutige Maßgrößen für die hinsichtlich der Art zu differenzierende Bedürfnisbefriedigung als Ausdruck steuerlicher Leistungsfähigkeit finden und jeweils gleiche Leistungsfähigkeit unterschiedslos besteuern. Das Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung beinhaltet hierzu die Einzelgrundsätze der Manipulationsfreiheit, der Gleichbehandlung bei Ermittlung des steuerpflichtigen Betrages sowie der Einfachheit. Da der Konsum während des Planungszeitraums einen anderen Nutzen schafft als das Endvermögen am Planungshorizont, hat eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit Konsumausgaben und Vermögensbestand gesondert zu erfassen. So diskutiert Schneider²⁾ eine Ablösung der traditionellen Einkommensbesteuerung durch eine persönliche Ausgabensteuer und eine persönliche Vermögensteuer, wobei die Festlegung des Steuertarifs letztlich eine politische, nämlich nicht beweisbare Glaubensentscheidung darstellt.

Während also der zukunftsbezogene Gewinnbegriff der ökonomischen Theorie nicht an bestimmte praktische Zwecke gebunden ist, sondern eher ein reines Einkommen ermitteln will, basieren die vergangenheitsbezogenen Gewinnbegriffe des geltenden Handels- und Steuerrechts auf verschiedenen Konventionen zur Lösung des Abgrenzungs-, Bewertungs- und Periodisierungsproblems, um den

1) Vgl. Neumark, Fritz, a.a.O., S. 69.

2) Vgl. Schneider, Dieter, Gewinnermittlung und steuerliche Gerechtigkeit, a.a.O., S. 354 f, 360 ff, 369 ff u. 392 f.

jeweiligen praktischen Bedürfnissen gerecht zu werden.¹⁾ "Das Steuerrecht normiert als Steuerbemessungsgrundlagen bisweilen Größen, die im betrieblichen Rechenwerk nicht - oder wenigstens nicht regelmäßig - ermittelt werden ..., so daß von Fall zu Fall gesonderte Nebenrechnungen durchzuführen sind."²⁾

Die Konventionen der steuerlichen Gewinnermittlung werden zur Kommunikation zwischen Finanzbehörden und Steuerpflichtigen benötigt. Da der Entscheidungswert eines Steuersubjektes für ein anderes ohnehin meist nicht in Frage kommt, werden hypothetische Berechnungsgrundlagen konventionellerweise festgelegt. Eine solche Übereinkunft hat sich auf die Zielfunktion, das Entscheidungsfeld, die Definition einer Werteinheit als Maßstab und den Wert Null als Basis zu beziehen. Da die Prognose der Konsequenzen von dem jeweiligen Maß an Informationen und subjektiven Einschätzungen der Zukunft abhängig ist, empfiehlt sich auch eine Standardisierung der Prognose. Die vornehmlich durch Fiktionen erzeugten Kommunikationswerte sollen unter Verzicht auf ein Höchstmaß an Information eine möglichst sichere Informationsübermittlung gewährleisten. Sowohl Entscheidungswerte als auch Wertkonventionen dienen letztlich einer Entscheidung. Nach konventionellen Regeln erzeugte Wertziffern der Steuerbilanz sollen jedoch nicht dem Informationsproduzenten, sondern vielmehr einem anderen als Informationskonsumenten eine Entscheidung ermöglichen. Entscheidender und Bewertender sind im Falle der Wertkonventionen somit nicht identisch. Indem das Steuerrecht beispielsweise einen bestimmten Preis als objektive Austauschrelation am Markt zur Wertziffer erhebt, kann damit aber auch durchaus ein echter, als Maßstab der Vorziehenswürdigkeit aufzufassender Entschei-

1) Vgl. Honko, Jaakko, a.a.O., S.617 f.

2) Pohmer, Dieter, Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, Berlin 1958, S.134.

dungswert des Bewertenden angesprochen sein - nämlich immer dann, wenn die aktuelle und die hypothetische Entscheidungssituation übereinstimmen.¹⁾

Wertkonvention und Bewertungsobjekt - wirtschaftliche Einheit oder Wirtschaftsgut - stehen insofern in engem Zusammenhang, als ein zweckadäquater Wertbegriff in seiner praktischen Auswirkung durch ein unzweckmäßiges Bewertungsobjekt zu unsachgemäßen Ergebnissen führen kann, umgekehrt aber ein zweckmäßiges Bewertungsobjekt die Mängel eines theoretisch ungeeigneten Wertbegriffes unter Beachtung des damit angestrebten Zieles weitgehend kompensieren kann.²⁾

"Mit dem Begriff des Teilwerts hat das Steuerrecht versucht, die Einzelbewertung, die zum Zwecke der Nachprüfbarkeit der Rechnungslegung unumgänglich ist, zu vereinen mit der Gesamtbewertung, die eher eine ökonomisch sinnvolle Bewertung und damit eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erlaubt. Der Versuch, Einzelbewertung und Gesamtbewertung zu vereinen, mußte jedoch scheitern. Die Schwierigkeiten der Nachprüfbarkeit bei der Gesamtbewertung werden nicht aufgehoben, sondern vervielfacht, wenn man den Gesamtwert auf einzelne Wirtschaftsgüter zurechnen will. Tatsächlich mußte die Praxis der steuerlichen Gewinnermittlung von der gesetzlichen Definition abrücken und sich auf nachprüfbare Wertansätze beschränken."³⁾

Konventionen der steuerlichen Gewinnermittlung können weder falsch noch richtig sein; der Informationsgehalt der Wertziffer "Gewinn" ist jedoch in Abhängigkeit vom jeweiligen Zweck der zugrunde liegenden Konventionen zu sehen.⁴⁾ Die durch den verfassungsmäßigen

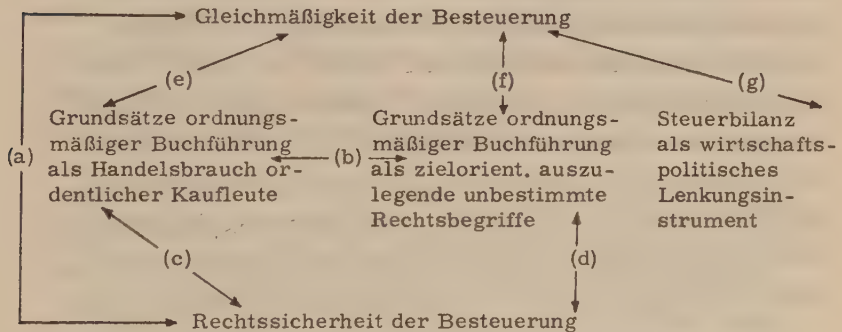
1) Vgl. zum obigen Engels, Wolfram, a. a. O., S. 32 f u. 208 ff.

2) Vgl. Kuhn, Klaus, Stand und Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Bewertungslehre unter Berücksichtigung der steuerlichen Wertkonventionen, in: BFuP 1968, S. 1-23 (19 f).

3) Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung. Lehrbuch der Investitions-, Finanzierungs- und Ungewißheitstheorie, 2. Aufl., Opladen 1971, S. 225.

4) Vgl. Kuhn, Klaus, Stand und Aufgaben, a. a. O., S. 17; Engels, Wolfram, a. a. O., S. 33.

Grundsatz der Rechtssicherheit bedingte intersubjektive Überprüfbarkeit der Steuerbemessungsgrundlagen, die den Steuerbilanzgewinn als Kommunikationswert erscheinen läßt, stellt dabei nur einen, wenn auch wesentlichen Zweck dar. Die verschiedenen Ziele, die gegenwärtig nur zum Teil aus dem übergeordneten Rechtssystem des Grundgesetzes heraus der Steuerbilanz immanent sind und zum anderen Teil durch die rechtliche Ausgestaltung einkommensteuerlicher Vorschriften in die Steuerbilanz hineingetragen werden, konkurrieren häufig miteinander, so daß weitere Zielkonflikte auftreten, die Jacobs anhand des nachstehend wiedergegebenen Schemas veranschaulicht:¹⁾



Der Konflikt zwischen Gleichmäßigkeit und Rechtssicherheit der Besteuerung (a) ergibt sich dadurch, daß der erste der beiden Grundsätze auf eine prospektive, letzterer dagegen auf eine retrospektive Erfolgsermittlung abzielt. Aus der Unmöglichkeit einer extensionsgleichen Besteuerung der durch den ökonomischen Gewinn materiell bestimmten Zielerreichung resultiert letztlich eine Normierung von Steuerbemessungsgrundlagen durch ökonomisch nicht begründbare

1) Das Schema ist entnommen aus Jacobs, Otto H., a.a.O., S. 68; zu der nachfolgenden Darstellung vgl. ebd., S. 68 f.

Konventionen zu ihrer Berechnung - wie Einzelbewertung und Realisationsprinzip -, indem die steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften über das Maßgeblichkeitsprinzip auf die handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung Bezug nehmen (§ 5 EStG). Der Zielkonflikt (b) resultiert aus der ungeklärten Rechtsnatur der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, die zwei verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zulassen. Aus dieser Konfliktsituation folgt unmittelbar eine Rechtsunsicherheit der Besteuerung (c) (d). Ein Verstoß der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung gegen den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung liegt vor, wenn bei der empirisch-induktiven Interpretation als Handelsbrauch die Bilanzierungsgepflogenheiten der Praxis von geschäftspolitischen Interessen getragen werden, die mit der genannten Zielsetzung der Steuerbilanz nicht in Einklang gebracht werden können (e) oder wenn bei der logisch-deduktiven Interpretation als zielorientierte Bilanzierungsregeln die Zielsetzung der Handelsbilanz von derjenigen der Steuerbilanz grundsätzlich abweicht (f). Ein weiterer Zielkonflikt (g) zum Grundsatz der Gleichmäßigkeit ergibt sich durch die Verwendung der Steuerbilanz als fiskalisches Lenkungsinstrument zur Erreichung wirtschaftspolitischer sowie ethisch-sozialpolitischer Ziele.

Werden mit der Bildung von Konventionen unterschiedliche Zwecke verfolgt, so kann dies dazu führen, "daß die Wertkonvention selbst dem Unternehmer Spielraum für eine Verwendung von Entscheidungswerten läßt".¹⁾

Indem die Festlegung eines bestimmten Wertes innerhalb der steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften für alternativ normierte Entscheidungssituationen erfolgt, wird dem Bilanzierenden eine zusätzliche Kalkulation seiner individuellen Faktoren möglich. Ob-

1) Kuhn, Klaus, Stand und Aufgaben, a. a. O., S. 15.

gleich die Bilanz kein unternehmerisches Entscheidungsinstrument in dem Sinne wie Investitions- und Kostenrechnung darstellt¹⁾, ergibt sich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bilanzerstellung und Entscheidung aus den an den Gewinnausweis gekoppelten Zwangsausgaben.

"Jahresabschlußrechnungen dienen (somit, Anm. d. Verf.) einmal der Informationsgewinnung unter bestimmten Informationszielen, zum anderen bedingen solche Rechnungen jedoch auch bereits bei ihrer Aufstellung mannigfaltige Entscheidungen bezüglich ihrer Gestaltung, die nur im Hinblick auf bestimmte Entscheidungsziele getroffen werden können."²⁾

Die steuerbilanzpolitischen Entscheidungsprobleme in ihrer Gesamtheit lassen sich schließlich logisch auf häufig nicht erkannte oder nicht aufgelöste Zielkonflikte der genannten Art in der durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis determinierten Konzeption der Steuerbilanz zurückführen.

Ogleich Harder³⁾ die Existenz einer eigenständigen Steuerbilanzpolitik infolge der abgeleiteten Funktion der Steuerbilanz und wegen der durch das Maßgeblichkeitsprinzip bedingten Rückwirkungen steuerbilanzpolitischer Maßnahmen auf die Handelsbilanz ablehnt, schafft § 5 Abs. 4 EStG mit seinen Verweisen auf die §§ 6, 6a und 7 EStG doch wesentliche Grundlagen für ein eigenständiges, von handelsrechtlichen Vorschriften weitgehend losgelöstes Bilanzsteuerrecht mit spezifischem Entscheidungsfeld.⁴⁾

1) Vgl. Engels, Wolfram, a.a.O., S. 180.

2) Sieben, Günter/Haase, Klaus Dittmar, Die Jahresabschlußrechnung als Informations- und Entscheidungsrechnung I, in: WPg 1971, S. 53-57 (53).

3) Vgl. Harder, Ulrich, a.a.O., S. 85.

4) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 49.

22 Dispositionsfreiheit der Steuerbilanzpolitik

Eines der Hauptanliegen der angewandten Betriebswirtschaftslehre ist es, das Entscheidungsfeld auf Freiheitsgrade des Entscheidungssubjekts hin zu untersuchen.¹⁾ Somit ist zunächst das Verhältnis zwischen Dispositionsfreiheit und Dispositionsgebundenheit²⁾ in der Steuerbilanzpolitik zu klären, indem die steuerrechtlichen Umweltgegebenheiten auf ihren entscheidungsrelevanten Gehalt untersucht werden. Da die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, die betriebswirtschaftliche Steuerlehre und das Steuerrecht bereits relativ umfangreiche explikative Arbeit bei der Beschreibung, Abgrenzung und Systematisierung (steuer-)bilanzpolitischer Entscheidungstatbestände geleistet haben³⁾, um die Formulierung von Alternativen zu erleichtern, sei auf das steuerbilanzpolitische Instrumentarium, des-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 123.

2) Vgl. Gutenberg, Erich, Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, Kölner Universitätsreden, Krefeld 1957, S. 17.

3) Vgl. hierzu beispielsweise Jacob, Herbert, Das Bewertungsproblem in den Steuerbilanzen, Wiesbaden 1961, S. 219 ff; Harder, Ulrich, a.a.O., S. 133 ff; Vogt, Fritz Johs., a.a.O., S. 96 ff; Mutze, Otto, Zur Systematik bilanzpolitischer Maßnahmen (I, II), in: NB 1964, S. 107-111 u. 129-132; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1965, S. 215 ff; Falk, Rudolf/Gail, Winfried/Latsch, Rudolf, Die Steuerbilanz. Handelsbilanz und Ertragsteuerbilanz, 3. Aufl., Herne/Berlin 1966; Kummer, Wolfgang, a.a.O., S. 18 ff u. 86 ff; Ludewig, Rainer, Bilanzpolitik im Rahmen der neuen aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften, in: NB 1966, S. 49-56; Kottke, Klaus, Bilanzstrategie und Steuertaktik, a.a.O., S. 58 ff; Trömel, Frank, Bilanzierungswahlrechte und Bilanzpolitik nach dem Aktiengesetz von 1965, Diss. Clausthal 1967, S. 73 ff; Meilicke, Heinz, Die Kunst der Verlagerung von Gewinnen und Verlusten sowie Steuern nach Handels- und Steuerrecht, in: StbJb 1968/69, S. 149-176; Lücke, Wolfgang, Bilanzstrategie und Bilanztaktik, in: DB 1969, S. 2285-2295; Pougin, Erwin, Bilanzpolitik, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 10, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 5-28; Scheffler, Hans-Eberhard, a.a.O., S. 47-68; Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 81 ff; Köster, Friedrich/Hanraths, Josef/Hirt, Ernst/Röttinger, Hans/Sauer, Otto, ABC des Bilanzsteuerrechts, Herne/Berlin 1970; Wallis, Hugo von, Die Steuerbilanz des Kaufmanns, 2. Aufl.,

sen sich die Unternehmung zur Realisierung ihrer Zielfunktion bedient, nur kursorisch eingegangen. Die entscheidungsorientierten Ausführungen sollen schließlich Allgemeingültigkeit im Hinblick auf eine mögliche Reform der bilanziellen Gewinnermittlung im Steuerrecht¹⁾ besitzen.

Gegenstand der steuerlichen Gewinnermittlung ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß zweier aufeinanderfolgender Wirtschaftsjahre als ein auf der Grundlage der Einzelbewertung und des Realisationsprinzips ermittelter Reinvermögenszuwachs, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen (§ 4 Abs. 1 EStG). Die durch Vermögensvergleich unter Berücksichtigung von Entnahmen und Einlagen zu ermittelnde ertragsteuerliche Bemessungsgrundlage läßt sich auch als Differenz zwischen (periodifizierten) Betriebseinnahmen und (periodifizierten) Betriebsausgaben "aus der zum Jahresabschluß gehörenden Gewinn- und Verlustrechnung entnehmen, so-

Stuttgart 1970; Brönner, Herbert, Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 8. Aufl., Stuttgart 1971; Bühler, Ottmar/Scherpf, Peter, Bilanz und Steuer, 7. Aufl., München 1971, S. 321 ff u. 427 ff; Falterbaum, Hermann, Buchführung und Bilanz unter besonderer Berücksichtigung des Bilanzsteuerrechts und der steuerlichen Gewinnermittlung, Achim b. Bremen 1971; Federmann, Rudolf, Bilanzierung nach Handelsrecht und Steuerrecht, München 1971; Jacobs, Otto H., a. a. O., S. 70 ff; Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 35 ff; Neth, Manfred, Die Berechnung der Herstellungskosten als bilanzpolitisches Mittel, Düsseldorf 1971, S. 19 ff; Heyden, Daniel von der/Körner, Werner, Bilanzsteuerrecht in der Praxis. Systematische Darstellung der steuerlichen Gewinnermittlung, 2. Aufl., Herne/Berlin 1972; Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik. Betriebswirtschaftlich - handelsrechtlich - steuerrechtlich, 2. Aufl., München 1972, S. 477 ff.

- 1) Vgl. Schneider, Dieter, Eine Reform der steuerlichen Gewinnermittlung? Anmerkungen zum Teil "Gewinnermittlung" des Gutachtens der Steuerreformkommission 1971, in: StuW 1971, S. 326-341; Thiel, Rudolf, Zur Reform der Gewinnermittlung - Probleme der neuen Steuerbilanz, in: ZfbF 1971, S. 534-548; Gail, Winfried, Zur Diskussion über die Einführung einer eigenständigen Steuerbilanz, in: WPg 1972, S. 493-503 mit weiteren Verweisen.

fern deren Ertrags- und Aufwandsposten den steuerlichen Anforderungen entsprechen".¹⁾

Die Höhe des Steuerbilanzergebnisses hängt zunächst ab von dem Umfang erfolgswirksamer Verrechnung und Aktivierung bzw. Passivierung von Vorgängen innerhalb der Leistungs- und Zahlungsreihe, so daß Freiheitsgrade in der steuerlichen Bilanzierung erste Ansatzpunkte zu einer individuellen Beeinflussung des steuerlichen Jahreserfolgs liefern. Der Bilanzierungsfrage nachgelagert ist die Bewertung, womit der Wertansatz einzelner Bilanzpositionen weitere Anknüpfungspunkte einer Erfolgsregulierung bietet. Bilanzierung dem Grunde nach und Bewertung sind rechtlich zwei verschiedene Problembereiche.²⁾ Die Mittel der hier zu diskutierenden materiellen Steuerbilanzpolitik lassen sich deshalb unterscheiden in Bilanzierungswahlrechte und Bewertungswahlrechte, wobei letztere sowohl Wahlrechte hinsichtlich der Wertermittlungsmethode als auch Abwertungs- und Aufwertungswahlrechte darstellen können.³⁾

Das Körperschaftsteuergesetz baut auf dem Einkommensteuergesetz auf (§§ 5, 6 KStG, 16 KStDV). Das Steuerbilanzergebnis einer Kapitalgesellschaft wird unter Beachtung der bilanzsteuerrechtlichen Spezialvorschriften (§ 5 Abs. 4 EStG) aus dem Handelsbilanzergebnis (§ 5 Abs. 1-3 EStG) abgeleitet, so daß insoweit alle Ausführungen zum steuerbilanzpolitischen Instrumentarium für Kapitalgesellschaften ebenso wie für Einzelgewerbetreibende und Mitunternehmergemeinschaften gelten.⁴⁾

1) Rose, Gerd, Betrieb und Steuer. Grundlagen zur Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, 1. Buch, Die Ertragsteuern, Wiesbaden 1969, S. 51.

2) Vgl. Jacobs, Otto H., a. a. O., S. 8 f.

3) Vgl. Neth, Manfred, a. a. O., S. 20.

4) Vgl. hierzu Rose, Gerd, Betrieb und Steuer, a. a. O., S. 68 f u. 130.

221 Entscheidungstatbestände im Bilanzierungsbereich

Eine durch die Rechtsprechung bewirkte Ausweitung der Aktivierungspflicht in der Steuerbilanz gegenüber der Handelsbilanz, die durch die maßgeblichen handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nicht mehr gedeckt war¹⁾, veranlaßte die Neufassung des § 5 Abs. 2 u. 3 EStG, wonach für entgeltlich erworbene immaterielle Wirtschaftsgüter und für transitorische Posten der Rechnungsabgrenzung entgegen dem handelsrechtlichen Wahlrecht steuerrechtlich eine Bilanzierungspflicht besteht; d.h. für unentgeltlich erworbene immaterielle Anlagegüter darf kein Aktivposten angesetzt werden und die Rechnungsabgrenzung wird auf ganz bestimmte Fälle beschränkt. Abgesehen von diesen beiden Sonderregelungen fehlt es an arteigenen steuerrechtlichen Vorschriften für die Bilanzierung dem Grunde nach, so daß die Frage der Aktivierung und Passivierung nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu beantworten ist (§ 5 Abs. 1 EStG).²⁾

Hinsichtlich der Wahlfreiheit des Steuerpflichtigen bei der Bilanzierung gelangt schließlich der Große Senat des BFH³⁾ unter Hinweis auf die Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu dem Ergebnis, daß

1) Vgl. Saage, Gustav, Die Bedeutung der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften für die steuerliche Gewinnermittlung (I), in: DB 1968, S. 361-368 (365).

2) Vgl. Scheffler, Hans-Eberhard, a.a.O., S. 54 f. Zur Entwicklung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, die die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung materiell umfassen, vgl. etwa Döllerer, Georg, Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, deren Entstehung und Ermittlung, in: WPg 1959, S. 653-658; Mutze, Otto, Die Wandlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung durch die Weiterentwicklung des Buchführungs- und Bilanzwesens, in: BB 1969, S. 56-63; Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Grundsätze für Buchung und Jahresabschluß, 2. Aufl., Düsseldorf 1970.

3) Vgl. Beschluß des Großen Senats GrS 2/68 vom 3. 2. 1969, BStBl. 1969 II, S. 291.

sich die Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung allenfalls auf die handelsrechtlichen Aktivierungsverbote und Passivierungsgebote beziehen könne, handelsrechtliche Aktivierungswahlrechte hingegen in der Regel zu einer steuerrechtlichen Aktivierungspflicht führen.¹⁾

"Diese in der Literatur kritisierte Auffassung hätte bei strenger Anwendung zur Folge, daß bei einem handelsrechtlichen Aktivierungswahlrecht in der Steuerbilanz auch dann eine Aktivierung erfolgen muß, wenn das Wahlrecht in der Handelsbilanz nicht ausgeübt wird, und bei einem handelsrechtlichen Passivierungswahlrecht eine Passivierung in der Steuerbilanz auch dann nicht in Frage kommt, wenn das Wahlrecht in der Handelsbilanz ausgeübt wurde."²⁾

Von dem Beschluß unberührt bleiben jedoch möglicherweise alle Wahlrechte, die das Steuerrecht selbst einräumt.³⁾ Die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen handelsrechtliche Wahlrechte steuerrechtlich "ausnahmsweise" anerkannt werden können, wird vom Großen Senat ausdrücklich offengelassen. Ebenso äußert er sich nicht abschließend zu der Maßgeblichkeit von Passivierungswahlrechten.⁴⁾

1) Zum Kreis der hiervon im einzelnen möglicherweise betroffenen Bilanzierungswahlrechte vgl. Institut Finanzen und Steuern, Heft 98, Bilanzierungswahlrechte, Maßgeblichkeit handelsrechtlicher Wahlmöglichkeiten für die steuerliche Gewinnermittlung, Bonn 1971, S. 10 f.

2) Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a.a.O., S. 320 mit weiteren Verweisen.

3) Vgl. Döllerer, Georg, Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Rechtslage nach dem Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und nach dem Beschluß des Großen Senats des Bundesfinanzhofes vom 3. 2. 1969, in: BB 1969, S. 501-507 (504); ders., Wahlrechte bei Aufstellung der Bilanz, in: BB 1969, S. 1445-1449 mit Beispielen aus Gesetz und Rechtsprechung; Mies, Josef, Wahlrechte bei Aufstellung der Bilanz?, Gedanken zu den Ausführungen von Bundesrichter Dr. G. Döllerer, in: DB 1970, S. 1798-1803 unter Einschränkung dieser Auffassung.

4) Vgl. Institut Finanzen und Steuern, Heft 98, a.a.O., S. 6. Zur Kritik an dem Beschluß vgl. auch Maaßen, Kurt, Gilt der Maßgeblichkeitsgrundsatz (§ 5 EStG) nicht für Bilanzierungswahlrechte?, in: DB 1970, S. 1285-1290.

Die Entwicklung der Rechtsprechung zum Wirtschaftsgut¹⁾, die in zahlreichen Fällen auch bei handelsrechtlich zweifelhafter Bilanzierungsfähigkeit zu einer Aktivierungspflicht führte, sowie die durch die Neufassung des § 5 EStG bewirkte Klärung schließen letztlich grundlegende steuerbilanzpolitische Möglichkeiten im Bereich der Aktivierung aus. Im Bereich der Passivierung hingegen verbleiben als mögliche Ansatzpunkte steuerbilanzpolitischer Aktivität neben den steuerfreien Rücklagen im wesentlichen noch die Rückstellungen²⁾, wobei sich nach Littmann/Förger³⁾ derjenige, der auf diesem Instrument zu spielen versteht, als sehr kultivierter handels- und steuerrechtlicher Erfolgsrechner ausweist.

2211 Geringwertige Wirtschaftsgüter

Obgleich § 5 EStG die Grundlage steuerlicher Bilanzierungsentscheidungen darstellt und § 6 EStG ausschließlich Bewertungsfragen regelt⁴⁾, kommt die Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter⁵⁾ (§ 6 Abs. 2 EStG) einem Bilanzierungswahlrecht gleich.⁶⁾ Bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, die selbständig bewertungs- sowie nut-

1) Vgl. hierzu etwa auch May, Erich, Das Wirtschaftsgut. Kritische Analyse der steuerlichen Lehre vom Wirtschaftsgut aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Wiesbaden 1969, S. 22 ff; Jacobs, Otto H., a.a.O., S. 70 ff.

2) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 89 ff, 98 u. 101.

3) Vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, Rückstellungen in Ertragsteuerbilanzen und bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, Stuttgart 1964, S. V.

4) Vgl. Döllerer, Georg, Die Maßgeblichkeit, a.a.O., S. 503.

5) Vgl. zu diesem Begriff auch Thiel, Rudolf, Geringwertige Wirtschaftsgüter, in: FR 1968, S. 39-41.

6) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a.a.O., S. 486 f. Zur unterschiedlichen Interpretation dieses Tatbestandes als Bilanzierungswahlrecht, Bewertungswahlrecht oder Abschreibungsregelung vgl. die umfassende Literaturübersicht bei Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 199 FN 1.

zungsfähig sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten - vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerabzug (§ 9 b Abs. 1 EStG) - jeweils 800 DM nicht übersteigen, können entweder im Jahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe erfolgswirksam als Betriebsausgabe verrechnet werden oder aktiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Eine nur teilweise Aktivierung bei überhöhter Jahresabschreibung ist nicht zulässig. Ebenso ist die Nachholung einer im Jahr der Anschaffung oder Herstellung nicht in Anspruch genommenen Bewertungsfreiheit in einem späteren Wirtschaftsjahr ausgeschlossen (Abschn. 40 Abs. 5 EStR).

Bei jährlich gleichbleibendem Zugang und kontinuierlicher Nichtaktivierung geringwertiger Wirtschaftsgüter nähert sich nach einer durch deren durchschnittliche Nutzungsdauer bestimmten Frist der steuerbilanzpolitische Effekt der "Sofortabschreibung" dem bei Aktivierung erzielten Abschreibungsvolumen an.¹⁾ Die steuerbilanzpolitische Effizienz dieses Bilanzierungswahlrechts liegt jedoch in der Tatsache begründet, daß es durch individuelle Ausübung für jedes einzelne davon betroffene Wirtschaftsgut eine gezielte Beeinflussung des Periodenerfolgs ermöglicht.²⁾

2212 Abgrenzbare Gebäudebestandteile

Entsprechend dem Grundsatz der Einzelbewertung gilt das zu einem Betriebsvermögen gehörende Gebäude regelmäßig als selbständiges Wirtschaftsgut³⁾ neben Grund und Boden und dient damit als Bewertungseinheit. Mit Hilfe des Wirtschaftsgutbegriffs ist es aber auch

1) Vgl. Harder, Ulrich, a. a. O., S. 236.

2) Vgl. Vogt, Fritz Johs., a. a. O., S. 193 f, RdNr. C 346.

3) Zum Begriff des Wirtschaftsguts vgl. May, Erich, a. a. O., S. 9 ff.

möglich, einzelne klar abgrenzbare Gebäudeteile oder -einrichtungen mit abweichender Nutzungsdauer aus dem eigentlichen Gebäude auszusondern und als Wirtschaftsgüter selbständig zu aktivieren, unabhängig von deren eigenständigem Nutzungsgrad.¹⁾ Obgleich die Alternative der gesonderten Aktivierung von Gebäudeteilen keine direkte Einflußnahme auf den steuerlichen Gewinnausweis ermöglicht, "ist dieses Wahlrecht bilanzpolitisch nicht uninteressant, da im Falle einer getrennten Bilanzierung das periodische Abschreibungsvolumen wegen der erheblich kürzeren Nutzungsdauer der ausgliederten Gebäudeanlagen maßgeblich beeinflußt werden kann".²⁾

Eine Abgrenzung der Betriebsvorrichtungen von den Gebäudebestandteilen³⁾ ist von Bedeutung für die Bemessung der jährlichen Abschreibungsbeträge. Während für die zu den beweglichen Anlagegütern zählenden Betriebsvorrichtungen eine degressive Abschreibung möglich ist (§ 7 Abs. 2 EStG, Abschn. 43 Abs. 2 EStR), ist die Abschreibung für die zum unbeweglichen Anlagevermögen gehörenden Gebäudebestandteile linear zu bemessen.⁴⁾ Soweit dieselben individuellen Gegenstände durch beide Begriffe erfaßt werden, entscheidet deren Zweckbestimmung über die Zuordnung.⁵⁾ Ein Wechsel der jeweiligen Bilanzierungsweise abgrenzbarer Gebäudebestandteile gewinnt steuerbilanzpolitisch unter dem Aspekt an Bedeutung, daß dem Vorteil einer schnelleren Abschreibung bei getrennter Bi-

1) Vgl. John, Gerd, Die Bewertung von Grund und Boden und Gebäuden in der Steuerbilanz. Eine kritische Analyse vom Standpunkt der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, Köln/Berlin/Bonn/München 1964, S. 28 ff; Hanraths, Josef, Grundstücks- und Gebäudewerte in der Steuerbilanz und Steuerpraxis, 2. Aufl., Herne/Berlin 1967, S. 368 ff. Tz. 897 ff mit weiteren Anwendungsfällen.

2) Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 149.

3) Vgl. hierzu auch Hanraths, Josef, Grundstücks- und Gebäudewerte, a. a. O., S. 70 ff. Tz. 42 ff u. S. 81 ff Tz. 80.

4) Vgl. John, Gerd, a. a. O., S. 31.

5) Vgl. Krah, R., Gebäude und Gebäudeteile in der Bilanz (I), in: Die Information über Steuer und Wirtschaft 1963, S. 81-86 (81).

lanzierung der Nachteil einer weitergehenden Aktivierungspflicht gegenüberstehen kann, indem Ausgaben, die bei einheitlicher Bilanzierung sofort abzugsfähigen Erhaltungsaufwand darstellen, für gesondert bilanzierte Teile aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand bedeuten.¹⁾

2213 Herstellung- und Erhaltungsaufwand

Die steuerbilanzpolitische Relevanz der Unterscheidung zwischen Herstellungs- und Erhaltungsaufwand liegt in der Tatsache begründet, daß die Grenze zwischen dem zu aktivierenden und auf die jeweilige Nutzungsdauer zu verteilenden Herstellungsaufwand und dem als Betriebsausgabe voll abzugsfähigen und damit steuerlich sofort erfolgswirksamen Erhaltungsaufwand fließend ist (Abschn. 157 u. 24 EStR). Da die von der Rechtsprechung im einzelnen erarbeiteten Abgrenzungskriterien²⁾ wegen der Komplexität des Geschehens, das sich in dem Spektrum zwischen Reparatur, Instandhaltung, Instandsetzung, Verbesserung, Erweiterung und Änderung vollzieht, keinen allgemein verbindlichen Charakter tragen können³⁾, liegt hier "zwar eine gewisse Möglichkeit, die Zuordnung in einer den Zielsetzungen des Steuerpflichtigen entsprechenden Weise vorzunehmen; keinesfalls hat der Bilanzierende jedoch ein Wahlrecht, nach seinen eigenen Vorstellungen zu verfahren. Auch die von der

1) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 151 ff mit weiteren Ausführungen zu dem nicht immer zweifelsfreien Wechsel der Bilanzierungsart; Hanraths, Josef, Zum Wechsel im Bilanzausweis von Gebäudeanlagen, in: FR 1967, S. 436 f; o. V. (el.), Zum Wechsel im Ausweis von Gebäudeanlagen, in: DB 1969, S. 770.

2) Vgl. hierzu beispielsweise John, Gerd, a.a.O., S. 81 ff; Hoffmann, Fritz, Buchführungs- und Bilanzierungsprobleme in der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes, hier Abgrenzung von Herstellungs- und Erhaltungsaufwand, in: StuW 1966, Sp. 201-212.

3) Vgl. Hanraths, Josef, Grundstücks- und Gebäudewerte, a.a.O., S. 280 Tz. 626 u. S. 295 Tz. 677.

Rechtsprechung vertretene Auffassung, daß in Zweifelsfällen zugunsten der Annahme von Erhaltungsaufwand nicht kleinlich zu verfahren sei, ist keineswegs eine Gewähr für einen weitreichenden Bewegungsspielraum in Richtung Erhaltungsaufwand".¹⁾

Einen weiteren Ansatzpunkt dispositiver Beeinflussung des Erfolgs-
ausweises mag das dem Steuerpflichtigen nach Abschn. 157 Abs. 3
EStR zustehende Antragsrecht, den für Baumaßnahmen bis zu einer
Höhe von 2000 DM entstandenen Aufwand als Erhaltungsaufwand zu
behandeln, liefern, indem die Aufwendungen für Baumaßnahmen je
Gebäude innerhalb dieser Grenze jeweils zeitlich aufgeteilt wer-
den.²⁾

2214 Steuerfreie Rücklagen

Als steuerfreie Rücklagen bezeichnet man in der Fachterminologie
offene Rücklagen, die aus dem unversteuerten Gewinn gebildet wer-
den. Die Bildung eines Passivums zu Lasten des steuerlichen Ge-
winns gewährt der Steuergesetzgeber entweder aus Billigkeitser-
wägungen oder aber im Interesse wirtschaftspolitischer Zielsetzun-
gen.³⁾ Steuerfreie Rücklagen sind im allgemeinen innerhalb bestimm-
ter Fristen gewinnerhöhend aufzulösen⁴⁾, so daß diese Rücklagen

1) Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 165 f mit Verweis auf die Recht-
sprechung.

2) Vgl. o. V. (er), Baumaßnahmen von nicht mehr als 2000 DM, in:
StBPg 1969, S. 112.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Steuerfreie Rücklagen. Zwischen Billigkeit
und Wirtschaftspolitik, in: Der Volkswirt 1966, S. 393-396. Eine
Systematisierung aktueller steuerfreier Rücklagen nach den mit
ihnen verfolgten Zielsetzungen findet sich bei Wöhe, Günter, Bi-
lanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 528 f. Eine histori-
sche Erfassung von Möglichkeiten steuerbegünstigter Rücklagen-
bildung findet sich bei Lekebusch, Helmut, Die Sonderposten mit
Rücklageanteil, Diss. Köln 1969, S. 23 ff.

4) Eine erfolgsneutrale Auflösung läßt das "Gesetz zur Förderung

jeweils in Höhe der durch die Auflösung bewirkten Steuerzahlungsverpflichtung eindeutig Rückstellungs- und damit Fremdkapitalcharakter besitzen.¹⁾ Dem teilweisen Eigen- und Fremdkapitalcharakter trägt der in der Handelsbilanz erforderliche Ausweis als "Sonderposten mit Rücklageanteil" Rechnung (§ 152 Abs. 5 AktG).²⁾

Die Bildung einer steuergesetzlich zulässigen steuerfreien Rücklage steht jeweils im Ermessen des Steuerpflichtigen; eine unterlassene Rücklagenbildung kann allerdings in späteren Perioden nicht nachgeholt werden.³⁾ Steuerfreie Rücklagen als Instrument der Wirtschaftspolitik werden regelmäßig durch zeitlich oder auf besondere Personenkreise bzw. Wirtschaftszweige begrenzte Sondervorschriften geregelt, die zum Teil von Jahr zu Jahr verlängert oder durch jährlich erlassene Steueränderungsgesetze modifiziert werden.⁴⁾ Ungeachtet ihrer jeweiligen Bedeutung im Einzelfall müssen die aus solchen Sonderregelungen resultierenden Entscheidungstatbestände in der nachfolgenden Erörterung zugunsten allgemein relevanter Freiheitsgrade vernachlässigt werden.⁵⁾

der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken" v. 12. 8. 1965, BGBl. I, S. 777, zu, so daß es hier zu einer endgültigen Steuerersparnis kommt.

1) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 127.

2) Entgegen dem für steuerliche Sondervorschriften geltenden Maßgeblichkeitsprinzip ist ein Ausweis der Rücklage für Preissteigerung in der Handelsbilanz nicht erforderlich (Abschn. 228 Abs. 5 EStR).

3) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 529.

4) Vgl. Wöhe, Günter, Bildung, Auflösung und Übertragung stiller Rücklagen im Steuerrecht aus der Sicht der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, in: ZfbF 1966, S. 98-117 (101).

5) Wirtschaftspolitische Zielsetzungen werden gegenwärtig beispielsweise mit steuerfreien Rücklagen für private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, bei Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken, bei Versicherung von Kernreaktoren und zur Förderung deutscher Auslandsinvestitionen verfolgt; vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 540 ff.

22141 Rücklage für Preissteigerung

Das der steuerlichen Gewinnermittlung immanente Prinzip der nominellen Kapitalerhaltung kann zur Besteuerung von Scheingewinnen führen, wodurch die Substanzerhaltung gefährdet wird.¹⁾ Eine Preissteigerungsrücklage (§ 74 EStDV) kann für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate sowie Waren gebildet werden, die vertretbare Güter sind und deren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des Wirtschaftsjahres um mehr als 10 % gegenüber demjenigen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres gestiegen ist. Die Feststellung einer Preissteigerung und die Bildung einer Rücklage hat jeweils für einzelne Gruppen getrennt zu erfolgen. Die Rücklage kann auch dann gebildet werden, wenn der Preisanstieg nur vorübergehend ist und bei der späteren Veräußerung effektiv kein Scheingewinn entstehen wird.²⁾

Der für die Berechnung der maximal möglichen Rücklage zu ermittelnde Prozentsatz (Q) ergibt sich unter Berücksichtigung der vom Steuerpflichtigen nach § 74 Abs. 2 EStDV zu tragenden Steigerung von 10 % aus den Preisen (P_1 , P_2) am Schluß zweier aufeinanderfolgender Wirtschaftsjahre gemäß folgender Formel:³⁾

$$Q = \left[P_2 - \left(P_1 + \frac{P_1 \cdot 10}{100} \right) \right] \cdot \frac{100}{P_2}$$

Der Höchstbetrag der Rücklage ist durch Anwendung dieses Prozentsatzes auf die in der Steuerbilanz ausgewiesenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. den niedrigeren Teilwert zu bestimm-

1) Vgl. hierzu im einzelnen Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a. a. O., S. 588 ff.

2) Vgl. Vogel, Horst, Preissteigerungsgewinne bei der Einkommensbesteuerung, in: BB 1956, S. 32-36 (35).

3) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 539.

men, sofern dieser nicht unter dem jeweiligen Börsen- oder Marktpreis liegt.

Die Preissteigerungsrücklage ist spätestens bis zum Ende des auf die Bildung folgenden sechsten Wirtschaftsjahres gewinnerhöhend aufzulösen, so daß sowohl die Bildung als auch die Art der Auflösung dieser Rücklage Freiheitsgrade beinhalten. Bei wesentlichen Preissenkungen kann allerdings eine frühere Auflösung bestimmt werden (§ 74 Abs. 5 EStDV).

22142 Rücklage für Ersatzbeschaffung

Stille Reserven, die beim Ausscheiden von Wirtschaftsgütern infolge höherer Gewalt oder behördlichen Eingriffs aufgedeckt werden, indem die Entschädigung ohne Vergütung der Folgeschäden größer ist als der Buchwert, dürfen in eine steuerfreie Rücklage für Ersatzbeschaffung (Abschn. 35 EStR) eingestellt und auf Ersatzwirtschaftsgüter übertragen werden, sofern das jeweilige Ersatzwirtschaftsgut unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts wirtschaftlich dieselbe oder eine entsprechende Funktion erfüllt wie das ausgeschiedene Wirtschaftsgut.

Die Übertragung erfolgt in der Weise, daß die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des neuen Wirtschaftsgutes und damit auch die Basis zukünftiger Abschreibungen um den Betrag der steuerfreien Rücklage vermindert werden. Die Übertragung darf nur anteilig vorgenommen werden, wenn die erhaltene Entschädigung nicht in voller Höhe zur Ersatzbeschaffung verwendet wird. Abgesehen von einer möglichen Fristverlängerung ist die steuerfreie Rücklage gewinnerhöhend aufzulösen, wenn die Ersatzbeschaffung bei beweglichen Wirtschaftsgütern nicht innerhalb der folgenden und bei Ge-

bäuden innerhalb der beiden folgenden Perioden vorgenommen wird.¹⁾

Im Endeffekt trägt die als Billigkeitsmaßnahme gedachte Rücklage für Ersatzbeschaffung begünstigenden Charakter, wenn die Nutzungsdauer der Ersatzwirtschaftsgüter länger ist als die Restnutzungsdauer der ausgeschiedenen Wirtschaftsgüter, da sich die übertragene stille Reserve meist erst im Laufe der gesamten Nutzungsdauer des Ersatzwirtschaftsgutes auflösen wird.²⁾

22143 Rücklage nach § 6 b EStG

Stille Reserven, die bei der Veräußerung gewisser Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens offengelegt werden, können auf bestimmte neu angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter übertragen werden, indem der Veräußerungsgewinn entweder unmittelbar von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten jeweils in der gleichen Periode beschaffter Wirtschaftsgüter abgezogen wird (§ 6 b Abs. 1 EStG) oder vorübergehend in eine steuerfreie Rücklage eingestellt wird (§ 6 b Abs. 3 EStG). Ein zusätzlicher Freiheitsgrad besteht für den Steuerpflichtigen darin, daß er die stillen Reserven zum Teil erfolgswirksam auflösen und den verbleibenden Betrag nach seinem Ermessen teilweise auf ein oder mehrere Wirtschaftsgüter

1) Hinsichtlich einer nicht zweifelsfreien weitergehenden Interpretation der Reinvestitionsmöglichkeiten und der Zulässigkeit einer nur teilweisen Übertragung der gebildeten Rücklage bei Verwendung der Entschädigung in voller Höhe zur Ersatzbeschaffung vgl. Thiel, Rudolf, Übertragung stiller Reserven. Kommentar zu § 6 b des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Steueränderungsgesetzes 1964, Heidelberg 1965, S. 107, RdNr. 148; Weissenborn, Hans-Ulrich, "Rücklagen für Ersatzbeschaffung" und Gewinnmanipulierung, in: BB 1967, S. 244 f.; Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 137 f.

2) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 536.

übertragen und in eine steuerfreie Rücklage einstellen kann.¹⁾ So könnte durch eine teilweise Übertragung stiller Reserven auf kurzlebige, abnutzbare Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 800 DM liegen, die Voraussetzung für die Anwendung des § 6 Abs. 2 EStG geschaffen werden, der die Nichtaktivierung geringwertiger Wirtschaftsgüter zuläßt.²⁾

Abgesehen vom Anlaß der Rücklagenbildung unterscheidet sich die 6 b-Rücklage von der Ersatzbeschaffungsrücklage dadurch, daß sie nicht auf alle ausscheidenden Wirtschaftsgüter, sondern nur auf bestimmte Anlagegüter anwendbar ist, die Übertragung der stillen Reserve nicht nur auf das betreffende Ersatzwirtschaftsgut, sondern auf alle jeweils zulässigen Wirtschaftsgüter möglich ist und die Rücklage auch dann gebildet werden kann, wenn die Übertragung der stillen Reserven nicht beabsichtigt ist.³⁾ Zu den in § 6 b Abs. 1 EStG erschöpfend aufgezählten Wirtschaftsgütern, bei deren Veräußerung aufgedeckte stille Reserven übertragen werden dürfen, gehören im wesentlichen Grund und Boden, Gebäude, abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von mindestens 25 Jahren und Anteile an Kapitalgesellschaften, wobei die veräußerten Wirtschaftsgüter im Zeitpunkt der Veräußerung mindestens sechs Jahre lang ununterbrochen zum Anlagevermögen einer inländischen Betriebsstätte gehört haben müssen (§ 6 b Abs. 4 Nr. 2 EStG). Eine Übertragung stiller Reserven ist jeweils nur auf gleichartige Wirtschaftsgüter oder solche mit kürzerer Lebensdauer möglich (§ 6 b Abs. 1 EStG)⁴⁾, so daß die infolge

1) Vgl. Littmann, Eberhard, Das Einkommensteuerrecht, Kommentar, 10. Aufl., Stuttgart 1972, S. 855 f., § 6 b RdNr. 5 ff.

2) Vgl. Gronenborn, Jakob, Bilanzhinweise zu § 6 b EStG, in: StbJb 1965/66, S. 331-352 (342).

3) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 535.

4) Eine schematische Übersicht der Übertragungsmöglichkeiten findet sich beispielsweise bei Klein, Erhard, Die Übertragung

der verringerten Abschreibungsbasis eintretende Nachversteuerung der stillen Reserven nicht willkürlich hinausgeschoben werden kann. Werden die stillen Reserven nicht innerhalb der beiden auf die Rücklagenbildung folgenden Wirtschaftsjahre, bei neu hergestellten Gebäuden innerhalb der vier folgenden Wirtschaftsjahre übertragen, so muß die steuerfreie Rücklage gewinnerhöhend aufgelöst werden (§ 6 b Abs. 3 EStG). Eine Auflösung in beliebiger Höhe und/oder zu beliebigen Zeitpunkten innerhalb der Frist erscheint zulässig.¹⁾ Die völlige Freizügigkeit bezüglich Bildung und Auflösung der steuerfreien Rücklage ermöglicht es schließlich, auch ohne Übertragung innerhalb der Zweijahresfrist den Erfolg von drei Perioden zu beeinflussen, indem die Rücklage nicht in voller Höhe der aufgelösten stillen Reserven gebildet und zu den beiden folgenden Bilanzierungszeitpunkten jeweils teilweise aufgelöst wird.²⁾

Die autonome Herbeiführung der Anwendungsbedingungen des § 6 b EStG stellt eine der Steuerbilanzpolitik nicht zu subsumierende Sachverhaltsgestaltung dar³⁾, deren zeitliche Determinierung⁴⁾ allerdings steuerbilanzpolitisch motiviert sein kann.⁵⁾ Die vom Gesetzgeber mit den Vorschriften des § 6 b EStG verfolgte Intention ist die Ermöglichung betriebswirtschaftlich notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen, Standortverlagerungen oder Änderungen von Be-

stiller Reserven nach § 6 b EStG. Ihre volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Bedeutung, in: ZfB 1968, S. 353-378 (357).

1) Vgl. Littmann, Eberhard, a. a. O., S. 879, § 6 b RdNr. 85; Klein, Erhard, a. a. O., S. 359.

2) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 146.

3) Vgl. Klein, Erhard, a. a. O., S. 367.

4) Vgl. hierzu auch die kritische Analyse von Schneider, Dieter, Wie wirkt die Übertragung stiller Reserven nach § 6 b EStG auf den Veräußerungszeitpunkt von Anlagen?, in: DB 1969, S. 581-585.

5) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 147.

teilungsverhältnissen durch eine verzögerte Besteuerung der Veräußerungsgewinne.¹⁾

22144 Rücklage für Zuschüsse

Die Berücksichtigung von Zuschüssen bei der Bewertung von Anlagegütern bietet in gewissem Umfang steuerbilanzpolitische Freiheitsgrade, indem die Zuschüsse entweder als Betriebseinnahmen angesetzt werden und somit von den vollen Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgeschrieben wird oder aber die Zuschüsse erfolgsneutral behandelt werden und die Abschreibungsbasis um diesen Betrag verringert wird (Abschn. 34 Abs. 1 EStR).

Zur erfolgsneutralen Behandlung von Zuschüssen, die in dem der betreffenden Anschaffung von Anlagegütern vorangehenden Wirtschaftsjahr gewährt werden, darf eine steuerfreie Rücklage gebildet werden, die im folgenden Wirtschaftsjahr auf die beschafften Güter zu übertragen ist (Abschn. 34 Abs. 3 EStR).

2215 Rückstellungen

Rückstellungen dienen der periodengerechten Verrechnung zukünftiger Ausgaben oder Mindereinnahmen, die dem Grunde nach bereits entstanden sind, deren Höhe und/oder Fälligkeit aber noch ungewiß sind.²⁾

1) Zur unterschiedlichen Beurteilung der Bedeutung des § 6 b EStG vgl. Rudolph, Karl, Bedeutung und Mängel der Reinvestitionsvergünstigung nach § 6 b EStG, in: DB 1966, S. 157-160; Klein, Erhard, a. a. O., S. 355 ff.

2) Vgl. Werninger, Gerd, Rückstellungen in der Bilanz, betriebswirtschaftlich-steuerlich, Wiesbaden 1960, S. 56; Albach, Horst, Die Bilanzierung von Rückstellungen in der Ertragsteuerbilanz, in: StbJb 1967/68, S. 305-358 (309). Zur Abgrenzung der Rückstellungen von anderen Passivposten vgl. Kobs, Erwin, Rückstel-

Die steuerbilanzpolitische Bedeutung der Rückstellungsbildung liegt darin, daß schon vor einer effektiven Inanspruchnahme der Unternehmung durch den Ansatz eines Passivums sowie dessen Überhöhung der ausgewiesene Periodenerfolg vermindert werden kann. Einem derartigen Passivierungsbegehren mögen zunächst bilanzoptische Gesichtspunkte entgegenstehen, da durch einen niedrigeren Ansatz von Rückstellungen das Fremdkapital niedriger ausgewiesen wird. Der Bildung einer sachlich nicht gerechtfertigten oder einer überhöhten Rückstellung steht aber auch eine spätere erfolgswirksame Auflösung gegenüber, so daß die steuerbilanzpolitische Effizienz dieses Instrumentes der Erfolgsverlagerung von Zeitpunkt der Bildung, Dauer und Höhe einer Rückstellung abhängt.¹⁾ Nur sofern die Rückstellung weder zu hoch noch zu niedrig ausgewiesen worden ist und damit keine Spitzenbeträge gewinnerhöhend oder gewinnmindernd wirksam werden, vollzieht sich die tatsächliche Inanspruchnahme aus dem Rückstellungsgrund später erfolgsneutral.²⁾

22151 Allgemeine Einflußmöglichkeiten

Obgleich Rückstellungen einer periodengerechten Erfolgsermittlung dienen sollen, bieten sie steuerbilanzpolitisch auszufüllende Ermessensspielräume, die auf das Fehlen eindeutiger Kriterien für die Bildung, Bemessung und Auflösung von Rückstellungen bei unvoll-

lungen und Rücklagen in Steuerbilanz und Vermögensaufstellung, 2. Aufl., Herne/Berlin 1968, S. 27 ff sowie Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 382 ff. Zur Vielfalt möglicher Rückstellungsursachen vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a. a. O., S. 250 ff, RdNr. C 1 ff; Kobs, Erwin, Rückstellungen und Rücklagen, a. a. O., S. 35 ff.

1) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 489 f.

2) Vgl. Kobs, Erwin, Rückstellungen und Rücklagen, a. a. O., S. 34.

kommener Information zurückzuführen sind und eine den Zielsetzungen des Steuerpflichtigen entsprechende Argumentation ermöglichen.¹⁾

Prinzipiell stehen weder ausdrückliche Bilanzierungsvorschriften noch sonstige steuerrechtliche Vorschriften einer Rückstellungsbildung entgegen.²⁾ Die im Zuge der Rechtsprechung entwickelten Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Rückstellungen bedingen nicht notwendig eine rechtsverbindliche Verpflichtung; vielmehr genügt bereits eine hinreichende Wahrscheinlichkeit der späteren Inanspruchnahme.³⁾ Die Grenze zwischen Passivierungspflicht und Passivierungsrecht für Rückstellungen wird in der Rechtsprechung allerdings nicht immer klar erkennbar, so daß dem pflichtgemäßen Ermessen des vorsichtig bilanzierenden Kaufmanns ausschlaggebende Bedeutung zuzukommen scheint.⁴⁾ Besonders umstritten ist in diesem Zusammenhang jedoch, welche Auswirkungen von dem Beschluß des Großen Senats des Bundesfinanzhofes vom 3. 2. 1969⁵⁾ ausgehen, wonach sich aus dem Maßgeblichkeitsgrundsatz allenfalls eine Bindung des Steuerrechts an handelsrechtliche Passivierungsgebote, nicht jedoch an Passivierungswahlrechte ergeben könne, so daß steuerrechtlich nicht passiviert werden dürfe, was handelsrechtlich nicht passiviert werden muß.⁶⁾

1) Vgl. hierzu auch Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 109 ff. Zu den Möglichkeiten einer steuerbilanzpolitisch unerwünschten Entschärfung dieses Ermessensproblems durch Gruppenentscheidungen und -urteile vgl. Brede, Helmut, Sind die Ermessensspielräume bei der Bilanzierung und Prüfung von Rückstellungen einschränkbar?, in: DB 1972, S. 984-988.

2) Vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a.a.O., S. 17 RdNr. A 57 u. S. 21 RdNr. A 72.

3) Vgl. Kobs, Erwin, Rückstellungen und Rücklagen, a.a.O., S. 31 ff.

4) Vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a.a.O., S. 20 RdNr. A 70, S. 99 ff RdNr. 281 ff u. S. 104 f RdNr. A 290 f.

5) BStBl. 1969 II S. 291.

6) Vgl. Döllerer, Georg, Die Maßgeblichkeit, a.a.O., S. 506 f; ders., Wahlrechte, a.a.O., S. 1446 ff; Maaßen, Kurt, Gilt der Maßgeblichkeitsgrundsatz, a.a.O., S. 1290; Mies, Josef, Wahlrechte bei Aufstellung der Bilanz?, a.a.O., S. 1801 ff.

Nach herrschender handelsrechtlicher Auffassung besteht eine Passivierungspflicht hinsichtlich der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.¹⁾

Ein handelsrechtliches Passivierungswahlrecht ist hingegen in der Regel bei Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und Abraumbeseitigung sowie für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung anzunehmen, sofern derartige Kulanzleistungen nicht regelmäßig erbracht werden und der Bilanzierende sich nicht wirtschaftlich dazu verpflichtet fühlt.²⁾ Für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung, die mit einiger Regelmäßigkeit erbracht werden und für die eine wirtschaftliche Verpflichtung vorliegt, hat wohl auch die steuerliche Rechtsprechung eine Passivierungspflicht angenommen. Als rückstellungsfähige Last hat sie den Abraumrückstand sowie die unterlassene Instandhaltung anerkannt, sofern mit der Inangriffnahme der Instandhaltungsarbeiten innerhalb von drei Monaten zu rechnen ist. Das handelsrechtliche Rückstellungswahlrecht für die übrigen Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung wird jedoch das Steuerrecht nicht anerkennen können.³⁾ Durch die Bestimmung, daß Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung nur zulässig sind, wenn die Instandhaltungsarbeiten innerhalb von drei Monaten nach dem Bilanzstichtag durchgeführt werden, kann schließlich die Wahl des Zeitpunkts für die Durchführung von Reparaturen eine steuerbilanzpolitische Motivierung erfahren.⁴⁾ Sofern unter dem Eindruck des Prinzips der kaufmännischen Vorsicht und des Imparitätsprinzips zumindest einige solcher handels-

1) Vgl. Adler, Hans/Düring, Walther/Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar, 4. Aufl., Bd. I, Stuttgart 1968, § 152, Anm. 158.

2) Vgl. ebd., § 152, Anm. 159 u. 160.

3) Vgl. Döllerer, Georg, Wahlrechte, a. a. O., S. 1448.

4) Vgl. Kottke, Klaus, Bilanzstrategie und Steuertaktik, a. a. O., S. 95.

rechtlicher Passivierungswahlrechte auch für die Steuerbilanz anzuerkennen sind¹⁾ und/oder ein Fortbestehen der durch die Rechtsprechung eingeräumten Passivierungswahlrechte zu begründen ist²⁾, bieten sich auch künftig bei der Bildung von Rückstellungen steuerbilanzpolitische Freiheitsgrade.

Muß nach tatsächlicher Würdigung des jeweiligen Sachverhalts das Vorliegen zwingender oder ausreichender Indizien für eine Rückstellungsbildung dem Grunde nach bejaht werden, so ist der Bilanzierungszeitpunkt weitgehend determiniert und eine dispositive Einflußnahme auf diesen wird nur indirekt möglich sein über die zeitliche Bestimmung des Vorliegens eines Rückstellungsgrundes oder dessen Verneinung.³⁾

Die spätere Nachholung einer ursprünglich unterbliebenen Rückstellungsbildung ist jedoch nur zulässig, wenn diese in der Vergangenheit zwingend hätte erfolgen müssen und dann auch nur insoweit, als es sich bei der Nachholung nicht um willkürliche oder gegen Treu und Glauben verstoßende Bilanzierungen handelt, so daß hier die Existenz steuerbilanzpolitischer Freiheitsgrade davon abhängt, inwieweit bei einer späteren Bilanzierung dem Verdacht eines solchen Verstoßes wirkungsvoll begegnet werden kann. Ein Nachholverbot wird regelmäßig dann wirksam, wenn für die Bildung von Rückstellungen ein Wahlrecht besteht, an dessen Ausübung der Steuerpflichtige gebunden ist.⁴⁾

1) Vgl. Maaßen, Kurt, Gilt der Maßgeblichkeitsgrundsatz, a.a.O., S. 1290.

2) Vgl. Döllerer, Georg, Wahlrechte, a.a.O., S. 1448. Eine Ausdehnung der Frist für die Ausführung der Erhaltungsarbeiten von drei Monaten auf ein volles Jahr in Anlehnung an das Aktienrecht erscheint allerdings fraglich.

3) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 111 ff mit weiteren Verweisen.

4) Vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a.a.O., S. 99 RdNr. A 282, S. 174 f RdNr. A 491 u. S. 185 ff RdNr. A 518 ff; Kobs, Erwin, Rückstellungen und Rücklagen, a.a.O., S. 133 ff; Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 113 f.

Obgleich die - bei fehlender Inanspruchnahme gewinnerhöhende - Auflösung von Rückstellungen eindeutig geregelt erscheint¹⁾, beinhaltet die Bestimmung des Auflösungszeitpunktes steuerbilanzpolitische Freiheitsgrade, wenn der Wegfall des ursprünglichen Rückstellungsgrundes nicht definitiv entschieden werden kann.²⁾ Der nach der Rechtsprechung zulässige Übergang von der Verbuchung potentiellen Rückstellungsaufwandes als Betriebsausgabe im Zeitpunkt der Verausgabung zu einer Bilanzierung von Rückstellungen im Zeitpunkt der Verursachung³⁾, der bei erstmaligem Wechsel auch dann nicht als Willkür anzusehen ist, wenn sich ein erheblicher steuerlicher Vorteil ergibt⁴⁾, beinhaltet einen weiteren Ansatzpunkt dispositiver Beeinflussung der Steuerbelastung.

22152 Pensionsrückstellungen

Handelsrechtlich besteht für Pensionsrückstellungen ein Passivierungswahlrecht.⁵⁾ Auch das Steuerrecht gewährt für rechtswirksame Pensionsverpflichtungen⁶⁾ ein Rückstellungswahlrecht (§ 6 a Abs. 1 EStG, Abschn. 41 Abs. 1-5 EStR)⁷⁾, so daß entweder für die Pensionsanwartschaften eine Rückstellung zu bilden ist oder die späteren Pensionsleistungen in den Perioden der Zahlung voll als

1) Vgl. Kobs, Erwin, Rückstellungen und Rücklagen, a.a.O., S. 135 f.

2) Vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a.a.O., S. 193 RdNr. A 531.

3) Vgl. ebd., S. 162 ff RdNr. 457 ff.

4) Vgl. ebd., S. 166 RdNr. A 469; Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 118 f.

5) BGH-Urteil II ZR 292/59 v. 27. 2. 1961, BGHZ Bd. 34, S. 324.

6) Vgl. Heißmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, 6. Aufl., Köln 1967, S. 65 ff.

7) Zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Fortbestehen dieses Wahlrechts vgl. Mies, Josef, Wahlrechte bei Aufstellung der Bilanz?, a.a.O., S. 1801 f; Winterberg, Bruno, Passivierungszwang bei Pensionsverpflichtungen?, in: DB 1970, S. 1903; Heitmann, Helmut, Motivforschung bei Pensionsrückstellungen?, in: DB 1970, S. 2240 f; Mies, Josef, Passivierungswahlrecht bei Pensionsverpflichtungen?, in: DB 1971, S. 1594-1596.

Aufwand zu verrechnen sind. Diese Wahlmöglichkeit zwischen dem Anwartschaftsdeckungsverfahren und dem deckungslosen Zahlungsverfahren bietet sich in jedem Bilanzierungszeitpunkt erneut¹⁾, wobei außerdem für die Zuführungen zu einer Pensionsrückstellung lediglich eine jährliche Höchstgrenze gesetzt ist, die der Steuerpflichtige beliebig unterschreiten kann (Abschn. 41 Abs. 8 EStR). "Sogar nachdem sich der Betrieb gegenüber dem Belegschaftsmitglied durch die Höhe der Pensionsverpflichtung und gegenüber dem Fiskus durch Ausübung des Passivierungswahlrechtes gebunden hat, bestehen also weitere steuerpolitische Dispositionsmöglichkeiten, die die Verteilung des Pensionsaufwandes beeinflussen können."²⁾ Allerdings dürfen im Rahmen des zulässigen Höchstbetrages unterlassene Zuführungen in späteren Wirtschaftsjahren nicht nachgeholt werden.³⁾ Aus dem steuerrechtlichen Prinzip der Einzelbewertung ergibt sich, daß jede Pensionsverpflichtung als Wirtschaftsgut für sich zu betrachten sowie zu bewerten ist (Abschn. 41 Abs. 9 EStR) "und folglich für einzelne Zusagen Rückstellungen gebildet werden können, während bei anderen die Aufwandsverrechnung erst in den Perioden der Zahlungen erfolgt".⁴⁾

Durch alternative Ausübung des vielschichtigen Passivierungswahlrechts für Pensionsrückstellungen wird schließlich eine Erfolgsverlagerung zwischen der Periode der Entstehung einer Pensionsanwartschaft und den Perioden der Pensionsleistung erreicht. Weitere Ansatzpunkte einer dispositiven Beeinflussung des Erfolgsausweises im Zeitablauf bieten sich bei der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensionsrückstellung durch die Wahl der anzuwendenden Sterbetafel und durch Variation des Rechnungszins-

1) Vgl. Heißmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a. a. O., S. 258 ff, 276 ff u. 294.

2) Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 81. Hervorhebung weggelassen.

3) BFH-Urteil I 237/62 U v. 27. 5. 1964, BStBl. 1964 III, S. 489.

4) Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 401.

fußes, dessen Mindesthöhe 5,5 % beträgt (Abschn. 41 Abs. 11 u. 12 EStR).¹⁾

Pensionsrückstellungen können in der Steuerbilanz nur anerkannt werden, wenn und soweit sie auch in der Handelsbilanz enthalten sind, wobei jedoch die steuerlichen Zuführungen in einer Periode den Rückstellungszuwachs in der Handelsbilanz überschreiten dürfen (Abschn. 41 Abs. 14 EStR).

Mit dem Eintritt des Versorgungsfalls beginnt die Auflösung der Pensionsrückstellung, die in beliebiger Höhe oberhalb einer Mindestgrenze vorzunehmen ist (§ 6 a Abs. 4 EStG).²⁾ Die Erfolgswirksamkeit gezahlter Pensionsleistungen wird bestimmt durch die Wahl des Auflösungsverfahrens (Abschn. 41 Abs. 15 EStR). Bei der buchhalterischen Auflösung werden die laufenden Pensionsleistungen unmittelbar gegen die bestehende Rückstellung verbucht, so daß eine Pensionszahlung erst nach vollständiger Auflösung der jeweiligen Rückstellung erfolgswirksam wird. Bei der versicherungsmathematischen Auflösung vermindert sich die Rückstellung periodisch um die gewinnerhöhend aufzulösende Differenz zwischen dem versicherungsmathematischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen am Schluß zweier aufeinanderfolgender Wirtschaftsjahre, während die tatsächlichen Pensionszahlungen als Betriebsausgaben abzusetzen sind. Infolge einer relativ steigenden Lebenserwartung und davon abhängiger Neuzuführungen bewirkt die versicherungsmathemati-

1) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 80 ff. Wegen Einzelheiten in der Berechnung vgl. Trägner, Gustav, Pensionsrückstellungen in Betriebswirtschaftslehre und im Arbeits-, Handels- und Steuerrecht. Leitfaden mit Tabellen, 2. Aufl., Herne/Berlin 1969. Zur Berechnung von - auf die spezielle Betriebsstruktur und Gewinnsituation bezogen - finanzwirtschaftlich "optimalen" Pensionsrückstellungen vgl. Schusinski, Ewald, Neue Aspekte für die Bildung steuerlich optimaler Pensionsrückstellungen nach § 6 a EStG, in: DStR 1971, S. 529-532.

2) Vgl. hierzu im einzelnen Heißmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a. a. O., S. 369 ff.

sche Methode eine langsamere Auflösung der Rückstellung.¹⁾

Ist die gebildete Rückstellung bei Eintritt des Versorgungsfalls niedriger als der versicherungsmathematische Barwert, so braucht sie erst nach Erreichen dieses Wertes aufgelöst zu werden. Ein willkürlicher Wechsel der gewählten Auflösungsmethode in der Weise jedoch, daß die Rückstellung zunächst buchhalterisch aufgelöst wird und dann so lange auf gleicher Höhe gehalten wird, bis der Barwert der künftigen Leistungen geringer wird, erscheint aus Gründen der Bilanzkontinuität nicht zulässig (Abschn. 41 Abs. 15 EStR).²⁾ Der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum erfährt dadurch noch eine Erweiterung, daß auch bei Fortbestehen der Pensionsverpflichtung Rückstellungen vorzeitig aufgelöst werden können.³⁾ Als einen besonderen steuerbilanzpolitischen Entscheidungstatbestand im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung führt Marettke⁴⁾ die Bemessung der als Betriebsausgabe abzugsfähigen Zuwendungen zu einer betrieblichen Unterstützungskasse an, die - je nach Art der Unterstützungskasse - innerhalb des durch das zulässige Kassenvermögen unterschiedlich bestimmten Umfangs sowie der entweder nach den Kassenleistungen des gleichen Jahres oder nach der Lohn- und Gehaltssumme oder nach dem Deckungskapital für die bereits laufenden Renten zu bemessenden jährlichen Höchstzuwendungen variiert werden kann.⁵⁾ Eine Besonderheit dieses steuerbilanzpolitischen Instruments ist in einer gewissen Nachholbarkeit von Zuwendungen zu erblicken.⁶⁾

1) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 83.

2) Vgl. hierzu Heißmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a. a. O., S. 370.

3) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 163 f mit weiteren Verweisen.

4) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 64 ff.

5) Vgl. hierzu im einzelnen Heißmann, Ernst, Betriebliche Unterstützungskassen, 3. Aufl., Köln 1966, S. 135, 143 ff, 147 ff u. 152 ff.

6) Vgl. hierzu ebd., S. 149, 154 u. 157 f.

222 Entscheidungstatbestände im Bewertungsbereich

Die steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften (§§ 6 ff EStG) bestimmen, mit welchem Wert die bilanzierungsfähigen und -pflichtigen Aktiva und Passiva in der Steuerbilanz anzusetzen sind. Durch diese Vorschriften wird die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz materiell insoweit eingeschränkt, als sich die handels- und steuerrechtlichen Bewertungsprinzipien unterscheiden.¹⁾

Sowohl für die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, als auch für andere Wirtschaftsgüter - nicht abnutzbare Anlagegüter und Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens - lassen sich neben den Anschaffungskosten die Herstellungskosten als Grundwert bei der Bestimmung des steuerlichen Bilanzansatzes kennzeichnen.²⁾ Abgesehen von potentiellen Ermessensspielräumen bei der Bestimmung dieser Wertansätze bietet das Steuerrecht auch ausdrücklich einzelne Bewertungswahlrechte, insbesondere Abschreibungswahlrechte. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten abnutzbarer Güter des Anlagevermögens vermindern sich jeweils periodisch um die daraus berechneten Absetzungen für Abnutzung (§ 7 EStG) und mögliche Sonderabschreibungen (§§ 7 a ff EStG, 75 ff EStDV). Statt der ursprünglichen oder verminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten kann aber auch ein niedrigerer Teilwert angesetzt werden (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 EStG).

Die Bewertung der Passiva bietet - abgesehen von den bereits erörterten Pensionsrückstellungen - einen nennenswerten steuerbi-

1) Vgl. Thiel, Rudolf, Die aktienrechtliche Bilanz als Grundlage der Steuerbilanz, in: ZfbF 1966, S. 544-553 (544 f); Kiehne, Hans-Erich, Das Verhältnis zwischen Handels- und Steuerbilanz. Zugleich ein Beitrag zur Bedeutung der Aktienrechtsreform 1965 für das Steuerrecht, in: BB 1968, S. 553-557 (556).

2) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S. 8.

lanzpolitischen Spielraum nur bei der Bestimmung des Wertansatzes von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste, indem die Bemessung der Rückstellungshöhe in ähnlicher Weise dem pflichtgemäßen Ermessen des Steuersubjekts zu überlassen ist wie die bei Bilanzierung dieser Rückstellungen notwendige Beantwortung der Frage, ob angesichts der vorliegenden Informationen ein Rückstellungsgrund schon oder noch nicht anzunehmen ist.¹⁾ Die notwendige Schätzung der zu erwartenden Inanspruchnahme²⁾ bedingt einen gewissen subjektiven Dispositionsspielraum bei der Bemessung des Rückstellungsbetrages.³⁾

2221 Ermittlung der Herstellungskosten

Während die Ermittlung der Anschaffungskosten, die allgemein im Geschäftsverkehr mit Dritten entstehen, wohl kaum Ansatzpunkte für eine Steuerbilanzpolitik bieten kann⁴⁾, schließt die Berechnung der betriebsindividuell bedingten Herstellungskosten steuerbilanzpolitisch auszufüllende Ermessensspielräume keinesfalls aus.⁵⁾

1) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 177 ff.

2) Zum Wesen der Schätzung und zum Umfang des Schätzungsrahmens bei der Bemessung der Rückstellungshöhe vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a. a. O., S. 116 RdNr. A 323 u. S. 119 ff RdNr. A 332 ff.

3) Zur Berechnung der Rückstellung vgl. Albach, Horst, Die Bilanzierung von Rückstellungen, a. a. O., S. 336 ff. Zum Problem des wegen zu erwartender Preissteigerungen indizierten Wertansatzes langfristiger Rückstellungen vgl. Hirte, Erich, Die Bewertung langfristiger Rückstellungen, in: DB 1971, S. 1313-1318 (1316 f).

4) Zu einzelnen klar abgrenzbaren Auffassungsunterschieden vgl. Velde, Kurt van der, Problematisches zu den Anschaffungskosten, in: DB 1964, S. 526-529; Offerhaus, Klaus, Zum Umfang der Anschaffungskosten, in: DStR 1967, S. 14-17; Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 169 f.

5) Vgl. Escher, Hans, Der Umfang der Aktivierungspflicht bei den Ausgaben für das Sachanlagevermögen in Handels- und Steuerbilanz, Düsseldorf 1962, S. 70.

Herstellungskosten dienen der Bewertung selbsterstellter Vermögensgegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens. Da der Bilanzierende hierbei nicht auf eindeutig bestimmte, extern vorgegebene Rechengrößen zurückgreifen kann, ist er auf die kalkulatorischen Ergebnisse der Kostenrechnung angewiesen, welche jedoch nicht nur den Zweck hat, Unterlagen für die Jahresabschlußrechnung zu liefern. Wenn für den Bilanzierenden die Möglichkeit besteht, auf unterschiedliche Kalkulationsergebnisse zurückzugreifen, eines der kalkulatorischen Ergebnisse durch ein anderes zu ersetzen oder aber eine bestimmte Höhe der im Zeitablauf nicht konstanten Herstellungskosten als maßgeblich zu unterstellen, so wird die Berechnung der Herstellungskosten zum bilanzpolitischen Mittel.¹⁾

"Die steuerlichen Herstellungskosten dienen dazu, betriebliche Leistungen zu bewerten mit dem Ziel, einen als Differenz aus Aufwendungen und Erträgen ermittelten pagatorischen Jahresgewinn festzustellen und der Besteuerung zu unterwerfen."²⁾ Da nur solche Aufwendungen in den steuerlichen Herstellungskosten zu aktivieren sind, die bei der steuerlichen Gewinnermittlung als Betriebsausgaben abzugsfähig sind³⁾, müssen bei Zugrundelegung kalkulatorischer Herstellungskosten nicht abzugsfähige Kostenbestandteile und bei Zugrundelegung handelsrechtlicher Herstellungskosten nicht abzugsfähige Aufwandsbestandteile eliminiert werden.⁴⁾ Entsprechend

1) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S.1.

2) Kuhn, Klaus, Zur Frage der Einbeziehung von Unterbeschäftigungskosten in die Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern, in: NB 1967, Nr. 7, S. 9-19 (12). Zu Begriffsinhalt und Begriffsumfang der steuerlichen Herstellungskosten vgl. im einzelnen Velde, Kurt van der, Herstellungskosten in der Kostenrechnung und in der Steuerbilanz, 3. Aufl., Stuttgart 1960; ders., Neues zur Ermittlung der Herstellungskosten, in: DB 1962, S. 709-712; ders., Herstellungskosten in neuester Sicht, in: DB 1969, S. 1213-1221.

3) Vgl. Eßer, Josef, Herstellungskosten im betriebswirtschaftlichen, handelsrechtlichen und steuerlichen Blickpunkt, in: AG 1962, Sonderbeilage II/62, S. 4.

4) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S. 7 u. 55.

dem Umfang der Aktivierung wird die Erfolgswirksamkeit von Betriebsausgaben eingeschränkt und damit der steuerliche Periodenerfolg höher ausgewiesen.

Nach Abschn. 33 Abs. 1 EStR setzen sich die Herstellungskosten zusammen aus Material- und Fertigungseinzelkosten sowie notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten.

Durch die Aktivierungspflicht für Gemeinkosten, die der Große Senat des RFH in seinem Gutachten vom 4. 2. 1939¹⁾ statuierte, wird auch die Erfolgswirksamkeit der Gemeinkosten auf die Verkaufsperiode bzw. auf die Perioden der Abschreibung verschoben.²⁾ Aus der "Erwägung, daß dann, wenn berechtigte Zweifel an der Verpflichtung zur Zurechnung von Aufwendungen zu den Herstellungskosten bestehen können, kein steuerlicher Zwang zur Aktivierung gegen den Willen des Steuerpflichtigen geschaffen werden sollte"³⁾, resultiert ein im Abschn. 33 EStR enthaltener Kompromiß, indem Kostenteile, deren Einbeziehung fakultativ ist, erschöpfend aufgezählt werden.⁴⁾ Steuerbilanzpolitische Freiheitsgrade ergeben sich in Anbetracht dieser Konvention nur dort, "wo innerhalb der Aufzählung der einzelnen Kostenarten und der Beschreibung von Kostenstellen ausdrückliche Wahlrechte vorgesehen sind".⁵⁾ Als aktivierungsfähige, nicht jedoch auch aktivierungspflichtige Kostenteile sind etwa Kosten für die allgemeine Verwaltung (Abschn. 33 Abs. 2 EStR), freiwillige soziale Aufwendungen (Abschn. 33 Abs. 5 EStR),

1) GrS D 7/38, RStBl. 1939, S. 321.

2) Vgl. Lutz, Günter, Der "richtige" Herstellungsaufwand, Abschn. 33 EStR in wirtschaftshistorischer Sicht - Ein betriebswirtschaftlicher Beitrag zur Steuerreform-Diskussion, in: DB 1971, S. 253-256 (254). Ein Zahlenbeispiel hierzu findet sich bei Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a.a.O., S. 281 f.

3) BFH-Urteil I 70/57 U v. 5. 8. 1958, BStBl. 1958 III, S. 392 ff (394).

4) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S. 81.

5) Ebd., S. 39.

Gewerbeertragsteuer und Zinsen für Fremdkapital (Abschn. 33 Abs. 6 EStR) sowie Unterbeschäftigungskosten (Abschn. 33 Abs. 7 EStR)¹⁾ anzusehen. Werden diese Gemeinkostenarten nicht in die Herstellungskosten einbezogen, so ist gegenüber dem Fall der Aktivierung der Wert des Betriebsvermögens und damit der ausgewiesene Gewinn niedriger. Insofern besteht also ein Wahlrecht, Aufwendungen für selbsterstellte Güter entweder in der Periode der Produktion oder in den Perioden des Absatzes bzw. der Nutzung wirksam werden zu lassen.

Unter Hinweis auf den von der Rechtsprechung aufgestellten Grundsatz, "daß ein Aktivierungszwang nur für diejenigen Aufwendungen gefordert werden kann, bei denen nicht der geringste Zweifel bestehen kann, daß sie zu den steuerlichen Herstellungskosten gehören"²⁾, folgert Marettek³⁾, daß eine Aktivierung grundsätzlich aktivierungspflichtiger, jedoch nicht auch nur annähernd sicher schätzbarer Herstellungskosten entfallen müsse, wenn mangels einer detaillierten Kostenstellenbildung die Trennung der im Material- und Fertigungsbereich anfallenden Verwaltungskosten von den allgemeinen Verwaltungsgemeinkosten nicht möglich ist.

Obgleich hinsichtlich der Berücksichtigung von Kostenarten und Kostenbereichen bei der Berechnung der Herstellungskosten kaum ein Spielraum für Erfolgsverlagerungen bestehe, führt Marettek⁴⁾ einen in praxi beachtlichen Manövrierbereich des Steuerpflichtigen

1) Zur Frage notwendiger und nicht notwendiger Fertigungsgemeinkosten bei Unterbeschäftigung vgl. BFH-Urteil I 103/63 v. 15.2.1966, BStBl. 1966 III, S. 468; Kuhn, Klaus, Einbeziehung von Unterbeschäftigungskosten, a.a.O., S. 13 ff; Neth, Manfred, a.a.O., S. 64 f.

2) Velde, Kurt van der, Neues zur Ermittlung der Herstellungskosten, a.a.O., S. 711.

3) Vgl. Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 49 f.

4) Vgl. ebd., S. 50 ff.

auf die Problematik, Fixkosten bei nicht voll genutzter Kapazität anteilig in den Herstellungskosten zu aktivieren, und auf praktische Schwierigkeiten der Kostenerfassung und -kontrollierbarkeit seitens der Finanzbehörde zurück.

Während Methodenänderungen bei der Herstellungskostenermittlung ein relativ wirksames Mittel der Handelsbilanzpolitik darstellen, da Ausmaß und Häufigkeit der Änderung durch die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften nicht eingeengt werden, sind sie steuerbilanzpolitisch nur in sehr begrenztem Umfang möglich (Abschn. 33 EStR), da das Steuerrecht grundsätzlich den Ansatz von Vollkosten auf Istkostenbasis verlangt und lediglich Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Einbeziehung einzelner Aufwendungen bietet.¹⁾ Ein mehrmaliger Wechsel in der Bilanzierungspraxis dürfte allerdings kaum die Billigung der Finanzbehörden finden.²⁾ Abgesehen von ungünstigen Ertragslagen und Verlustsituationen wird sich steuerbilanzpolitisch wegen der gleichgerichteten Sekundäreffekte langfristig nur eine Aktivierung der minimalen Herstellungskosten empfehlen.³⁾

Die Wertkonvention zur Ermittlung der steuerlichen Herstellungskosten geht unzweideutig von Vollkosten auf Istkostenbasis aus und nimmt mit den in Abschn. 33 Abs. 1 u. 2 EStR aufgezählten Kostenarten und Kostenstellen auf eine Zuschlagskalkulation Bezug.⁴⁾ Im Zuge der Fortentwicklung der betriebswirtschaftlichen Kostentheorie und Kostenrechnung⁵⁾ - gekennzeichnet durch eine Abwendung

1) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S. 131.

2) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 174 u. 176; Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 50 f.

3) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S. 22 ff.

4) Vgl. ebd., S. 55 f, 81 f u. 106 ff. Zu den Schwächen dieses Kostenrechnungssystems vgl. Heinen, Edmund, Reformbedürftige Zuschlagskalkulation, in: ZfhF 1958, S. 1-27.

5) Zum jeweils gegenwärtigen Entwicklungsstand vgl. Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 363 ff;

von dem globalen Durchschnittsprinzip hin zu dem entscheidungsorientierten Kostenverursachungsprinzip und einen sich dabei vollziehenden Wandel vom Voll- zum Teilkostendenken - konnte eine kritische Diskussion über den geltenden steuerlichen Herstellkostenbegriff auf der Grundlage des betriebswirtschaftlichen Herstellkostenbegriffs nicht ausbleiben¹⁾, wobei als Fazit die Erkenntnis gewonnen werden kann, daß sich betriebswirtschaftlich kein eindeutiger Herstellkostenbegriff ableiten läßt und zur Vermeidung weitgehend subjektiv bestimmter Wertansätze in der Steuerbilanz weiterhin Konventionen erforderlich sind.²⁾ Anhaltspunkte für eine mögliche Ausweitung des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums bei der Bemessung der steuerlichen Herstellungskosten finden sich in zahlreichen betriebswirtschaftlichen Forderungen de lege ferenda.³⁾

Heinen, Edmund/Fahn, Engelbert/Wegenast, Claudius, Informationswirtschaft, in: Industriebetriebslehre, Hrsg. Edmund Heinen, a. a. O., S. 679-798 (721 ff).

- 1) Vgl. etwa Albach, Horst, Neue Entwicklungstendenzen in der Teilwertlehre, in: StbJb 1965/66, S. 307-330 (311 ff); Döllerer, Georg, Anschaffungskosten und Herstellungskosten nach neuem Aktienrecht unter Berücksichtigung des Steuerrechts, in: BB 1966, S. 1405-1409 (1407 ff); Frank, Dieter, Zur Ableitung der aktivierungspflichtigen "Herstellungskosten" aus der kalkulatorischen Buchhaltung, in: BB 1967, S. 177-181 (179 ff); Hörstmann, Franz, Der Herstellkostenbegriff im Wandel des unternehmerischen Kostendenkens und der steuerrechtlichen Beurteilung, in: StbJb 1968/69, S. 395-428 (414 ff); Niemann, Ursula, Bericht über die Podiumsdiskussion: Herstellungskosten, in: StbJb 1968/69, S. 429-438.
- 2) Vgl. Herzig, Norbert, Zum Begriff der Herstellungskosten. Kann der betriebswirtschaftl. Herstellkostenbegriff die Grundlage der steuerlichen Herstellungskosten bilden?, in: BB 1970, S. 116-120 (120).
- 3) Vgl. beispielhaft Jacobi, Bruno, Die Bestimmung der steuerlichen Herstellungskosten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der betriebswirtschaftlichen Kostenlehre, in: FR 1970, S. 204-210. Die Forderung, das aktienrechtliche Methodenwahlrecht in das Steuerrecht zu übernehmen, findet sich mit unterschiedlicher Akzentuierung bei: Fasold, Rudolf, Die Bewertungs- und Bilanzierungsbestimmungen des neuen Aktiengesetzes und

Bei der Bewertung des Umlaufvermögens mag steuerbilanzpolitisch ein Methodenwechsel in der Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dann in Frage kommen, wenn für gleichartige Gegenstände bei unterschiedlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten alternativ ein fiktiv gewonnener Durchschnittswert angesetzt werden kann, der von den tatsächlichen Kosten des Stichtagsbestandes abweicht.¹⁾ Die steuerbilanzpolitischen Möglichkeiten der Herstellungskostenermittlung im Bereich des Anlagevermögens und im Bereich des Umlaufvermögens unterscheiden sich ansonsten nur hinsichtlich der Umschlagsgeschwindigkeit des zu bewertenden Vermögens.²⁾

Die Ermittlung sowohl individueller Anschaffungs- als auch Herstellungskosten von bestimmten Gegenständen des Anlage- sowie Vorratsvermögens kann bei der Festbewertung nach § 40 Abs. 4 Nr. 2 HGB auch in der Steuerbilanz unterbleiben (Abschn. 31 Abs. 3, 5 u. Abschn. 36 Abs. 4 EStR). Diese Vereinfachungsvorschrift geht aus von der Fiktion, daß sich Zugänge und Abgänge ungefähr entsprechen und damit Größe, Wert und Zusammensetzung des Bestandes nur geringfügig verändern.³⁾

"Gelegentliche kurzfristige Einflußnahmen sind jedoch dadurch möglich, daß die nach Bildung eines Festwerts sofort abschreibungsfähigen neu beschafften Wirtschaftsgüter

das Steuerrecht, in: StbJb 1966/67, S. 407-450 (434 f); Saage, Gustav, Die Bedeutung der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften für die steuerliche Gewinnermittlung (II), in: DB 1968, S. 407-412 (409); Layer, Manfred, Die Herstellkosten der Dekungsbeitragsrechnung und ihre Verwendbarkeit in Handelsbilanz und Steuerbilanz für die Bewertung unfertiger und fertiger Erzeugnisse, in: ZbF 1969, S. 131-154 (152 ff); Velde, Kurt van der, Herstellungskosten in neuester Sicht, a.a.O., S. 1219 ff; Lutz, Günter, Der "richtige" Herstellungsaufwand, a.a.O., S. 256.

1) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S. 125 f, 128 u. 131.

2) Zur isolierenden Analyse der dabei möglichen Effekte vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 174 u. 176.

3) Vgl. Adler, Hans/Düring, Walther/Schmaltz, Kurt, a.a.O., S. 389 ff, § 153 Tz. 62 ff.

bei diskontinuierlicher Beschaffung einen über das durchschnittliche Abschreibungsvolumen der andernfalls anfallenden AfA-Beträge hinausgehenden Aufwand verursachen können und vor allem durch Wahl des Anschaffungszeitpunktes (bzw. Herstellungszeitpunktes, Anm. d. Verf.) kurz vor oder erst kurz nach dem Bilanzstichtag eine zeitliche Aufwandverlagerung möglich ist."¹⁾

Begrenzt wird der steuerbilanzpolitische Spielraum bei wahlweisem Ansatz von Festwerten für bestimmte Wirtschaftsgüter durch eine grundsätzlich in dreijährigem Abstand erfolgende körperliche Bestandsaufnahme und die ohne Fortschreibung zulässige Erhöhung des Festwerts um 10 % (Abschn. 31 Abs. 5 u. Abschn. 36 Abs. 4 EStR).

2222 Abschreibungswahlrechte

Abschreibungen dienen allgemein der zieladäquaten Erfassung eines ökonomischen Wertverzehr von Gebrauchsgütern²⁾ in betriebswirtschaftlichen Rechenwerken. Durch Normierung von Abschreibungstatbeständen³⁾ setzt das Steuerrecht einer Willkür bei der Veranschlagung der Abschreibungssumme (Anschaffungs- oder Herstellungskosten), der Abschreibungsdauer und der Wahl des Abschreibungsverfahrens gewisse Grenzen und bietet damit gleichzeitig die Möglichkeit, neben rein fiskalischen Motiven durch das Setzen von Daten als determinierenden Faktoren des unternehmerischen Entscheidungsfeldes wirtschaftspolitische Zielsetzungen zu erfüllen.⁴⁾ Soweit die institutionellen Begrenzungen des Steuerrechts keine oder eine alternative Normierung der Bestimmungs-

1) Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 204.

2) Zu einzelnen Abschreibungsursachen vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, 6. Aufl., Wiesbaden 1972, S. 135 ff.

3) Zu Einzelproblemen der Abschreibungsnormierung vgl. Dietz, Horst, a. a. O., S. 74 ff.

4) Vgl. Schreiber, Wilfrid, Ansätze zu einer Theorie der Abschreibungen, in: ZfB 1969, Ergänzungsheft 1, S. 1-38 (3 ff u. 38).

faktoren von Abschreibungen enthalten, ergeben sich steuerbilanzpolitische Freiheitsgrade. Sämtliche Abschreibungswahlrechte sind dadurch gekennzeichnet, daß sie für jedes davon betroffene Wirtschaftsgut individuell ausgeübt werden können.

22221 Absetzung für Abnutzung

Aus § 7 Abs. 1 EStG ergibt sich ein Zwang zur Vornahme periodischer Absetzungen für Abnutzung bei Wirtschaftsgütern mit mehrjähriger Nutzungsdauer. Ein solcher Zwang ist jeweils gekoppelt mit dem Verbot einer späteren Nachholung willkürlich unterlassener Absetzungen (Abschn. 43 Abs. 11 EStR)¹⁾ und mit der Möglichkeit eines Verlustvortrags, d. h. interperiodischen Verlustabzugs (§ 10 d EStG).²⁾ Eine Absetzung für Abnutzung (AfA) muß aber auch in den Fällen vorgenommen werden, in denen horizontal und vertikal nicht ausgleichsfähige (§ 2 Abs. 2 Satz 1 EStG) oder interperiodisch nicht abzugsfähige (§ 10 d EStG) Verluste entstehen, so daß der verrechnete Aufwand steuerlich verlorenggeht.³⁾

Die geringfügigen steuerbilanzpolitischen Freiheitsgrade in der Bestimmung der Abschreibungssumme wurden bereits bei der Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten diskutiert; sie führen zu einer entsprechenden Gewinnverlagerung zwischen der Periode der erstmaligen Aktivierung und den Perioden der Abschreibung. Bei der Schätzung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Abschreibungsobjekte ergeben sich ebenfalls kaum Ansatzpunkte für eine dispositive Beeinflussung des Erfolgsausweises, da -

1) Vgl. auch Gübbels, Bernhard, Handbuch der steuerlichen Abschreibung, 4. Aufl., Köln 1966, S. 78 f.

2) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 54.

3) Vgl. Hanraths, Josef, Grundstücks- und Gebäudewerte, a. a. O., S. 370 Tz. 903.

abgesehen von der gesetzlich geregelten Abschreibungsdauer bei Gebäuden und Wohngebäuden (§ 7 Abs. 4, 5 u. § 7 b EStG) - die nach Wirtschaftszweigen sowie alphabetisch gegliederten AfA-Tabellen massive Anhaltspunkte für die Beurteilung der Angemessenheit steuerlicher Absetzungen für Abnutzung liefern (Vorbemerkung 5 zu den AfA-Tabellen für verschiedene Wirtschaftszweige).¹⁾

Wahlrechte bezüglich des Abschreibungsverfahrens ermöglichen dem Bilanzierenden schließlich eine gewisse individuelle zeitliche Verteilung des zu verrechnenden Aufwandes. Bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens bietet sich dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit, statt der allgemein geltenden linearen Abschreibung eine Abschreibung nach Maßgabe der Inanspruchnahme (§ 7 Abs. 1 EStG) oder eine degressive Abschreibung (§ 7 Abs. 2 EStG) vorzunehmen. Eine Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 Satz 4 EStG) ist nur zulässig, wenn bisher linear abgeschrieben wurde.²⁾

1) Zum verbleibenden Schätzcharakter der Nutzungsdauer vgl. Gübbels, Bernhard, a.a.O., S. 107 ff. Wegen der unterschiedlichen betriebswirtschaftlichen Beurteilung von normierten AfA-Tabellen vgl. etwa Rose, Gerd, Wider die Normierung von Abschreibungen, in: WPg 1957, S. 353-357 (354 ff); Lücke, Wolfgang, Die außerbetriebliche Normierung der Abschreibungen, in: ZfhF 1959, S. 313-328 (327 f); Riebel, Paul, Die Problematik der Normung von Abschreibungen, in: DB 1960, S. 729-734 (734); Risse, Heinz, Einheitliche Abschreibungstabellen? Normierung der AfA-Sätze unzeitgemäß, in: BB 1960, S. 1314; Schneider, Dieter, Die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Anlagegütern als Bestimmungsgrund der Abschreibungen, Köln/Opladen 1961, S. 86 ff; Dietz, Horst, a.a.O., S. 150 ff.

2) Zu Einzelheiten dieser Abschreibungsmodalitäten vgl. etwa Gübbels, Bernhard, a.a.O., S. 93 ff, 119 ff, 121 ff u. 128 ff. Eine Abgrenzung zwischen Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung und Teilwertabschreibung findet sich bei Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a.a.O., S. 484 f.

Marettke¹⁾ hält schließlich auch eine im Gesetz nicht erwähnte progressive Abschreibung als Umkehrung der degressiven für statthaft. Unter Hinweis auf die mit zunehmender Entfernung vom Entscheidungszeitpunkt abnehmende Transparenz der Zukunft²⁾ wird allerdings einer frühzeitigen Vergütung der Abschreibungsgegenwerte im Erlös der Vorzug zu geben sein.³⁾

Der Umfang der steuerbilanzpolitischen Dispositionsfreiheit bei Wahl der degressiven Abschreibung⁴⁾ wird eingeschränkt durch die Begrenzung des anzuwendenden Abschreibungsprozentsatzes auf höchstens das Zweifache desjenigen bei linearer Abschreibung und auf maximal 20 % (§ 7 Abs. 2 EStG). Durch diese Restriktionen werden die Möglichkeiten steuerbilanzpolitischer Aufwandverrechnung abhängig von der Nutzungsdauer der beweglichen Anlagegüter.⁵⁾ Obgleich die arithmetisch-degressive bzw. digitale Abschreibung nach § 11 a EStDV zulässig ist, wenn sich für das erste Jahr der Nutzung sowie für die ersten drei Jahre der Nutzung insgesamt keine höheren Absetzungen für Abnutzung ergeben als bei Anwendung des geometrisch-degressiven Verfahrens, kommt ihr infolge der genannten Begrenzung der geometrisch-degressiven Abschreibung kaum noch Bedeutung zu.⁶⁾

Während ein Wechsel von der linearen zur degressiven Abschreibung nicht zulässig ist, kann umgekehrt von der Absetzung für Ab-

1) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 41 f.

2) Vgl. Podgajetz, Ija, Die Wahl der Abschreibungsmethode unter steuerlichem Aspekt, Diss. Frankfurt (Main) 1960, S. 25.

3) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 187 f.

4) Zur betriebswirtschaftlichen Beurteilung der degressiven Abschreibung vgl. insbesondere Albach, Horst, Die degressive Abschreibung. Ist die degressive Abschreibung eine nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen notwendige Abschreibung?, Wiesbaden 1967, S. 45 ff u. 81 f.

5) Vgl. hierzu ausführlich Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 37 ff u. 241 ff.

6) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 326.

nutzung in fallenden Jahresbeträgen jederzeit ohne Begründung zu einer Bemessung in gleichbleibenden Jahresbeträgen übergegangen werden (§ 7 Abs. 3 EStG). Die Möglichkeit dieses Methodenwechsels erscheint sachlich notwendig, um dem Restwertproblem als Besonderheit der Buchwertabschreibung und gesetzlichen Einschränkungen, wie dem Verbot einer Absetzung für außergewöhnliche Abnutzung, Rechnung tragen zu können.¹⁾ Die Wahl der degressiven Abschreibung weist somit ein Höchstmaß an Flexibilität auf. Nach allgemeiner Auffassung wird - unter Außerachtlassung der jeweiligen Ertragslage und der Steuertarife - der günstigste Übergangszeitpunkt durch den Bilanzierungszeitpunkt determiniert, in dem eine lineare Abschreibung vom Restbuchwert (§ 7 Abs. 3 Satz 2 EStG) für die restliche Nutzungsdauer zu höheren Abschreibungsbeträgen führt als eine Beibehaltung der degressiven Abschreibung.²⁾

Steuerbilanzpolitisch kann diesem Zeitpunkt jedoch keine allzu große Bedeutung beigemessen werden. Eine gezielte Beeinflussung des steuerlichen Jahreserfolgs durch individuelle Ausübung des Abschreibungsmethodenwahlrechts und durch individuellen Methodenwechsel für jedes einzelne Wirtschaftsgut bedingt eine sorgfältige

1) Vgl. Nebe, Hartmut, Der Übergang von der degressiven zur linearen Absetzung für Abnutzung, in: DStR 1971, S. 435-440 (436).

2) Formeln und Tabellen zur Ermittlung des günstigsten Zeitpunktes für den Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibungsmethode bei isolierter Betrachtung dieses Wahlrechts finden sich etwa bei Scheffler, Hans Eberhard, Übergang von degressiver zu linearer Abschreibung, in: DB 1961, S. 751; Stutz, Heinrich, Degressive Abschreibungen, 5. Aufl., Herne/Berlin 1966, S. 123 ff; Jaensch, Günter, Steuerliche Zulässigkeit degressiver Abschreibungsverfahren und günstigster Übergangszeitpunkt zur Abschreibung mit gleichbleibenden Beträgen, in: RDO 1970, S. 188-194 (192 ff); Hartmann, Edwin, Wirtschaftliche Effekte der degressiven Anlagenabschreibung, in: BFuP 1971, S. 297-305 (298 ff); Nebe, Hartmut, Der Übergang von der degressiven zur linearen Absetzung für Abnutzung, a.a.O., S. 437 ff.

Planung des jeweilig verfügbaren Abschreibungsvolumens entsprechend Anlagenbestand und Investitionsprogramm.¹⁾

Das Abschreibungswahlrecht für Gebäude (§ 7 Abs. 4 u. 5 EStG) wirkt sich durch alternative Anwendung starrer Abschreibungssätze oder fallender Staffelsätze aus. Ein Übergang von der Abschreibung mit fallenden Staffelsätzen zur linearen Abschreibung ist unzulässig (Abschn. 42 Abs. 7 EStR). Für die Bemessung der jährlichen Abschreibungsbeträge ist auch die bereits erwähnte Abgrenzung zwischen Gebäuden bzw. Gebäudeteilen und Betriebsvorrichtungen bedeutsam, da nur letztere als bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abgeschrieben werden können.²⁾

Steuerbilanzpolitische Relevanz für zeitlich zu determinierende Sachverhaltsmaßnahmen besitzt die Vereinfachungsregelung des Abschn. 43 Abs. 10 EStR, wonach eine zeitanteilige Abschreibung bei den in der ersten Jahreshälfte angeschafften oder hergestellten beweglichen Anlagegütern durch die Abschreibung der vollen Jahresquote und bei den entsprechend in der zweiten Jahreshälfte beschafften Gütern durch die Abschreibung der halben Jahresquote ersetzt werden darf. Analog dazu kann auch im Fall des Ausscheidens von Wirtschaftsgütern im Laufe eines Wirtschaftsjahres verfahren werden.³⁾

"Soweit es demnach bei der Beschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern aus sonstigen betrieblichen Gründen gleichgültig ist, ob sich dieser Vorgang noch im alten oder erst im neuen Jahr vollzieht, kann diese Vereinfachungsvorschrift als reaktionsschnell einzusetzendes autonomes

1) Vgl. Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 188 f; Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 39 f.

2) Vgl. John, Gerd, a. a. O., S. 31 f; Hanraths, Josef, Grundstücks- und Gebäudewerte, a. a. O., S. 71 Tz. 47.

3) Vgl. Stutz, Heinrich, a. a. O., S. 25.

Mittel auch kurzfristig auftretenden bilanzpolitischen Belangen gerecht werden."¹⁾

Im Falle einer zeitlich zu determinierenden Veräußerung wirkt sich diese Vereinfachungsregelung steuerbilanzpolitisch nicht aus, wenn eine Gewinnrealisierung eintritt.

22222 Sonderabschreibungen

Besondere bilanzpolitische Bedeutung kommt den aus wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Gründen im Rahmen der sog. Siebener-Gruppe (§§ 7 a ff. EStG) und der Ermächtigungsvorschriften des § 51 Abs. 1 EStG für einen jeweils begrenzten Anwendungsbereich eingeräumten Sonderabschreibungsmöglichkeiten zu, wie etwa erhöhte Absetzungen für Wohngebäude (§ 7 b EStG), Bewertungsfreiheit für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens privater Krankenanstalten (§ 75 EStDV), Bewertungsfreiheiten für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer (§ 79 EStDV), der Verunreinigung der Luft (§ 82 EStDV) oder von Lärm oder Erschütterungen (§ 82 e EStDV) und Bewertungsfreiheit für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Forschung oder Entwicklung dienen (§ 82 d EStDV).²⁾

Sonderabschreibungen, für deren Inanspruchnahme in der Steuerbilanz nach ständiger Verwaltungspraxis entsprechend dem Maßgeblichkeitsgrundsatz eine Vornahme in der Handelsbilanz (§ 154

1) Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 190.

2) Vgl. hierzu im einzelnen die Aufzählung und Darstellung bei Gübbers, Bernhard, a.a.O., S. 244 ff. Zur Wirksamkeit konjunkturpolitischer Maßnahmen in Form von Sonderabschreibungsmöglichkeiten vgl. Gaugler, Eduard, Sonderabschreibungen als Konjunkturmaßnahme, in: ZfbF 1968, S. 518-524 (520 u. 523 f).

Abs. 2 Nr. 2 AktG) gefordert wird¹⁾, lassen sich unterscheiden in solche, die anstelle der Normalabschreibung nach § 7 EStG in Anspruch genommen werden dürfen (§ 7 b EStG) und solche, die zusätzlich zur normalen Abschreibung wahrgenommen werden können (§§ 7 a, 7 e, 51 EStG u. 75 ff EStDV). Die steuerbilanzpolitische Effizienz der in der Einkommensteuer - Durchführungsverordnung geregelten, als Zusatzabschreibungen konzipierten Sonderabschreibungen liegt in der Tatsache begründet, daß diese jeweils innerhalb einer gewissen Frist - bei abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern bis zu einer Höhe von 50 % bzw. bei abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern bis zu einer Höhe von 30 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten - möglichen Abschreibungen beliebig auf einzelne Perioden dieses Zeitraums verteilt werden dürfen.²⁾ Eine absolute Begrenzung der in einem Wirtschaftsjahr zusätzlich vorzunehmenden Abschreibungen findet sich lediglich in § 75 EStDV.

Steuerbilanzpolitisch erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die nach § 7 b Abs. 4 EStG mögliche Nachholung der nicht genutzten erhöhten Absetzungen bis zum Ende der dritten auf das Jahr der Fertigstellung folgenden Abrechnungsperiode, wobei jedoch wegen der in § 7 b Abs. 1 EStG festgelegten Höchstgrenzen die bei Verzicht auf die Vergünstigungen des § 7 b EStG und Anwendung der "degressiven" Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG möglicherweise höheren Abschreibungsbeträge zu beachten sind.³⁾

1) Vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a. a. O., S. 153.

Anderer Auffassung als die Finanzverwaltung ist Pankow, Max, Keine Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz im Falle von Sonderabschreibungen, in: BB 1967, S. 112-114.

2) Vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 508 ff.

3) Vgl. hierzu ausführlich Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 196 ff.

22223 Teilwertabschreibung

Neben der planmäßigen Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung, der außerplanmäßigen Absetzung für außergewöhnliche technische und wirtschaftliche Abnutzung sowie eventuellen Sonderabschreibungen hat der Bilanzierende generell die Möglichkeit, durch Herabgehen vom letzten Bilanzansatz auf einen niedrigeren Teilwert (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 EStG) Teilwertabschreibungen vorzunehmen. Eine Teilwertabschreibung ist damit bei allen Wirtschaftsgütern zulässig und nicht etwa auf abnutzbare Güter beschränkt. Infolge des strengen Niederstwertprinzips sind Güter des Umlaufvermögens zwingend mit dem niedrigeren Teilwert anzusetzen.¹⁾

Gründe für eine Teilwertabschreibung sind im wesentlichen eine Unrentierlichkeit des Betriebs, ein Sinken der Wiederbeschaffungskosten und/oder eine Unrentierlichkeit des Gegenstands im Betrieb.²⁾ Abgesehen davon, daß der Steuerpflichtige bei der Bewertung des gesamten Anlagevermögens wegen des gemilderten Niederstwertprinzips nicht verpflichtet ist, von den ursprünglichen oder fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf den niedrigeren

1) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a. a. O., S. 482 u. 484.

2) Zu den einzelnen Ursachen einer Teilwertminderung und ihrer Problematik vgl. Jacob, Herbert, Das Bewertungsproblem in den Steuerbilanzen, a. a. O., S. 131 ff, 149 ff, 155 ff, 175 ff u. 213 ff; Lausberg, Friedrich-Wilhelm, Unterschiedliche Teilwertansätze in Steuergesetzgebung sowie in Finanzrechtsprechung und ihre steuersystematischen Konsequenzen, in: DB 1972, S. 2176-2183 (2179). Wegen der Erwägungen, die Teilwertabschreibung durch einen sofortigen Verlustausgleich zu ersetzen, vgl. Schneider, Dieter, Die Problematik betriebswirtschaftlicher Teilwertlehren, in: WPg 1969, S. 305-313; Jacob, Herbert, Teilwertabschreibung oder Verlustausgleich?, in: WPg 1970, S. 61-68; Schneider, Dieter, Sofortiger Verlustausgleich statt Teilwertabschreibung - ein Problem der Steuerreform -, in: WPg 1970, S. 68-72.

Teilwert herabzugehen, erlangt die Teilwertabschreibung ihre Bedeutung als steuerbilanzpolitisches Instrument dadurch, daß der Zeitpunkt und unter Beachtung des Maßgeblichkeitsprinzips - durch Ansatz beliebiger Zwischenwerte - auch das jeweilige Ausmaß der Teilwertabschreibung frei bestimmt werden können.¹⁾ Die Teilwertabschreibung auf abnutzbare Wirtschaftsgüter ist außerdem an kein bestimmtes Abschreibungsverfahren gebunden.²⁾ Während bei abnutzbaren Anlagegütern der letzte Bilanzansatz nicht mehr überschritten werden darf, kann eine beim nicht abnutzbaren Anlagevermögen fakultative und beim Umlaufvermögen zwingend vorzunehmende Teilwertabschreibung im Falle von Wertsteigerungen durch Zuschreibungen beliebig rückgängig gemacht werden³⁾, so daß sich hieraus weitere Ansatzpunkte einer dispositiven Beeinflussung der Steuerbelastung ergeben, sofern die betreffenden Güter in einer künftigen Jahresabschlußbilanz noch einmal in Erscheinung treten.⁴⁾

2223 Wertberichtigung von Forderungen

Forderungen, deren Eingang als zweifelhaft anzusehen ist, sind mit ihrem wahrscheinlichen Wert, der mit dem steuerlichen Teilwert (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG) übereinstimmt, anzusetzen; uneinbringliche Forderungen sind abzuschreiben (§ 40 Abs. 3 HGB).⁵⁾ Für die jeweilige Abschreibung stehen dem Bilanzierenden alternativ drei verschiedene Verfahren zur Verfügung, an deren einmal getroffene

1) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 191.

2) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 46 f mit weiteren Hinweisen.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a.a.O., S. 482 u. 485.

4) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 192 f.

5) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a.a.O., S. 544.

Wahl er längere Zeit gebunden bleibt.¹⁾

Die Einzelbewertung bedingt bei direkter Abschreibung eine Aktivierung jeder einzelnen Forderung mit dem Teilwert bzw. einem Erinnerungsposten, bei indirekter Abschreibung eine Aktivierung der Summe aller Forderungen zum Nennwert sowie eine Passivierung der Summe der Abschreibungsbeträge als Wertberichtigung (Delkredere). Die indirekt vorzunehmende Pauschalbewertung besteht in der Aktivierung der gesamten Forderungen zum Nennwert und in der jährlichen Passivierung eines von vornherein prozentual festzulegenden Abschlags als Delkredere. Schließlich ist auch noch ein aus Einzel- und Pauschalbewertung gemischtes Verfahren zulässig.²⁾

"Bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen kann der Steuerpflichtige somit im Rahmen des ihm (bei einer einzelnen Forderungswertberichtigung; Anm. d. Verf.) einzuräumenden Ermessens sowohl den Zeitpunkt als auch die Höhe von Wertkorrekturen stets erneut unterschiedlich festlegen, während das Methodenwahlrecht ihn meist längerfristig bindet."³⁾

Steuerliche Gewinnverlagerungen werden im Rahmen der Forderungswertberichtigung in beschränktem Umfang dadurch möglich, daß ein gestiegener Teilwert bei entsprechender Behandlung in der Handelsbilanz nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 EStG beliebig berücksichtigt werden kann.⁴⁾

1) BFH-Urteil I 60/57 U v. 1. 4. 1958, BStBl. 1958 III, S. 291 ff (292); BFH-Urteil VI 299/62 v. 8. 4. 1964, HFR 1964, S. 341.

2) Vgl. Kottke, Klaus, Bilanzstrategie und Steuertaktik, a.a.O., S. 115. Zur Abgrenzung der Forderungswertberichtigung von den Rückstellungen vgl. Littmann, Eberhard/Förger, Karl, a.a.O., S. 76 ff RdNr. A 220 ff.

3) Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 203. Zur Schätzung der Höhe einer vorzunehmenden Forderungswertberichtigung vgl. Stobbe, Ludwig, Bedeutsame Urteile des Bundesfinanzhofs zur Delkredere-Bemessung, in: StBPg 1969, S. 1-5.

4) Vgl. Kottke, Klaus, Bilanzstrategie und Steuertaktik, a.a.O., S. 115 f.

223 Verlustabzug als Entscheidungstatbestand

Die Verlustkompensation ist im deutschen Einkommensteuerrecht derart ausgestaltet, daß ein interperiodischer Verlustabzug (§ 10 d EStG) gestattet wird, wenn in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen von der Möglichkeit eines horizontalen und vertikalen Verlustausgleichs innerhalb der verschiedenen Einkunftsarten einer jeweiligen Periode (§ 2 Abs. 2 Satz 2 EStG) Gebrauch gemacht wurde und soweit ein Verlustabzug nicht möglich war.¹⁾ Unter diesen Voraussetzungen können etwa auch Steuerbilanzverluste der fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträume wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Begründet wird eine solche generelle Möglichkeit mit dem Prinzip der Erfolgskongruenz.²⁾

Die Rechengröße des Verlustvortrages dient dazu, noch nicht realisierte Finanzierungsansprüche auf die Folgeperioden zu übertragen³⁾ und ist somit als zusätzlicher Entscheidungstatbestand analog einer Aufwandnachverrechnung in die steuerbilanzpolitische Alternativenbildung einzubeziehen.⁴⁾ So befähigt etwa die Vortragsfähigkeit eines durch noch rechtzeitige Ausübung termingebundener Wahlrechte entstehenden Verlustes dazu, das Nachholverbot für dieses Wahlrecht zu umgehen.⁵⁾

1) Zu den Arten und Problemen der Verlustkompensation vgl. etwa Krawitz, Norbert, Die betriebswirtschaftliche Problematik des Verlustabzugs und die Beurteilung von Verbesserungsvorschlägen im Rahmen einer Reform des Ertragsteuerrechts, in: BFuP 1972, S. 485-498 (487 ff).

2) Vgl. Aufermann, Ewald, Einkommensteuerbilanz und Verlustkompensation, Verlustanrechnung, Verlustausgleich, Verlustvortrag, Verlustabzug. Eine Untersuchung vom Gesichtspunkt betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Köln/Berlin 1959, S. 74.

3) Vgl. Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 156.

4) Anderer Auffassung ist allerdings Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 70.

5) Vgl. Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 103.

23 Dispositionsgebundenheit der Steuerbilanzpolitik

Abgesehen von der jeweils notwendigen Erfüllung der Anwendungsbedingungen steuerbilanzpolitischer Instrumente im Mengengerüst der Steuerbilanz wird die aufgezeigte Dispositionsfreiheit der periodischen Steuerbilanzpolitik eingeschränkt durch zeitlich-horizontal und zeitlich-vertikal wirksame steuerrechtliche Dispositionsbindungen allgemeiner Art, auf die hier noch einmal ausdrücklich verwiesen sei.

Der Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz, der insoweit gilt, als nicht steuerliche Sondervorschriften eingreifen, erfährt eine erhebliche Einschränkung durch die mit den beiden Bilanzen unterschiedlich verfolgten Informationsziele.¹⁾ Obgleich das Maßgeblichkeitsprinzip wegen zahlreicher und weitgehender Durchbrechungen als wirklichkeitsfremde Fiktion erscheint, "die jedenfalls als Arbeitsprinzip zur Klärung von Zweifelsfragen hinsichtlich Aktivierung, Passivierung und Bewertung in der Steuerbilanz durch Ableitung aus für die Handelsbilanz geltenden Rechtsnormen weitgehend unbrauchbar geworden ist"²⁾ und damit nicht zur Absicherung steuerbilanzpolitischer Entscheidungen beitragen kann, wird der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum durch die Bindung an den Ausweis in der Handelsbilanz spürbar begrenzt.

"Überall dort, wo die steuerlichen Bewertungsvorschriften einen Ermessensspielraum für die Höhe der Wertansätze einräumen, kann von diesem Ermessen nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Wertansätze in der Handelsbilanz nicht höher liegen. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß sich der Betrieb bei der Wahl seiner Wertansätze in der Handelsbilanz von steuerlichen Überlegungen leiten lassen muß."³⁾

1) Vgl. Marettke, Alexander, Bemerkungen zum Sinn des Maßgeblichkeitsprinzips, in: StuW 1971, S. 342-348 (344 ff).

2) Ebd., S. 342.

3) Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt (Main) 1966, S. 223.

Die Steuerbilanzpolitik bedingt damit de facto eine Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes, die auch in den Bestimmungen des § 154 Abs. 2 Nr. 2 AktG ihren Ausdruck findet.¹⁾ Handelsbilanzpolitik und Steuerbilanzpolitik, die "sich nicht nur durch ein verschiedenartiges Instrumentarium, sondern auch in ihrer finanzpolitischen Zielsetzung unterscheiden"²⁾, sind demnach entscheidungsinterdependent, so daß eine zusätzliche "Entscheidung über die Priorität der Ziele und damit der Maßnahmen zu fällen"³⁾ ist.

Wegen der in § 4 Abs. 1 EStG statuierten Identität zwischen der Schlußbilanz einer Periode und der Eröffnungsbilanz der Folgeperiode verbindet die Steuerbilanz jeweils als "Momentaufnahme" zwei Abrechnungsperioden miteinander.⁴⁾ Ein der jeweiligen Ertragslage angepaßtes steuerbilanzpolitisches Vorgehen wird dabei beschränkt durch das Willkürverbot⁵⁾, das durch einen Bilanzierungs- und Bewertungsmethodenzusammenhang eine gewisse Kontinuität der steuerbilanzpolitischen Vorgehensweise bedingt.⁶⁾ Durch das für die Ausübung von Wahlrechten grundsätzlich bestehende Nachholverbot⁷⁾ sollen schließlich willkürliche Gewinnverlagerungen ebenfalls ausgeschlossen werden.

Während bei nicht abnutzbaren Gütern des Anlagevermögens und bei Gütern des Umlaufvermögens durch Zuschreibung spätere Wertauf-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.153.

2) Neth, Manfred, a.a.O., S.17.

3) Lücke, Wolfgang, Bilanzstrategie und Bilanztaktik, a.a.O., S.2295.

4) Vgl. Neth, Manfred, a.a.O., S.22.

5) Vgl. Hoffmann, Fritz, Das Verbot der Willkür bei der Bilanzierung, in: NB 1957, S.28 f; Heuer, Gerhard, Willkürverbot, in: FR 1967, S.317-319.

6) Vgl. hierzu auch Brönner, Herbert a.a.O., S.146 f RdNr. II 151 ff; Harder, Ulrich, a.a.O., S.136 f.

7) Vgl. auch Lichy, Wolfgang, a.a.O., S.50, 52 f, 54 f, 69, 80, 81 f, 96, 103 u. 136.

holungen bis zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zulässig sind, gilt für abnutzbare Anlagegüter das Prinzip des strengen Wertzusammenhangs, das ein Überschreiten des letzten Bilanzansatzes verbietet (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 EStG).

Infolge jener Bilanzverknüpfung¹⁾, die neben der Bilanzidentität auch eine Bilanzkontinuität beinhaltet, bleibt die Summe der steuerlichen Periodenerfolge auch bei einer interperiodischen Erfolgverschiebung gleich²⁾, sofern sich nicht gerade etwa still gebildete Reserven aus irgendwelchen Gründen still auflösen und insoweit auch eine spätere Teilwertabschreibung nicht möglich wäre³⁾ und/oder sofern nicht stille Reserven oder steuerfreie Rücklagen in Höhe eines ansonsten untergehenden Verlustvortrags aufgelöst werden. Die notwendige Rückgängigmachung einer steuerfreien Gewinnverwendung bei nur temporärer Steuerbefreiung bewirkt durch den unmittelbaren Bilanzzusammenhang eine Zweischneidigkeit der durch Bilanzierungs- und Bewertungsfreiheiten gebotenen steuerbilanzpolitischen Möglichkeiten, so daß wegen der Nachholwirkungen die Dispositionsspielräume aufeinanderfolgender Perioden interdependent werden. Neben den steuerlichen Primäreffekten im Bilanzierungszeitraum sind entgegengesetzte Sekundäreffekte zu beachten, die in einer oder mehreren der folgenden Perioden auftreten.⁴⁾

1) Vgl. Aufermann, Ewald, Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, 3. Aufl., Wiesbaden 1959, S. 170 f.

2) Vgl. Harder, Ulrich, a. a. O., S. 70.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, 3. Aufl., a. a. O., S. 490 f.

4) Vgl. Mutze, Otto, Zur Systematik bilanzpolitischer Maßnahmen (II), a. a. O., S. 129 f.

24 Formulierung steuerbilanzpolitischer Alternativen

Die Steuerbilanz ist ein "rechentechnisches Zweckgebilde in Gestalt einer zusammenfassenden Gegenüberstellung der in ihren Endsummen gleichen Aktiva und Passiva".¹⁾ Ausgangspunkt der steuerlichen Gewinnermittlung ist ein auf der Grundlage der Einzelbewertung von Aktiv- und Passivposten ermittelter Reinvermögenszuwachs. Gewinn ist demnach der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß eines Wirtschaftsjahrs und jenem am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen (§ 4 Abs. 1 EStG).²⁾ Die durch Vermögensvergleich unter Berücksichtigung von Entnahmen und Einlagen zu ermittelnde ertragsteuerliche Bemessungsgrundlage läßt sich auch als Differenz zwischen (periodifizierten) Betriebseinnahmen und (periodifizierten) Betriebsausgaben "aus der zum Jahresabschluß gehörenden Gewinn- und Verlustrechnung entnehmen, sofern deren Ertrags- und Aufwandsposten den steuerlichen Anforderungen entsprechen".³⁾

Der steuerliche Periodenerfolg läßt sich demnach sowohl aus den Bestandskonten als auch aus den Erfolgskonten des Rechnungswesens ermitteln. Die Höhe des steuerlichen Jahreserfolgs hängt mit- hin davon ab, in welchem Umfang Vorgänge innerhalb der Leistungs- und Zahlungsreihe erfolgswirksam oder ausschließlich über Bestandskonten zu verrechnen sind. Die beiden Formen steuerlicher Gewinnermittlung lassen sich im Hinblick auf die Steuerbilanzpolitik insofern ineinander überführen, als eine in der Steuerbilanz

1) Münstermann, Hans, Buchhaltung und Bilanz, in: HdW, Bd. I, 2. Aufl. Betriebswirtschaft, Köln/Opladen 1966, S. 491-594 (550).

2) Zur Technik der steuerlichen Gewinnermittlung mit Hilfe der Steuerbilanz vgl. insbesondere Bühler, Ottmar/Scherpf, Peter, a. a. O., S. 149 ff u. 279 ff.

3) Rose, Gerd, Betrieb und Steuer, a. a. O., S. 51.

mögliche Aufwertung von Aktiven bzw. Abwertung von Passiven potentielle Betriebseinnahmen und die mögliche Abwertung von Aktiven bzw. Aufwertung von Passiven potentielle Betriebsausgaben beinhalten. Bilanzierungswahlrechte lassen sich dabei formell den Bewertungswahlrechten subsumieren, indem außer Ansatz bleibende Wirtschaftsgüter eine Bewertung mit Null erfahren. Steuerbilanzpolitik umfaßt somit grundsätzlich die Bewertung des auf materiell und weitestgehend auch temporär determinierten Sachverhalten basierenden Mengengerüsts von Steuerbilanzen, das für die gegenwärtig zu erstellende Bilanz aus dem betrieblichen Rechnungswesen, für künftige Bilanzen dagegen im Zuge der Erwartungsbildung gewonnen wird.

"Jede Planbilanz setzt die Kenntnis künftiger, bilanzierungsrelevanter Daten voraus, deren Ermittlung zu den Aufgaben der Bilanzplanung zählt. Im Einklang mit dem Bilanzierungsziel und dem Entscheidungsfeld muß die Bilanzplanung anschließend aus der Menge der Bilanzierungsalternativen die optimale feststellen. Entfällt mangels Alternativen die Wahlmöglichkeit, so erschöpft sich die zweite Aufgabe der Bilanzplanung in der formal richtigen Erstellung der Planbilanz; die Bilanzplanung nimmt mithin die Gestalt einer Bilanzprognose an. Schließt die Bilanzplanung hingegen einen Entscheidungskalkül mit einer Zielfunktion und Nebenbedingungen ein, so wird sie zur Bilanzpolitik."¹⁾

Der in der Steuerbilanz ausgewiesene, einer Gesamtheit von Aktivitäten zugeordnete Gewinn stellt grundsätzlich keine eindeutig determinierte Residualgröße, sondern das Ergebnis einer Steuerbi-

1) Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a.a.O., S. 257. Zur Bilanz- bzw. Erfolgsplanung vgl. Marettek, Alexander, Progressive und retrograde Erfolgsplanung, in: NB 1965, S. 65-73 (71 f); Berger, Karl-Heinz, Bilanzplanung, in: Wirtschaft und Wirtschaftsprüfung, Festschrift für Herbert Rätsch, Stuttgart 1966, S. 125-147; Zwehl, Wolfgang von, a.a.O., S. 68 ff; Bareis, Hans Peter, a.a.O., S. 96 ff; Arbeitskreis Hax der Schmalenbach-Gesellschaft, Investitions- und Finanzierungsentscheidungen im Rahmen langfristiger Unternehmenspolitik, in: ZfbF 1970, S. 741-770 (765 ff). Zum Aussagewert entsprechender kalkulatorischer Ermittlungsmodelle vgl. Barth, Manfred, Zum Aussagewert kalkulatorischer Modelle für die unternehmerische Entscheidung, Diss. Berlin 1968, S. 226 ff.

lanzpolitik durch zweckrationale Kombinationen von Entscheidungsvariablen dar. Diese Kombinationen sind jeweils hinsichtlich Art, Höhe und Zeitpunkt des steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatzes determiniert. Die Menge der steuerbilanzpolitischen Entscheidungsprobleme und das Alternativenpotential zu ihrer Lösung werden durch die Menge der zu fixierenden Entscheidungsvariablen abgesteckt.¹⁾ Die Tatsache, daß die in den einzelnen Alternativen enthaltenen Handlungsmöglichkeiten sowohl in einem Tun als auch in einem Unterlassen bestehen können, läßt es als verfehlt erscheinen, von einem bilanzpolitisch umgestalteten Zustand der Steuerbilanz zu sprechen. Jegliche Bewertung des Mengengerüsts einer Steuerbilanz stellt schließlich Steuerbilanzpolitik dar.

"Ein Entscheidungsproblem ist nur dann richtig gestellt, wenn jede Alternative alle anderen ausschließt. ... Eines der Hauptprobleme der mathematischen Entscheidungstheorie besteht in der Entwicklung von Verfahren, die es erlauben, aus großen Mengen ursprünglicher Aktionsmöglichkeiten vollkommene Alternativen zu schaffen."²⁾

Die Zahl der einander ausschließenden Wertkombinationen von Instrumentalvariablen "kann so groß werden, daß eine vollständige Enumeration praktisch ausgeschlossen ist und spezielle Suchverfahren benötigt werden, um das Optimum zu finden. Die Grundprinzipien der Auswahl bleiben davon jedoch unberührt".³⁾

Da die Möglichkeiten, den Rohertrag zu beeinflussen, gering sind⁴⁾, konzentriert sich die Steuerbilanzpolitik vornehmlich auf die Art und Weise der Aufwandverrechnung.⁵⁾ Das Wesen der Steuerbilanz-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Der entscheidungsorientierte Ansatz, a.a.O., S. 431.

2) Engels, Wolfram, a.a.O., S. 83 u. 85.

3) Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 26.

4) Vgl. Flick, Hans, Steuerplanung in der Unternehmung, a.a.O., S. 54.

5) Vgl. etwa auch Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 19 u. 33 ff.

politik besteht dabei in Art, Umfang, Zeitpunkt und Dauer der Inanspruchnahme temporär steuerfreier Gewinnverwendungsmöglichkeiten durch die Bildung stiller Reserven oder steuerfreier Rücklagen, was zunächst eine Erwirtschaftung von Gewinnen voraussetzt.¹⁾ Abgesehen von der Möglichkeit, daß sich stille Reserven still auflösen oder stille Reserven bzw. steuerfreie Rücklagen in Höhe eines andernfalls untergehenden Verlustvortrags aufgelöst werden, erfolgt eine Nachversteuerung der steuerfrei verwendeten Gewinnteile entweder im Zeitablauf oder zu einem späteren Zeitpunkt. Wegen der Möglichkeit einer interperiodischen Verlagerung des zu verrechnenden Aufwandes und der Rückgängigmachung einer nur temporär steuerfreien Gewinnverwendung hängt der aktuelle steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum späterer Perioden von dem steuerbilanzpolitischen Vorgehen in früheren Perioden ab. Bei der Bildung steuerbilanzpolitischer Alternativen bleibt somit zu beachten, daß trotz eines generellen Nachholverbots für steuerbilanzpolitische Maßnahmen die jeweilige Ober- und Untergrenze des periodischen Dispositionsspielraums von den in Vorperioden als möglich angenommenen Dispositionsspielräumen bestimmt werden. Je nach den bereits für die erste Periode geplanten steuerbilanzpolitischen Möglichkeiten ergeben sich unterschiedliche Ober- und Untergrenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums im Zeitablauf.

Eine Alternative als Vektor zeitpunktunterschiedlicher steuerbilanzpolitischer Mitteleinsätze hat diese Zweischneidigkeit steuerbilanzpolitischer Maßnahmen zu erfassen, indem innerhalb des Planungszeitraums der potentielle Dispositionsspielraum einer jeden Periode von dem jeweiligen potentiellen Dispositionsspielraum vorgelagerter Perioden abhängt.

1) Vgl. Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 90 ff.

In Übereinstimmung mit der allgemeinen Technik der linearen Optimierungsrechnungen müßte es auf synthetischem Wege möglich sein, zunächst eine den Nebenbedingungen entsprechende Basisbilanz zu erstellen, die durch iterative Verbesserung im Sinne der steuerbilanzpolitischen Ziele schließlich nach endlich vielen Rechenschritten ihre optimale Form erhält.¹⁾ "Sofern allerdings der bilanzpolitische Erfolg nicht nur nach der Höhe der Minderung des Steueraufwandes, sondern darüber hinaus auch nach den dadurch gebotenen zusätzlichen Investitionsmöglichkeiten beurteilt wird, sinkt die Praktikabilität des Bewertungsmaßstabes".²⁾ Demgegenüber sind die folgenden Ausführungen durch ein analytisch-synthetisches Vorgehen gekennzeichnet.

Unter Hinweis auf verbale Ausführungen zu den einzelnen steuerbilanzpolitischen Instrumenten und deren Beschränkungen formalisiert Marettek³⁾ das der Alternativenbildung dienende steuerbilanzpolitische Aktionspotential durch folgendes System von Definitionen-, Erklärungs- und Bedingungsbeziehungen:⁴⁾

$$(1) \quad G_j = E_j - K_j$$

$$(2) \quad \sum_{i=1}^n \sum_{k=1}^s a_{ijk} \cdot x_{ijk} = K_j$$

$$(3) \quad \sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^m \sum_{k=1}^s a_{ijk} = K_{\max}$$

1) Vgl. Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a. a. O., S. 261.

2) Ebd., S. 281.

3) Die folgende Darstellung ist teilweise wörtlich entnommen aus: Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 165 ff.

4) Die verwendeten Symbole bedeuten:

E_j = Bruttoperiodengewinn vor Einsatz der steuerbilanzpolitischen Manövriermasse je Periode

K_j = eingesetzte steuerbilanzpolitische Manövriermasse je Periode (= Betrag der steuerlich angesetzten Aufwand-

a) Manövrierteilmasse bei Abschreibungen

- a_{1jk} = Anschaffungswert eines Anlagegutes zur Abschreibungsberechnung
- x_{1jk} = const. bei linearer Abschreibung
 = fallend bei degressiver Abschreibung
 = steigend bei progressiver Abschreibung
 = fallend (degr.) bis zum kritischen Jahr (h) für $1 < j \leq h$ für $j=1, \dots, m$
 = const. (lin.) für $h < j \leq m$

wobei gilt:
$$\sum_{j=1}^m x_{1jk} \leq 1$$

Es sind die einzelnen Wertebereiche für x_{1jk} zu kennen, die lt. Gesetz für die einzelnen Abschreibungsmethoden bestehen. Die einzelnen x_{1jk} müssen vorher errechnet werden.

b) Manövrierteilmasse bei Halb- und Fertigerzeugnissen und selbsterstellten Anlagen

- a_{2jk} = Bewertungsspielraum der Halb- und Fertigerzeugnisse sowie selbsterstellten Anlagen lt. Gesetz und Einzelfall

-
- verrechnung je Periode)
- G_j = zu versteuernder Periodengewinn; $G_j > 0$
- a_{ijk} = verfügbares Volumen eines steuerbilanzpolitischen Aktionsparameters je Periode und Vermögenseinheit; $a_{ijk} \geq 0$
- x_{ijk} = Ausnutzungsgrad von a_{ijk} ; $0 \leq x_{ijk} \leq 1$
- i = Manövrierelement; $i = 1, \dots, n$
- j = Periode (= Jahr); $j = 1, \dots, m$
- k = Vermögenseinheit; $k = 1, \dots, s$
- $K_{\max}$ = Maximal einsetzbare Manövriermasse (= maximal steuerlich ansetzbare Aufwandverrechnung eines mehrperiodigen Betrachtungszeitraums)
- Dabei werden sowohl $a_{ijk} \cdot x_{ijk}$ als auch K_j als Aktionsparameter der Steuerbilanzpolitik betrachtet.

x_{2jk} = Anteil des gesetzlich und "situationsbedingt" ausgenutzten Bewertungsspielraumes. In Perioden ohne Einsatz von a_{2jk} ist $x_{2jk} = 0$.
Wird $k = 1$ gesetzt, so wird die Summe der Halb- und Fertigerzeugnisse als eine globale Größe angesetzt.

c) Manövrierteilmasse bei Sofortabschreibungen

a_{3jk} = Wert der einzelnen der Sofortabschreibung unterliegenden Vermögenseinheiten

$a_{3jk} \leq 800$ und weitere gesetzliche Beschränkungen qualitativen Inhaltes

$x_{3jk} = 1$, da Abschreibung in gleicher Periode¹⁾

d) Manövrierteilmasse bei Sonderabschreibungen

a_{4jk} = Wert der der Sonderabschreibung unterliegenden Vermögenseinheiten
Definitionsbereiche für x_{4jk} lt. Gesetz.

e) Manövrierteilmasse bei Erhöhung der Wiederbeschaffungskosten (Preissteigerungsrücklage)

a_{5jk} = Erhöhung der Wiederbeschaffungskosten gegenüber der Periode $j - 1$; wenn $a_{5jk} >$ gesetzl. Mindestbedingungen, dann x_{5jk} gesetzl. anzusetzender Höchstsatz (0, 9)

f) Manövrierteilmasse bei der Pensionsrückstellung

a_{6jk} = Barwert der Pensionsrückstellung
 $a_{6jk} \leq$ Barwert bei Verzinsung mit mindestens 5,5 % bei mittlerer Lebenserwartung,

1) Die Zahl exklusiver Alternativen ließe sich dadurch erweitern, daß für die geringwertigen Wirtschaftsgüter a_{3jk} auch die lineare

x_{6jk} = relativer Anteil an den gesetzlich möglichen jährlichen Zuweisungen zur Pensionsrückstellung

g) Manövrierteilmasse bei Aufwendungen für Unterstützungskassen

a_{7jk} = zulässige jährliche abzugsfähige Zuwendung

x_{7jk} = Ausnutzung von a_{7jk} , $x_{7jk} \leq 1$

h) Manövrierteilmasse bei Teilwertabschreibung

a_{8jk} = Differenz zwischen höherem Wertansatz und niedrigerem Teilwert der der Teilwertabschreibung unterliegenden Vermögenseinheit

x_{8jk} = Ausnutzung der Teilwertabschreibung in der j-ten Periode

Ansatzpunkte für eine mögliche Erweiterung dieses Alternativenkonzepts bietet die Einbeziehung sonstiger Freiheitsgrade der Steuerbilanzpolitik unter Berücksichtigung zeitunelastischer¹⁾ Manövrierelemente sowie der Zweischneidigkeit steuerbilanzpolitischer Maßnahmen.

Heigl²⁾ ermittelt den steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraum in der Weise, daß sowohl die Bestandsgrößen der Bilanz als auch die Erfolgsgrößen der Gewinn- und Verlustrechnung auf Variationsmöglichkeiten hin untersucht werden. Die jeweils minimalen und maximalen von Vorentscheidungen abhängigen sowie autonomen Bewertungsfreiheiten bei den einzelnen Bilanzpositionen sind demnach

Abschreibung mit $x_{3jk} < 1$ (const.) und die degressive Abschreibung mit $x_{3jk} < 1$ (fallend für $j \rightarrow m$) berücksichtigt wird.

1) Vgl. zu diesem Begriff etwa Engels, Wolfram, a.a.O., S. 166 f.

2) Vgl. Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitzsteuerbelastung (II), in: FR 1970, S. 87-91 (90 f.).

periodisch zu summieren; die aggregierten Aufwandsunter- und -obergrenzen sind dagegen periodisch von den aggregierten Ertragsober- und -untergrenzen zu subtrahieren, um den Spielraum für die Steuerbemessungsgrundlage zu erhalten. Keine hinreichende Berücksichtigung findet dabei möglicherweise die Tatsache, daß die nur teilweise Ausnutzung des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums einer früheren Periode denjenigen einer späteren Periode zu erweitern vermag.

Eine zweifache Ermittlung des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums erscheint vermeidbar. Die im Zuge der steuerbilanzpolitischen Erwartungsbildung notwendige Erfolgsermittlung mittels der steuerlichen Gewinn- und Verlustrechnung vorzunehmen, hat den Vorteil, daß Entnahmen und Einlagen sowie die jeweils aus dem laufenden Umsatzprozeß resultierenden Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben nicht durch einzelne Bestandsveränderungen zu berücksichtigen sind. Demgegenüber vermag eine Erfolgsermittlung mit Hilfe der Bilanz die Anwendungsbedingungen für das Bilanzierungs- und Bewertungsfreiheiten umfassende steuerbilanzpolitische Instrumentarium sowie zeitlich-vertikale Dispositionsbindungen besser zu erfassen. Unter dem Aspekt der steuerbilanzpolitischen Reagibilität lassen sich die steuerlichen Gewinnkomponenten Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben in dispositiv unbeeinflussbare und beeinflussbare Bestandteile zerlegen. Beeinflussbare Betriebseinnahmen ergeben sich durch eine mögliche Aufwertung von Aktiven oder Abwertung von Passiven; beeinflussbare Betriebsausgaben resultieren hingegen aus abwertbaren Aktivposten und aufwertbaren Passivposten. Steuerbilanzpolitisch unbeeinflussbare Betriebseinnahmen und -ausgaben entstehen entweder dadurch, daß an den durch einen gegebenen Sachverhalt determinierten Tatbestand ausschließlich eine ganz bestimmte steuerliche Folge anknüpft, oder ergeben sich allgemein aus den Nachwirkungen einer früheren Ausübung von

Wahlrechten bei zeitlicher Teilung des Entscheidungsfeldes aufgrund des Willkürverbots sowie der Rückgängigmachung temporär steuerfreier Gewinnverwendung etwa durch verminderte Abschreibungsbeträge oder durch Auflösung steuerfreier Rücklagen.

Das System der Doppelten Buchhaltung als das älteste geschlossene betriebswirtschaftliche Abbildungsverfahren läßt sich besonders leicht in einen mathematischen Kalkül transformieren.¹⁾ Die Variabilität der Steuerbemessungsgrundlage kann dabei in Anlehnung an die Systematik der Matrizenbuchführung²⁾ formalisiert werden, indem etwa jede Zeile einer Matrix die zu einer potentiellen Sollbuchung auf dem i-ten Konto möglichen Gegenbuchungen aufzeigt, während jede Spalte der Matrix die zu einer Habenbuchung auf dem j-ten Konto entsprechend möglichen Sollbuchungen angibt.

In Erweiterung eines von Münstermann³⁾ konzipierten Tableaus zur Auswahl der jeweils optimalen Gegenbuchungen aus der Menge aller zulässigen Gegenbuchungen innerhalb eines Systems von Bestandskonten bei konstantem Erfolg der Basisbilanz läßt sich der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum einer Periode gemäß nachstehend gezeigter Matrix abbilden. Jedes Element a_{ij} und b_{ij} der Matrix gibt den Buchungssatz an, der die i-te Bilanzposition belastet und die j-te Bilanzposition erkennt, für $i = 0, 1, \dots, n$ und $j = 0, 1, \dots, m$ ($n \leq m$). Formal ist eine Einbeziehung von Erfolgs-

1) Vgl. Münstermann, Hans, Buchhaltung und Bilanz, a.a.O., S. 512 ff u. 533 ff; ders., Bilanzpolitik, a.a.O., S. 256.

2) Vgl. hierzu Corcoran, A. Wayne, Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung, in: WPg 1965, S. 85-90; Coenenberg, Adolf, Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung. Stellungnahme zum gleichnamigen Aufsatz von Corcoran, in: WPg 1965, S. 335-340; Wacker, Wilhelm H., Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung. Diskussionsbeitrag zu dem gleichnamigen Aufsatz von Corcoran, in: WPg 1965, S. 369 f; Zwehl, Wolfgang von, a.a.O., S. 122 ff mit weiterer Literatur.

3) Vgl. Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a.a.O., S. 262 ff.

	unbeeinflussbare Habenbuchungen je Bilanzposition j			Aufwertungsrecht je Aktivum, Abwertungsrecht je Passivum i = 1, 2, ..., n-1
	0	1, 2, ..., m	m	
0				
1				
2				
unbeeinflussbare Sollbuchungen je Bilanzposition i				
n				
			$\sum_{i=0}^{n-1} a_{im} - \sum_{j=0}^{m-1} a_{nj}$	$\sum_{i=1}^{n-1} b_{im}$
Abwertungsrecht je Aktivum, Aufwertungsrecht je Passivum j = 1, 2, ..., m-1			$\sum_{j=1}^{m-1} b_{nj}$	Obergrenze Untergrenze

Ermittlung des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums einer Periode

änderungen durch Aufwendungen (Betriebsausgaben) und Erträge (Betriebseinnahmen) in das System von Bestandskonten - abgesehen von einer Erweiterung der Zeilen- und Spaltenvektoren um entsprechende Elemente für Erfolgskonten - dadurch möglich, daß die einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung unmittelbar auf ein dem steuerlichen Reinvermögensvergleich dienendes Eigenkapitalkonto gebucht werden. In diesem Sinne kennzeichnet die n-te Bilanzposition die Sollseite und die m-te Bilanzposition die Habenseite des Kapitalkontos.

Indem der steuerliche Periodenerfolg aus der Gewinn- und Verlustrechnung - wobei Entnahmen und Einlagen zwangsläufig unberücksichtigt bleiben - abgeleitet wird und jeweils die 0-te Bilanzposition als fiktive Gesamtheit von Bestandskonten durch Gegenbuchung mit den aus dem laufenden Umsatzprozeß resultierenden unbeeinflussbaren Betriebseinnahmen a_{0m} belastet bzw. den entsprechenden Betriebsausgaben a_{n0} erkannt wird, erfährt der Kalkül durch die steuerbilanzpolitisch irrelevante Vernachlässigung unbeeinflussbarer Bilanzposten eine erhebliche Vereinfachung. Für die durch das Willkürverbot vorherbestimmte Ausübung von Wahlrechten ist bei den einzelnen Bilanzpositionen ebenfalls eine unbeeinflussbare Buchung vorzunehmen. Soweit Zeitpunkt und jeweiliges Ausmaß der Rückgängigmachung temporär steuerfreier Gewinnverwendung nicht in das Ermessen des Steuerpflichtigen gestellt sind, ist auch dieser Vorgang durch unbeeinflussbare Betriebseinnahmen a_{im} (z. B. Auflösung einer steuerfreien Rücklage) oder durch unbeeinflussbare Betriebsausgaben a_{nj} (z. B. durch Vorentscheidung bestimmte Abschreibungsbeträge¹⁾) zu erfassen. Für die aus steuerrechtlichen Zweifelsfällen resultierenden Freiheitsgrade ist im mutmaßlichen

1) Ein Wechsel der Abschreibungsmethode ist je nach Übergangszeitpunkt zusätzlich als Auf- oder Abwertungsrecht von Aktiven zu berücksichtigen.

Zeitpunkt einer Betriebsprüfung eine wahrscheinliche Rückgängigmachung der steuerbilanzpolitischen Maßnahme zu erfassen. Sämtliche steuerrechtlich gebotenen und erlaubten Unterschiede zwischen den einzelnen Bilanzansätzen zweier aufeinanderfolgender Jahresabschlüsse, die nicht durch die der Gewinn- und Verlustrechnung entnommenen laufenden Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen sowie durch Entnahmen und Einlagen bedingt sind, sind schließlich je nach Sachlage durch sonstige unbeeinflussbare Soll- bzw. Habenbuchungen oder durch Auf- bzw. Abwertungsrechte zu berücksichtigen.

"Für jedes aufwertbare Aktivum und für jedes abwertbare Passivum muß also eine (weitere; Anm. d. Verf.) Zeile sowie analog für jeden abwertbaren Vermögensgegenstand und aufwertbaren Kapitalposten je eine (weitere; Anm. d. Verf.) Spalte eingerichtet werden. Ergibt sich bei der Variabilitätsanalyse für einen Bilanzposten, daß sowohl ein Auf- als auch Abwertungswahlrecht vorliegt, so erscheint dieselbe Position unter den Zeilen- und den Spaltenbezeichnungen je einmal."¹⁾

Die Analyse des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums erfolgt in der Weise, daß zunächst die an temporär fest determinierte Sachverhalte anschließenden Wahlrechte erfaßt werden und im Anschluß daran die Wahlrechte einbezogen werden, durch deren Ausübung ausschließlich materiell bestimmte Sachverhaltsgestaltungen eine zeitliche Determinierung erfahren, wobei möglicherweise dadurch eintretende Veränderungen der laufenden Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben mit zu berücksichtigen sind. Ein Verlustvortrag ist als Aktivposten und ein dadurch möglicher interperiodischer Verlustabzug (§ 10 d EStG) ist als Abwertungsrecht dieses Aktivpostens im Rahmen der Alternativenbildung zu behandeln.

Die im Schnittpunkt der jeweils letzten beiden Zeilen und Spalten gelegenen Fächer dienen der Ermittlung des periodischen steuer-

1) Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a. a. O., S. 262.

bilanzpolitischen Dispositionsspielraums, indem die vorletzte (letzte) Zeile des Tableaus als Sollbuchungen auf dem Kapitalkonto die unbeeinflußbaren (beeinflußbaren) Betriebsausgaben a_{nj} (b_{nj}), die vorletzte (letzte) Spalte hingegen die unbeeinflußbaren (beeinflußbaren) Betriebseinnahmen a_{im} (b_{im}) als Habenbuchungen auf dem Kapitalkonto aufnimmt.

Durch Erhöhung der Differenz zwischen unbeeinflußbaren Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben um die Summe aller beeinflußbaren Betriebseinnahmen erhält man die Obergrenze und durch Verminderung um die Summe aller beeinflußbaren Betriebsausgaben die Untergrenze des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums einer Periode.

Die Ober- und Untergrenzen steuerbilanzpolitischer Dispositionsspielräume sind im Zeitablauf interdependent, da in einer aktuellen Entscheidungssituation sowohl diejenigen unbeeinflußbaren Soll- und Habenbuchungen, die der Rückgängigmachung einer temporär steuerfreien Gewinnverwendung dienen, als auch die Auf- und Abwertungsrechte in Abhängigkeit von den in früheren Perioden ausgeübten Auf- und Abwertungsrechten variieren können. Diesem Umstand kann insoweit Rechnung getragen werden, als jede dieser Buchungen sowohl für den Fall bestimmt wird, daß in der Vorperiode die Untergrenze des Dispositionsspielraums realisiert wurde, als auch - etwa in Klammern - für den Fall, daß in der Vorperiode die Obergrenze des Gewinns ausgewiesen wurde. "Wegen der Einfachheit, mit der das von Corcoran vorgeschlagene Verfahren die Zwangsläufigkeit der Doppelbuchung sowie die möglichen Wertübergänge von einem Konto zum anderen Konto wiedergibt, ist es in didaktischer Hinsicht der Inzidenzmatrix überlegen; repräsentiert doch jedes Element der Transaktionsmatrix - horizontal gelesen - gleichzeitig eine Sollbuchung und - vertikal gelesen - die dieser Soll-

buchung entsprechende Habenbuchung. Da die Transaktionsmatrix indes sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Richtung durch die Zahl der Konten begrenzt ist und somit nur sich voneinander unterscheidende, nicht dagegen gleichartige, sich wiederholende Geschäftsfälle einzeln zu erfassen vermag, erscheint ihre praktische Anwendung ...¹⁾ gerade auf die Steuerbilanzpolitik zugeschnitten. Eine derartige Analyse des steuerbilanzpolitischen Aktionspotentials weist gegenüber den vorstehend diskutierten Ansätzen ein Höchstmaß an Allgemeingültigkeit und Praktikabilität auf, indem sie sowohl alle Arten steuerbilanzpolitischer Entscheidungstatbestände zu berücksichtigen vermag als auch bei teilweise eingeschränkten Prognoseerfordernissen erheblich geringere Anforderungen an die Denk- und Rechenfähigkeit des Entscheidungssubjekts stellt.

Der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum ist gekennzeichnet durch die Variabilität der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage und der daraus resultierenden Steuerzahlung. Da infolge eines unter 100 % liegenden Grenzsteuersatzes die Rangordnung der ertragsteuerlichen Konsequenzen steuerbilanzpolitischer Alternativen unmittelbar durch das komparative Aktivitätsniveau des steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatzes determiniert wird, sind aus der Menge aller zulässigen Alternativen für jede Periode die Untergrenze des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraumes durch die maximal zulässige Abwertung von Aktiven und Aufwertung von Passiven sowie die Obergrenze durch die maximal mögliche Aufwertung von Aktiven und Abwertung von Passiven zu bestimmen. Innerhalb dieser Grenzen ist schließlich mathematisch die optimale Alternative interperiodischer Verlagerung von Ertragsteuerzahlungen zu suchen, die anschließend durch eine entsprechende Kombination steuerbilanz-

1) Coenenberg, Adolf, Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung, a.a.O., S. 339. Druckfehler im Original.

politischer Instrumente im Zeitablauf zu realisieren ist. Erweist sich der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum in einzelnen Perioden als Begrenzungsfaktor der optimalen Lösung, d.h. wird teilweise eine Schließung der zeitlich geteilten Entscheidungsfelder in Bezug auf den steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatz relevant¹⁾, so ist unter Beachtung der Interdependenz periodischer Dispositionsspielräume zu versuchen, durch variierten Einsatz des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums die betreffenden Grenzen zu verschieben. Da die Konsequenzen steuerbilanzpolitischer Alternativen neben den Auswirkungen eines potentiellen Vorgehens auf den finanziellen Mittelbestand auch jene auf die zukünftigen steuerbilanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten umfassen²⁾, erschöpft sich Steuerbilanzpolitik nicht in einem kurzfristigen und situationsbedingten Einsatz gerade zufällig verfügbarer Instrumente unter Außerachtlassung der mit zahlreichen Maßnahmen zwangsläufig verbundenen nachhaltigen Folgewirkungen, die eine laufende Durchführung, Überwachung und Korrektur der Maßnahmen erforderlich machen.³⁾

Jene situativen Faktoren, die die Zielerreichung nur mittelbar beeinflussen und die zahlenmäßig in den Konsequenzen nicht erfaßt werden können, lassen sich bei der Alternativenstrukturierung durch die Kombination von Art, Höhe und Zeitpunkt der Instrumentierung berücksichtigen. Die Reihenfolge der Fixierung steuerbilanzpolitischer Freiheitsgrade zur Strukturierung der - innerhalb des Dispositionsspielraums im Zeitablauf - ermittelten optimalen Alternative wird im Rahmen der Berücksichtigung eines unvollkommenen Informationsstandes durch flexible Gestaltung von Aktionsprogrammen diskutiert.

1) Zum Begriff des offenen und geschlossenen Entscheidungsfeldes vgl. analog die Ausführungen zur Kostenwerttheorie bei Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a.a.O., S. 332 f u. 343 ff.

2) Vgl. Scheuing, Eberhard Eugen, a.a.O., S. 652.

3) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 38.

3 INTEGRATION DER STEUERBILANZPOLITIK IN DAS SYSTEM DER UNTERNEHMUNGSPOLITIK

31 Steuerbilanzpolitik im Zielsystem der Unternehmung

Eine Analyse der traditionellen Auffassungen, die mit den teilweise gleichbedeutend verwendeten Begriffen "Unternehmungspolitik" und "Unternehmensplanung" zum Ausdruck gebracht werden, läßt als Merkmale einer angewandten Betriebswirtschaftslehre das Setzen von Zielen und das Treffen von Entscheidungen sichtbar werden.¹⁾ Als Aufgabe einer praktisch-normativen Entscheidungstheorie ist es dabei anzusehen, Personen, deren Präferenzordnung festliegt, zu einer in ihrem Sinne möglichst guten Entschlußfassung zu verhelfen.

Neuere Interpretationen der Unternehmungspolitik lassen hingegen eine vermehrte Bezugnahme auf Verhaltenswissenschaften (Psychologie, Sozialpsychologie, Politologie und Soziologie) erkennen, in-

1) Vgl. Koch, Helmut, Betriebliche Planung, a. a. O., S. 12; Gutenberg, Erich, Unternehmensführung, Organisation und Entscheidung, Wiesbaden 1962, S. 59 ff; Harder, Ulrich, a. a. O., S. 49; Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. I, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1963, S. 82 ff; Weber, Helmut, Die Spannweite des betriebswirtschaftlichen Planungsbegriffs, in: ZfbF 1964, S. 716-724; Häusler, Joachim, Grundfragen der Betriebsführung. Eine Analyse der Führungsproblematik in Wissenschaft und Praxis, Wiesbaden 1966, S. 57; Kern, Werner, Unternehmenspolitik als angewandte Betriebswirtschaftslehre, in: ZfbF 1966, S. 491-497; Sandig, Curt, a. a. O., S. 6; Schweim, Joachim, a. a. O., S. 17; Brändle, Richard, Voraussetzungen erfolgreicher Unternehmungspolitik. Unternehmungsziele und Unternehmensplanung, in: DB 1970, S. 1089-1092; Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 14 ff; Marettek, Alexander, Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik - unter Berücksichtigung ihrer Stellung im System der Unternehmenspolitik, in: BFuP 1970, S. 7-31 (7 ff); ders., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 20 ff; Heinen, Edmund, Zielanalyse, a. a. O., S. 26.

dem die "Forderung nach einer Berücksichtigung der 'politischen Dimension' bei Fragen der Unternehmensführung"¹⁾ erhoben wird. Unternehmungspolitik wird damit zu einem Prozeß der Machtausübung und Verhaltensbeeinflussung, mit dessen Hilfe "die Teilnehmer der kollektiven Entscheidungsprozesse versuchen, die Entscheidungsprämissen der übrigen Beteiligten zu beeinflussen. Diese Überlegungen führen schließlich dazu, die kollektiven Entscheidungsprozesse der Organisation als Verhandlungsprozesse zu betrachten".²⁾

Ohne die Relevanz dieser Erkenntnisse für die Überwindung der Enge einer mathematisch-statistischen Entscheidungslogik zu verkennen, erscheint beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung betriebswirtschaftlich-steuerlicher Untersuchungen, die sich parallel - allerdings in zeitlichem Abstand - zu jener allgemein betriebswirtschaftlicher Problemanalysen vollzieht, für die Erfassung der Steuerbilanzpolitik die traditionelle Begriffsinterpretation der Unternehmungspolitik als System von Teilbereichspolitiken, die mit jeweils eigener Zielfunktion, entscheidungsfeldspezifischen Instrumentalvariablen und dispositiver Freizügigkeit einer Instanz³⁾ ausgestattet sind, besser geeignet.

Wie jede unternehmerische Disposition ist auch die steuerbilanzpolitische Entscheidung zielorientiert. Derartige Auswahlkriterien

1) Kirsch, Werner, Betriebswirtschaftspolitik und geplanter Wandel betriebswirtschaftlicher Systeme, hektographiertes Manuskript eines Vortrages, gehalten auf der wissenschaftlichen Tagung des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e. V., 23. - 27. 5. 1972 in Innsbruck, S. 30; vgl. ders., Entscheidungsprozesse; Bd. I, Verhaltenswissenschaftliche Ansätze der Entscheidungstheorie; Bd. II, Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens; Bd. III, Entscheidungen in Organisationen, Wiesbaden 1970/71.

2) Ders., Entscheidungsprozesse, Bd. I, a. a. O., S. 9.

3) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 28.

festzustellen, erscheint aber von der Methode her problematisch.

"It is also worth noting that the question whether corporate income tax should be included in the analysis is dependent on the assumption about the objective of the firm. If it is assumed that the firm is trying to maximize the sum of the income tax and the net profit which it can keep for itself, i. e. the profit before tax, then there is no reason to include income tax in the analysis. ... This assumption appears as difficult to associate with the concept of an entrepreneur pursuing his own interest as it would be to assume that the firm is attempting to maximize the sum of its net profit and the wages paid to the employees."¹⁾

Die gegenwärtige Ertragsbesteuerung der Unternehmung knüpft im wesentlichen an die Unterscheidung in Kontrakt- und Residualeinkommen²⁾ an. Im Gegensatz zum Kontrakteinkommen, das unabhängig vom Erfolg der Unternehmungstätigkeit vereinbart wird, besteht ein Anspruch auf Residualeinkommen nur dann, wenn ein Überschuß der positiven Erfolgskomponente über die negative Erfolgskomponente erzielt wird. "Die im erwerbswirtschaftlichen Prinzip zum Ausdruck gebrachte Zwecksetzung der Unternehmung kann deshalb durch die Aussage präzisiert werden, daß die Tätigkeit der Unternehmung durch das Streben nach Residualeinkommen bestimmt wird."³⁾

Unter solchem Aspekt etwa wird zum Zwecke einer - bei empirischer und mathematischer Komplementarität von Zielfunktionen möglichen - Suboptimierung durch Orientierung der Entscheidungsfindung an untergeordneten, einfacher zu handhabenden Zielsetzun-

1) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 38.

2) Vgl. hierzu Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 12. Aufl., Tübingen 1965, S. 51 ff; Kontrakteinkommen wird dagegen beispielsweise regelmäßig bei der Gewerbebeertragsteuer und bei der Lohnsummensteuer in die Unternehmungsbesteuerung einbezogen.

3) Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a. a. O., S. 17.

gen¹⁾, abgesehen von der Vermeidung eines steuerbaren Tatbestandes als erfolgreichster Form des Steuerwiderstrebens²⁾, aus dem Prinzip der Gewinnmaximierung dasjenige relativer Steuerminimierung abgeleitet³⁾; denn wollte "die Unternehmung ein absolutes Minimum an steuerlichem Aufwand verwirklichen, so bliebe ihr in der letzten, absurden Konsequenz nichts anderes übrig, als alle Ursachen steuerlicher Aufwendungen zu beseitigen und sich demnach möglichst schnell und ohne Gewinnrealisierungen aufzulösen - ganz abgesehen davon, daß es unerklärlich bliebe, warum sie überhaupt gegründet wurde".⁴⁾

Die Zielsetzung einer relativen Steuerminimierung auf lange Sicht erscheint zwar hinsichtlich der Zieldimensionen - Inhalt, Ausmaß, zeitlicher Bezug⁵⁾ - für Dispositionen in einem geteilten Entscheidungsfeld hinreichend präzisiert, erweist sich aber ebensowenig als operational⁶⁾ wie das zugrunde liegende Prinzip der Gewinnmaximierung, dessen Gültigkeit ohnehin stark umstritten ist.⁷⁾

Art und Umfang der in eine Disposition einzubeziehenden entscheidungsrelevanten Kriterien werden indessen autonom durch die ziel-

1) Vgl. Engels, Wolfram, a.a.O., S. 51; Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 134.

2) Vgl. Kottke, Klaus, Steuerersparung, Steuerumgehung, Steuerhinterziehung, a.a.O., S. 24 ff u. 33 ff.

3) Vgl. Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 23; Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 17 ff.

4) Ebd., S. 18.

5) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 98 ff.

6) Vgl. auch Bareis, Hans Peter, a.a.O., S. 46.

7) Zur empirischen und wissenschaftstheoretischen Kritik an der Gewinnmaximierungshypothese vgl. etwa Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 28 ff; Bea, Franz Xaver, Kritische Untersuchungen über den Geltungsbereich des Prinzips der Gewinnmaximierung, Berlin 1968, S. 39 f, 97 ff u. 138 ff; Bauer, Leonhard, Wissenschaftstheoretische Überlegungen zu Grundannahmen der Nationalökonomie, insbesondere des mikroökonomischen Ansatzes, Berlin 1969, S. 44 ff.

bildenden Instanzen der Unternehmung bestimmt, so daß die Zielsetzung weitgehend subjektiven Charakter trägt. Die Wahl der Zielfunktion bestimmt somit zwar nicht die Qualität eines Aussagensystems, wohl aber dessen Anwendbarkeit. Aussagen, die für praktische Entscheidungen relevant sein sollen, haben von Normen auszugehen, die tatsächlich als Motive für das Handeln des betreffenden Personenkreises in Frage kommen. Diese Normen zu finden, wird als eine Aufgabe empirischer Forschung angesehen.¹⁾ In diesem Sinne stellen die exemplarische Erörterung bestimmter, als allgemein relevant erkannter Zielelemente und ihrer Beziehungen²⁾ sowie die Darstellung der Grundstruktur eines allgemeinen Zielsystems der Unternehmung³⁾ Antworten auf die Frage nach den tatsächlichen Zielen unternehmerischer Betätigung⁴⁾ dar.

Gegen den Versuch, "Werte als selbständig existierende Gegenstände einer besonderen Seinssphäre deskriptiv zu erfassen"⁵⁾, ist jedoch der Einwand zu erheben, daß aus rein deskriptiven Aussagen keine präskriptiven Sätze abgeleitet werden können. An dieser Feststellung vermag auch die Entwicklung neuer Zielforschungs-

1) Vgl. Engels, Wolfram, a. a. O., S. 55.

2) Vgl. etwa Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerziele und Unternehmerstrategien, Wiesbaden 1964; Strasser, Helge, Zielbildung und Steuerung der Unternehmung, Wiesbaden 1966; Schmidt-Sudhoff, Ulrich, Unternehmerziele und unternehmerisches Zielsystem, Wiesbaden 1967; Bidlingmaier, Johannes, Zielkonflikte und Zielkompromisse im unternehmerischen Entscheidungsprozeß, Wiesbaden 1968; Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a. a. O.; Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O.; Czeranowsky, G./Strutz, H., Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Unternehmensziele, in: Zielprogramm und Entscheidungsprozeß in der Unternehmung, a. a. O., S. 121-124.

3) Vgl. Wittstock, Jan, Elemente eines allgemeinen Zielsystems der Unternehmung, in: ZfB 1970, S. 833-852 (848).

4) Vgl. Heinen, Edmund, Zielanalyse, a. a. O., S. 8.

5) Köhler, Richard, Theoretische Systeme der Betriebswirtschaftslehre im Lichte der neueren Wissenschaftslogik, Stuttgart 1966, S. 71.

methoden, die sich sowohl auf die Erhebung artikulierter Ziele als auch auf den Vollzug konkreter Aktionen richten¹⁾, nichts zu ändern.

Die betriebswirtschaftliche Steuerlehre als empirische Wissenschaft vermag bei der Zieldeterminierung niemanden zu lehren, was er soll, sondern nur, was er kann und - insbesondere auch - was er will.²⁾ Obgleich die logische Unmöglichkeit und die Unzulässigkeit einer positiven Rechtfertigung von Werturteilen anerkannt werden, kann und muß diese Erfahrungswissenschaft darüber urteilen, welche hypothetischen Ziele mit steuerpolitischen Mitteln in Form von Sachverhaltsgestaltungen und Wahlrechten realisierbar sind, welche Beziehungen zwischen diesen und anderen Zielen bestehen und welche Wirkungen steuerpolitische Mittel im Hinblick auf andere Zielsetzungen aufweisen. Allein die steuerliche Problemauswahl impliziert noch kein Werturteil.³⁾

Obgleich sich unternehmerische Zielsetzungen allgemein nicht wissenschaftlich schöpfen lassen, kann die Richtigkeit der Zielfunktion eines spezifisch steuerlichen (Teil-)Entscheidungsfeldes auf rein theoretischem Wege bewiesen werden. Allein die Entzugseffekte der Besteuerung vermögen direkte Hinweise auf bestehende Mittel-Zweck-Beziehungen zur Ableitung steuerbilanzpolitisch relevanter Entscheidungsziele zu liefern. Abstrahiert man bei der lediglich auf den laufenden Gewinnausweis gerichteten Steuerbilanzpolitik von Substitutionseffekten durch Steuerausweichung und Preiseffekten

1) Vgl. Hauschildt, Jürgen, Zur Artikulation von Unternehmenszielen, in: ZfBf 1970, S. 545-559 (548).

2) Vgl. Weber, Max, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: ders., Soziologie - weltgeschichtliche Analysen - Politik, Hrsg. Johannes Winckelmann, 4. Aufl., Stuttgart 1968, S. 186-262 (190).

3) Vgl. Urban, Peter, Das Werturteilsproblem in den Wirtschaftswissenschaften, in: WISU 1972, S. 165-169 (168 f).

durch Steuerüberwälzung¹⁾, so kann der mögliche Einfluß der Ertragsbesteuerung auf unternehmerische Zielerreichungsgrade grundsätzlich auf eine erfolgs- und eine finanzwirtschaftliche Komponente reduziert werden: die einkommens- und damit rentabilitätsmindernde sowie die liquiditätsmindernde Wirkung jenes durch die Besteuerung erfolgenden zwangsweisen Entzugs finanzieller Mittel.²⁾

Hinsichtlich der erfolgswirtschaftlichen Zielsetzung läßt sich die Tendenz erkennen, die herkömmliche Gewinnmaximierungshypothese durch ein konsumorientiertes Nutzenkonzept zu ersetzen, indem die Zielfunktionen auf den mit der Konsumdisposition verbundenen Nutzen des Einkommens als den überwiegenden Zweck wirt-

1) Vgl. hierzu Buchner, Robert, Zur Frage der Preis- und Substitutionseffekte von Gewinnsteuern, in: ZfbF 1969, S. 541-556. Zur generellen Kritik an der Prämisse der Nichtüberwälzbarkeit von Ertragsteuern vgl. Huth, Helmut, Der Einfluß der Gewinnbesteuerung auf Investitionsneigung und Risikobereitschaft des Unternehmers, Diss. Frankfurt (Main) 1967, S. 9 ff; ders., Besteuerung und Investition, in: ZfbF 1965, S. 27-36 (28 ff); Fischer, Lutz, Steuersystem und unternehmerische Investitionspolitik. Zum gleichnamigen Buch von Horst Albach, in: ZfB 1971, S. 135-141 (137 f); Albach, Horst, Unternehmerische Investitionspolitik und Überwälzbarkeit der Ertragsteuern, Ergänzende Bemerkungen zu vorstehendem Beitrag von Prof. Lutz Fischer, in: ZfB 1971, S. 141-143; Fischer, Lutz, Unternehmerische Investitionspolitik und Überwälzbarkeit der Ertragsteuern. Eine Stellungnahme zum gleichnamigen Beitrag von Horst Albach, in: ZfB 1971, S. 409-413; Albach, Horst, Schlußwort zu vorstehender Stellungnahme, in: ZfB 1971, S. 413 f; Fabritius, Hans G., Die Diskussion zur Überwälzung von Gewinnsteuern, in: StuW 1972, S. 249-257 (251 ff).

2) Vgl. Recktenwald, Horst C., Entzugseffekte der Besteuerung. Systematik der einzel-, zweig- und gesamtwirtschaftlichen Steuerwirkungen, in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 18, 1957/58, S. 25-43 (29); ders., Steuerwirkungen, a.a.O., S. 183; Buchner, Robert, Der Einfluß erfolgsabhängiger Steuern auf investitions- und finanzierungstheoretische Planungsmodelle, in: ZfB 1971, S. 671-704 (671).

schaftlicher Betätigung zurückgeführt werden.¹⁾ Bei Abgrenzung der Konsumsphäre - im Hinblick auf die Einkommensteuer empfiehlt es sich nicht, die Privatsphäre abzugrenzen - gilt es, den Entnahmestrom gemäß den individuellen Präferenzen in seiner zeitlichen Struktur und Breite zu optimieren. In übersichtlicher Weise systematisiert Haberstock die möglichen Ausgestaltungen der Maximierung einer Präferenzfunktion, die bei entsprechender sachlicher und zeitlicher Abgrenzung des Entscheidungsfeldes den Konsumnutzen in Abhängigkeit von den einzelnen Periodenentnahmen sowie vom Vermögen am Planungshorizont wiedergibt, folgendermaßen:

- "A. Maximierung der Entnahmen
 - I. mit festgelegter zeitlicher Struktur
 - 1. unter Einhaltung eines entnahmeunabhängigen (Mindest-)Endvermögens
 - 2. unter Einhaltung eines entnahmeabhängigen (Mindest-)Endvermögens
 - II. ohne festgelegte zeitliche Struktur
- B. Maximierung des Endvermögens
 - I. mit festgelegter zeitlicher Struktur des Entnahmestromes
 - 1. wobei die Breite vermögensunabhängig vorgegeben ist
 - 2. wobei die Breite vermögensabhängig vorgegeben ist
 - II. ohne festgelegte zeitliche Struktur des Entnahmestromes."²⁾

1) Vgl. beispielsweise Moxter, Adolf, Präferenzstruktur und Aktivitätsfunktion des Unternehmers, in: ZfbF 1964, S. 6-35 (11 ff); Koch, Helmut, Der Begriff des ökonomischen Gewinns, a. a. O., S. 414 ff; Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, a. a. O., S. 31 u. 51 f; Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 24 ff mit weiterer Literatur; Haegert, Lutz, a. a. O., S. 23, mit weiterer Literatur.

2) Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 29 f mit zahlreichen Verweisen in Fußnoten. Zu jeweils plausiblen Ausprägungen der Zielfunktion für Einzelunternehmer, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften vgl. Haegert, Lutz, a. a. O., S. 22 ff.

Jede weitergehende Abgrenzung des Entscheidungsfeldes auf einzelne Dispositionsmöglichkeiten macht eine Bestimmung der erfolgswirtschaftlichen Zielgröße als Kapitalwert erforderlich.¹⁾

Die dispositive Liquidität²⁾ als Ausprägung des finanzwirtschaftlichen Sicherheitsstrebens läßt sich durch die Teilaspekte Zahlungsfähigkeit, Liquiditätsreserven und Liquidierbarkeit kennzeichnen. Während die nominal zu messende Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit durch eine Nebenbedingung in Entscheidungskalkülen zu erfassen ist, die sicherstellt, daß die in einem Zeitpunkt zu leistenden Auszahlungen nicht größer sind als die Summe der zu diesem Zeitpunkt anfallenden Einzahlungen unter Berücksichtigung der vorhandenen Zahlungsmittelbestände, repräsentiert die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit erforderliche Bildung einer Liquiditätsreserve, deren quantitativ zu betrachtende Eigenschaft die Liquidierbarkeit ist, einen Aktionsparameter.

32 Steuerbilanzpolitik im Entscheidungsfeld der Unternehmung

Das Entscheidungssubjekt muß zur Bestimmung der Konsequenzen der einzelnen steuerbilanzpolitischen Alternativen eine Vorstellung davon haben, wie sich das Entscheidungsfeld aufgrund der Ausgangssituation entwickeln wird. Die nomologische Information, die Aussagen über die entsprechende Veränderung des Entscheidungsfeldes enthält³⁾, bezieht sich sowohl auf die Anwendung des Steuertarifs auf die zu beeinflussende Steuerbemessungsgrundlage als auch auf

1) Vgl. Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, a. a. O., S. 45 ff.

2) Vgl. zum folgenden Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 75 ff; Düchting, Hans, Liquidität und unternehmerische Entscheidungsmodelle, Diss. München 1965, S. 17 ff u. 40 ff.

3) Vgl. Gäfgen, Gérard, a. a. O., S. 98 f.

die Rückwirkungen von Aktionen des steuerlichen (Teil-)Entscheidungsfeldes im gesamten Entscheidungsfeld. Eine Analyse der wechselseitigen Beziehungen zwischen Aktionen der Steuerbilanzpolitik und denjenigen in den übrigen Entscheidungsfeldern¹⁾ läßt die Steuerbilanzpolitik - abgesehen von den erörterten Dispositionsbindungen aufgrund des Maßgeblichkeitsprinzips - in die Finanz- und Investitionspolitik integriert erscheinen, indem diese Teilbereichspolitiken ihrerseits sowohl das Mengengerüst der Steuerbilanz bestimmen als auch durch dessen Bewertung wegen des Rentabilitäts- und Liquiditätseffektes der daraus resultierenden Ertragsteuerzahlungen beeinflußt werden. Die durch Steuerbilanzpolitik freiwerdenden, zinslos zur Verfügung stehenden Mittel können sowohl eine Kreditfinanzierung ersetzen als auch für Sach- und Finanzinvestitionen herangezogen werden. Hinsichtlich der Sachinvestition als einer der Steuerzahlung alternativen Kapitaldisposition wird hier davon ausgegangen, daß die Steuerbilanzpolitik keine zusätzliche, ungeplante Investition zu induzieren vermag, sondern daß eines von den als vorteilhaft ermittelten Projekten des mehrperiodigen Investitionsplans²⁾ zeitlich vorgezogen wird. Somit sind steuerbilanzpolitisch motivierte Sachinvestitionen den zeitlich zu determinierenden Sachverhaltsmaßnahmen im vorliegenden Kontext zu subsumieren.

1) Vgl. hierzu die ausführliche Untersuchung von Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 143 ff.

2) Vgl. hierzu auch Arbeitskreis Hax der Schmalenbach-Gesellschaft, a. a. O., S. 751 ff.

4 ENTSCHEIDUNGSMODELLE ZUR STEUERBILANZPOLITIK

41 Interpretatorische Konkretisierung der Entscheidungs- situation

Aus dem Instrumentalcharakter des Steuerrechts, der sich in zahlreichen Sachverhaltsgestaltungen und Wahlrechten äußert, erwächst der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre die Aufgabe, geeignete Entscheidungsmodelle zur dispositiven Beeinflussung der Steuerbelastung zu konzipieren. Die Gestaltung des betriebswirtschaftlichen Entscheidungsfeldes durch Entscheidungsmodelle setzt zunächst eine Analyse der Problemstruktur voraus. Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der Betriebswirtschaftslehre können generell zwei Problemtypen unterschieden werden, zu deren Lösung adäquate Entscheidungsmodelle zur Verfügung stehen.¹⁾ Alexis/Wilson²⁾ beziehen die auf der mathematisch-statistischen Entscheidungslogik basierenden geschlossenen Entscheidungsmodelle auf wohl-strukturierte Probleme und die sozialwissenschaftlich fundierten offenen Entscheidungsmodelle auf schlecht-strukturierte Probleme.

"Vollständig definierte (wohl-strukturierte, Anm. d. Verf.) Probleme sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Eine bestimmte endliche Anzahl sich gegenseitig ausschließender Alternativen, hinreichend bekannte Konsequenzen, klar formulierte Ziele sowie Regeln, mit deren Hilfe eine eindeutige Rangordnung der Alternativen gebildet werden kann. Zudem müssen Lösungsalgorithmen zur Verfügung stehen, die die zielgerichtete Auswahl einer Alternative aus der vorhandenen Alternativenmenge gewährleisten."³⁾

Insoweit als die meisten steuerlichen Sachverhalte Rechtsgestaltungen sind, die das Privatrecht allgemein zur Erreichung unterneh-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 55.

2) Vgl. Alexis, Marcus/Wilson, Charles Z., Organizational Decision Making, Englewood Cliffs/N.J. 1967, S. 148 ff.

3) Heinen, Edmund, Zur Problembezogenheit von Entscheidungsmodellen, a.a.O., S. 3.

merischer Ziele zur Verfügung stellt¹⁾, dienen steuerliche Sachverhaltensgestaltungen bei identischem Mitteleinsatz der Erreichung divergenter Ziele. Der Steuerbelastungsvergleich alternativer Sachverhaltensgestaltung kann somit nur einen entsprechenden Beitrag zu einer umfassenderen Entscheidung bilden. Die konkret-rechnerische Amalgamation heterogener Zielerreichungsgrade zu einer einheitlichen Nutzengröße beinhaltet ebenso wie die Erfassung nicht bzw. schwer quantifizierbarer Zielerreichungen durch Nebenbedingungen bislang weitgehend ungelöste Probleme.²⁾ Sofern aber keine eindeutige Rangordnung der Konsequenzen alternativer Sachverhaltensgestaltungen gebildet werden kann, sind diese in der betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik zu bewältigenden Probleme schlecht-strukturiert.

"Ein schlecht-strukturiertes Problem ist dadurch gekennzeichnet, daß ihm mindestens eines der Merkmale wohlstrukturierter Probleme fehlt (eindeutig formulierte Ziele, vollständige, endliche Menge sich gegenseitig ausschließender Alternativen, Lösungsalgorithmus)."³⁾

Zur Lösung solcher unvollständig definierter Probleme sind anstelle algorithmischer Verfahren heuristische Entscheidungsmethoden erforderlich, die eine Reduzierung der Informationsaktivitäten gestatten.⁴⁾

Im Gegensatz zu den steuerlichen Sachverhaltensgestaltungen erweitern steuerliche Wahlrechte effektiv das unternehmerische Aktionspotential, indem an den durch einen gegebenen Sachverhalt determinierten Tatbestand nicht notwendig eine ganz bestimmte steuerliche Rechtsfolge anknüpft, sondern alternative Möglichkeiten der

1) Vgl. Westerhoff, Wilhelm, a.a.O., S. 1.

2) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a.a.O., S. 158 f.

3) Heinen, Edmund, Zur Problembezogenheit von Entscheidungsmodellen, a.a.O., S. 5.

4) Vgl. Klein, Heinz Karl, Heuristische Entscheidungsmodelle, Diss. München 1969, S. 34 ff; Frese, Erich, Heuristische Entscheidungsstrategien, a.a.O., S. 283 ff.

steuerlichen Behandlung vorgesehen sind und es allein vom Willen des Steuerpflichtigen abhängt, welche dieser Lösungen bei ihm zur Anwendung gelangen soll.¹⁾ Unabhängig von den Zurechnungsproblemen einer zweckmäßigen Abgrenzung des Entscheidungsfeldes und den Bewertungsproblemen bei der Formulierung von Ziel-funktionen und Nebenbedingungen aufgrund genereller Interdepen-denzen zwischen Modellbereich und Rest des Entscheidungsfeldes²⁾ bilden steuerliche Wahlrechte zusätzliche Entscheidungstatbestän-de eines spezifisch steuerlichen (Teil-)Entscheidungsfeldes, dessen nach steuerlichen Auswahlkriterien zu treffende Dispositionen aus-schließlich den Steuerbelastungsvergleich alternativer Ausübung von Wahlrechten beinhalten, sofern man von der Problematik be-triebswirtschaftlicher Aussagen bei fehlender empirischer Grund-lage absieht, die steuerbilanzpolitisch nur bei jenen durch die Recht-sprechung klärungsbedürftigen Interpretationsspielräumen besteht. Die für steuerbilanzpolitische Entscheidungsprobleme kennzeichnen-den Wahlrechte tragen Merkmale wohl-strukturierter Probleme: Eine bestimmte endliche Anzahl sich gegenseitig ausschließender Alternativen, deren steuerliche Konsequenzen hinreichend bekannt sind, lassen sich zumindest in unipersonalen Entscheidungssituatio-nen mit Hilfe klar zu formulierender, monetärer Ziele in eine ein-deutige Rangordnung bringen. Eine mögliche Schlechtstrukturiert-heit steuerbilanzpolitischer Entscheidungsprobleme könnte allenfalls aus qualitativen Unterschieden der einzelnen hinsichtlich der Aus-übung zu aggregierenden Wahlrechte resultieren.

Werden steuerbilanzpolitische Entscheidungsprobleme a priori zwar nicht als vollständig definierte Probleme im Sinne der Entscheidungs-theorie angesehen, so stellen sie angesichts ihrer Rechenhaftigkeit

1) Vgl. Kummer, Wolfgang, a.a.O., S. 3.

2) Vgl. Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S. 760 f;
Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung,
a.a.O., S. 27.

und Kalkülisierbarkeit doch wohl-zu-strukturierende Probleme dar, wenn es letztlich gelingt, einen Lösungsalgorithmus zu finden, der die zielgerichtete Auswahl einer Alternative ermöglicht.

Die steuerbilanzpolitische Entscheidungssituation ist weiterhin nach dem Grad der Determination oder Indetermination des Entscheidungsfeldes zu beurteilen. Während die prinzipiell indeterministische Grundauffassung auf die Autonomie des menschlichen Willens in der Wahlsituation verweist, wobei das Entscheidungssubjekt in einer rational nicht begründbaren Weise eine Alternative wählt, hebt die prinzipiell deterministische Betrachtungsweise das Bedingtsein der Alternativenwahl durch die angenommenen Umweltgegebenheiten hervor und gelangt so zu einer Vorherbestimmtheit menschlicher Verhaltensweisen.¹⁾ Je nach Strukturierungsgrad des Problems und Einfluß individueller Wertprämissen unterscheidet Kirsch²⁾ politische, administrative und operative Entscheidungen.

Politische Entscheidungen sind schlecht-strukturierte Entscheidungen, für die es keine verbindlichen Wertprämissen gibt und die daher in hohem Maße durch individuelle Werte und Präferenzen derjenigen geprägt werden, die entsprechende Macht in der Organisation besitzen. Bei jeweils geringem Umfang individueller Wertprämissen weisen administrative Entscheidungen einen niedrigen, operative Entscheidungen hingegen einen hohen Strukturierungsgrad auf. Im vorliegenden Fall der Steuerbilanzpolitik erweist es sich als zweckmäßig, zwischen personenbezogenen und firmenbezogenen Unternehmen zu unterscheiden.³⁾ Da bei den personenbezogenen Unternehmen die Steuerbelastung der mit ihrem gesamten Einkommen

1) Vgl. Hannig, Werner, a.a.O., S. 468 u. 471 f.

2) Vgl. Kirsch, Werner, Betriebswirtschaftspolitik und geplanter Wandel betriebswirtschaftlicher Systeme, a.a.O., S. 6 ff.

3) Vgl. hierzu Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, a.a.O., S. 146 ff (153).

unter Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse steuerpflichtigen Anteilseigner als entscheidungsrelevant anzusehen ist, repräsentiert die steuerbilanzpolitische Disposition in diesen Unternehmen den in der Realität seltenen Fall einer politischen Entscheidung mit hohem Strukturierungsgrad, wohingegen der firmenbezogene Unternehmensbegriff eine operative Entscheidung impliziert, da der Entscheidende in diesen regelmäßig selbständig steuerpflichtigen Unternehmen an die durch andere, vorgelagerte Dispositionen bereits in Form von Richtlinien, Vorschriften oder Kriterien autorisierten Wertprämissen gebunden ist.

42 Kritische Analyse bestehender Lösungsansätze

Die Auseinandersetzung mit den Entscheidungsproblemen interperiodischer Allokation von Ertragsteuerzahlungen macht es erforderlich, die bestehenden Lösungsansätze zur Steuerbilanzpolitik im Lichte relevanter Kritik hinsichtlich ihrer inneren Widerspruchslöslichkeit und ihres empirisch-wissenschaftlichen Charakters sowie bei empirischer Verwendung und Vergleich mit anderen Aussagesystemen zu analysieren.¹⁾

421 Steuerbilanzpolitik in der traditionellen Literatur

Neben einer Bezugnahme auf einzelne Entscheidungstatbestände und Umweltkonstellationen ist den zur betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik einschließlich Steuerbilanzpolitik ergangenen Ausführungen die Grundeinsicht gemeinsam, daß die langfristige Konsequenz nicht zugunsten des augenblicklichen Arrangements vernachlässigt werden sollte und daß es sorgfältiger Überlegungen und Planungen bedarf, um die steuerlich zu realisierenden Möglichkeiten unter Berücksichtigung aller betriebswirtschaftlich relevanten Faktoren und

1) Vgl. Popper, Karl R., Logik der Forschung, a. a. O., S. 7 f.

unter Abwägung der Auswirkungen auf alle übrigen betrieblichen Teilbereiche effizient ausschöpfen zu können, wobei es letztlich auf die konkreten Verhältnisse des Einzelfalls ankomme. Die im einzelnen getroffenen Aussagen tragen überwiegend tendenziellen Charakter und lassen sich nicht unmittelbar in eine zielgerichtete Handlung übertragen.¹⁾

1) Vgl. hierzu beispielsweise Kofahl, Günther, Bilanztheoretisches und bilanzpolitisches Denken, in: BFuP 1953, S. 207-213 (211); Mellerowicz, Konrad, Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1957, S. 539; Junger, Martin, Die steuerliche Planung in der Unternehmung, Zürich/St. Gallen 1958, S. 8 f u. 26; Rehm, Ernst, Steuer und Unternehmenspolitik, Diss. Nürnberg 1958, S. 2 f u. 107 f; Schockenhoff, Heinz, a. a. O., S. 131 ff; Scherpf, Peter, Steuerpolitik, a. a. O., Sp. 5180 ff; Harder, Ulrich, a. a. O., S. 85 ff; Vodrazka, Karl, Betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Bewertungsfreiheit, in: Der Österreichische Betriebswirt 1962, S. 165-187 (171 ff); Siegfried, Bernard, a. a. O., S. 126 ff; Vogt, Fritz Johs., a. a. O., S. 15 ff RdNr. 4 ff; Flick, Hans, Steuerplanung in der Unternehmung, a. a. O., S. 48 ff u. 53 ff; ders., Praktische Hinweise zur vorausschauenden Steuerberatung: Möglichkeiten - Grenzen - Anwendungsfälle, in: Steuer-Kongreß-Report 1964, München/Berlin 1964, S. 83-97 (92 f); Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Bd. III, a. a. O., S. 375 u. 442 ff; Borowsky, Rudolf, Einige Probleme der steuerlichen Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 294 ff; Kottke, Klaus, Bilanzstrategie und Steuertaktik, a. a. O., S. 20 ff; Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 21 ff; Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 13 ff u. 71 ff; Erichsen, Manfred, a. a. O., S. 383 f; Bareis, Hans Peter, a. a. O., S. 22 f u. 155; Ried, Karl, Gewinnsteuern in der Unternehmungsrechnung, Diss. Zürich 1968, S. 127 f; Witte, Eberhard, Die Finanzwirtschaft der Unternehmung, in: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre in programmierter Form, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 497-591 (558); Scheffler, Hans Eberhard, Steuerbilanztaktik, a. a. O., S. 48 f; Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 17 u. 39; Kormann, Hermut, Die Steuerpolitik der internationalen Unternehmung, 2. Aufl., Düsseldorf 1970, S. 33 ff; Paage, Jutta, Grundlagen betrieblicher Steuerpolitik, Diss. Berlin 1971, S. 11 ff.

Treffend kennzeichnet Wöhe die Beschaffenheit des zu lösenden Entscheidungsproblems:

"Bei dem Streben nach einer Minimierung der Steuerbelastung muß der Betrieb versuchen, jede Möglichkeit der Minderung der Steuerbelastung durch zeitliche Verlagerung von steuerpflichtigen Gewinnen mit Hilfe der Bildung stiller oder steuerfreier offener Rücklagen zu nutzen. Dabei kommt es - bei proportionalen Tarifen - allerdings zu keiner endgültigen Steuerersparnis, sondern zu einer Steuerverschiebung, die einer zinslosen Steuerstundung gleichkommt und eine Liquiditätsverbesserung und einen Zinsertrag zur Folge haben kann, was dann eine indirekte Minderung der Steuerbelastung bedeutet.

Bei progressivem Steuertarif kann - insbesondere bei stark schwankenden Jahresgewinnen - im Endergebnis durch Bildung stiller Rücklagen, die sich erst nach längerer Zeit auflösen, darüber hinaus eine endgültige Steuerersparnis eintreten, wenn in den Jahren der Rücklagenbildung die Gewinne relativ hoch, in den Jahren der Rücklagenauflösung relativ niedrig sind. Ist jedoch die Gewinnsituation umgekehrt, so kann die mit Hilfe der Rücklagenbildung vorgenommene Steuerverschiebung zu einer absolut höheren Steuerbelastung führen, so daß der durch die Verschiebung eintretende Zinsertrag unter Umständen überkompensiert wird und die Liquiditätsverbesserung in der Gegenwart durch eine Steuer-mehrbelastung erkauft wird."¹⁾

Rein deskriptiven Charakter tragen dabei Formeln zur "exakten" Berechnung des mit steuerbilanzpolitischen Mitteln durchgesetzten Steuerkredits sowie - zeitlichen Einfluß vernachlässigend - der auf Tarifänderungen beruhenden Steuerersparnis:

$$\text{Steuerkredit} = \frac{\text{ESt- bzw. KSt-Satz} + \text{GewESt-Meßzahl} \times \text{GewSt-Hebesatz}}{1 + \text{GewESt-Meßzahl} \times \text{GewSt-Hebesatz}} \times \text{temporär steuerfreie Gewinnverwendung}^{2)};$$

1) Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a.a.O., S. 471; Hervorhebungen weggelassen.

2) Vgl. Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 106.

Steuerersparnis =

$$\frac{\left[\begin{array}{l} \text{Gewinnverlagerung} \\ \text{aus der Periode} \\ \text{höherer Besteuerung} \\ \text{in die Periode} \\ \text{niedrigerer Besteuerung} \end{array} \right] \times \left[\begin{array}{l} \text{Differenz} \\ \text{der effektiven} \\ \text{Steuersätze} \end{array} \right]}{100} \quad 1)$$

Tatsächlich stellt eine erfahrungsbezogene Theoriebildung nicht Selbstzweck dar und erschöpft sich somit nicht in der objektivierenden Gewinnung generalisierender Erkenntnisse und informativer Aussagen über die faktische Beschaffenheit betriebswirtschaftlich-steuerlich relevanter Phänomene, sondern in letzter Konsequenz hat immer die Erarbeitung individueller Zweckmäßigkeitslösungen durch Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse auf praktische Problemstellungen zu erfolgen.²⁾

"Die aus dem pragmatischen Wissenschaftsziel sich ergebende Aufgabenstellung umschließt damit die Konstruktion besonderer instrumentaler (auch praxeologisch, operational, teleologisch oder technologisch genannter) Satzsysteme, die uns über die Eignung bestimmter wirtschaftlicher Mittel und Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele informieren sollen. ... Soweit die Wirklichkeitsgestaltung die Kenntnis geltender Gesetzmäßigkeiten und ihrer Randbedingungen voraussetzt, bauen ... die instrumental Systemen auf explanatorischen Theorien auf, indem sie aus diesen durch entsprechende Umformung und durch Einbeziehung der Handlungsziele, Mittel, Verfahren und Bedingungen gewonnen werden."³⁾

Ein wachsender Steuerbelastungsdruck⁴⁾ zwingt auch im Bereich der

1) Vgl. Weichsel, Lothar, Beschleunigte Abschreibung, Wachstum u. Konjunktur, Köln/Opladen 1964, S. 81; Wehmeyer, J., a.a.O., S. 89.

2) Vgl. etwa auch Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 67.

3) Kosiol, Erich, Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensforschung, a.a.O., S. 749 f.

4) Zur Ermittlung der steuerlichen Belastungssätze von Unternehmen vgl. Rose, Gerd, Untersuchungen über die Steuerbelastung der Unternehmung, a.a.O., S. 1 ff; ders., Die neuen Teil-

Steuerbilanzpolitik zu einer möglichst genauen Erkenntnisgewinnung mit Hilfe eines hochentwickelten Instrumentariums. Das Postulat der Genauigkeit beinhaltet dabei nicht so sehr eine durch die Leistungsfähigkeit des Maßausdrucks bedingte Pfenniggenauigkeit, sondern vielmehr eine theoretisch einwandfreie Ableitung betriebswirtschaftlicher Verhaltensnormen im Sinne von Richtigkeit, die durch isomorphe Abbildung der Problemstruktur zu erreichen ist.¹⁾

Ausgehend von Vogt²⁾, finden sich erste technologisch brauchbare, durch bewußten Einsatz des gesamten steuerbilanzpolitischen Instrumentariums zur expliziten Beeinflussung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage zielgerichtete Lösungsansätze bei Marettek³⁾ und Heigl.⁴⁾ Bemerkenswert erscheint dabei die Tatsache, daß jeder der drei Ansätze, die Gewinnivellierung von Vogt, die Minimierung des Barwerts der Steuerbeträge von Marettek und die Maximierung des Kapitalwerts der Gewinne nach Steuern von Heigl eine jeweils andere steuerbilanzpolitische Verhaltensweise determiniert.⁵⁾

steuersätze, a.a.O., S. 1681 ff; ders., "Eckwerte" und betriebliche Steuerbelastung, a.a.O., S. 229 ff; Laux, Hans, Die Spitzen- und Durchschnittssteuerbelastung nach dem geltenden Einkommensteuertarif, in: BB 1968, Beilage Nr. 7, S. 1-10.

- 1) Vgl. Meffert, Heribert, Betriebswirtschaftliche Kosteninformationen. Ein Beitrag zur Theorie der Kostenrechnung, Wiesbaden 1968, S. 74 ff.
- 2) Vgl. Vogt, Fritz Johs., a.a.O., S. 17 u. 24 ff.
- 3) Vgl. Marettek, Alexander, Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik, a.a.O., S. 7 ff; ders., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 165 ff.
- 4) Vgl. Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitzsteuerbelastung (I, II, III), in: FR 1970, S. 53-60, 87-91, 113-120; ders., Bedingungen unternehmerischer Steuerplanung, a.a.O., S. 127 ff.
- 5) Vgl. Melcher, Günther-Herbert, Planungskonzepte, a.a.O., S. 110; Heigl, Anton, Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, a.a.O., S. 130.

422 Entscheidungsmodell der Gewinnivellierung

Im Hinblick auf den progressiven Einkommensteuertarif empfiehlt Vogt¹⁾, eine "Normallinie" oder "Normalzone" des zu versteuern- den Gewinns einzuhalten, um eine unsichtbare Mehrbesteuerung des schwankenden Einkommens gegenüber einem gleichmäßig auf die einzelnen Jahre verteilten Einkommen zu vermeiden.

Der Grundgedanke einer solchen Nivellierung der mit Hilfe der Steuerbilanz zu ermittelnden Ertragsteuerbemessungsgrundlagen eines mehrperiodigen Betrachtungszeitraums bei progressivem Tarif basiert auf der Tatsache, daß die kumulierte Steuerbelastung dann minimal wird, wenn für Teile einer umfassenden Bemessungsgrundlage jeweils der gleiche marginale Steuersatz gilt. Während diese Erkenntnis für eine zeitlich-horizontale Allokation von Steuerzahlungen uneingeschränkt Gültigkeit besitzt, führt die These der Minderschätzung künftiger Bedürfnisse als denknottwendige Konsequenz eines positiven Zinssatzes²⁾ bei zeitlich-vertikaler Allokation von Ertragsteuerzahlungen unmittelbar zur Diskontierungsfrage hin, die allgemein mit den Methoden der Wirtschaftlichkeitsrechnung zu lösen ist.³⁾

"Aus der Existenz des Zinses und aus dem Vorhandensein produktiver Kapitalanlagemöglichkeiten folgt, daß liquide Mittel um so weniger wert sind, je ferner der Zeitpunkt

1) Vgl. Vogt, Fritz Johs., a.a.O., S. 16 ff, RdNr. A 5 ff u. S. 30 f, RdNr. A 18.

2) Vgl. Stackelberg, Heinrich von, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen/Zürich 1951, S. 139 ff; Wesemann, Joachim, Die Problematik der Investitionstheorie. Der investitionstheoretische Ansatz und ein Alternativvorschlag auf der Basis der handlungstheoretischen Konzeption, Diss. Münster 1968, S. 26 ff u. 79 ff.

3) Vgl. auch Crumbley, D. Larry, Introducing Probabilities and Present Value Analysis into Taxation, in: The Accounting Review 1972, S. 173 f.

ist, an dem über sie verfügt werden kann."¹⁾

Unter Berücksichtigung des Zinsgedankens wäre vielmehr die interperiodische Allokation von Ertragsteuerzahlungen so vorzunehmen, daß im Ergebnis jeweils die auf den Betrachtungszeitpunkt abgezinsten Grenzsteuersätze gleich sind.²⁾

423 Entscheidungsmodell der Steuerbarwertminimierung

Unter Hinweis auf die bereits erfolgte Formalisierung steuerbilanzpolitischer Aktionsparameter läßt sich die Struktur des Steuerbarwertmodells von Marettek³⁾ folgendermaßen kennzeichnen:

$$B^0 = \sum_{j=1}^n \frac{B_j}{q_j} \longrightarrow \text{Min!}$$

unter der Nebenbedingung:

$$\sum_{j=1}^n K_j = K_{\max}$$

Dabei bedeuten:

- B^0 = Summe der Barwerte der Steuerzahlungen
- B_j = $G_j \cdot s_j$ = Ertragsteuer auf G_j
- s_j = Ertragsteuersatz

-
- 1) Groos, Manfred, Die optimale Investitionsentscheidung in der Unternehmung unter besonderer Berücksichtigung der Ersatzinvestitionen, Diss. Köln 1964, S. 22.
 - 2) Vgl. etwa auch Siegel, Theo, Verfahren zur Minimierung der Einkommensteuer-Barwertsumme, in: BFuP 1972, S. 65-80 (67).
 - 3) Vgl. Marettek, Alexander, Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik, a. a. O., S. 22 ff; ders., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 169 ff; Gintrowski, Georg/Marettek, Alexander, Bemerkungen zu Entscheidungsmodellen für die betriebliche Steuerbilanzpolitik, in: StuW 1972, S. 231-238 (232).

- G_j = $E_j - K_j$ = steuerpflichtiger Periodengewinn
 E_j = Periodengewinn vor Einsatz der Manövriermasse
 K_j = Manövriermasse (durch Einsatz des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums verrechneter Aufwand)
 $K_{\max}$ = maximal einsetzbare Manövriermasse im Planungszeitraum
 q_j = Abzinsungsfaktor der Periode j, wobei $q = 1 + \frac{p}{100}$

Als Haupteinwand gegen das Entscheidungsmodell der Steuerbarwertminimierung, das ausschließlich der Ausübung von Wahlrechten, nicht jedoch der zeitlichen Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen zu dienen vermag, ist das Verfahren der isolierenden Abstraktion bei der Abgrenzung des Entscheidungsfeldes zu nennen.

"Daher wird etwa der Fall nicht optimal erfaßt, daß die durch möglichst weitgehende Steuerverschiebung in die Zukunft zunächst zusätzlich freiwerdenden liquiden Mittel so günstig angelegt werden können, daß der Nachteil, von der minimalen Steuerbarwertsumme abzugehen, überkompensiert wird. Um hier das Optimum zu erhalten, ist (prima facie; Anm. d. Verf.) die Verwendung eines umfassenden Investitions- und Finanzierungsmodells erforderlich." ¹⁾

Indem Marették eine Abzinsung der Steuerbeträge mit dem landesüblichen Zinssatz wegen dessen Risikolosigkeit empfiehlt ²⁾, geht er implizit von den Bedingungen eines vollkommenen Kapitalmarktes aus und unterstellt damit eine unrealistische, nur scheinbar bestehende Isomorphie der zu betrachtenden Unternehmungsstrukturen hinsichtlich der entscheidungsfeldbezogenen finanziellen Interdependenz und entscheidungsträgerabhängigen Einkommenspräferenz. ³⁾

1) Siegel, Theo, a.a.O., S. 80.

2) Vgl. Marették, Alexander, Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik, a.a.O., S. 27; ders., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 175.

3) Vgl. hierzu Blumentrath, Ulrich, Investitions- und Finanzplanung mit dem Ziel der Endwertmaximierung, Wiesbaden 1969, S. 58.

Der Kalkulationszinsfuß dieses Modells vermag nicht die ihm neben der Verrechnungsfunktion zugeordnete Lenkungsfunktion¹⁾ zu erfüllen; menschliche Verhaltensweisen bei der Steuerbilanzpolitik werden völlig starr normiert.

424 Entscheidungsmodell der Nettokapitalwertmaximierung

Das von Heigl entwickelte Modell der Nettokapitalwertmaximierung weist folgende Struktur auf:

$$K = \sum_{t=1}^{t=n} (G - St)_t \cdot \frac{1}{q^t}$$

Dabei bedeuten:

- K = Kapitalwert
- G = Gewinn vor Steuern
- St = Steuerbeträge
- n = Anzahl der Perioden
- $q = 1 + \frac{p}{100}$
- p = Nettozinsfuß nach Steuern

"Das Allokationsproblem besteht sonach darin, die transponierbaren Anteile der Steuerbemessungsgrundlagen in die Perioden geringster Steuersätze unter Berücksichtigung der Abzinsungswirkung so zu verlagern, daß der Kapitalwert der Ergebnisse nach Steuern maximal wird."²⁾

Im Ergebnis wird bei progressivem Steuertarif ein weitgehend frühzeitiger und bei proportionalem Steuertarif der jeweils höchstmög-

1) Vgl. Kappler, Ekkehard/Rehkugler, Heinz, Kapitalwirtschaft, in: Industriebetriebslehre, Hrsg. Edmund Heinen, a.a.O., S. 575-677 (618 f).

2) Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitzsteuerbelastung (III), a.a.O., S. 113.

liche steuerliche Gewinnausweis bewirkt.¹⁾

Eine berechtigte Kritik an diesem Steuerplanungskonzept kann sich indessen nicht gegen die als Kapitalwert definierte Zielgröße "Nettogewinnmaximierung", sondern nur gegen die Bestimmung der Rechengrößen des finanzmathematischen Kalküls richten.²⁾

"Das übliche Verfahren der Bewertung ganzer Unternehmungen ist die Diskontierungsmethode. Man berechnet den Kapitalwert aller zukünftigen Einzahlungsüberschüsse, nicht etwa aller Gewinne; denn was Gewinn ist, wird durch das Bewertungsverfahren erst präzisiert. Der Gewinn kann also nicht Voraussetzung der Bewertung sein."³⁾

Erstrebt ein Entscheidungssubjekt maximalen finanziellen Erfolg, so hat es sich bei seinen steuerbilanzpolitischen Entscheidungen an den durch seine Aktionen bewirkten Ein- und Auszahlungen zu orientieren. Nur diese Zahlungen bestimmen als reale Vorgänge den finanziellen Erfolg. Die ertragsteuerliche Bilanzierung und Bewertung sowie Verrechnung von Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben sind hingegen Vorgänge, die sich in den Büchern der Unternehmung abspielen. Wird die Entscheidung über die Steuerbilanzpolitik schließlich von der Differenz zwischen bilanziell ausgewiesenem Gewinn und Ertragsteuerzahlung abhängig gemacht, "so liegt dem eine Verwechslung des Buchungsvorgangs mit einem realen Vorgang zugrunde."⁴⁾

Steuerbilanzpolitisch zu nutzende Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte resultieren aus der alternativen Normierung einer Ent-

1) Vgl. etwa auch die Berechnungen bei Heigl, Anton, Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, a.a.O., S.130; Gintrowski, Georg/Marettke, Alexander, a.a.O., S.233 u. 236.

2) Zur Frage der Rechengrößen vgl. auch Lücke, Wolfgang, Investitionsrechnung auf der Grundlage von Ausgaben oder Kosten?, in: ZfhF 1955, S.310-324; Rückle, Dieter, Zielfunktion und Rechengrößen der Investitionsrechnung, in: Der Österreichische Betriebswirt 1970, S.39-76 (44 ff).

3) Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S.759

4) ders., Investitionstheorie, a.a.O., S.34.

scheidungssituation in den der Kommunikation dienenden steuerlichen Wertkonventionen. Von zwei alternativen Kommunikationswerten, die immer dann echte Entscheidungswerte darstellen, wenn die genormten wertbeeinflussenden Umstände zutreffen, kann aber bestenfalls nur einer als Maßstab der Vorziehwürdigkeit dienen, wenn die aktuelle Entscheidungssituation mit der betreffenden hypothetischen Entscheidungssituation übereinstimmt.¹⁾ Zutreffend ist insofern der Hinweis auf das "Kriterium der finanzwirtschaftlichen Wirksamkeit steuerbilanzpolitischer Maßnahmen".²⁾

Der Auffassung, daß der Kalkulationszinsfuß einen Aktionsparameter darstelle³⁾, kann nicht gefolgt werden, da auch durch autonome Variation eines subjektiv fixierten Mindestnettozinssatzes⁴⁾ die Erreichung finanzieller Zielgrößen faktisch nicht beeinflußt werden kann. Der Kalkulationszinsfuß stellt allenfalls einen Erwartungsparameter dar, indem er die Interdependenzen zu den Handlungsmöglichkeiten bewertungsmäßig wiedergibt, die dem nicht im Modell erfaßten Teil des Entscheidungsfeldes angehören.

Entgegen der Intention Heigls⁵⁾, die Maximierung des Kapitalwerts der Gewinne nach Steuern bei Dividendenstabilisierung zu betreiben, bezieht Melcher⁶⁾ dieses Nettokapitalwertkonzept auf die Maximierung der Entnahmen bzw. Ausschüttungen.

1) Vgl. Engels, Wolfram, a.a.O., S. 32 f.

2) Gintrowski, Georg/Marettek, Alexander, a.a.O., S. 236.

3) Vgl. Heigl, Anton, Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, a.a.O., S. 132 ff.

4) Vgl. zu dieser Interpretation Melcher, Günther-Herbert, Anwendungsbereiche und Mittel betrieblicher Steuerpolitik, in: Stuw 1972, S. 327-332 (329).

5) Vgl. Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitzsteuerbelastung (III), a.a.O., S. 114 ff.

6) Vgl. Melcher, Günther-Herbert, Anwendungsbereiche und Mittel betrieblicher Steuerpolitik, a.a.O., S. 331.

Die Ausschüttungsmaximierung als subjektiv-konsumtiv bestimmte Zielsetzung eines Totalmodells kann sich - bei einer durch Bewertung in der Zielfunktion und/oder in den Nebenbedingungen zu berücksichtigenden Abgrenzung des Entscheidungsfeldes¹⁾ - keinesfalls in einer Wesensänderung der Rechengrößen eines investitions-theoretischen Partialmodells, sondern allenfalls in einer Modifikation des Kalkulationszinsfußes durch die Konsumpräferenz²⁾ und in der Einführung einer Nebenbedingung der steuerlichen Gewinnausweispolitik niederschlagen, die - unter Berücksichtigung des Prinzips der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz und seiner Durchbrechungen - der rechtlichen Sicherung der Ausschüttbarkeit eines als optimal ermittelten Entnahmestroms³⁾ dient.

425 Vergleich der konkurrierenden Kalküle

Die vergleichende Gegenüberstellung der beschriebenen und diskutierten steuerbilanzpolitischen Entscheidungsmodelle läßt, wie nachstehend gezeigt wird, eine jeweils andere Gestaltung des betriebswirtschaftlichen Entscheidungsfeldes als "optimal" erscheinen.

Eine Typologie der Steuerbilanzpolitik nach Rückverlagerung, Nivellierung und Vorverlagerung der Steuerbemessungsgrundlagen kennzeichnet die Lösung des Problems weitgehend vom möglichen Ergebnis und nicht von der Methode der Entscheidungsfindung her.

Das steuerbilanzpolitische Entscheidungsproblem beinhaltet indes-

1) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a.a.O., S. 27.

2) Vgl. etwa Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, a.a.O., S. 52.

3) Zur Ermittlung vgl. etwa Drukarczyk, Jochen, Investitionstheorie und Konsumpräferenz. Ein Beitrag zur expliziten Berücksichtigung der Entnahmen (Konsumausgaben) im optimalen mehrperiodigen Investitionsprogramm des Unternehmers, Berlin 1970, S. 85 ff.

Perioden	t ₁	t ₂	t ₃	t ₄	t ₅	Summe
(1) Bruttoertrag	125 000	120 000	125 000	100 000	300 000	770 000
I. Rückverlagerung der stpfl. Ergebnisse						
(2) Manövriermasse I	85 000	70 000	65 000	30 000	220 000	470 000
(3) Stpfl. Ergebnis (1)-(2)	40 000	50 000	60 000	70 000	80 000	300 000
(4) Steuerbetrag	12 458	16 985	21 747	26 627	31 616	109 433
(5) Barwert des Steuerbetrages	11 643	14 834	17 753	20 311	22 535	87 076
(6) Nettoeinkommen (3)-(4)	27 542	33 015	38 253	43 373	48 384	190 567
(7) Barwert des Nettoeinkommens	25 741	28 835	31 226	33 089	34 408	153 389
II. Nivellierung der stpfl. Ergebnisse						
(8) Manövriermasse II	65 000	60 000	65 000	40 000	240 000	470 000
(9) Stpfl. Ergebnis (1)-(8)	60 000	60 000	60 000	60 000	60 000	300 000
(10) Steuerbetrag	21 747	21 747	21 747	21 747	21 747	108 735
(11) Barwert des Steuerbetrages	20 324	18 993	17 753	16 588	15 500	89 158
(12) Nettoeinkommen (9)-(10)	38 253	38 253	38 253	38 253	38 253	191 265
(13) Barwert des Nettoeinkommens	35 751	33 410	31 226	29 183	27 274	156 844
III. Vorverlagerung der stpfl. Ergebnisse						
(14) Manövriermasse III	45 000	50 000	65 000	50 000	260 000	470 000
(15) Stpfl. Ergebnis (1)-(14)	80 000	70 000	60 000	50 000	40 000	300 000
(16) Steuerbetrag	31 616	26 627	21 747	16 985	12 458	109 433
(17) Barwert des Steuerbetrages	29 548	23 256	17 753	12 958	8 883	92 398
(18) Nettoeinkommen (15)-(16)	48 384	43 373	38 253	33 015	27 542	190 567
(19) Barwert des Nettoeinkommens	45 219	37 884	31 226	25 187	19 637	159 153

Quelle: Heigl, Anton, Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, a.a.O., S. 130.

sen nicht eine realtypische Fragestellung in Form der Festlegung einer fallenden, gleichbleibenden oder steigenden Gewinnentwicklung sowie prospektiver Steuerzahlungen für jeden Abschnitt des Planungszeitraums, sondern vielmehr geht es unter operations-analytischem Aspekt darum, auf der Grundlage von Daten für ein abgelaufenes Wirtschaftsjahr und zahlreicher subjektiver Erwartungen für die Zukunft durch Ausübung von Wahlrechten und zeitliche Bestimmung von Sachverhaltsmaßnahmen das gegenwärtig verfügbare steuerbilanzpolitische Instrumentarium zieladäquat einzusetzen.

Die bisher genannten Lösungsansätze zur Steuerbilanzpolitik abstrahieren weitgehend von deren Subjektivität, bedingt durch das jeweils geltende Entscheidungsfeld sowie durch das Entscheidungssubjekt als entscheidungsdeterminierende Faktoren.

Die Verwendung eines ohne hinreichende Begründung exogen bestimmten Kalkulationszinsfußes im steuerbilanzpolitischen Entscheidungskalkül erscheint insofern nicht unbedenklich, als der Kalkulationszinsfuß bei progressivem Steuertarif die interperiodische Allokation von Ertragsteuerzahlungen unmittelbar determiniert.

43 Totalmodell als Bezugspunkt steuerbilanzpolitischer Reflexionen

Die neuere Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Kapitaltheorie ist gekennzeichnet durch die Umgehung der bei isolierender Analyse einzelner Investitionsprojekte und Finanzierungsmaßnahmen auftretenden Bewertungsprobleme mittels der simultanen Bestimmung eines optimalen Bündels von Kapitalbeschaffungs- und

Kapitalverwendungsdispositionen.¹⁾

"Sämtliche gegenwärtigen und künftigen Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten sind dabei so zu kombinieren, daß ein optimaler Finanzplan erreicht wird, ein Finanzplan, der die Zielgröße maximiert und sämtlichen Nebenbedingungen (insbesondere der Liquiditätsbedingung) genügt. Unter diesen Voraussetzungen braucht der Unternehmer keinen Kalkulationszinsfuß, denn hier ist es nicht nötig, die einzelnen Zahlungen auf- oder abzutun. "²⁾

Realisiert wird ein solches Totalmodell durch ein System linearer Gleichungen, bestehend aus Ziel-, Definitions- und Erklärungsfunktionen sowie Nebenbedingungen. Die als Aktionsparameter (Instrumentalvariablen) formalisierten Handlungsmöglichkeiten des Entscheidungssubjekts (Entscheidungstatbestände) gehen dabei als unabhängige Variablen in die Erklärungsfunktionen und Nebenbedingungen ein. Die durch das jeweilige Ausmaß der periodischen Konsumentnahmen und des Endvermögens am Planungshorizont bestimmte erfolgswirtschaftliche Zielfunktion, die bei expliziter Abbildung aller unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten in einem Totalmodell der Abgrenzung des Konsumbereichs und entsprechenden Trennung der unternehmungsbezogenen Zahlungsreihe von der unternehmerbezogenen Zahlungsreihe³⁾ Rechnung trägt, läßt sich unter Heranziehung der gebräuchlichen Begriffe auch durch folgende drei Nutzenfunktionen typologisieren.⁴⁾

(1) Im Falle der Vermögensmaximierung (Endwertmaximierung, Endvermögensmaximierung) will der Unternehmer

1) Vgl. hierzu etwa in der deutschen Literatur die Ansätze von Hax, Herbert, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe der linearen Programmierung, in: ZfbF 1964, S. 430-446; Blumentrath, Ulrich, a. a. O.; Jacob, Herbert, Investitionsplanung und Investitionsentscheidung mit Hilfe der Linearprogrammierung, 2. Aufl., Wiesbaden 1971.

2) Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, a. a. O., S. 158. Hervorhebungen weggelassen.

3) Vgl. zu dieser Unterscheidung Blumentrath, Ulrich, a. a. O., S. 37 ff.

4) Vgl. Schneider, Dieter, Modellvorstellungen zur optimalen Selbstfinanzierung, in: ZfbF 1968, S. 705-739 (710 f.).

bei gleich hohen oder sich regelmäßig ändernden periodischen Entnahmen einen Geldbetrag am Ende seines Handlungszeitraums maximieren.

- (2) Im Falle der Einkommensmaximierung (Entnahmemaximierung, Ausschüttungsmaximierung) will der Unternehmer bei vorgegebenem Endvermögen die periodischen Entnahmen, deren zeitliche Verteilung festgelegt ist, maximieren.
- (3) Im Falle der Wohlstandsmaximierung wünscht der Unternehmer sowohl steigende Entnahmen als auch steigendes Vermögen während des Handlungszeitraums, wobei eine mit Hilfe von Indifferenzkurven zu veranschaulichende Austauschregel zwischen beiden Zielgrößen bekannt sein muß.

Indem die Investitionstheorie ausschließlich Zahlungen¹⁾ als entscheidungsrelevante Zielwirkungen auffaßt, da diese sowohl auf den Zeitpunkt finanzwirtschaftlicher Realisierung des Erfolges Bezug nehmen als auch durch keinerlei individuelle Wertmaßstäbe modifizierte, objektiv meßbare Größen darstellen, bildet die als von den Präferenzen des Unternehmers abhängig gekennzeichnete, durch zeitliche Struktur und Breite des Konsumentnahmestroms sowie durch das Endvermögen am Planungshorizont determinierte erfolgswirtschaftliche Zielsetzung insofern ein logisches Gegenstück zu den auf dem Diskontierungsprinzip beruhenden klas-

1) Zu den materiellen und formellen Unterschieden zwischen Einzahlungen, Einnahmen, Erträgen, Betriebseinnahmen und Leistungen als positiven Erfolgskomponenten sowie zwischen Auszahlungen, Ausgaben, Aufwendungen, Betriebsausgaben und Kosten als negativen Erfolgskomponenten vgl. Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 8 ff; Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a. a. O., S. 91 ff, 100, 102 u. 104; Heinen, Edmund/Fahn, Engelbert/Wegenast, Claudius, a. a. O., S. 703 f; Chmielewicz, Klaus, Zum Verhältnis von Ausgaben, Aufwand und Kosten sowie Einnahmen, Ertrag und Leistung, in: ZfB 1968, S. 917-922; Bareis, Hans Peter, a. a. O., S. 24 ff.

sischen Investitionskriterien, als sämtliche Handlungsmöglichkeiten und daraus resultierende Zahlungsvorgänge im Unternehmensbereich innerhalb eines mehrperiodigen Planungszeitraums - gegebenenfalls bei Approximation der vollständigen Erfassung unternehmensbezogener Zahlungen durch Erweiterung der entscheidungsunabhängigen Zahlungsreihe - explizit erfaßt werden und die einzelnen Zahlungsreihen unter Berücksichtigung zeitlich-horizontaler und zeitlich-vertikaler Interdependenzen finanzieller und güterwirtschaftlicher Art bei gleichzeitiger Lösung des Zu-rechnungsproblems im Hinblick auf die innerhalb der Nebenbedingung zu maximierenden Größen "Endvermögen" und/oder "Entnahmen" optimal aggregiert werden.¹⁾ Aus dieser Sicht läßt sich der Endwert auch sehr plastisch als "undiscounted cumulative profit"²⁾ bezeichnen.

Wenn das Investitions- und Finanzierungsprogramm sowie die Höhe der daraus resultierenden Ertragsteuerzahlungen nicht simultan, sondern sukzessiv bestimmt werden, ist aufgrund bestehender Interdependenzen nicht sichergestellt, daß die Ergebnisse optimal sind. Je größer der Betrag ist, der einer Unternehmung durch Ertragsteuerzahlungen entzogen wird, um so mehr Kapital muß zur Finanzierung eines gegebenen Investitionsvolumens zugeführt werden bzw. um so weniger Investitionen können bei gegebener Kapitalausstattung durchgeführt werden. Das Investitions- und Finanzierungsprogramm wiederum beeinflußt die zukünftigen Ertragsteuerzahlungen.³⁾ Bemessungsgrundlage für Ertragsteuerzahlungen ist der in der Steuerbilanz ausgewiesene Gewinn, eine Größe, die im Entscheidungsmodell zur simultanen Bestimmung eines

1) Vgl. Blumentrath, Ulrich, a.a.O., S. 13 ff, 55 f, 121 ff u. 196 ff.

2) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 60.

3) Vgl. hierzu auch Lippmann, Klaus, a.a.O., S. 27 u. 39.

optimalen Investitions- und Finanzierungsprogramms, das nur Einzahlungen und Auszahlungen berücksichtigt, nicht vorkommt.

"Die Abweichungen zwischen Einzahlungsüberschüssen und Gewinnen ergeben sich daraus, daß Zahlungen nicht immer in der Periode als Aufwand oder Ertrag verrechnet werden, in der sie stattfinden; insbesondere wird die am Anfang einer Investition stehende Auszahlung erst in den folgenden Jahren in Form von Abschreibungen als Aufwand erfaßt."¹⁾

"Aus letzterem Gesichtspunkt folgt weiter, daß die in der Investitionstheorie übliche Orientierung an Ein- und Auszahlungsströmen grundsätzlich nicht mehr ausreicht, wenn Ertragsteuern berücksichtigt werden sollen; will man die Zahllast dieser Steuern exakt planen, so muß man zusätzlich jene Erträge und Aufwendungen erfassen, die den Zahlungsströmen der einzelnen Projekte entsprechen und deren Differenz den steuerpflichtigen Periodenerfolg ergibt."²⁾

Die Steuerbilanz stellt somit innerhalb eines Totalmodells ein intermediäres definitorisches System dar, dessen Definitionen aus den zugrunde liegenden steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften abgeleitet sind. Da der in der Steuerbilanz ausgewiesene Gewinn das Ergebnis eines zielgerichteten Einsatzes des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums darstellt, sind diese Handlungsmöglichkeiten ebenfalls zu berücksichtigen.

Wegen ihres Liquiditäts- als auch Rentabilitätseffektes lassen sich Steuerzahlungen nicht isoliert von den übrigen Kapitalbeschaffungs- und Kapitalverwendungsdispositionen betrachten. Der steuerbilanzpolitische Entscheidungsgegenstand läßt sich dabei ebenso als Finanzierungsmaßnahme³⁾ wie als Investitionsobjekt⁴⁾ deuten.

"However, if it is accepted that the profit before tax is a decision variable, then it is also clear that the selection

1) Hax, Herbert, Investitionstheorie, a. a. O., S. 88.

2) Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 15 f.

3) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 105 ff.

4) Vgl. Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a. a. O., S. 258.

of an investment project or a source of financing cannot be decided independently of other projects and sources. Taxation binds all investment projects and sources of financing together. If we incorporate income tax into the model we can no longer speak about independent projects and sources and we can no longer select a project or a source of financing without considering what happens elsewhere in the firm."¹⁾

Somit sei zunächst eine abstrakte Gesamtheit kapitaltheoretischer Totalmodelle auf deren Eignung zur Lösung steuerbilanzpolitischer Entscheidungsprobleme untersucht.

Soll die Steuerbilanzpolitik durch simultane Unternehmungsplanung im Rahmen eines Totalmodells erfolgen, so sind die betreffenden steuerbilanzpolitischen Entscheidungstatbestände als zusätzliche Aktionsparameter in das Entscheidungsmodell einzuführen. Die optimale Höhe der periodischen Ertragsteuerzahlungen wird zugleich mit dem optimalen Investitions- und Finanzierungsprogramm bestimmt, indem der Wert aller Instrumentalvariablen - unter Berücksichtigung der zwischen ihnen bestehenden Interdependenzen - im Hinblick auf die unternehmerische Zielsetzung zu optimieren ist.²⁾

Indem die Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen sowohl das Mengengerüst der Steuerbilanz bestimmen als auch zu den aus dessen Bewertung resultierenden Ertragsteuerzahlungen alternative Kapitaldispositionen darstellen, lassen sich diese nicht etwa zur Erfüllung des Vollständigkeitserfordernisses bezüglich der Erfassung unternehmungsbezogener Zahlungen durch die Erweiterung einer entscheidungsunabhängigen Zahlungsreihe berücksichtigen. Weiterhin muß ein durch Widerspruchsfreiheit befriedigendes Totalmodell etwa für die Abschreibungswahlrechte die entscheidungs-

1) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 42.

2) Vgl. hierzu auch Lippmann, Klaus, a.a.O., S. 30 u. 58 ff.

abhängigen Anwendungsbedingungen sichern, indem die steuerbilanzpolitischen mit den investitionspolitischen Instrumentalvariablen funktional verknüpft werden. Indem auch die gegenwärtige Steuerbilanzpolitik und die zukünftigen Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten voneinander abhängen, sind neben den zeitlich-horizontalen Interdependenzen weiterhin zeitlich-vertikale zu berücksichtigen, die nur bei sicherer Kenntnis der Zukunft fehlerfrei zu ermitteln sind. Ein der Diskontierungsumgehung dienendes Totalmodell der Steuerbilanzpolitik umfaßt damit zwangsläufig auch Investitions- und Finanzpolitik, wenn man diese Aktivitäten - insbesondere auch im Hinblick auf zeitlich zu determinierende Sachverhaltsmaßnahmen - nicht unrealistischerweise als entscheidungsunabhängig betrachten will.

Umgekehrt kann das Endwertmodell von Schweim¹⁾ im Hinblick auf die Ertragsteuerzahlungen "als Beispiel dafür herangezogen werden, daß in den Finanzierungsrestriktionen zwar alle periodischen unternehmensbezogenen Zahlungen größtmäßig erfaßt werden, daß diese aber - problemvereinfachend - teilweise als von den betrachteten Instrumentalvariablen unabhängig und somit als Konstante vorgegeben werden".²⁾

Erste Ansätze zu einer expliziten Berücksichtigung einer geringen Zahl steuerbilanzpolitischer Entscheidungstatbestände in Simultanmodellen der mathematischen Programmierung zur Bestimmung eines optimalen Kapitalbudgets finden sich bei Jääskeläinen³⁾ und

1) Vgl. Schweim, Joachim, a.a.O., S. 80 f.

2) Blumentrath, Ulrich, a.a.O., S. 197.

3) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 37 ff, 75 ff u. 124 ff; ders., Investment and the Corporate Income Tax, Manuskript eines Vortrages, gehalten auf der 5. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Unternehmensforschung vom 26.-29. 10. 1966 in Berlin; ders., Growth of Earnings and Dividend Distribution Policy, in: The Swedish Journal of Economics 1967, S. 184-195.

Haberstock¹⁾ sowie andeutungsweise bei Haegert²⁾, indem die Steuerbemessungsgrundlage bzw. deren Komponenten nicht als Ergebnisvariablen, sondern als Aktionsvariablen im Modell jeweils erfaßt werden.

Es erweist sich schließlich, daß Maßnahmen der betrieblichen Steuerpolitik zum Teil als taktische, zum Teil als strategische Entscheidungen zu charakterisieren sind. "Taktische Entscheidungen bewegen sich in dem von der Strategie vorgezeichneten Rahmen; sie werden häufiger getroffen, sind vergleichsweise schnell wirksam und gegebenenfalls leichter zu korrigieren."³⁾

So unterscheidet etwa Lichy⁴⁾ in der betrieblichen Steuerpolitik einen Bereich passiver Anpassung mit strategischem Charakter und einen taktisch bedeutsamen Bereich aktiver Gestaltung, dem die Ausübung steuerbilanzpolitischer Wahlrechte zu subsumieren ist. Ein Totalmodell der Steuerbilanzpolitik müßte neben der taktischen Bewertung des auf realisierten oder erwarteten Daten basierenden Mengengerüsts einer Steuerbilanz auch dessen strategische Festlegung umfassen.

"Grundsätzlich bereitet es keine Schwierigkeiten, die simultane Planung ausschließlich taktischer oder ausschließlich strategischer Politiken in einem Modell durchzuführen. Das 'gemischte Problem' jedoch stößt in den meisten Fällen auf rechnerische Schwierigkeiten, da selbst elektronische Rechenmaschinen derzeit nur über stark beschränkte Kapazitäten verfügen. Überdies weisen alle Simultanmodelle naturgemäß eine Tendenz zur Monstrosität auf."⁵⁾

Aus der Unmöglichkeit einer simultanen Planung des Unternehmungs-

1) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 120 ff.

2) Vgl. Haegert, Lutz, a. a. O., S. 77.

3) Nieschlag, Robert/Dichtl, Erwin/Hörschgen, Hans, Marketing. Ein entscheidungstheoretischer Ansatz, 4. Aufl., Berlin 1971, S. 72.

4) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 26 ff.

5) Hammann, Peter, Entscheidungsmodelle, a. a. O., S. 465.

geschehens - durch Formalisierung der vielfältigen steuerbilanzpolitisch erheblichen Entscheidungstatbestände als Aktionsparameter in einem Totalmodell unter Berücksichtigung aller wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Unternehmungsbereichen sowie zwischen heutigem und künftigem Geschehen - können für die Steuerbilanzpolitik grundsätzlich zwei verschiedene Konsequenzen gezogen werden:¹⁾

- (1) Man hält am Prinzip simultaner Planung fest, macht jedoch so viele vereinfachende Annahmen, daß mit den zur Verfügung stehenden Methoden eine Lösung des Totalmodells zu finden ist. Diese Lösung läßt sich aber immer dann nicht vertreten, wenn die vereinfachenden Annahmen zu sehr von den Gegebenheiten der Realität abweichen, wie etwa bei Berücksichtigung eines oder zweier steuerbilanzpolitischer Instrumente sowie eines Maschinentyps im Hinblick auf die steuerliche Abschreibung und bei Stetigkeit der Variablen.²⁾
- (2) Man verzichtet auf das Prinzip simultaner Planung und bedient sich stattdessen des Verfahrens sukzessiver Planung durch Formulierung von Partialmodellen, wobei zwar nicht alle Interdependenzen exakt berücksichtigt werden können, was jedoch gleichzeitig den Vorteil der Praktikabilität aufweist.

Die Steuerbilanzpolitik gerät somit in ein Dilemma zwischen isomorpher Abbildung des Sachinhalts steuerbilanzpolitischer Entscheidungsprobleme und deren theoretisch exakter Lösung.

Totalmodelle der Steuerbilanzpolitik enthalten zwangsläufig einen Abstraktionsgrad, der ihre praktische Verwendung ausschließt, so

1) Vgl. Lippmann, Klaus, a.a.O., S. 28.

2) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 64 f u. 75 ff; Haberstok, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a.a.O., S. 38 u. 123 ff; Haegert, Lutz, a.a.O., S. 8 ff.

daß sich das Bemühen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre als angewandter Wissenschaft vor allem auf die Entwicklung von Partialmodellen mit wirklichkeitsnäheren Annahmen zu richten hat.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß totale und partielle Modellformulierung keinesfalls zwei unverträgliche Gegensätze darstellen.

Bei Abbildung des gesamten Entscheidungsfeldes im Modell stellt die "Kapitalwertmaximierung" eine der "Endwertmaximierung" und unter bestimmten Voraussetzungen auch eine der "Entnahmemaximierung" äquivalente Zielfunktion dar, wobei die Diskontierung der Zahlungsströme des Totalmodells mit einem beliebigen exogenen Abzinsungsfaktor hinsichtlich Struktur und Umfang zum gleichen Programm führt wie die Endwert- bzw. Entnahmemaximierung.¹⁾

Aus dem Totalmodell läßt sich weiterhin ein für dessen Lösung zwar irrelevanter Kalkulationszinsfuß ableiten, der - sofern er ex ante bekannt oder hinreichend genau zu schätzen ist - die Bestimmung eines optimalen Investitions- und Finanzierungsprogramms (Kapitalbudgets) mit Hilfe von Kapitalwerten in Partialmodellen ermöglicht.²⁾

"Da die Kapitalwerte der Investitions- und Finanzierungsprojekte von der Höhe des Kalkulationszinsfußes abhängen und da bei Anwendung der Kapitalwertmethode nur Projekte mit nichtnegativem Kapitalwert ins Programm aufgenommen werden, hat hier der Kalkulationszinsfuß einen Einfluß auf

1) Zur jeweiligen Gleichwertigkeit der Zielfunktionen vgl. etwa Schweim, Joachim, a. a. O., S. 57 ff; Laux, Helmut/Franke, Günter, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe von Kapitalwerten, in: ZfbF 1969, S. 43-56 (43 ff); Haberstok, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 61 mit weiterer Literatur.

2) Vgl. Franke, Günter/Laux, Helmut, Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße für investitionstheoretische Partialmodelle, in: ZfbF 1968, S. 740-759 (740 f.).

Umfang und Struktur des realisierten Investitionsprogramms.^{"1)}

Die aus dem Totalmodell zu gewinnenden Einsichten über die Determinanten der Kapitalkosten erleichtern die Schätzung dieses Kalkulationszinsfußes.

"Die mit Hilfe des Preistheorems der linearen Programmierung abzuleitenden Optimalitätskriterien für die verschiedenen Aktivitäten unter Einbeziehung der ertragsteuerlichen Einflußfaktoren können sich als wertvoll für die Beurteilung der Vorteilhaftigkeit einzelner unternehmerischer Maßnahmen im Rahmen von Partialmodellen erweitern."²⁾

44 Steuerbilanzpolitik als kybernetischer Prozeß

Der formale - an keinen spezifischen Objektbereich gebundene - kybernetische Denkansatz³⁾ läßt sich auch auf die Steuerbilanzpolitik der Unternehmung übertragen.

Indem die Unternehmung als ein offenes kybernetisches System interpretiert wird, offenbart die Steuerbilanzpolitik einen Lernprozeß besonderer Art⁴⁾ - und zwar hinsichtlich der faktischen Ausübung von Wahlrechten und der zeitlichen Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen.

1) Laux, Helmut/Franke, Günter, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe von Kapitalwerten, a. a. O., S. 55.

2) Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 16.

3) Vgl. Beer, Stafford, Kybernetik und Management, 3. Aufl., Frankfurt (Main) 1959, S. 40.

4) Zur Interpretation der Unternehmung als lernendes System vgl. Kappler, Ekkehard, Der Lernprozeß der Unternehmung. Ein Ansatz zu einem kybernetischen Grundmodell der Betriebswirtschaft, Diss. München 1970, S. 31 ff; Horváth, Péter, Der Betrieb als lernende Entscheidungseinheit, in: ZfB 1970, S. 747-768 (754 ff); Scheuch, Fritz, Zur Verwendung lerntheoretischer Grundlagen in der Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1971, S. 541-552 (547 ff).

"Lernen ist seinem Wesen nach eine Form von Rückkopplung, bei der das Verhaltensschema durch die vorangegangene Erfahrung abgewandelt wird."¹⁾

Grundlagen steuerbilanzpolitischen Lernens bilden folgende Tatsachen:

- (1) Die Unternehmung stellt die kleinste der steuerlichen Gewinnermittlung unterliegende Einheit dar. Ertragsteuerzahlungen lassen sich nicht einzelnen Handlungsmöglichkeiten, sondern nur einer Gesamtheit von Aktivitäten zuordnen, da der in der Steuerbilanz ausgewiesene Gewinn keine eindeutig determinierte Residualgröße, sondern das Ergebnis eines zielgerichteten Einsatzes des gesamten steuerbilanzpolitischen Instrumentariums darstellt.²⁾
- (2) Der Informationsstand des Unternehmers über wirtschaftliche und steuerliche Daten der Zukunft ist am Ende einer Periode besser als an ihrem Anfang, so daß es zu Abweichungen zwischen erwarteten und realisierten Daten kommen kann. "Die bis zum Abschlußzeitpunkt eingetretenen Ereignisse sind nicht mehr mit Ungewißheit behaftet; die Informationen über die Folgezeit haben sich unter Umständen etwas verbessert."³⁾

So mag es sich - angesichts einer ungünstigen Ertragslage und eines progressiven Steuertarifs - bei Bilanzerstellung als zweckmäßig erweisen, auf die in der Investitionsrechnung für ein neu angeschafftes Wirtschaftsgut vorgesehene und für dessen Vorziehungswürdigkeit ausschlaggebende degressive Abschreibungsmethode zu verzichten.

-
- 1) Wiener, Norbert, Mensch und Menschmaschine. Kybernetik und Gesellschaft, 3. Aufl., Frankfurt (Main)/Bonn 1966, S. 63.
 - 2) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 40 ff u. 124; Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 120 ff.
 - 3) Lippmann, Klaus, a. a. O., S. 48.

Bei kybernetischer Interpretation des Unternehmungsverhaltens stellt sich die Unternehmung als ein homöostatisches System hierarchisch verknüpfter Regelkreise dar.¹⁾

Die Grundkonzeption des als Orientierungsschema dienenden Regelkreises ist durch die Elemente Regler und Regelstrecke sowie durch eine Führungsgröße, eine Stellgröße, gewisse Störgrößen und eine Regelgröße gekennzeichnet.

Zwischen den durch einen Rückkopplungskanal verknüpften Elementen "Regler und Regelstrecke erfolgt ein Informationsaustausch in der Weise, daß vom Regler in Richtung Regelstrecke Befehle und von der Regelstrecke in Richtung Regler Ergebnismeldungen ausgehen".²⁾ Die charakteristischen Wirkgrößen des Regelsystems³⁾ lassen sich einteilen in:

- (1) innerhalb des Regelkreises auftretende endogene Größen (Stellgröße, Regelgröße) und
- (2) von außen auf den Regelkreis auftreffende exogene Größen (Führungsgröße, Störgrößen).

Während die Regelstrecke den Teil des Systems repräsentiert, der den zu beeinflussenden Wirkungszusammenhang enthält, bildet der Regler jenen Teil, dessen Aufgabe es ist, eine Beeinflussung des Systems zu bewirken. Die Stellgröße erfaßt alle Einwirkungsmög-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Betriebliche Kennzahlen - Eine organisationstheoretische und kybernetische Analyse -, in: Dienstleistungen in Theorie und Praxis, a.a.O., S. 227-236 (233 ff); Vogler, Gerhard, Unternehmungspolitik als kybernetischer Prozeß, in: NB 1971, Nr. 3/4, S. 30-37 (30 ff).

2) Vogler, Gerhard, a.a.O., S. 30.

3) Vgl. zu deren folgender Darstellung: Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a.a.O., S. 34 f; Flik, Heinrich, Kybernetische Ansätze zur Organisation des Führungsprozesses der Unternehmung, Berlin 1969, S. 33 f; Adam, Adolf/Helten, Elmar/Scholl, Friedrich, Kybernetische Modelle und Methoden. Einführung für Wirtschaftswissenschaftler, Köln/Opladen 1970, S. 119 ff.

lichkeiten auf das zu beeinflussende Objekt, indem sie als Ausgangsgröße des Reglers und Eingangsgröße der Regelstrecke die beiden Elemente einseitig miteinander verbindet. Die Regelgröße verknüpft die beiden Elemente in umgekehrter Richtung. Sie ist diejenige Größe, die es zu beeinflussen gilt und die der Reglerinstanz als Kontrollinstrument dient. Eine dabei auftretende Differenz zwischen festgestelltem Istwert und gewünschtem Sollwert der Regelgröße stellt die Regelabweichung dar, die bei Rückkopplung eine Korrekturmaßnahme einleiten wird. Die Führungsgröße ist die dem Regler vorgegebene, vom Regelkreis unbeeinflusste Größe, die den Sollzustand des Systems charakterisiert. Als Störgrößen gelten alle von außen auf das System einwirkenden Größen, soweit sie sich einer beabsichtigten Beeinflussung gegenüber nicht indifferent verhalten, d. h. diese beeinträchtigen oder unterstützen. Bei hierarchischer Verknüpfung mehrerer Regelkreise bildet die Stellgröße des höheren Regelkreises die Führungsgröße des nachgeordneten Regelkreises.

'Kybernetische Systeme zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie nach Störungen, die ihr Gleichgewicht beeinträchtigen, unter bestimmten Bedingungen wieder in einen Gleichgewichtszustand zurückkehren."¹⁾

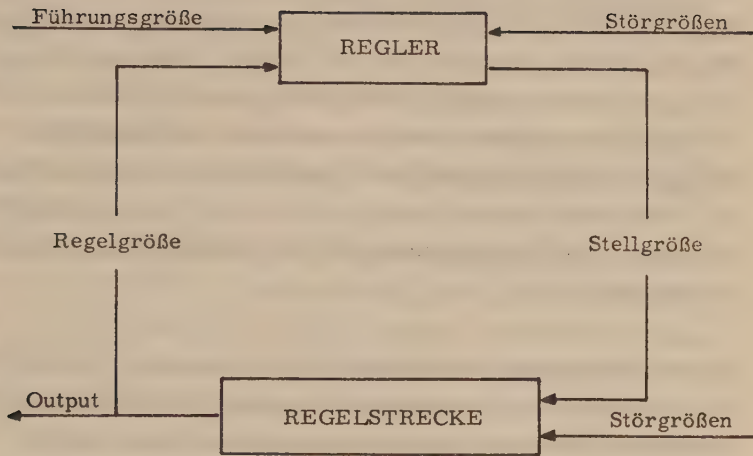
Bei den in kybernetischen Systemen sich vollziehenden Vorgängen wird eine Größe (bzw. ein Größenzusammenhang) fortlaufend erfaßt und durch Vergleich mit einer anderen Größe (bzw. einem anderen Größenzusammenhang) im Sinne einer Angleichung an diese (bzw. diesen) beeinflusst.²⁾

Steuerung, Regelung und Anpassung³⁾ als die drei relevanten durch

1) Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 34. Hervorhebung weggelassen.

2) Vgl. Adam, Adolf/Helten, Elmar/Scholl, Friedrich, a. a. O., S. 118.

3) Vgl. zu dieser Unterscheidung Flechtner, Hans-Joachim, Grundbegriffe der Kybernetik. Eine Einführung, 5. Aufl., Stuttgart 1970, S. 44.



Grundschema eines Regelkreises

Quelle: Flik, Heinrich, Kybernetische Ansätze zur Organisation des Führungsprozesses der Unternehmung, Berlin 1969, S. 31. Symbole weggelassen.

Informationen bewirkten Verhaltensänderungen eines Systems beinhalten mögliche Arten der Beeinflussung. Im Falle der Steuerung wird das Ziel dem System von außen gesetzt; Richtung und Art des Verhaltens werden ebenfalls von außen aufgrund der dem abgegrenzten System eigentümlichen Gesetzmäßigkeit dirigiert. Bei der Regelung wird das Ziel, der Sollwert, zwar von außen gesetzt, das System verändert jedoch selbst sein Verhalten so, daß dieser Sollwert erreicht wird. Anpassung liegt schließlich dann vor, wenn das System sein Verhalten so verändert, daß sich ein Gleichgewichtszustand zwischen System und Umwelt einspielt und dieser selbst entwickelte Sollwert der künftigen Regelung zugrunde gelegt wird.

Der steuerbilanzpolitisch relevante Typ der Anpassung erstrebt einen in Hinblick auf den Anfangszustand des Systems betriebswirtschaftlicher Steuerpolitik optimalen zeitlichen Verlauf der Zustandsvariablen. Ein adäquates Optimierungskriterium wäre dabei eine dynamische, Eingangssignale, Zustandsvariablen und Ausgangssignale berücksichtigende Zielfunktion.¹⁾

"Bei der Betrachtung der zentralen Prozesse, die innerhalb des Reglers stattfinden, zeigt sich, daß es sich nur um Entscheidungsvorgänge handeln kann."²⁾

Eine steuerbilanzpolitische Entscheidung dient somit der Ermittlung einer Stellgröße im Bilanzierungszeitpunkt, um das System der betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik in ein durch "relative Steuerminimierung" determiniertes Gleichgewicht zu führen. Dabei gilt es, die Steuerzahlungen als Regelgrößen (Ausgangssignale des Systems) sowie nach Möglichkeit die fallweisen steuerpolitischen Ak-

1) Vgl. Schiemenz, Bernd, Regelungstheoretische Grundkonzepte und ihre Anwendung zur Gestaltung von Produktions-Lagerhaltungssystemen, in: ZfbF 1972, S. 434-452 (434).

2) Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 35. Hervorhebung weggelassen.

tionen als Störgrößen (steuerbilanzpolitisch unbeeinflussbare Eingangssignale des Systems) zu erfassen und den beeinflussbaren Teil der Eingangssignale, den durch die steuerbilanziellen Gewinnausweise repräsentierten Vektor der Stellgrößen, so festzulegen, daß die in der Führungsgröße enthaltene Zielfunktion extremiert wird.¹⁾

Als Störgrößen des steuerbilanzpolitischen Reglers lassen sich unter verhaltenswissenschaftlichem Aspekt insbesondere besteu-
rungsinduzierte intraindividuelle und interindividuelle Konflikte²⁾ erforschen.

Störgrößen im Regelsystem der betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik sind weiterhin alle Dispositionen, die das Mengengerüst der Steuerbilanz beeinflussen, dessen Bewertung schließlich Aufgabe der Steuerbilanzpolitik ist. Auch die Erfassung und Festlegung einzelner steuerbilanzpolitischer Freiheitsgrade in den verschiedenen Partialmodellen fallweiser, nach betriebsindividueller Dominanz steuerlicher Einflußgrößen unterschiedlich auftretender steuerpolitischer Aktivitäten durch Zuordnung von Steuerzahlungen auf einzelne Handlungsmöglichkeiten gewährleistet keineswegs eine insgesamt optimale steuerpolitische Zielerreichung.

"Die Beziehung von Lernen und Problemlösen ist zweifacher Natur. Zum einen muß Lernen dem Problemlösen vorausgehen, zum anderen ist Problemlösen selbst eine Art des Lernens."³⁾

Die der Bewältigung von steuerpolitischen Entscheidungsproblemen dienenden Modelle lassen sich ihrerseits steuerungs- oder regelungsorientiert anwenden. Der steuerungsorientierte Ansatz "geht dahin, die Ursache-Wirkung-Zusammenhänge des zu lenkenden Prozesses

1) Vgl. Schiemenz, Bernd, Regelungstheoretische Grundkonzepte, a.a.O., S. 443.

2) Zum Begriff des intraindividuellen sowie des interindividuellen Konflikts vgl. Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. I, a.a.O., S. 96 ff u. Bd. III, a.a.O., S. 70 ff.

3) Kappler, Ekkehard, Der Lernprozeß, a.a.O., S. 75.

exakt zu erfassen, die unbeeinflussbaren Einflußgrößen qualitativ und quantitativ genau zu prognostizieren und die beeinflussbaren 'Aktionsparameter' qualitativ und quantitativ so festzulegen, daß für die aktuelle Situation das Ziel maximal erreicht wird. Die vorhandenen Mittel werden überwiegend zur einmaligen, aber genauen Informationsbeschaffung, Modellerstellung und -lösung verwendet. Dieser Ansatz entspricht einer mehr theoretischen Denkungsart, die 'den Dingen auf den Grund' gehen möchte.¹⁾

Der regelungsorientierte Ansatz "zielt darauf ab, häufig, aber dafür weniger genau Daten des zu lenkenden Systems zu erheben, das Entscheidungsmodell zu korrigieren und die 'optimale' Verfahrensweise für den Ausführungsprozeß neu zu errechnen. Er ergibt sich aus regelungs- bzw. systemtheoretischen oder kybernetischen Überlegungen und entspricht insofern mehr pragmatischem Denken, als er 'die Dinge vor allem gestalten' will."²⁾

Die Unterscheidung zwischen steuerungs- und regelungsorientierter Anwendung von Entscheidungsmodellen der betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik deckt sich weder mit der Unterscheidung zwischen Total- und Partialmodellen, noch mit der Unterscheidung zwischen geschlossenen und offenen Entscheidungsmodellen. Vielmehr lassen sich sowohl Total- als auch Partialmodelle ebenso wie die Teilmenge der geschlossenen Modelle im Hinblick auf bestimmte Sachprobleme sowohl regelungs- als auch steuerungsorientiert anwenden.³⁾

1) Schiemenz, Bernd, Steuerungs- und regelungsorientierte Anwendung von Entscheidungsmodellen - Zwei idealtypische Ansätze, in: BFuP 1972, S. 709-712 (709 f).

2) Ebd., S. 710.

3) Zu einer regelungsorientierten Anwendung von Totalmodellen vgl. etwa auch Koch, Helmut, Die zentrale Globalplanung als Kernstück der integrierten Unternehmensplanung, in: ZfbF 1972, S. 222-252.

Als regelungsorientiert ist im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik die Anwendung all derjenigen Entscheidungsmodelle aufzufassen, die der steuerlichen Sachverhaltsschaffung und -gestaltung bei fallweisen, nach betriebsindividueller Dominanz steuerlicher Einflußgrößen unterschiedlich auftretenden Aktivitäten dienen, insbesondere auch jene investitionsrechnerischen Partialmodelle¹⁾ und Totalmodelle²⁾, die durch die Einbeziehung

1) Vgl. aus der Vielzahl von Beiträgen etwa Brown, Cary E., Business-Income Taxation and Investment Incentives, in: Income, Employment and Public Policy. Essays in Honor of Alvin H. Hansen, New York 1948; wiederabgedruckt in: Readings in the Economics of Taxation, Hrsg. Richard A. Musgrave u. Carl S. Shoup, London 1959, S. 525-537; Schneider, Dieter, Der Einfluß von Ertragsteuern auf die Vorteilhaftigkeit von Investitionen, in: ZfhF 1962, S. 539-570 (548 ff); Mertens, Peter, Ertragsteuerwirkungen auf die Investitionsfinanzierung - ihre Berücksichtigung in der Investitionsrechnung, in: ZfhF 1962, S. 570-588 (580 ff, 585); Schwarz, Horst, Zur Berücksichtigung erfolgssteuerlicher Gesichtspunkte bei Investitionsentscheidungen (I, II), in: BFuP 1962, S. 135-153 (144 ff) u. S. 199-211 (207); ders., Unterschiedliche Erfolgssteuerbelastungen von Investitionsalternativen. Problematik und Technik ihrer Ermittlung, in: NB 1963, S. 1-9; Hohn, Hans-Dietrich, Zur Berücksichtigung erfolgsteuerlicher Gesichtspunkte bei Investitionsentscheidungen, in: BFuP 1963, S. 41-46; Albach, Horst, Zur Berücksichtigung von Ertragsteuerzahlungen in der Theorie der Investitionsketten, in: ZfB 1964, S. 436-448 (441 ff); Männel, Wolfgang, Der Einfluß des Restbuchwertes alter Anlagen auf Investitionsentscheidungen, in: NB 1964, S. 115-122; Schneider, Helmut, Der Einfluß der Steuern auf die unternehmerischen Investitionsentscheidungen, Tübingen 1964, S. 87; Steuck, Heinz Ludwig, Der Einfluß der bilanzsteuerrechtlichen Vorschriften auf Investitionsvorhaben, in: BFuP 1964, S. 160-176; Swoboda, Peter, Der Einfluß der steuerlichen Abschreibungspolitik auf betriebliche Investitionsentscheidungen, in: ZfbF 1964, S. 414-429 (416 ff u. 428 f); Huth, Helmut, Besteuerung und Investition, a. a. O., S. 27 ff; Büschgen, Hans E., Betriebswirtschaftliche Aspekte des § 6 b des Einkommensteuergesetzes für die Industrieunternehmung (I, II), in: BFuP 1966, S. 277-290 (285 ff) u. 341-353 (341 ff); Swoboda, Peter, Einflüsse der Besteuerung auf die Ausschüttungs- und Investitionspolitik von Kapitalgesellschaften, in: ZfbF 1967, S. 1-16 (7 u. 14); Klein, Erhard, a. a. O., S. 360 ff; Schneider, Dieter, Der Einfluß der Besteuerung auf die Investitionspolitik der Unternehmungen, in: Optimale Investitionspolitik, Schriften

einzelner steuerbilanzpolitischer Handlungsmöglichkeiten gekennzeichnet sind.

"Ähnlich einem Lernprozeß oder adaptiven Regelungsprozeß führt die wiederholte Entscheidungsfindung im Rahmen des regelungsorientierten Ansatzes hierbei zugleich zu einer Verbesserung des Modells."¹⁾

Als steuerungsorientiert ist im System der betriebswirtschaftlichen Steuerpolitik in Hinblick auf den integralen Charakter der Steuerbilanz nur die Anwendung eines isomorphen, sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsfreiheiten erfassenden Modells der Steuerbilanzpolitik anzusehen. Da die modellmäßige Verknüpfung des strategisch relevanten Bereichs passiver Anpassung mit dem taktisch bedeutsamen Bereich aktiver Gestaltung Schwierigkeiten bereitet,

zur Unternehmensführung, Bd. 4, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1968, S. 33-62 (50 ff); ders., Korrekturen zum Einfluß der Besteuerung auf die Investitionen, in: ZfbF 1969, S. 297-325 (297 u. 315 f); ders., Ersatzzeitpunkt und Investitionsketten: eine Ergänzung, in: ZfbF 1969, S. 625-630; ders., Wie wirkt die Übertragung stiller Reserven, a. a. O., S. 582 ff; Albach, Horst, Steuersystem und unternehmerische Investitionspolitik, Wiesbaden 1970, S. 137 ff; Nebe, Hartmut, Die Investitionsentscheidung unter dem Einfluß des gespaltenen Körperschaftsteuer-Tarifs, in: BFuP 1970, S. 157-178 (164 ff); Strobel, Wilhelm, Der Einfluß der Gewinnsteuer auf Investitionsentscheidungen, in: ZfB 1970, S. 375-398 (385 u. 388 ff); Swoboda, Peter, Die Wirkungen von steuerlichen Abschreibungen auf den Kapitalwert von Investitionsprojekten bei unterschiedlichen Finanzierungsformen, in: ZfbF 1970, S. 77-86 (80 ff); Buchner, Robert, Der Einfluß erfolgsabhängiger Steuern, a. a. O., S. 697; Dellmann, Klaus/Haberstock, Lothar, Nutzungsdauer und Ersatzzeitpunkt von Anlagen. Ihre praktische Berechnung, unter Berücksichtigung von Umlaufvermögen und gewinnabhängigen Steuern, in: DB 1971, S. 1729-1733; Schusinski, Ewald, a. a. O., S. 531 f.

- 2) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 75 ff; Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 125; Haegert, Lutz, a. a. O., S. 77.

1) Schiemenz, Bernd, Steuerungs- und regelungsorientierte Anwendung, a. a. O., S. 712 mit Hinweis auf Horváth, Péter, a. a. O., S. 747-768.

hat das zu entwickelnde steuerbilanzpolitische Partialmodell diese kybernetische Funktion innerhalb des Systems unternehmerischer Steuerpolitik zu übernehmen.

45 Entwicklung eines Grundmodells der Steuerbilanzpolitik

Im Anschluß an die kritische Analyse bestehender partieller und möglicher totaler Lösungsansätze zur Steuerbilanzpolitik wird im folgenden der Versuch unternommen, zunächst unter der Annahme sicherer Erwartungen ein Grundmodell für steuerbilanzpolitische Individualentscheidungen zu konzipieren.

Ein Ersatz der *ceteris paribus* Bedingung durch die *mutatis mutandis* Bedingung sowie die Ablösung partialanalytischer durch totalanalytische Denkansätze bieten die Möglichkeit, durch Übergang zu operationsanalytischen Lösungsverfahren die Grenzen marginalanalytischer Methoden zu überwinden.¹⁾ Die bei der Diskussion des Totalmodells aufgezeigten Interdependenzen zwischen der Steuerbilanzpolitik und den übrigen Investitionsprojekten und Finanzierungsmaßnahmen kommen damit sowohl in der Bestimmung des entscheidungsabhängigen Teils der Zahlungsreihe als auch im Ansatz des Kalkulationszinsfußes zum Ausdruck.

Das steuerbilanzpolitische Suboptimierungsproblem im Hinblick auf die erfolgs- und finanzwirtschaftliche Zielsetzung des Entscheidungssubjekts zeigt sich dabei deutlich nicht in der Ableitung eines Unterziels "relative Steuerminimierung" aus dem Oberziel "Gewinnmaximierung" und in der Ergänzung des Prinzips der Steuerminimierung durch das aus dem Sicherheitsstreben abgeleitete Prinzip steuerpolitischer Vorsicht²⁾, sondern in den Zurechnungsproblemen einer

1) Vgl. Barth, Manfred, a.a.O., S. 174.

2) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 115 f.

zweckmäßigen Abgrenzung des im Modell abzubildenden Entscheidungsfeldes und in den entsprechenden Bewertungsproblemen bei Formulierung der Zielfunktion und der Nebenbedingungen.

451 Zielfunktion

Wenn bei einem ex ante bekannten oder hinreichend genau zu schätzenden endogenen Kalkulationszinsfuß das optimale Investitions- und Finanzierungsprogramm mit Hilfe der Kapitalwerte von Investitionsprojekten und Finanzierungsmaßnahmen bestimmt werden kann¹⁾, so läßt sich grundsätzlich die sowohl als Investitionsentscheidung²⁾ wie auch als Finanzierungsentscheidung³⁾ zu interpretierende steuerbilanzpolitische Kapitaldisposition ebenfalls im Kapitalwertkalkül erfassen.

Das steuerbilanzpolitische Entscheidungsproblem wurde gekennzeichnet als die interperiodische Allokation von Ertragsteuerzahlungen infolge einer Verlagerung transponierbarer Teile der Steuerbemessungsgrundlage durch alternative Ausübung von Wahlrechten und eine dadurch bedingte zeitliche Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen.

Der Kapitalwert stellt dann ein geeignetes steuerbilanzpolitisches Allokationskriterium dar, wenn er seiner Konzeption nach über die nominal zu messende Vorteilhaftigkeit einer Aktion hinaus auch deren ordinal zu messende Vorziehenswürdigkeit zu beurteilen vermag, was ausschließlich im Falle eines gleichbleibenden Kapitaleinsatzes zutreffen kann.⁴⁾

1) Vgl. etwa Laux, Helmut/Franke, Günter, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe von Kapitalwerten, a.a.O., S. 43 ff; Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 55 u. 76.

2) Vgl. Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a.a.O., S. 281.

3) Vgl. Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 105 ff.

4) Zur Unterscheidung zwischen Vorteilhaftigkeit und Vorziehens-

Die Bedingung eines gleichen Kapitaleinsatzes aller Alternativen wird dadurch erfüllt, daß die Steuerbilanzpolitik von faktisch determinierten Sachverhalten ausgeht, die durch die Ausübung von Wahlrechten allenfalls eine durch die Steuerbilanzpolitik motivierte zeitliche Determinierung erfahren, die durch das Diskontierungsverfahren berücksichtigt wird.

Bemessungsgrundlage für Ertragsteuern ist der (steuerpflichtige) Gesamtgewinn einer Unternehmung bzw. das (steuerpflichtige) Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen. Da Steuerzahlungen jeweils einer Gesamtheit von Aktivitäten zugeordnet sind, sind prima facie in den auf die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten sowie die zeitliche Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen gerichteten steuerbilanzpolitischen Entscheidungskalkül die erfolgs- und finanzwirtschaftlichen Zielwirkungen sämtlicher Handlungsmöglichkeiten einzubeziehen.¹⁾

"Die Bestimmung des Kapitalbudgets mit Hilfe der Kapitalwertmethode läuft (ebenso; Anm. d. Verf.) darauf hinaus, den Kapitalwert der Gesamtinvestition 'Unternehmung' zu maximieren."²⁾

Ein solcher Kapitalwert wird auch von Vertretern der ökonomischen Gewinnkonzeption als Kriterium optimaler Planung angesehen, wobei jedoch eingeräumt wird, daß das Management nicht für jede der ihm offenstehenden Alternativen im Rahmen der Unternehmungspolitik den Gesamtwert der Unternehmung errechnen dürfte, um die

würdigkeit von Investitionen vgl. Biergans, Enno, Investitionsrechnung - Verfahren der Investitionsrechnung und ihre Anwendung in der Praxis. Mit einer Erhebung über den Stand der Investitionsrechnung im Braugewerbe und zahlreichen Beispielen aus der Brauwirtschaft, Nürnberg 1973, S. 172 u. 175 f.

1) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 120.

2) Laux, Helmut/Franke, Günter, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe von Kapitalwerten, a. a. O., S. 55.

Strategie mit der jeweils günstigsten Konsequenz zu finden.¹⁾

Entscheidungsprobleme lassen sich dadurch vereinfachen, daß eine oder mehrere Aktionen von der Betrachtung ausgeschlossen werden, was ohne die Gefahr einer Fehlentscheidung immer dann möglich ist, wenn

- (1) die berücksichtigten Aktionsmöglichkeiten keine der nicht berücksichtigten ausschließen,
- (2) sich die Erfolge der betrachteten mit denjenigen der nicht betrachteten Aktionen linear kombinieren.²⁾

Die zentrale Bedeutung der Steuerbilanzpolitik für Entscheidungen mit steuerlichem Motivationsanteil wirft dabei unmittelbar die Frage nach einer zweckmäßigen Abgrenzung des unternehmerischen Entscheidungsfeldes auf.

Unter dem Aspekt der Aktionsrelevanz sind die Anwendungsbedingungen eines auf menschliche Handlungsmöglichkeiten bezogenen Aussagensystems für bestimmte Situationen in beeinflussbare (instrumentale) sowie nicht beeinflussbare (autonome) aufzuteilen.³⁾

Das im folgenden konzipierte steuerbilanzpolitische Grundmodell beruht - materiell interpretiert - auf dem Gedanken der steuerbilanzpolitisch irrelevanten Vernachlässigung des unbeeinflussbaren und damit entscheidungsunabhängigen Teils einer näher zu definierenden Zahlungsreihe als additiver Konstante zugunsten der isolierenden Analyse entscheidungsabhängiger Zahlungen. Bezugsgröße für die Zurechnung von Veränderungen zukünftiger Zahlungsströme bildet dabei die sowohl auf die Ausübung von Wahlrechten

1) Vgl. Wegmann, Wolfgang, Der ökonomische Gewinn, Wiesbaden 1970, S. 89 ff.

2) Vgl. Engels, Wolfram, a.a.O., S. 85.

3) Vgl. Albert, Hans, Probleme der Theoriebildung, a.a.O., S. 62.

als auch auf die zeitliche Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen gerichtete steuerbilanzpolitische Entscheidung.

"Die Annahme einer linearen, separablen Ergebnisfunktion wird als Zahlungszurechnungshypothese oder Zahlungsreihenprämisse bezeichnet. Sie ist Wesensmerkmal der als zahlungsreihenorientiert zu bezeichnenden Investitionstheorie.

Im Gegensatz zur linearen separablen Ergebnisfunktion steht eine finale Zahlungszurechnung auf ganze Investitionsprogramme, die als 'Erfolgseinheiten' zu deuten sind."¹⁾

Eine formelle Beweisführung für die Zulässigkeit der Separation des entscheidungsabhängigen Teils vom entscheidungsunabhängigen Teil der Zahlungsreihen eines Kapitalwertkalküls gelingt mit Hilfe der Differenzinvestition:²⁾

Sind A und B die Vektoren der zeitpunktunterschiedlichen Einzahlungsgrößen $a_0, a_1, \dots, a_n$ und Auszahlungsgrößen $b_0, b_1, \dots, b_n$, so werden die Zahlungsreihen $a_0 - a_0', a_1 - a_1', \dots, a_n - a_n'$ und $b_0 - b_0', b_1 - b_1', \dots, b_n - b_n'$ als entscheidungsunabhängig und die Zahlungsreihen $a_0', a_1', \dots, a_n'$ und $b_0', b_1', \dots, b_n'$ als entscheidungsabhängig bezeichnet, wobei gilt, daß der Kapitalwert der entscheidungsabhängigen Einzahlungsüberschüsse gleich der Differenz der Kapitalwerte der ungeteilten und der entscheidungsunabhängigen Zahlungsreihe des Projekts ist.

$$\sum_{i=0}^n (a_i - b_i) \cdot q^{-i} = \sum_{i=0}^n (a_i - a_i' - b_i + b_i') \cdot q^{-i} + \sum_{i=0}^n (a_i' - b_i') \cdot q^{-i}$$

"Steht bereits fest, daß auf jeden Fall eines der sich gegenseitig ausschließenden Projekte durchgeführt wird, geht es also nur noch darum, welches ausgewählt wird, so kann man

1) Blumentrath, Ulrich, a. a. O., S. 14.

2) Vgl. Hax, Herbert, Investitionstheorie, a. a. O., S. 26. Der Begriff der Differenzinvestition in der vorliegenden Verwendung ist nicht identisch mit dem Begriff der Supplementinvestition. Vgl. hierzu Ahlsdorff, Manfred, Zum Problem der Differenzinvestition, in: ZfB 1964, S. 449-457; Kappler, Ekkehard/Rehkugler, Heinz, a. a. O., S. 617 f.

sich bei der Entscheidung auf die Betrachtung der Differenzinvestition beschränken, da sie eindeutig angibt, welches Projekt den höheren Kapitalwert hat. Der Entscheidungskalkül wird dadurch oft erheblich vereinfacht, weil man sich darauf beschränken kann, die Ein- und Auszahlungen zu betrachten, hinsichtlich deren die Projekte sich voneinander unterscheiden. Ein- und Auszahlungen, die unabhängig vom gewählten Projekt stets in derselben Höhe anfallen, können unberücksichtigt bleiben.¹⁾

Indem zwei Ergebnisvektoren, deren divergierende Zahlungsreihen aus der alternativen Festlegung steuerbilanzpolitischer Freiheitsgrade durch zeitliche Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen und davon abhängige Ausübung von Wahlrechten resultieren, wegen der Exklusivität von Alternativen einander ausschließende steuerbilanzpolitische Aktionsmöglichkeiten darstellen, ist die wesentliche Voraussetzung des Differenzinvestitionsverfahrens erfüllt, "daß unabhängig von der Finanzierung immer nur die Zahlungsreihe eines der Projekte realisiert werden kann."²⁾

Bei ausschließlicher Betrachtung der Differenzinvestition zur Beurteilung der Vorziehenswürdigkeit sich gegenseitig ausschließender Aktionsmöglichkeiten besteht allerdings die Gefahr, die mangelnde Vorteilhaftigkeit beider Aktionen zu übersehen.³⁾

Als Kriterium für die Beurteilung der Vorziehenswürdigkeit, nicht jedoch der Vorteilhaftigkeit von Aktionen verhält sich der Kapitalwert somit invariant gegenüber einer linearen Transformation der Zahlungsreihen.⁴⁾ Ein sich hieraus möglicherweise ergebender Einwand ist jedoch steuerbilanzpolitisch unbeachtlich, da der durch die Ertragsbesteuerung erfolgende zwangsweise Entzug finanzieller Mittel jegliche Aktivität des Steuerzahlens von vornherein als unvorteilhaft erscheinen läßt und zeitlich zu determinierende Sach-

1) Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 27.

2) Ebd., S. 25.

3) Vgl. Terborgh, George, Leitfaden der betrieblichen Investitionspolitik, Wiesbaden 1962, S. 73.

4) Vgl. hierzu Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 27.

verhaltensmaßnahmen als alternative Kapitaldispositionen ohnehin bereits aufgrund ihrer Vorteilhaftigkeit geplant sind. Die Maximierung des Kapitalwerts der Differenzinvestition beinhaltet gleichzeitig, daß ein negativer Kapitalwert dem absoluten Betrage nach zu minimieren ist.

452 Nebenbedingungen

Durch die Einführung von Nebenbedingungen des Typ B in den vorliegenden Entscheidungskalkül sollen grundsätzlich realisierbare, aber nicht erwünschte Möglichkeiten innerhalb der als Nebenbedingungen vom Typ A aufzufassenden Ober- und Untergrenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums im Zeitablauf ausgeschlossen werden.¹⁾

4521 Informationspolitische Restriktionen

Obgleich Harder²⁾ wegen der aus der Handelsbilanz abgeleiteten Funktion der Steuerbilanz und wegen der durch das Maßgeblichkeitsprinzip bedingten Auswirkungen in beiden Bilanzen die Existenz einer eigenständigen Steuerbilanzpolitik ablehnt, unterscheiden sich Handels- und Steuerbilanzpolitik nicht nur teilweise durch Art und Umfang des zur Verfügung stehenden Instrumentariums aufgrund steuerrechtlich bedingter Abweichungen vom Maßgeblichkeitsgrundsatz³⁾, sondern vor allem auch in ihren Zielsetzungen finanz- und publizitätspolitischer Art.⁴⁾

1) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 54 f.

2) Vgl. Harder, Ulrich, a. a. O., S. 85 f.

3) Vgl. etwa Dieckmann, Karl, a. a. O., S. 47 ff.

4) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 29 ff; Neth, Manfred, a. a. O., S. 12 ff.

Materielle Bilanzpolitik stellt Ausweispolitik dar, die im Falle der Handelsbilanz allgemein auf eine Verhaltensbeeinflussung durch die Bilanzinformationen abzielt.¹⁾ Eine Verhaltensbeeinflussung muß bei der Steuerbilanzpolitik insoweit ausscheiden, als durch zieladäquaten Einsatz des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums entsprechend den innerhalb der betreffenden Wertkonventionen alternativ normierten Entscheidungssituationen die Interessen des Informationsempfängers nicht berührt werden.

Berührungspunkte zwischen der Steuerbilanzpolitik und der handelsrechtlichen Jahresabschlußpolitik als einer solchermaßen gleichzeitig auf die Erfüllung interner und externer Informationsziele einerseits sowie interner und externer bilanzpolitischer Ziele andererseits gerichteten Informations- und Entscheidungsrechnung²⁾ ergeben sich dort, wo bei der faktischen Umkehrung des Maßgeblichkeitsprinzips unter Berücksichtigung seiner Durchbrechungen bestimmte Bilanzrelationen oder ein Gewinnausweis in bestimmter Höhe einzuhalten sind. Eine derartige Einflußnahme auf Entscheidungen der Bilanzinteressenten erfolgt vornehmlich unter finanzpolitischen Vorzeichen "im Hinblick auf die Festigung bestehender und/oder Anknüpfung neuer Kreditbeziehungen sowie mit Rücksicht auf potentielle Eigenkapitalgeber".³⁾

1) Vgl. Kappler, Ekkehard, Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten. Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmungspolitik durch Bilanzinformationen, unveröffentlichte Habilitationsschrift München 1972.

2) Vgl. Sieben, Günter/Haase, Klaus Dittmar, Die Jahresabschlußrechnung als Informations- und Entscheidungsrechnung (I, II), in: WPg 1971, S. 53-57 (56), 79-84 (84).

3) Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 157. Zum grundsätzlichen Informationswert der vergangenheitsbezogenen Berichterstattung für Kapitalanleger und Anteilseigner vgl. Franke, Günter/Laux, Helmut, Der Wert betrieblicher Informationen für Aktionäre, in: NB 1970, Nr. 7, S. 1-8; Schildbach, Thomas, a. a. O., S. 237 ff.

"There is also the possibility that the corporation finds it desirable to pay income tax even if it need not necessarily do so. ... The reason behind this policy may simply be that the corporation needs funds for dividend distribution. Another possibility is that the corporation may attempt to increase its credit limits by reporting profit and increasing its equity through the retention of this profit."¹⁾

Unter letzterem Aspekt könnte die bei Publikumsgesellschaften zu beobachtende Politik der Dividendenstabilisierung ein Interesse an verringerter steuerlicher Aufwandverrechnung bedingen, wenn der Jahresüberschuß²⁾ wegen zu geringer Erträge nicht für die vorgegebenen Dividendenzahlungen ausreicht. Diese Dividendenpolitik³⁾ läßt sich mit der Theorie der Portfolio Selection⁴⁾ begründen, wonach ein rationaler Anleger sein Wertpapierportefeuille so zusammenstellt, daß die Varianz der Erträge aus bestimmten unabhängigen Projekten unter Fixierung des Erwartungswertes der Erträge bei gegebenem Budget minimiert wird.⁵⁾

Der Kurswert der Anteile reagiert somit auf eine niedrigere, aber stabile Dividende tendenziell günstiger als auf eine möglichst hohe, gleichzeitig aber unsichere Dividende.⁶⁾

Gleichwohl können die sich aus dem Jahresabschluß ergebenden zivilrechtlichen Ansprüche den Bilanzierenden veranlassen, die Er-

1) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 131 f.

2) Vgl. hierzu Tallau, Hermann, Der betriebswirtschaftlich-bilanzielle Gewinnbegriff als Grundlage der aktienrechtlichen Gewinnbegriffe Jahresüberschuß und Bilanzgewinn, in: ZfB 1969, S. 187-202 (199 ff).

3) Vgl. hierzu allgemein Dörschner, Ulrich, Möglichkeiten einer Dividendenpolitik der Verwaltung einer AG (systematische Zusammenstellung), in: NB 1968, Nr. 8, S. 20-22.

4) Vgl. Markowitz, Harry M., Portfolio Selection. Efficient Diversification of Investment, New York/London/Sydney 1959.

5) Vgl. Hammann, Peter, Entscheidungsmodelle, a. a. O., S. 463 f.

6) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 33 f.

trags- und Vermögenslage eher ungünstig auszuweisen, um so etwa den Gewinnanteil eines stillen Gesellschafters zu mindern oder Minderheitsgesellschafter zur Abgabe ihrer Anteile zu veranlassen.¹⁾

Ist infolge eines konjunkturellen Einbruchs das steuerpflichtige Einkommen einer Kapitalgesellschaft niedriger als deren vorgesehene Ausschüttung, so konzentriert sich bei der derzeitigen Körperschaftsbesteuerung die Steuerbilanzpolitik auf die Rückgängigmachung temporär steuerfreier Gewinnverwendung, um nicht durch Auflösung bereits versteuerter Rücklagen die darauf bezogene Differenz des gespaltenen Körperschaftsteuertarifs zu verlieren.²⁾

"Ein Verzicht auf Ausschüttungen zum ermäßigten Körperschaftsteuersatz aus dem laufenden steuerpflichtigen Gewinn zugunsten eines Verlustvortrages lohnt sich bei im Zeitablauf unverändertem Steuertarif nur, wenn die Rendite der günstigsten nicht realisierten Handlungsmöglichkeit groß genug ist, um den 'Gewinn'entgang infolge der Nichtausnutzung des ermäßigten Tarifs zu überkompensieren."³⁾

Dieser Fall, daß sich in firmenbezogenen Unternehmen eine Ausschüttung von freien, bereits in früheren Perioden zum höheren Einbehaltungssatz versteuerten Rücklagen bei gleichzeitigem Ausweis eines steuerlichen Verlustes, unter erfolgs- und finanzwirtschaftlichem Aspekt als vorziehenswert erweist, kann dann gegeben sein, wenn die zusätzliche Verwirklichung besonders ertragreicher Investitionsprojekte die Unternehmung im Hinblick auf die bei Gewinnausweis anfallende Körperschaftsteuer in eine angespann-

1) Vgl. Mutze, Otto, Zur Systematik bilanzpolitischer Maßnahmen (I), a. a. O., S. 109; Wöhe, Günter, Bilanzierung und Bilanzpolitik, a. a. O., S. 43.

2) Vgl. Kauffmann, Joachim, Bilanzpolitik unter Berücksichtigung der Ausschüttung und des steuerpflichtigen Einkommens, in: DB 1968, S. 901-903 (902 f.).

3) Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 197.

te Liquiditätslage bringt. Ähnlich begünstigt die Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne durch Körperschaft- und Einkommensteuer bei - im Gegensatz zu den firmenbezogenen - personenbezogenen körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen wegen der hinreichenden Bedingung verschiedener Konstellationen der Körperschaft- und Einkommensteuersätze sowie der im Unternehmens- und Privatbereich erzielbaren Renditen tendenziell eine Anlage der Gewinne innerhalb der Unternehmung und entsprechend eine Politik des Ausweises und Vortrages steuerlicher Verluste.¹⁾

Die verschiedenen Zielsetzungen einer Handelsbilanzpolitik lassen sich mit denjenigen der Steuerbilanzpolitik durch Einführung einer Nebenbedingung abstimmen. Die Berücksichtigung informations- bzw. dividendenpolitischer Restriktionen, die ihrerseits eine weitere Schließung des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums relevant werden lassen²⁾, geschieht in der Weise, daß die ursprünglichen Grenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums verschoben werden, wodurch möglicherweise der Dispositionsspielraum einer anderen Periode eine Erweiterung erfährt.

4522 Liquiditätspolitische Restriktionen

Ogleich der steuerliche Gewinnausweis nicht allgemein als eine liquiditätspolitische Maßnahme³⁾ angesehen werden kann, er-

1) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 197 u. 226; Swoboda, Peter, Einflüsse der Besteuerung, a. a. O., S. 10 ff. Zu den - bei Zugehörigkeit der Anteile zu einem Betriebsvermögen auftretenden - Einflüssen einer Kapitalgewinnsteuer auf die optimale Dividendenpolitik vgl. Swoboda, Peter/Köhler, Christian, Der Einfluß einer Kapitalgewinnsteuer auf den Aktienkurs und die Dividendenpolitik von Aktiengesellschaften, in: ZfbF 1971, S. 208-231 (221 ff).

2) Vgl. hierzu Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a. a. O., S. 332 f u. 343 ff.

3) Vgl. hierzu Witte, Eberhard, Die Liquiditätspolitik der Unternehmung, Tübingen 1963, S. 41 ff.

scheint die Steuerbilanzpolitik wegen der durch aufgeschobene Steuerzahlungen eintretenden Liquiditätsverbesserung durchaus als Hilfsmittel zur Überwindung eines vorübergehenden Liquiditätsengpasses im Zeitpunkt der Abschlußzahlung oder zu einem der Vorauszahlungstermine geeignet.¹⁾ Dabei bleibt zu beachten, daß ein Liquiditätsengpaß²⁾ nicht etwa schon in dem Zeitpunkt entsteht, da die Auszahlungen die Einzahlungen übersteigen, sondern vielmehr erst dann, wenn die Ausgaben nicht mehr durch die Zahlungskraft gedeckt sind, wobei die zum Ausgleich des Fehlbetrages notwendige Zahlungsmittelmenge im Zeitablauf von den geplanten Zahlungsbewegungen abhängt.

"Je schlechter die Liquiditäts- und Gewinnverhältnisse der Unternehmung sind, um so mehr muß sie (also, Anm. d. Verf.) auf Sicherheit bedacht sein, um so eher wird sie zugunsten baldiger steuerlicher Vorteile auf höhere steuerliche Erfolgchancen der fernerer Zukunft verzichten."³⁾

Die liquiditätsmäßigen Auswirkungen der im Grundmodell ausdrücklich dargestellten steuerbilanzpolitischen Aktivitäten - der Ausübung von Wahlrechten sowie der zeitlichen Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen - auf den nicht explizit erfaßten Teil des Entscheidungsfeldes sind in einer Nebenbedingung bewertungsmäßig zu berücksichtigen, die aus der Sicht der übergeordneten Liquiditätspolitik jene Höhe von zeitpunktbezogenen Auszahlungsbeträgen angibt, ab welcher der Liquidität absolute Priorität vor Steuerersparnissen gebührt. Liquiditätsrestriktionen lassen sich dabei sinnvollerweise jeweils nur für die darauffolgende Periode formulieren. Wegen der Unvereinbarkeit von Diskontierung und gleichzeitiger Beachtung von Liquiditätsrestriktionen⁴⁾ ist diese Nebenbedingung zur Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts dadurch zu berücksichtigen,

1) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 199 f.

2) Vgl. hierzu Witte, Eberhard, Die Liquiditätspolitik der Unternehmung, a. a. O., S. 36 ff.

3) Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 117.

4) Vgl. Blumentrath, Ulrich, a. a. O., S. 271 ff.

daß die maximal entziehbare Steuerzahlung unter Zugrundelegung der tarifbestimmenden persönlichen Verhältnisse in eine entsprechende Steuerbemessungsgrundlage als zwingende Obergrenze des jeweiligen steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums umgerechnet wird.

Bei der Wiederanlage der durch Inanspruchnahme temporär steuerfreier Gewinnverwendungsmöglichkeiten vermiedenen Steuerzahlungen ist allerdings in liquiditätspolitischer Hinsicht auf die Fristigkeit des eingeräumten Steuerkredits¹⁾ zu achten.

453 Abgrenzung des Entscheidungsfeldes

Neben einer sachlich vorzunehmenden Abgrenzung des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsfeldes im Hinblick auf die entscheidungsabhängige Zahlungsreihe ist aus Gründen unvollkommener Voraussetzung auch eine zeitliche Abgrenzung erforderlich.

"Der Planungszeitraum kann nur so lang sein, wie man Informationen hat, um die Alternativen und ihre ökonomischen Konsequenzen unterscheiden zu können."²⁾

Mit Rücksicht auf die interperiodische Verlustkompensation (§§ 10 d EStG u. 6 Abs. 1 KStG) hat dieser Zeitraum mindestens fünf Perioden zu umfassen. Abschneideeffekte in dem quasi unsterblichen steuerlichen (Teil-)Entscheidungsfeld³⁾, die durch Einführung eines Planungshorizonts entstehen, sind im Hinblick auf die Zweischneidigkeit steuerbilanzpolitischer Maßnahmen insofern unbeachtlich, als für die zu den jeweiligen Endzeitpunkten anfallenden Veräußerungsgewinne ein Freibetrag und/oder eine Tarifbegünstigung wirksam wird (§§ 16 Abs. 4 u. 34 EStG).

1) Vgl. hierzu Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 50 ff u. 109 ff.

2) Mag, Wolfgang, Planungsstufen und Informationsteilprozesse, in: ZfbF 1971, S. 803-830 (819).

3) Vgl. hierzu Engels, Wolfram, a. a. O., S. 59.

Zurechnungsbasis für die in die Zahlungsreihen des Entscheidungskalküls einzubeziehenden Größen bildet die steuerbilanzpolitische Entscheidung. Läßt sich das isolierende Vorgehen bei der Steuerbarwertminimierung durch die analytische Erklärungsfunktion

$$E = f(a, b, c)$$

kennzeichnen, die die steuerbilanzpolitischen Konsequenzen ausschließlich in Abhängigkeit von einem Aktionsparameter (Wahlrechtsausübung) unter Konstanthaltung aller übrigen Aktionsparameter (Sachverhaltsgestaltungen) darstellt, so ist der vorliegende nach dem generalisierenden Abstraktionsverfahren konzipierte Modellansatz treffend durch die synthetische Erklärungsfunktion

$$E = f(a^A, b^E, c^E)$$

zu charakterisieren, welche die durch Primärvariationen eines Aktionsparameters ausgelösten Sekundärvariationen der übrigen Aktionsparameter als Erwartungsgrößen mit erfaßt.¹⁾

Als Primärvariationen der Zahlungsreihen sind jeweils alle Vorgänge zu erfassen, die aus der steuerbilanzpolitischen Ausübung von Wahlrechten resultieren, als Sekundärvariationen hingegen all diejenigen Zahlungen, welche aus Sachverhaltsmaßnahmen fließen, die durch die Ausübung von Wahlrechten sowie die Verlagerung von Betriebseinnahmen (aus Veräußerungsvorgängen) oder Betriebsausgaben (aus Anschaffungsvorgängen, Reparaturen) eine steuerbilanzpolitisch motivierte zeitliche Determinierung erfahren. Zeitpunktunterschiedliche Sekundärvariationen lassen sich allgemein auch durch die drei erfolgswirtschaftlichen Teilwirkungen von Investitionsobjekten, durch die Anschaffungsauszahlungen, die laufenden Auszahlungen für den Unterhalt eines Objekts und die Erfolgswir-

1) Vgl. hierzu Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 164 ff.

kungen der Desinvestition charakterisieren. Entsprechend der Definition jener Kasse, deren Bestand verändert wird, als Kasse der Unternehmung, des Investors oder des Investitionsobjekts erhält der Zahlungs- und Zahlungsreihenbegriff eine unterschiedliche Bedeutung. Je nach dem gewählten Inhalt der Begriffe "Investor" und "Investitionsobjekt" lassen sich vier verschiedene Zahlungsreihenbegriffe unterscheiden.¹⁾ Die Zahlungen zwischen einer Einzelinvestition als Investitionsobjekt und der Unternehmung als Investor repräsentieren die unternehmensbezogene Einzelobjektzahlungsreihe. Die zwischen den Einzelobjekten und dem Unternehmer als Investor stattfindenden Zahlungen geben die unternehmerbezogene Einzelobjektzahlungsreihe wieder. Zahlungen zwischen der Unternehmung bzw. dem als Investitionsobjekt aufzufassenden gesamten Investitionsprogramm und dem Unternehmer als Investor repräsentieren dessen Einkommensreihe. Obgleich der unternehmensbezogenen Zahlungsreihe eines geschlossenen Investitionsprogramms im Rahmen der simultanen Investitions- und Finanzplanung keine sinnvolle Bedeutung beizumessen ist, stellt sie für steuerbilanzpolitische Individualentscheidungen des Grundmodells das der Erwartungsstruktur adäquate Zahlungsreihenkonzept dar.

4531 Einzahlungsreihe

Als Primärvariationen der Einzahlungsreihe sind die Erstattung und Vergütung von Steuern aufgrund steuerbilanzpolitischer Aktionen zu berücksichtigen. Die Beachtung dieser positiven Zielkomponenten durch Kürzung von Auszahlungen der entsprechenden Steuer wird den Anforderungen einer dynamischen Investitionsrechnung insofern nicht gerecht, als zwischen Einzahlung und Auszahlung erhebliche Zeitdifferenzen liegen können.²⁾ Die innerhalb eines

1) Vgl. zum folgenden Blumentrath, Ulrich, a.a.O., S. 34 ff.

2) Vgl. Schubert, Helmut, a.a.O., S. 93 f u. 139 ff.

Jahres erfolgenden Steuerrückzahlungen sind dabei für die Erfordernisse des finanzmathematischen Kalküls entsprechend der jeweiligen zeitanteiligen Verzinsung auf das Ende der vorangegangenen Periode abzuzinsen. Erstattungsansprüche (§§ 150 ff AO) entstehen dadurch, daß eine Steuer ohne Rechtsgrund bezahlt wurde und/oder ein Steuertatbestand nachträglich rückwirkend aufgehoben wird, wohingegen ein Vergütungsanspruch (§ 158 AO) dann vorliegt, wenn im Falle einer bereits entrichteten Steuerzahlung dem Steuerschuldner ein selbständiger Zahlungsanspruch gegen das Finanzamt gewährt bzw. die Kürzung einer bestimmten Steuerschuld oder Steuerbemessungsgrundlage ermöglicht wird.¹⁾

Der Auffassung, daß ersparte Steuerzahlungen als "Quasi-Investitionseinnahmen"²⁾ bzw. als "fingierte Zahlungen der sie auslösenden Investition"³⁾ anzusetzen seien, wonach Supplement- oder Ergänzungsinvestitionen als steuerbilanzpolitische Primärvariationen der Einzahlungsreihe in den Kalkül einzubeziehen wären, kann nicht gefolgt werden, da sowohl für die Ausübung von Wahlrechten als auch für die zeitliche Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen eine unterschiedliche Nutzungsdauer sowie ein unterschiedlicher Kapitaleinsatz als Voraussetzungen für die Einführung von Supplementinvestitionen⁴⁾ nicht zutreffen. Davon abgesehen gibt es im Hinblick auf die erfolgende Bewertung des Mengengerüsts der Steuerbilanz keinen steuerbilanzpolitisch umgestalteten Zustand, an dem eine Steuerersparnis gemessen werden könnte.

Unterscheidet man aufgrund der art- und mengenmäßigen Veränderung im Bestand der Potentialfaktoren⁵⁾ zwischen Erweiterungs-,

1) Vgl. Kottke, Klaus, Steuerersparung, Steuerumgehung, Steuerhinterziehung, a.a.O., S. 133 ff; Schubert, Helmut, a.a.O., S. 93 f.

2) Münstermann, Hans, Bilanzpolitik, a.a.O., S. 258.

3) Schubert, Helmut, a.a.O., S. 140.

4) Vgl. Kappler, Ekkehard/Rehkugler, Heinz, a.a.O., S. 617.

5) Vgl. Heinen, Edmund, Einführung, a.a.O., S. 132.

Ersatz- und Desinvestitionen, so resultieren bei alternativer zeitlicher Determinierung Sekundärvariationen der Einzahlungsreihe grundsätzlich aus den laufenden Einzahlungen des neuen Investitionsprojektes¹⁾ und/oder aus den Resterlöswerten der vorhandenen Projekte.²⁾ Ein steuerlicher Restbuchwert von Gegenständen, deren Veräußerung zeitlich zu determinieren ist, findet indessen nicht in der Zahlungsreihe, sondern bei der Analyse des periodischen steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums als Abwertung von Aktiven Berücksichtigung.³⁾

4532 Auszahlungsreihe

Als Primärvariationen sind in der Auszahlungsreihe des Grundmodells die aus der Verwirklichung steuerbilanzpolitischer Alternativen resultierenden Ertragsteuerzahlungen jeweils durch Anwendung des Steuertarifs auf die Steuerbemessungsgrundlage zu erfassen. Bei den firmenbezogenen Unternehmen gilt es, die körperschaftsteuerlichen sowie gewerbeertragsteuerlichen Konsequen-

1) Zu den Möglichkeiten und Grenzen der Bestimmung von Gewinnbeiträgen einzelner Investitionsobjekte vgl. Adam, Dietrich, Das Interdependenzproblem in der Investitionsrechnung und die Möglichkeiten einer Zurechnung von Erträgen auf einzelne Investitionsobjekte, in: DB 1966, S. 989-993 (991 ff).

2) Zur allgemeinen Berechnung der Vorteilhaftigkeit von Ersatzinvestitionen bzw. zur Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer und des Ersatzzeitpunktes von Objekten vgl. etwa Jacob, Herbert, Das Ersatzproblem in der Investitionsrechnung und der Einfluß der Restnutzungsdauer alter Anlagen auf die Investitionsentscheidung, in: ZfhF 1957, S. 131-153; Schneider, Dieter, Die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Anlagegütern als Bestimmungsgrund der Abschreibungen, Köln/Opladen 1961; Harrmann, Alfred, Zur Berechnung von Ersatzinvestitionen, in: DB 1968, S. 767-771; Geenen, Heinz/Krug, Henning, Zur Berechnung von Ersatzinvestitionen. Ergänzende Bemerkungen zum Aufsatz von A. Harrmann, in: DB 1968, S. 767-771, in: DB 1968, S. 1457-1460.

3) Vgl. auch Hax, Herbert, Investitionstheorie, a. a. O., S. 34.

zen zu prognostizieren, während bei den personenbezogenen Unternehmen je nach Rechtsform neben der Einkommen- und Gewerbeertragsteuer auch die Körperschaftsteuer zu berücksichtigen ist.¹⁾ Für die Prognostizierung von Einkommensteuerzahlungen der mit ihrem Gesamteinkommen steuerpflichtigen natürlichen Personen ist neben deren persönlichen Verhältnissen jeweils auch der aus sonstigen Einkünften sowie Abzügen von der Steuerbemessungsgrundlage resultierende Unterschiedsbetrag zwischen den aus dem betrachteten Gewerbebetrieb fließenden Einkünften und dem zu versteuernden Einkommensbetrag²⁾ erheblich.

Bei der Entwicklung des Grundmodells zur Steuerbilanzpolitik ist außerdem davon auszugehen, daß die Ertragsteuerzahlungen nicht jeweils, wie in dem finanzmathematischen Kalkül angenommen wird, am Ende der betreffenden Periode stattfinden, sondern daß auf die zu ermittelnde Ertragsteuerschuld vom Steuerpflichtigen vierteljährliche Vorauszahlungen zu leisten sind. Sieht man von Anpassungen an die voraussichtlich sich ergebende Steuer ab, so richtet sich die Höhe der Vorauszahlungen grundsätzlich nach der bei der letzten Veranlagung festgestellten Steuer (§§ 35 II EStG, 20 I KStG, 19 II GewStG). Die Vorauszahlungstermine sind bei Einkommen- und Körperschaftsteuer einheitlich der 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember, bei der Gewerbesteuer der 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November (§§ 35 I EStG, 20 I KStG, 19 I GewStG). Bei dynamischer Interpretation betrieblicher Güter- und Geldbewegungen³⁾ stellen Steuervorauszahlungen fest terminierte Strömungs-

1) Zur gegenseitigen Beeinflussung steuerbilanzpolitischer Leitsteuern und Sekundärsteuern vgl. die ausführliche Darstellung bei Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 88 ff u. 124 ff.

2) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a. a. O., S. 80 ff.

3) Vgl. Langen, Heinz, Betriebliche Zahlungsströme und ihre Planung in dynamischer Sicht, in: ZfB 1965, S. 261-279 (274 f).

größen - Sonderfall einer zerfallenden Phasenfolge - dar, deren Kennzeichen es ist, "daß sie allein in Abhängigkeit vom Zeitverlauf fällig werden, und zwar wegen eines in der Vergangenheit liegenden rechtlichen Verpflichtungsgrundes".¹⁾ Im Hinblick auf eine mögliche Anpassung läßt sich diese fest terminierte Zahlung nur bedingt als "irreversibel disponiert" bezeichnen.²⁾ Ist schließlich die Steuerschuld durch Veranlagung festgestellt worden, so werden darauf die für den Veranlagungszeitraum entrichteten Vorauszahlungen angerechnet. Eine restliche Steuerschuld ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides durch eine Abschlußzahlung zu begleichen; ein Überschuß der Vorauszahlungen über die Steuerschuld führt zu einer entsprechenden Erstattung (§§ 47 EStG, 20 I KStG, 20 GewStG).

"Erst durch die Abschlußzahlung oder Erstattung ist auch die - nach den positiven Regeln des Steuerrechts - dem Kalenderjahr zuzurechnende Steuer der Höhe nach bekannt, die dann wiederum die Grundlage der künftigen Vorauszahlungen bildet."³⁾

Steuerbilanzpolitische Maßnahmen wirken sich demnach sowohl auf die Höhe der betreffenden Abschlußzahlung als auch auf die Höhe der neu festgelegten Vorauszahlungen aus. Zur Darstellung zyklischer Phasenfolgen im Zeitablauf bedient sich Bareis⁴⁾ des Tinbergenschen "Pfeil-Schemas"⁵⁾, das in nachstehender Darstellung auf den Fall der Steuerentrichtung übertragen wird, daß Kalenderjahr und Wirtschaftsjahr übereinstimmen und die Veranlagung nach Abgabe der Steuererklärung jeweils am 31. März erfolgt. Dem unterschiedlichen zeitlichen Anfall von Steuerzahlungen innerhalb eines Jahres kann dadurch Rechnung getragen werden, daß diese unter Heranziehung von Barwertfaktoren entsprechend der jeweiligen zeit-

1) Langen, Heinz, a. a. O., S. 275.

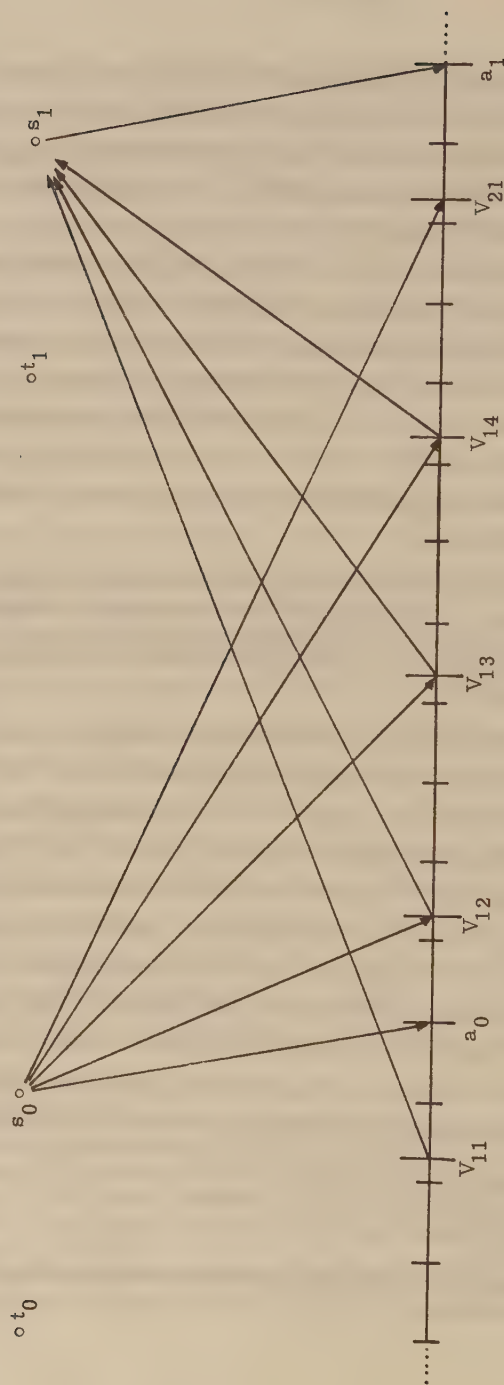
2) Vgl. Bareis, Hans Peter, a. a. O., S. 32 f u. 75 f.

3) Ebd., S. 76 u. FN 1.

4) Vgl. ebd., S. 30 ff.

5) Vgl. Tinbergen, Jan, Einführung in die Ökonometrie, Wien/
Stuttgart 1952, S. 52 ff.

Zyklische Phasenfolge im Zeitablauf



- t_i = Ende der Abrechnungsperiode i
- s_i = Veranlagungszeitpunkt der Periode i
- a_i = Zeitpunkt der Abschlußzahlung oder Erstattung von Steuern für die Periode i
- V_{ij} = Zeitpunkt der Vorauszahlung auf die Steuerschuld der Periode i
- i = $0, 1, \dots, n$
- j = $1, 2, 3, 4$

anteiligen Verzinsung auf das Ende der vorangehenden Abrechnungsperiode diskontiert werden. Die Tatsache, daß die Frist für die Abgabe der Steuererklärung vom Steuerpflichtigen nicht unwesentlich beeinflußt werden kann¹⁾ und damit der Fälligkeitstermin von Abschlußzahlungen und Erstattungen in Grenzen entsprechend manipulierbar ist, läßt sich durch Variation der Zinsfaktoren berücksichtigen.

Als Sekundärvariationen der Auszahlungsreihe sind sowohl die Anschaffungsauszahlungen eines neuen Investitionsobjektes als auch alternativ die zahlungswirksamen laufenden Betriebskosten des zu ersetzenden oder des neuen Objekts anzusetzen. Für den Fall, daß etwa die Anschaffungsauszahlung eines neuen Projekts nicht am Ende einer Periode erfolgt, ist eine Diskontierung mit einem der zeitanteiligen Verzinsung entsprechenden Faktor auf das Ende der Vorperiode vorzunehmen.

"In any case, we come to the conclusion that a corporation always has potential deductible expenses, i. e. it has an opportunity of acquiring expenses which are deductible for income tax purposes. A corporation behaving rationally must decide how far it can go in this direction. The tax advantages of expenses must be weighed against the disadvantages of having money flow out earlier than it would do, or spending it for things for which it would not be spent in a taxless economy."²⁾

Die Tatsache, daß aufgrund eines ausschließlichen Beitragseffekts³⁾ der Ertragsteuern keine unvorteilhaften Investitionen zwecks Ausübung von Wahlrechten eine steuerbilanzpolitisch motivierte zeitliche Determinierung erfahren sollen, findet im vorliegenden Zusammenhang dadurch Berücksichtigung, daß die der aktuellen steuerbi-

1) Vgl. Bareis, Hans Peter, a. a. O., S. 76 f.

2) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 42. Druckfehler im Original. Vgl. auch Wright, M. G., Discounted Cash Flow, London/New York/Toronto/Sydney 1967, S. 54.

3) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 83 ff.

lanzpolitischen Kapitaldisposition alternativen, aufgrund ihrer Vorteilhaftigkeit geplanten Sachinvestitionen als zeitlich zu determinierende Sachverhaltsmaßnahmen interpretiert werden.

"In other words, investment in machines will never be advantageous to the corporation exclusively for tax reasons. The production capacity must become a limiting factor in some subsequent period. Only then will it pay to invest in new machines, no matter how liberal the depreciation rights are."¹⁾

4533 Kalkulationszinsfuß

Der Kalkulationszinsfuß in investitionstheoretischen Partialmodellen dient der bewertungsmäßigen Berücksichtigung derjenigen Auswirkungen in der Zielfunktion des Entscheidungsmodells, welche die innerhalb des Modellbereichs erfaßten Aktivitäten im gesamten Entscheidungsfeld auf das angestrebte Oberziel haben.²⁾

"Durch die Bewertung der Kapitalnutzung soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß ein bestimmter Ertrag erzielt werden kann, wenn das in der erwogenen Investition angelegte Geld an anderer Stelle investiert wird. Durch die Bewertung soll gewährleistet werden, daß eine Investition nur dann durchgeführt wird, wenn dies im Einklang mit dem angestrebten Ziel des Investors steht."³⁾

Der Kalkulationszinsfuß hat somit neben einer Verrechnungsfunktion zur Ausschaltung des unterschiedlichen zeitlichen Anfalls von Zahlungen durch die Ab- oder Aufzinsung eine vom Zielsystem der

1) Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 135. Zu den notwendigen und hinreichenden Bedingungen für eine optimale Erweiterung der Produktionskapazität unter Berücksichtigung der Ertragsteuerwirkungen vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 163 ff.

2) Vgl. Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a. a. O., S. 751 u. 755 ff.

3) Laux, Helmut, Kapitalkosten und Ertragsteuern, Köln/Berlin/Bonn/München 1969, S. 10.

Unternehmung abhängige Lenkungsfunktion zur Lösung des steuerbilanzpolitischen Allokationsproblems zu erfüllen.¹⁾

45331 Allgemeine Ableitung des Kalkulationszinsfußes

Bei vollkommenem Kapitalmarkt gilt allgemein der jeweilige Einheitszinssatz als Kalkulationszinsfuß.²⁾ Theoretisch einwandfrei lassen sich bei unvollkommenem Kapitalmarkt Kalkulationszinsfüße für ein Partialmodell ausschließlich unter expliziter Betrachtung sämtlicher zur Auswahl stehenden Kapitalbeschaffungs- und Kapitalverwendungsmöglichkeiten aus einem Totalmodell herleiten, dessen Lösung allerdings das Partialmodell überflüssig macht. Gelingt es jedoch, sich aufgrund der im Rahmen von Totalmodellen zu gewinnenden allgemeinen Einsichten über die Bestimmungsfaktoren für deren Höhe durch Schätzung den richtigen Kalkulationszinsfüßen zu nähern, so ergibt das Partialmodell eine brauchbare Lösung, die um so dichter beim Totaloptimum liegt, je genauer die Bewertung der nicht explizit berücksichtigten Allokationsmöglichkeiten ist.³⁾

Zu jedem "primalen" Problem der linearen Programmierung existiert ein zweites, aus den gleichen Koeffizienten aufgebautes "duals" Problem mit der Eigenschaft, daß die Optimalwerte der Zielfunktionen beider Probleme gleich sind.⁴⁾ Die Dualvariablen, die in der optimalen Lösung den Restriktionen eines Totalmodells zuge-

1) Vgl. Kappler, Ekkehard/Rehkugler, Heinz, a.a.O., S.618 f.

2) Vgl. auch Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, a.a.O., S.33 f u. 52.

3) Vgl. Franke, Günter/Laux, Helmut, Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße, a.a.O., S.740 f.

4) Zum "symmetrischen Begriff" der Dualität vgl. Krekó, Béla, Lehrbuch der linearen Optimierung, 4. Aufl., Berlin 1969, S.198 ff; Dantzig, George B., Lineare Programmierung und Erweiterungen, Berlin/Heidelberg/New York 1966, S.143 ff.

ordnet sind, lassen sich ökonomisch als Opportunitätskosten interpretieren.¹⁾

"Für die Lösung von Entscheidungsproblemen mit Hilfe von Totalmodellen sind die Dualvariablen nutzlos. Denn man kann ebensogut das Primalproblem wie das Dualproblem lösen, sofern man von eventuell auftretenden Rechenproblemen absieht."²⁾

Aus den optimalen Werten für die Dualvariablen, die den Finanzrestriktionen (Liquiditätsnebenbedingungen) des Totalmodells entsprechen, lassen sich indessen durch Umformung dieser als Aufzinsungsfaktoren zu interpretierenden innerbetrieblichen Faktorpreise (Opportunitätskostensätze, Knappheitspreise, Schattenpreise) periodenspezifische Kalkulationszinsfüße (Kapitalkosten als Preis für die Nutzung des knappen Gutes Kapital) als endogene Größen der Modellanalyse herleiten, unter deren Verwendung das optimale Kapitalbudget (Investitions- und Finanzierungsprogramm) im Rahmen von Partialmodellen mit Hilfe von Kapitalwerten bestimmt werden kann.³⁾

1) Vgl. hierzu etwa Michel, Hartmut, Grenzkosten und Opportunitätskosten, in: ZfbF 1964, S. 82-93 (86); Opfermann, Klaus/Reinermann, Heinrich, Opportunitätskosten, Schattenpreise und optimale Geltungszahl. Ein Vergleich klassischer und moderner Optimalkalküle, in: ZfB 1965, S. 211-236 (223 ff); Münstermann, Hans, Bedeutung der Opportunitätskosten für unternehmerische Entscheidungen, in: ZfB 1966, 1. Ergänzungsheft, S. 18-36 (31 ff). Hingegen werden die Dualvariablen als Grenzproduktivitäten und nur die Schlupfvariablen als Opportunitätskosten interpretiert von Buhr, Walter, Dualvariable als Kriterien unternehmerischer Planung. Die Bedeutung der Dualitätsbeziehungen des mathematischen Programmierens für die entscheidungsbezogene Theorie der Unternehmung, Meisenheim am Glan 1967, S. 40 ff; ders., Dualvariable, Opportunitätskosten und optimale Geltungszahl, in: ZfB 1967, S. 687-708 (695 ff).

2) Franke, Günter/Laux, Helmut, Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße, a. a. O., S. 741.

3) Zur Ableitung endogener Kalkulationszinsfüße aus den als Aufzinsungsfaktoren interpretierten Dualvariablen der finanzwirtschaftlichen Nebenbedingungen mit jeweiligem Hinweis auf weitere Literatur vgl. Hax, Herbert, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe der linearen Programmierung, a. a. O., S. 439 ff;

"Als Schattenpreise können auch die Lagrange-Multiplikatoren in den herkömmlichen Modellen (Maximierung einer Zielfunktion unter Nebenbedingungen in Form von Gleichungen) bezeichnet werden. Beide, Dualvariablen und Lagrange-Multiplikatoren, sind Anwendungsfälle der sogenannten Kuhn-Tucker-Bedingungen. Das Kuhn-Tucker-Theorem stellt einen Existenzbeweis dar: Wenn ein Extremwert einer Zielfunktion vorliegt bei Nebenbedingungen in Form von linearen oder nichtlinearen Ungleichungen, dann existieren auch Schattenpreise. Das Theorem liefert jedoch keinen "konstruktiven" Beweis. Es sagt nicht, wie man den Extremwert oder die Schattenpreise berechnet. Seine Anwendung löst deshalb unmittelbar kein ökonomisches Problem."¹⁾

Die Höhe der periodenspezifischen endogenen Kalkulationszinsfüße wird im Hinblick auf die Zielsetzungen "Endwertmaximierung" und "Ausschüttungsmaximierung" eindeutig durch die internen Zinsfüße der Grenzinvestitionen und/oder Grenzfinanzierungsmaßnahmen determiniert, ohne jedoch generell mit ihnen sowie im Hinblick auf beide Ziele übereinzustimmen.²⁾

Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 89 f; Franke, Günter/Laux, Helmut, Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße, a. a. O., S. 742 ff; Blumentrath, Ulrich, a. a. O., S. 82 ff; Hax, Herbert/Laux, Helmut, Investitionstheorie, in: Beiträge zur Unternehmensforschung. Gegenwärtiger Stand und Entwicklungstendenzen, Hrsg. Günter Menges, Würzburg/Wien 1969, S. 227-284 (250 f); Laux, Helmut, Kapitalkosten und Ertragsteuern, a. a. O., S. 43 ff; Laux, Helmut/Franke, Günter, Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe von Kapitalwerten, a. a. O., S. 45 ff; Schweim, Joachim, a. a. O., S. 60 ff; Kröske, Joachim, a. a. O., S. 272 ff; Haberstöck, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 72 ff; Haegert, Lutz, a. a. O., S. 118 ff; Hax, Herbert, Investitionstheorie, a. a. O., S. 76 ff.

- 1) Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, a. a. O., S. 327. Zur ökonomischen Nutzbarmachung des Verfahrens der Lagrange-schen Multiplikatoren vgl. auch Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a. a. O., S. 334 ff.
- 2) Vgl. hierzu die Beweisführung bei Franke, Günter/Laux, Helmut, Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße, a. a. O., S. 740, 742 ff, 755 ff u. 758. Zum Problem des Kalkulationszinsfußes vgl. auch Moxter, Adolf, Die Bestimmung des Kalkulationszinsfußes bei Investitionsentscheidungen. Ein Versuch zur Koordination von Investitions- und Finanzierungslehre, in: ZfhF 1961, S. 186-200 (199); Sehmer, Ekkehard, Kritik und Weiterentwicklung der be-

Die Möglichkeit, mit Hilfe der mathematischen Programmierung endogene Kalkulationszinsfüße zu ermitteln, ist zwar theoretisch hochinteressant, für die Steuerbilanzpolitik jedoch - wie im folgenden darzulegen ist - von außerordentlich geringer Bedeutung. Wenn man sich der mathematischen Programmierung bedient, findet man das optimale Investitions- und Finanzierungsprogramm unter etwaiger Berücksichtigung von Ertragsteuern gleichzeitig mit den endogenen Kalkulationszinsfüßen und benötigt diese somit für die zu treffenden Dispositionen gar nicht mehr.¹⁾

Alle Aussagen über endogene Kalkulationszinsfüße gelten außerdem nur für ein bereits erreichtes Optimum und verändern sich zwangsläufig mit dem Optimum.²⁾

Soll indessen über auszuübende steuerliche Wahlrechte sowie zeitlich zu determinierende Sachverhaltsmaßnahmen als zusätzliche Handlungsmöglichkeiten unter Verwendung der endogenen Kalkulationszinsfüße eines vorliegenden Optimums entschieden werden, "so können die Ergebnisse nur als begrenzt verwendbare Anhaltspunkte dienen, da sich durch veränderte Aktivitäten in der Regel auch ein verändertes Optimum und damit veränderte Beurteilungsmaßstäbe (Dualwerte) ergeben".³⁾

Die Tatsache, daß die Anwendung der Kapitalwertmethode zur Ermittlung des optimalen Kapitalbudgets bei Ganzzahligkeitsbedingungen für die Aktivitätsniveaus von Investitions- und/oder Finanzie-

trieblichen Investitionsrechnung im Hinblick auf den Kalkulationszinsfuß (I, II), in: BFuP 1967, S. 8-27 u. 99-106; Ganske, Herbert, Investitionstheorie und ökonomische Realität, in: ZfB 1966, S. 381-402 (390 ff).

1) Vgl. analog Hax, Herbert, Kostenbewertung mit Hilfe der mathematischen Programmierung, in: ZfbF 1965, S. 197-210 (210).

2) Vgl. Haberstock, Lothar, Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a. a. O., S. 69.

3) Ebd. S. 70.

rungsmaßnahmen versagen kann¹⁾, ist nicht als ein Argument gegen die Formulierung eines steuerbilanzpolitischen Partialmodells zu werten, da eine Diskontierung mit den endogenen Kalkulationszinsfüßen des nichtganzzahligen Optimums zum ausschließlichen Zweck einer interperiodischen Allokation von Ertragsteuerzahlungen den bei Vernachlässigung der Ganzzahligkeitsbedingung höchstens erreichbaren Wert der zu maximierenden Zielvariablen nicht verringert. Die Stetigkeit der Variablen stellt indessen sogar nur eine von mehreren notwendigerweise vereinfachenden Annahmen in Totalmodellen dar. Im Hinblick auf zeitlich zu determinierende Sachverhaltsmaßnahmen, für die aufgrund nachteiliger Ganzzahligkeitsbedingungen keine Kalkulationszinsfüße existieren, die die Bestimmung des exakten Optimums ermöglichen, mag es naheliegen, durch Bestimmung eines "guten" Kapitalbudgets mit Hilfe von Kapitalwerten unter Vernachlässigung dieser Ganzzahligkeitsbedingungen wenigstens in die Nähe des Optimums zu gelangen. "Hierdurch wird im Vergleich zur Anwendung eines Totalmodells die Lösung des Planungsproblems erleichtert."²⁾

In einem unmittelbaren Gegensatz zu dem vermuteten Versagen steht die Tatsache, daß die Kapitalwertmethode als Partialmodell gerade im Hinblick auf Ganzzahligkeitsbedingungen das einzig richtige Vorgehen der Steuerbilanzpolitik repräsentiert, da die Lösung eines Totalmodells nur mit Hilfe der nichtganzzahligen linearen Programmierung zu ermitteln sein wird. Der scheinbare Widerspruch löst sich indessen auf, wenn man zwischen Ganzzahligkeitsbedingungen für die zu analysierenden Kapitaldispositionen und solchen für alternative Kapitaldispositionen differenziert. Als alternative Kapitaldispositionen der Steuerbilanzpolitik können wegen der

1) Vgl. Laux, Helmut/Franke, Günter, Das Versagen der Kapitalwertmethode bei Ganzzahligkeitsbedingungen, in: ZfbF 1970, S. 517-527 (517 ff).

2) Ebd., S. 526.

Extensionsunterschiede keine unteilbaren Projekte, wie etwa Realinvestitionen und Anleiheemissionen, sondern jeweils nur die Anlage und Aufnahme von Spitzenbeträgen am Geld- bzw. Kapitalmarkt in Frage kommen.

Zur Lösung der interperiodischen Allokation von Ertragsteuerzahlungen ist somit unter dem Aspekt korrespondierender Teilbarkeit eine im allgemeinen nicht mögliche Zuordnung einzelner Kapitalquellen auf einzelne Investitionsprojekte vorzunehmen. Die mit Hilfe des Kuhn-Tucker-Theorems oder - falls von einer linearen Zielfunktion ausgegangen wird - des Preistheorems der linearen Programmierung abgeleiteten endogenen Kalkulationszinsfüße¹⁾ erweisen sich insofern als steuerbilanzpolitisch irrelevant, als diese Theoreme jeweils nur für Optimierungsaufgaben ohne Ganzzahligkeitsbedingungen gelten, so daß die unter Vernachlässigung der Unteilbarkeit der (Grenz-)Projekte ermittelten Kalkulationszinsfüße nicht der interperiodischen Allokation von Ertragsteuerzahlungen zu dienen vermögen.

Steuerbilanzpolitik wurde gekennzeichnet durch die Ausübung steuerlicher Wahlrechte sowie die möglicherweise dadurch motivierte zeitliche Determinierung von aufgrund ihrer Vorteilhaftigkeit und Vorzieswürdigkeit faktisch entschiedenen Sachverhaltsmaßnahmen. Im Hinblick auf die daraus resultierenden Primär- und Sekundärvariationen der Ein- und Auszahlungsreihe des steuerbilanzpolitischen Grundmodells erweist es sich als ausschließlich sinnvoll, endogene Kalkulationszinsfüße aus Kapitalanlage- und -aufnahmezinssätzen²⁾ zu deduzieren.

1) Vgl. hierzu Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 76 ff.

2) Zur jeweils materiellen Bestimmung dieser Zinssätze vgl. allgemein Schaub, Günter, Die Bestimmung des Kalkulationszinsfußes bei Investitionsentscheidungen auf Grund der Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten der Unternehmer, Diss. Köln 1968, S. 57 ff u. 90 ff. Zur Bestimmung der Kapitalkosten von der Bank-

Beschränkt man bei der Steuerbilanzpolitik personenbezogener Unternehmen die Auswahl alternativer Kapitaldispositionen auf Kapitalanlage- und Kapitalaufnahmemöglichkeiten, so bleibt regelmäßig der Konsum der Mittel als weitere Alternative außer Betracht. Die Tendenz, die Gewinnmaximierungshypothese durch ein konsumorientiertes Nutzenkonzept zu ersetzen, indem die Zielfunktion auf den Nutzen des persönlichen Einkommens des Unternehmers als den überwiegenden Zweck wirtschaftlicher Betätigung zurückgeführt wird, findet ihren Niederschlag in der Berücksichtigung einer subjektiven Präferenz, die als Zeitpräferenz, Konsumpräferenz, Liquiditätspräferenz, Einkommenspräferenz oder Entnahmepräferenz bezeichnet wird¹⁾, im Rahmen der individuellen Wertprämissen von Entscheidungssubjekten, wodurch in hohem Maße die politischen Entscheidungen in der Organisation geprägt werden.

Die betriebswirtschaftliche Steuerlehre gerät bei der Entwicklung einer normativen Theorie steuerbilanzpolitischen Verhaltens unter Berücksichtigung individueller Zeitpräferenzen zunächst in einen Konflikt, der es angezeigt erscheinen läßt, einer Bezugnahme auf subjektiv-konsumtiv bestimmte Einkommenspräferenzen insoweit eine Grenze zu setzen, als nicht jedes unreflektierte Vorgehen eines

preistheorie her vgl. Fischer, Otfried, Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Kapitaltheorie, in: ZfbF 1969, S. 26-42 (29 ff); Süchting, Joachim, Zur Problematik von Kapitalkosten - Funktionen in Finanzierungsmodellen, in: ZfB 1970, S. 329-348.

1) Vgl. etwa Fisher, Irving, The Theory of Interest, As Determined by Impatience to Spend Income and Opportunity to Invest it, New York 1930, nachgedruckt New York 1954, S. 61 ff; Hirshleifer, Jack, On the Theory of Optimal Investment Decision, in: The Journal of Political Economy 1958, S. 329-352, wiederabgedruckt in: The Management of Corporate Capital, Hrsg. Ezra Solomon, Chicago 1959, S. 205-228 (205); Moxter, Adolf, Präferenzstruktur und Aktivitätsfunktion des Unternehmers, a.a.O., S. 11 ff; Blumentrath, Ulrich, a.a.O., S. 57 ff u. 246 ff; Drukarczyk, Jochen, a.a.O., S. 38 ff; Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, a.a.O., S. 306 f; Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 58 ff.

Entscheidungssubjekts bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns, indem es wählt, was es wählt¹⁾, als Ausfluß individueller Präferenzen zu werten ist. Der durch den Anlage- oder Aufnahmezinssatz bestimmte Kalkulationszinsfuß eines investitionstheoretischen Partialmodells normiert diese Konsumpräferenz.²⁾ Eine solche Normierung ist indessen unbeachtlich, wenn die marginale Rate der Transformation von Einkommenselementen verschiedener Perioden unter dem Anlagezinssatz oder über dem Aufnahmezinssatz liegt, da insoweit ein als vorteilhaft bestimmter Zahlungsstrom jederzeit durch Kapitalmarktgeschäfte in das subjektive Zahlungsstromoptimum überführt werden kann.³⁾ Die dem Steuerpflichtigen ohne unmittelbare Gegenleistung aufgezwungene Steuerbelastung, die ihn in seiner ökonomischen Entfaltung hemmt, insbesondere aber auch seinem Geltungs- und Machtstreben sowie dem Selbsterhaltungstrieb zuwiderläuft und deshalb nur Ärger und Verstimmung hervorruft⁴⁾, vermag hinsichtlich der subjektiven Zeitpräferenz einen intraindividuellen Konflikt⁵⁾ auszulösen, der es dem Individuum schwerfallen läßt, eine steuerbilanzpolitische Verhaltensweise zu wählen. Das unentschlossene Abwägen zwischen erheblichen Steuerchancen in der fernerer Zukunft und geringeren aber sicheren Vorteilen der Gegenwart oder nächsten Zukunft stellt die typische Form eines Ambivalenzkonflikts bzw. Appetenz-Aversions-Konflikts⁶⁾ dar, der

1) Vgl. Schmitt-Rink, Gerhard, Über Unternehmungsziele. Bemerkungen zur neueren Kritik an der Gewinnmaximierungs-Hypothese, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1966, S. 418-428 (419). Zur allgemeinen Problematik einer Nutzenkonzeption vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 147 ff.

2) Vgl. Drukarczyk, Jochen, a. a. O., S. 36.

3) Vgl. ebd., S. 41 ff.

4) Vgl. Holtgrewe, Karl-Georg, Der Steuerwiderstand. Das Verhalten des Steuerpflichtigen im Lichte der modernen Psychologie, Berlin 1954, S. 13 ff u. 24 ff; Siegfried, Bernard, a. a. O., S. 40 ff.

5) Vgl. Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. I, a. a. O., S. 96 ff.

6) Vgl. hierzu Bidlingmaier, Johannes, Zielkonflikte und Zielkompromisse, a. a. O., S. 58 ff.

meist - mit Auswirkungen im Progressionsbereich der Einkommensteuer - durch eine Anpassung nach dem Spruch "Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach" aufgelöst wird.¹⁾

Es macht sich dabei ein für den Unternehmer besonderer, die bloße Ziffer übersteigender "Affektionswert" jeder an Steuern ersparten Geldeinheit bemerkbar. "Er mag es sich (auch; Anm. d. Verf.) nicht selten gern zwei Franken kosten lassen, um dem Fiskus einen Franken Steuern abzujauchen."²⁾

Die wertfreie Erarbeitung zieladäquater individueller Zweckmäßigkeitslösungen der Steuerbilanzpolitik hat sich immer dann an der Konsumpräferenz des Entscheidungssubjekts zu orientieren, wenn diese als marginale Rate der Transformation von Einkommenselementen verschiedener Perioden die übrigen Einflußgrößen des Kalkulationszinsfußes dominiert.³⁾ Bei vorgegebenem Anlage- und Aufnahmezinsfuß bestimmt sich der endogene Kalkulationszinsfuß folgendermaßen:

Werden im Zeitpunkt t zur Erreichung des Optimums Mittel auf dem Kapitalmarkt angelegt, so ist der bis zum folgenden Zeitpunkt zutreffende Kalkulationszinsfuß gleich dem Anlagezinsfuß. Müssen hingegen im Zeitpunkt t Mittel auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden, so ist der bis zum folgenden Zeitpunkt geltende Kalkulationszinsfuß gleich dem Aufnahmezinsfuß. Kann im Zeitpunkt t das Optimum ohne Anlage oder Aufnahme auf dem Kapitalmarkt erreicht werden, so liegt der zutreffende Kalkulationszinsfuß in dem von Anlage- und Aufnahmezinsfuß begrenzten Intervall, wobei seine genaue Höhe durch die subjektiv-konsumtiven Präferenzen des Investors

1) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 20 f u. 118 f.

2) Borkowsky, Rudolf, Gewinnsteuern und Unternehmenspolitik, in: Die Unternehmung 1968, S. 101-113 (104).

3) Vgl. Drukarczyk, Jochen, a.a.O., S. 41 u. 53 f.

bestimmt wird.¹⁾ Hingegen hat eine Erhöhung des als Allokationskriterium dienenden Kalkulationszinsfußes um einen Risikozuschlag im Hinblick auf die individuelle Risikopräferenz des Entscheidenden bei unsicheren Erwartungen in der Steuerbilanzpolitik unbedingt zu unterbleiben.²⁾ Der aus Entleih- und Verleihzinssätzen abgeleitete Kalkulationszinsfuß stellt insofern eine unternehmens- und unternehmerindividuelle Preisgröße zur Verrechnung und Lenkung zeitpunktunterschiedlicher Ertragsteuerzahlungen dar, als er - periodenspezifisch bestimmt - den entscheidungsfeldabhängigen Tatbestand finanzieller Interdependenz aufgrund der Unvollkommenheit des Kapitalmarktes, als auch die entscheidungsträgerbedingte Einkommenspräferenz erfaßt.³⁾ Ein auf die Sekundärvariationen der Zahlungsreihe möglicherweise abweichend anzuwendender Kalkulationszinsfuß hängt ab von der für die zeitliche Verschiebung von Sachverhaltsmaßnahmen zutreffenden Finanzierungsart.

Die im Zeitablauf variierenden Kapitalkosten sind in der Kapitalwertformel dadurch zu berücksichtigen, daß die aus den periodenindividuellen Kalkulationszinsfußes gebildeten Abzinsungsfaktoren für jene zwischen dem Diskontierungs- und dem jeweiligen Zahlungszeitpunkt liegenden Perioden multiplikativ zu einem einheitlichen Abzinsungsfaktor verknüpft werden. Da sich die entsprechend der jeweiligen Verwendung periodenindividuell bestimmten Kalkulationszinsfußes bei der Diskontierung ausschließlich auf den Zeitraum vor Freisetzung der Mittel auswirken, stellt der Kapitalwert nur dann ein sinnvolles und zuverlässiges Kriterium für die interperiodische Allokation von Ertragsteuerzahlungen dar, wenn die Re-

1) Vgl. hierzu die Ableitung bei Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 58 ff u. 79 ff.

2) Vgl. ders., Der Kalkulationszinsfuß in der Investitionsrechnung bei unsicheren Erwartungen, in: ZfbF 1964, S. 187-194 (187).

3) Vgl. Blumentrath, Ulrich, a.a.O., S. 32, 44 f, 54 u. 58.

investition bzw. Verwendung der durch Steuerverschiebung zusätzlich freiwerdenden Einzahlungsüberschüsse genau zum Kalkulationszinsfuß erfolgt¹⁾ - so wie es in dem zu schätzenden Totaloptimum bei derartigen Spitzenbeträgen, die am Kapitalmarkt angelegt bzw. aufgenommen werden müssen, der Fall ist. Der in dieser Reinvestitionsprämisse zum Ausdruck gebrachte Sachverhalt läßt sich für den Kapitalwert K der periodischen Einzahlungsüberschüsse a_i ($i = 0, 1, \dots, n$) bei periodenindividuellen Kalkulationszinsfüßen p_j und entsprechenden Aufzinsungsfaktoren q_j ($j = 1, 2, \dots, n$) folgendermaßen darstellen:

$$K = \sum_{i=0}^n \frac{a_i \cdot \prod_{j=i+1}^n q_j}{\prod_{j=1}^n q_j}$$

$$K = \sum_{i=0}^n \frac{a_i}{\prod_{j=1}^i q_j}$$

Im Gegensatz zu der steuerbilanzpolitisch ausschließlich relevanten Vorziehwürdigkeit von Aktionen genügt es zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit der einzelnen in ein optimales Kapitalbudget aufzunehmenden Investitions- und Finanzierungsprojekte bei Fehlen nachteiliger Ganzzahligkeitsbedingungen, daß eine Wiederanlage freigesetzter Einzahlungsüberschüsse mindestens zu jenen aus den Dualvariablen abgeleiteten Kalkulationszinsfüßen erfolgt.²⁾

1) Vgl. Schneider, Dieter, Korrekturen zum Einfluß der Besteuerung, a.a.O., S. 311; Peters, Günter, Ziele und Methoden der dynamischen Investitionsrechnung, in: ZfB 1971, S. 335-352 (344 ff).

2) Vgl. Franke, Günter/Laux, Helmut, Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße, a.a.O., S. 752 f; Laux, Helmut/Franke, Günter, Das Versagen der Kapitalwertmethode, a.a.O., S. 517 ff.

45332 Einfluß der Besteuerung auf den Kalkulationszinsfuß

Aussagen über mögliche Veränderungen des Kalkulationszinsfußes infolge der Ertragsbesteuerung sind grundsätzlich ebenfalls nur durch eine Analyse der Grenzprojekte des Totalmodells nach Berücksichtigung der Steuern zu erlangen.

"Es gilt abzuschätzen, ob und inwieweit die Zahlungsströme der jeweiligen Grenzprojekte des Totalmodells durch die Besteuerung beeinflusst werden, m.a.W.: wie sich die Grenz- bzw. Opportunitätskosten nach Steuern verändern."¹⁾

Hinsichtlich der Berücksichtigung von Ertragsteuern im Kalkulationszinsfuß lassen sich fünf Auffassungen unterscheiden:²⁾

- (1) Ansatz des Kalkulationszinsfußes nach Berücksichtigung der Ertragsteuern in unveränderter Höhe³⁾

1) Haberstock, Lothar, Zum Ansatz des Kalkulationszinsfußes vor und nach Steuern in investitionstheoretischen Partialmodellen, in: ZfbF 1970, S. 510-516 (516).

2) Zum Überblick vgl. auch Strobel, Wilhelm, Der Einfluß der Gewinnsteuer, a.a.O., S. 383 f; Haberstock, Lothar, Zum Ansatz des Kalkulationszinsfußes, a.a.O., S. 513; ders., Zur Integration der Ertragsbesteuerung, a.a.O., S. 147 ff; Buchner, Robert, Der Einfluß erfolgsabhängiger Steuern, a.a.O., S. 672 ff u. 700 ff; Breuker, Peter, Betriebswirtschaftlich-steuerliche Modifikationen des Kalkulationszinsfußes für dynamische Investitionsansätze - Ertragsabhängige und insbesondere ertragsunabhängige Modifikationen -, in: BFuP 1971, S. 673-687 (678 ff); ders., Besitzsteuerliche Korrekturen im Rahmen des investitionsrechnerischen Kapitalwert-Modells, in: StuW 1972, S. 239-248 (242).

3) Vgl. Brown, Cary E., a.a.O., S. 525 ff; Albach, Horst, Zur Berücksichtigung der Ertragsteuerzahlungen, a.a.O., S. 437 ff; Schneider, Helmut, a.a.O., S. 62 ff; Büschgen, Hans E., Betriebswirtschaftliche Aspekte (I, II), a.a.O., S. 285 ff u. 342 ff; Schwarz, Horst, Optimale Investitionsentscheidungen, München 1967, S. 216 ff u. 225 ff; Schneider, Erich, Kritisches und Positives zur Theorie der Investition, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 98, 1967, S. 314-348 (339 f); ders., Wirtschaftlichkeitsrechnung, Theorie der Investition, 7. Aufl., Tübingen/Zürich 1968, S. 127 ff; Klein, Erhard, a.a.O., S. 361 ff; Marettek, Alexander, Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik, a.a.O., S. 27; ders., Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a.a.O., S. 175.

- (2) Generelle Kürzung des Kalkulationszinsfußes um den dem (marginalen) Steuersatz entsprechenden Anteil¹⁾
- (3) Beschränkung dieser Korrektur auf den Fall ausschließlicher Eigenkapitalfinanzierung²⁾
- (4) Beschränkung dieser Korrektur auf den Fall ausschließlicher Fremdkapitalfinanzierung³⁾
- (5) Erhöhung des Kalkulationszinsfußes um die anteilige Ertragsteuerbelastung zu einem Bruttokalkulationszinsfuß, der sich bei gemischter Finanzierung als ein mit dem Eigen- und Fremdkapitalanteil gewogenes arithmetisches Mittel der Bruttozinsfüße bei jeweils ausschließlicher Eigen- und Fremdfinanzierung darstellt, sowie Nichtberücksichtigung der Ertragsteuern in den Zahlungsreihen der Investitionsobjekte⁴⁾

Von den genannten Auffassungen befinden sich indessen nur die bei-

1) Vgl. Johansson, Sven-Erik, Skatt-investeringsvärdering, Stockholm 1961, Mathematical Appendix, S. 213 Fußnote; Swoboda, Peter, Der Einfluß der steuerlichen Abschreibungspolitik, a.a.O., S. 414 f; ders., Die Wirkungen von steuerlichen Abschreibungen, a.a.O., S. 78 f; Strobel, Wilhelm, Der Einfluß der Gewinnsteuer, a.a.O., S. 389; Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, a.a.O., S. 262 f.

2) Vgl. Schneider, Dieter, Der Einfluß der Besteuerung, a.a.O., S. 40; ders., Korrekturen zum Einfluß der Besteuerung, a.a.O., S. 307 ff; ders., Investition und Finanzierung, a.a.O., S. 262 f; Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung (III), a.a.O., S. 119; ders., Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, a.a.O., S. 132 f; Nebe, Hartmut, Die Investitionsentscheidung unter dem Einfluß des gespaltenen Körperschaftsteuertarifs, a.a.O., S. 171 ff.

3) Vgl. Schneider, Dieter, Der Einfluß von Ertragsteuern, a.a.O., S. 547; Huth, Helmut, Besteuerung und Investition, a.a.O., S. 32; ders., Der Einfluß der Gewinnbesteuerung, a.a.O., S. 17 mit weiterer Literatur.

4) Vgl. Mertens, Peter, Ertragsteuerwirkungen, a.a.O., S. 572 ff; Schwarz, Horst, Zur Berücksichtigung erfolgssteuerlicher Gesichtspunkte, (II), a.a.O., S. 209; Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 2. Halbband, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt 1965, S. 199 u. 209 ff.

den ersten in Einklang mit den im Rahmen der Analyse eines Totalmodells zu gewinnenden Erkenntnissen über den Einfluß der Ertragsteuern auf den Kalkulationszinsfuß, wobei sich aufgrund unterschiedlicher Annahmen über die Lage des zu schätzenden Totaloptimums eine unterschiedliche Beeinflussung der Erträge bzw. Aufwendungen der Grenzprojekte durch die Ertragsbesteuerung ergibt.¹⁾ Die steuerbilanzpolitisch relevanten endogenen Kalkulationszinsfüße werden gemäß dem Opportunitätskostenprinzip in dem Maße durch die Ertragsbesteuerung beeinflusst, in dem die Kapitalkosten aufgrund des nach Berücksichtigung von Steuern im optimalen Programm zuletzt aufgenommenen, teuersten Kredits oder aufgrund der unter diesen Umständen günstigsten, nicht mehr realisierten Finanzinvestition verändert werden. Unter der Voraussetzung, daß die aus diesen Grenzprojekten resultierenden Aufwendungen abzugsfähig (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG, Abschn. 87 EStR) bzw. Erträge steuerpflichtig (§ 20 Abs. 1 EStG) sind und sich auf die Ertragsteuerzahlungen der laufenden Periode auswirken, hat eine Korrektur der Fremdkapitalzinsen bzw. Eigenkapitalrendite mit dem Faktor $(1 - \text{marginaler Steuersatz})$ zu erfolgen.²⁾ Das durch Anlage- und Aufnahmezinsfuß begrenzte Intervall, innerhalb dessen sich die Höhe des steuerbilanzpolitischen Kalkulationszinsfußes nach subjektiven Präferenzen des Entscheidenden bestimmt, wird somit im Regelfall - bei Steuerpflicht bzw. Abzugsfähigkeit dieser Kapitalkosten und Vorliegen steuerpflichtiger Gewinne - sowohl in seiner Lage als auch in seiner Breite verändert.³⁾

1) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 89 ff; Laux, Helmut, Kapitalkosten und Ertragsteuern, a.a.O., S. 54 u. 68; Haberstock, Lothar, Zum Ansatz des Kalkulationszinsfußes, a.a.O., S. 515 f; ders., Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a.a.O., S. 148; Haegert, Lutz, a.a.O., S. 212 ff.

2) Vgl. Haberstock, Lothar, Zum Ansatz des Kalkulationszinsfußes, a.a.O., S. 514 ff; ders., Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung, a.a.O., S. 147 f u. 161 ff.

3) Vgl. hierzu aber auch Buchner, Robert, Anmerkungen zum Fisher-Hirshleifer-Ansatz der simultanen Bestimmung von Gewinnaus-

Der Ansatz eines um den marginalen Steuersatz gekürzten, durch Finanzinvestitionen oder Finanzierungsmaßnahmen als Grenzprojekte determinierten Kalkulationszinsfußes bewirkt zusammen mit der Wiederanlageprämissse weiterhin, daß die Anlagezinsgewinne oder Aufnahmezinseinsparungen, die durch Reinvestition der infolge Steuerverschiebung zusätzlich freiwerdenden liquiden Mittel erzielbar sind, nicht durch eine Veränderung der Steuerbemessungsgrundlage und damit auch der Steuerzahlungsreihe zu berücksichtigen sind. Die Auswirkungen zeitlich zu determinierender Sachverhaltsmaßnahmen in der Form von Sachinvestitionen bzw. -desinvestitionen sind indessen explizit in der primären und sekundären Zahlungsreihe des Modells zu erfassen. Es bleibt schließlich noch darauf hinzuweisen, daß der marginale Steuersatz bei progressivem Tarif Bestandteil des zu lösenden Problems interperiodischer Allokation von Ertragsteuerzahlungen darstellt und insofern nur durch Schätzung im gekürzten Kalkulationszinsfuß zu antizipieren ist. Eine Instrumentierung des gegenwärtig gespaltenen Körperschaftsteuertarifs¹⁾ erweist sich unter Berücksichtigung jener der Steuerbilanzpolitik auferlegten dividendenpolitischen Restriktion nur für die personenbezogenen - im Gegensatz zu den firmenbezogenen - Kapitalgesellschaften als relevant.

Keine Berücksichtigung findet im vorliegenden Zusammenhang die Tatsache, daß der Einheitswert des Betriebsvermögens - abgesehen von einem möglichen Einfluß der Gewinnerzielung und der Mittel der Gewinnverlagerung - durch aufgeschobene Ertragsteuerzah-

schüttungs-, Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen, in: ZfbF 1968, S. 30-47; ders., Zur Bedeutung des Fisher-Hirshleifer-Ansatzes für die betriebswirtschaftliche Theorie der Kapitalwirtschaft, in: ZfbF 1969, S. 706-727 (718 ff); ders., Die Problematik kapitalwertorientierter Investitionsentscheidungen in kapitaltheoretischen dynamischen Planungsmodellen. Ein Beitrag zur Frage der Endwertmaximierung, in: ZfB 1970, S. 283-312 (289 ff); ders., Der Einfluß erfolgsabhängiger Steuern, a. a. O., S. 702 f.

1) Vgl. Heigl, Anton, Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitzsteuerbelastung (III), a. a. O., S. 114 ff.

lungen beeinflusst wird.¹⁾ Eine Einbeziehung der daraus resultierenden ertragsunabhängigen Steuerbelastung erscheint allenfalls durch eine Korrektur des Kalkulationszinsfußes²⁾ möglich.

Indem die aus der Ausübung von Wahlrechten resultierenden Ertragsteuerzahlungen neben sonstigen Ein- und Auszahlungen aufgrund der steuerbilanzpolitisch motivierten zeitlichen Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen in Gestalt von Investitions- und Desinvestitionsvorhaben in den Zahlungsreihen erfaßt werden und der Einfluß der Ertragsbesteuerung auch im Kalkulationszinsfuß berücksichtigt wird, ist das Vorgehen der Steuerbilanzpolitik demjenigen der Nettomethode bei der einzelprojektorientierten Investitionsrechnung unter Berücksichtigung von Ertragsteuern komplementär.³⁾ Infolge der expliziten Einbeziehung der gesamten steuerlichen Gewinnermittlung in das Entscheidungsfeld sind prima facie das auf den Abhängigkeiten zwischen Steuersatz, Einnahmenverlauf, Abschreibungsverfahren und Kalkulationszinsfuß beruhende Steuerparadoxon eines wachsenden Kapitalwertes bei steigenden Steuersätzen, der Einfluß der Besteuerung auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer sowie der Einfluß eines fehlenden sofortigen Verlustausgleichs auf die Investitionsentscheidung⁴⁾ im Grundmodell der Steuerbilanzpolitik mit erfaßt. Grundlegende ma-

1) Vgl. Marettek, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 120.

2) Vgl. Haberstokk, Lothar, Zum Ansatz des Kalkulationszinsfußes, a. a. O., S. 512; Breuker, Peter, Betriebswirtschaftlich-steuerliche Modifikationen, a. a. O., S. 680 ff sowie die Entgegnung hierzu von Siebert, Wolfgang, in: BFuP 1972, S. 562-565 und das Schlußwort zu dieser Stellungnahme von Breuker, Peter, in: BFuP 1972, S. 565-567; ders., Besitzsteuerliche Korrekturen, a. a. O., S. 242 ff.

3) Vgl. hierzu etwa Swoboda, Peter, Der Einfluß der steuerlichen Abschreibungs politik, a. a. O., S. 414 ff; ders., Die Wirkungen von steuerlichen Abschreibungen, a. a. O., S. 77 ff.

4) Vgl. Schneider, Dieter, Korrekturen zum Einfluß der Besteuerung, a. a. O., S. 297 ff, S. 316 ff u. 323 ff.

terielle Unterschiede zwischen den Kapitalwertmodellen der Investitionspolitik und der Steuerbilanzpolitik ergeben sich jedoch im Hinblick auf die Skala des Beurteilungsmaßstabes. Während die der steuerlichen Sachverhaltsgestaltung dienende Investitionspolitik unbedingt die Vorteilhaftigkeit von Projekten zu beurteilen hat, geht es in der Steuerbilanzpolitik bei der alternativen Ausübung von Wahlrechten und zeitlichen Determinierung faktisch entschiedener Sachverhaltsmaßnahmen ausschließlich noch um die Messung einer intertemporalen Vorziehwürdigkeit. Der kybernetische Charakter der Steuerbilanzpolitik äußert sich dabei in der Bestimmung des Kalkulationszinsfußes als Anlage- bzw. Aufnahmehinssatz für Spitzenbeträge.

454 Lösungsalgorithmen

Die entscheidungsorientierte Problemstellung der Steuerbilanzpolitik erfordert schließlich die Behandlung von Möglichkeiten der numerischen Optimumfindung. Das gilt insbesondere dann, wenn diese angesichts der Unmöglichkeit einer vollständigen Enumeration steuerbilanzpolitischer Alternativen nur noch mit iterativen Lösungsverfahren¹⁾ geschehen kann.

Die Lösung des kombinatorischen steuerbilanzpolitischen Optimierungsproblems kann grundsätzlich auf die Weise gefunden werden, daß man alle innerhalb des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums zulässigen Alternativen aufzählt, ihre Zielerreichungsgrade bestimmt und im Hinblick auf das Optimierungskriterium vergleicht. Tatsächlich wird es jedoch nicht möglich sein, alle denkbaren Kombinationen von steuerbilanzpolitischen Entscheidungsvariablen systematisch zu erforschen und jene Kombinationen herauszufinden, die vorzuziehen sind, obwohl einzelne Aktionen

1) Vgl. Blumentrath, Ulrich, a. a. O., S. 29.

bei isolierter Betrachtung unvorteilhaft erscheinen mögen.¹⁾

Eine vollständige Enumeration führt bei größeren Problemen mit vielen Wertkombinationen aus Gründen der Rechenzeit und des Rechenaufwandes meist nicht zum gewünschten Erfolg. Um diesen Aufwand in annehmbaren Grenzen zu halten, ist die Enumeration der zulässigen Alternativen auf möglichst wenige zu reduzieren, unter denen sich aber mit Sicherheit die optimale Lösung des Problems befinden soll. Dazu benötigt man ein Kriterium, mit dessen Hilfe festgestellt werden kann, welche Alternativen in die weitere Analyse einzubeziehen sind.²⁾

Der Ausfüllung des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums durch zielgerichtete Ausübung von Wahlrechten bei jeweils alternativer zeitlicher Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen vermögen grundsätzlich Algorithmen zu dienen. Im Gegensatz zu einer Problemlösungsheuristik, einem meist auf Erfahrungen basierenden Versuch zur Lösungsfindung ohne Lösungsgarantie, ermöglicht ein Lösungsalgorithmus durch einen gezielten Suchvorgang das schnelle und sichere Auffinden einer existenten Lösung.³⁾

Im Hinblick auf optimale Primärvariationen der steuerbilanzpolitischen Zahlungsreihe hat somit ein Algorithmus das innerhalb des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums liegende Aktivitätsniveau zweckrational zu kombinierender Wahlrechte aufzuzeigen, so daß im folgenden auf Möglichkeiten solcher Lösungsverfahren einzugehen ist. Unter dem Aspekt der Variabilität der Steuerbelastung sind bei einem unter 100 % liegenden Grenzsteuersatz jene beiden Alternativen in die weitere Analyse einzubeziehen, die bei

1) Vgl. analog Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a. a. O., S. 27.

2) Vgl. Hansmann, Karl-Werner, Das Branch and Bound-Verfahren, in: WISU 1972, S. 305-310 (305).

3) Vgl. Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 62 f.

jeweils alternativer zeitlicher Determinierung von Sachverhaltsmaßnahmen unter Berücksichtigung der Interdependenzen potentielle Obergrenzen und Untergrenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums im Zeitablauf als Handlungsmöglichkeiten enthalten.

Angesichts des proportionalen Körperschaftsteuertarifs nach altem und neuem Recht und der für firmenbezogene Unternehmen steuerbilanzpolitisch irrelevanten Variation des Verhältnisses zwischen einbehaltenem und ausgeschüttetem Gewinn sowie im Hinblick auf den bei personenbezogenen Unternehmen möglicherweise zutreffenden proportionalen Einkommensteuerspitzensatz ist - unter Berücksichtigung der Gewerbebeertragsteuer - die optimale steuerbilanzpolitische Primärvariation der Zahlungsreihen wegen des Zinseffekts durch die Untergrenze des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums bei jeweils zeitlich festgelegten Sachverhalten bestimmt.¹⁾ Die Höhe des Kalkulationszinsfußes übt ausschließlich auf den Zeitpunkt von Sachverhaltsmaßnahmen einen Einfluß aus.

Indem der gegenwärtige Körperschaftsteuertarif zwischen Einbehaltung und Ausschüttung von Gewinnen differenziert, können sich für die Eigenkapitalfinanzierung insoweit ertragsteuerliche Belastungsunterschiede ergeben, als der bei Ausschüttung und Rückführung von Gewinnen zur Anwendung gelangende marginale Einkommensteuersatz geringer ist als die Differenz zwischen dem Körperschaftsteuersatz bei Einbehaltung und der wirtschaftlichen Belastung der Ausschüttung unter Berücksichtigung der Schattenquote.²⁾ In

1) Zu der Beziehung zwischen Wachstumsrate, Rentabilität und effektiver Steuerbelastung aufgrund interperiodischer Allokation von Ertragsteuerzahlungen bei konstantem Grenzsteuersatz vgl. Mutén, Leif/Faxén, Karl, Tax Policy and Economic Growth in Sweden, in: Foreign Tax Policies and Economic Growth, New York 1966, S. 337-396 (371 ff).

2) Vgl. hierzu Lutz, Günter, Die "Schattenquote" - Ein Beitrag zum

diesem Falle sind zum Zwecke einer interperiodischen Allokation von Ertragsteuerzahlungen im Hinblick auf deren Zinseffekt und den progressiven Einkommensteuertarif die Ober- und Untergrenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums im Zeitablauf jeweils entsprechend dem Anteil des um die Schattenquote erhöhten Steuersatzes auf die Ausschüttung zu kürzen. Innerhalb dieser Grenzen ist dann gemäß dem Vorgehen zur Minimierung der Einkommensteuer-Barwertsumme zu verfahren. Bei personenbezogenen Unternehmen, die der Körperschaftsteuer unterliegen, wird sich das durch den derzeit gespaltenen Körperschaftsteuertarif bedingte Schütt' aus/Hol' zurück-Verfahren auch nach Verwirklichung des die Mehrfachbelastung ausgeschütteter Gewinne beseitigenden Anrechnungssystems auswirken, indem die Steuerbelastung ausgeschütteter Gewinne auf die individuelle Steuerbelastung der Anteilseigner reduziert wird. Bei einer unter 54,488 % liegenden Einkommensteuerbelastung¹⁾ ergeben sich im neuen System durch das Schütt' aus/Hol' zurück-Verfahren Vorteile gegenüber der Gewinnthesaurierung, so daß unter diesen Umständen jeweils eine interperiodische Verlagerung von Ertragsteuerzahlungen unter Berücksichtigung des progressiven Einkommensteuertarifs und des Zinseffekts gemäß dem Vorgehen zur Minimierung der Einkommensteuer-Barwertsumme zu erfolgen hat.

Ausgehend von der Feststellung, daß der Barwert von Steuerzahlungen dann minimal wird, wenn die abgezinste Grenzbelastung des Einkommens in allen Jahren gleich ist, wurde von Siegel²⁾ ein Verfahren zur Minimierung einer mehrjährigen ausschließlich einkom-

Verhältnis zwischen Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen bei der Körperschaftsteuer, in: StuW 1971, S. 349-352 (351 f).

1) Vgl. Lindeiner, Hans-Christoph von, Vergleich des bestehenden Körperschaft- und Einkommensteuersystems mit dem von der Steuerreformkommission vorgeschlagenen Anrechnungssystem, in: StuW 1971, S. 247-252 (250).

2) Vgl. Siegel, Theo, a.a.O., S. 65 ff.

mensteuerlichen Gesamtbelastung unter Berücksichtigung des Progressionstarifs und der zeitlichen Verteilung von Steuerzahlungen entwickelt. Rechentechnisch beruht dieses Verfahren auf einer Reihung von Hilfsvariablen, die durch Aufteilung der periodischen Steuerbemessungsgrundlagen gebildet werden. Das geschieht dabei in der Weise, daß ein bestimmter Betrag, dessen Vielfaches das zu versteuernde Gesamteinkommen mehrerer Perioden ausmacht, jeweils fortlaufend zu periodischen Steuerbemessungsgrundlagen unter Ermittlung der jeweils zusätzlichen Steuer aneinandergereiht wird. Die Steuerbelastung späterer Perioden ergibt sich dadurch, daß die entsprechenden Steuerbeträge vom ersten Jahr an mit den jeweiligen Faktoren abgezinst werden. Die optimale steuerbilanzpolitische Alternative zur interperiodischen Verlagerung der Steuerbemessungsgrundlage läßt sich ermitteln, indem in einer zusammenfassenden Tabelle schließlich die - bedingt durch Zinswirkung und Progressionseffekt - niedrigsten Steuerbarwerte auf den gewählten Grundbetrag zusammengesucht werden, bis der kumulierte Grundbetrag das Gesamteinkommen ergibt. Dementsprechend läßt sich dann das Gesamteinkommen auf die einzelnen Perioden verteilen. Weisen die zuletzt herangezogenen Steuerbarwerte eine große Differenz auf, so kann eine verfeinerte Aufteilung der Einkommensbeträge eine Verbesserung des Ergebnisses bewirken. Indem das Verfahren auch für den Fall beschränkter Aufteilbarkeit des Gesamteinkommens entwickelt wurde, läßt es sich bei Berücksichtigung periodenindividueller Kalkulationszinsfüße auf das vorliegende Konzept zur Bestimmung optimaler Primärvariationen innerhalb der Grenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums übertragen. Erweist sich der steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum in einzelnen Perioden unabhängig vom handelsbilanzpolitischen Dispositionsspielraum als Begrenzungsfaktor der optimalen Lösung, d.h. wird teilweise eine Schließung des Entscheidungsfeldes in Bezug auf den steuerbilanzpo-

litischen Mitteleinsatz relevant¹⁾, so sind unter Beachtung der Interdependenz periodischer steuerbilanzpolitischer Dispositionsspielräume durch variierten Einsatz steuerbilanzpolitischer Instrumente weitere Alternativen jeweils potentieller Ober- und Untergrenzen zu entwickeln. Solche Variationen des steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatzes können sich entweder unmittelbar auf Wahlrechte beziehen, deren Ausübung zeitlich begrenzt oder unbegrenzt variierbar ist, oder aber auf Sachverhaltsgestaltungen, die durch die Ausübung von Wahlrechten eine zeitliche Determinierung erfahren. Weiterhin sind aber auch durch alternative Ausübung von Wahlrechten, die in aller Regel nur temporär steuerfreie Gewinnverwendungsmöglichkeiten gewähren, die Untergrenzen des Dispositionsspielraums im Zeitablauf oder in zwei Bilanzierungszeitpunkten in unterschiedlicher Richtung zu beeinflussen.

Nachdem der Umfang des zweckrationalen steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatzes im Zeitablauf determiniert ist, erfolgt die inhaltliche Strukturierung dieser optimalen Alternative durch entsprechende Kombination der einzelnen Entscheidungsvariablen.

46 Erweiterungen des Grundmodells

Im Bemühen um größere Anwendungsbreite und Realitätsnähe haben schließlich einige Erweiterungen des steuerbilanzpolitischen Grundmodells im Hinblick auf Kollektiventscheidungen sowie die Berücksichtigung eines unvollkommenen Informationsstandes zu erfolgen.

1) Zum Begriff des offenen und geschlossenen Entscheidungsfeldes vgl. analog die Ausführungen zur Kostenwerttheorie bei Heinen, Edmund, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, a. a. O., S. 332 f u. 343 ff.

461 Steuerbilanzpolitische Kollektiventscheidung

Die Problematik steuerbilanzpolitischer Kollektiventscheidungen steht in unmittelbarer Beziehung zur Unterscheidung zwischen personenbezogenen und firmenbezogenen Unternehmen. Während für die operativen Entscheidungen in firmenbezogenen Unternehmen, die ohnehin einem proportionalen Steuertarif unterliegen, allenfalls sozio-emotionale Beziehungen innerhalb der betreffenden Gruppe beachtlich sein mögen, stellen die steuerbilanzpolitischen Entscheidungen in personenbezogenen Unternehmen in hohem Maße Ausfluß individueller Wertprämissen der mit ihrem gesamten Einkommen unter Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse steuerpflichtigen Anteilseigner dar.

4611 Problematik kollektiver Entscheidungsfindung

Sind mehrere Gesellschafter vorhanden, so wäre in Analogie zum herkömmlichen Vorgehen in der Investitionsrechnung bei der Steuerbilanzpolitik von den beststeuerungsrelevanten Bedingungen des Gesellschafters mit der stärksten Einkommensteuerbelastung¹⁾ und einem als gewogenes Mittel aller individuellen Kapitalkosten bestimmten Kalkulationszinsfuß²⁾ auszugehen, um so zur geringsten Gesamtsteuerbelastung zu gelangen. Dabei gerät die betriebswirtschaftliche Steuerlehre jedoch in ein methodologisches Dilemma, das ihre Wertfreiheit sehr fragwürdig werden läßt. Will sich diese praktisch-normative Disziplin nicht zum Verfechter der Interessen irgendeines Gesellschafters machen, so muß sie Aussagen über die "optimale" Steuerbilanzpolitik eines multipersonalen Entscheidungs-

1) Vgl. Schwarz, Horst, Unterschiedliche Erfolgssteuerbelastungen von Investitionsalternativen, a. a. O., S. 1; Albach, Horst, Steuersystem und unternehmerische Investitionspolitik, a. a. O., S. 109 f.

2) Vgl. Schaub, Günter, a. a. O., S. 69.

subjekts für personenbezogene Unternehmen vermeiden und kann allenfalls die Rolle eines Schlichters anstreben.¹⁾

Wird der durch die Bewertung gemeinsamer Alternativen gekennzeichnete Steuerbelastungsvergleich auf die Transformation der Entscheidungsfelder²⁾ mehrerer Individuen eines Entscheidungskollektivs gleichzeitig bezogen, um die jeweilige Gesamtsteuerbelastung zu ermitteln, so bleiben Entscheidungskonflikte und Friktionsverluste infolge des Organisationsphänomens³⁾ a priori ausgeschlossen.

"Nicht die Organisationen, sondern die Individuen als Teilnehmer dieser Organisationen entscheiden jedoch. Organisationstheoretische Untersuchungen haben daher von den entscheidenden Menschen auszugehen. Die Organisationstheorie und die darauf aufbauenden angewandten Disziplinen benötigen somit eine wirklichkeitsnahe, deskriptive Theorie des menschlichen Entscheidungsverhaltens, die den sozialen Kontext dieser Entscheidungen systematisch berücksichtigt."⁴⁾

Da das Verhalten eines Kollektivs jeweils nur aus dem Zusammenwirken der beteiligten Individuen zu erklären ist, erscheint es auch für betriebswirtschaftlich-steuerliche Reflexionen angezeigt, das Harmoniekonzept der Unternehmung als Entscheidungseinheit und die analoge Übertragung des Rationalprinzips als Entscheidungsnorm des Individuums auf Kollektiventscheidungen aufzugeben.⁵⁾

1) Vgl. hierzu Kirsch, Werner, Zur Problematik "optimaler" Kapitalstrukturen, in: ZfB 1968, S. 881-888 (887 f).

2) Vgl. hierzu Frese, Erich, Prognose und Anpassung, a. a. O., S. 34 ff.

3) Vgl. Bidlingmaier, Johannes, Unternehmerische Zielkonflikte und Ansätze zu ihrer Lösung, in: ZfB 1968, S. 149-176; Scheuing, Eberhard Eugen, a. a. O., S. 651 ff; Thiele, Lutz-Dieter, Konflikte im Entscheidungsprozeß der Unternehmungsorganisation, Diss. München 1968, S. 30 ff.

4) Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. I, a. a. O., S. 7. Zur Organisationssoziologie und ihren juristischen Folgerungen vgl. Raiser, Thomas, Das Unternehmen als Organisation. Kritik und Erneuerung der juristischen Unternehmenslehre, Berlin 1969, S. 93 ff.

5) Vgl. Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a. a. O., S. 58 f.

Ein auf die Unternehmung als ökonomisches Zweckgebilde bezogener Steuerbelastungsvergleich alternativer Gestaltung von Sachverhalten und Ausübung von Wahlrechten interessiert möglicherweise keines der Entscheidungssubjekte, da nicht die Unternehmung, sondern nur einzelne Individuen als Teilnehmer dieser Organisation steuerrechtliche Normen beachten und Entscheidungen treffen können, wobei der Grad der Determiniertheit des Entscheidungsschlusses abhängig ist von dem Einfluß individueller Wertprämissen.¹⁾ Auch die Steuerbilanzpolitik findet grundsätzlich in den Köpfen der jeweils Betroffenen statt. Informative betriebswirtschaftlich-steuerliche Aussagen mit praktischer Relevanz für Gestaltungsprobleme lassen sich somit nur auf sozialwissenschaftlicher Basis konzipieren. "Eine Ausklammerung soziologischer und psychologischer Fragen, wie sie noch vielfach als notwendig oder problemadäquat empfunden wird, führt zu einer Reduktion des Informationsgehaltes durch Ausweitung des logischen Spielraumes der Aussagen und damit zu einer beachtlichen Irrelevanz hinsichtlich der angesprochenen Gestaltungsprobleme."²⁾

Ausgehend von der Feststellung, daß die Unternehmung als die kleinste der steuerlichen Gewinnermittlung unterliegende Einheit eine Koalition von Organisationsteilnehmern mit unterschiedlicher Interessenlage und differierenden Machtpositionen darstellt³⁾, hat die Steuerbilanz einer personenbezogenen Unternehmung gleichzeitig einen bezüglich der periodischen Ausschüttungswünsche des Fiskus sowie einen zwischen den Beteiligten bezüglich des steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatzes notwendigen Kompromiß festzulegen.

1) Vgl. Hannig, Werner, a.a.O., S. 474.

2) Tschierschky, Jürgen, a.a.O., S. 43 mit weiteren Verweisen in Fußnoten.

3) Vgl. Cyert, Richard M. / March, James G., A Behavioral Theory of the Firm, Englewood Cliffs 1963, S. 26 ff. Zur Beurteilung einer solchen Konzeption aus der Sicht der Unternehmungspraxis vgl. Lübeck, Heinz, Das oberste Unternehmungsziel, in: Management International Review 1971, Nr. 1, S. 35-39.

Konnten die steuerbilanzpolitischen Überlegungen bisher sowohl bei personenbezogenen als auch bei firmenbezogenen Unternehmen¹⁾ von einer eindimensionalen Zielfunktion und eindimensionalen Nebenbedingungen ausgehen, so treten bei Kollektiventscheidungen in personenbezogenen Unternehmen wegen des starken Einflusses individueller Wertprämissen mehrere individuelle Zielfunktionen und Nebenbedingungen²⁾ parallel auf, die bei einer Ableitung von Verhaltensempfehlungen - als Hilfe im kollektiven Entscheidungsprozeß - durch wertfreie Erarbeitung zieladäquater individueller Zweckmäßigkeitlösungen zu berücksichtigen sind. Entsprechend ist auch nicht mehr die unternehmungsbezogene Zahlungsreihe eines geschlossenen Investitionsprogramms, sondern die unternehmerbezogene Einkommensreihe³⁾ dem Kalkül des Grundmodells zugrunde zu legen. Der auf das Entscheidungsfeld eines Gesellschafters bezogene steuerbilanzpolitische Dispositionsspielraum ergibt sich durch Aufteilung der Ober- und Untergrenzen des im Zeitablauf zu beeinflussen den steuerlichen Jahreserfolgs der Unternehmung entsprechend der jeweiligen Quote am einheitlich festzustellenden Gewinn und Erhöhung bzw. Senkung dieser Grenzen um die aus weiteren Einkünften und steuerlichen Abzügen resultierende Differenz gegenüber dem zu versteuernden Einkommensbetrag.

Faktische und wertende Entscheidungsprämissen, die in geschlossenen Modellen unter Vernachlässigung ihrer Genetik als gegeben angenommen werden, determinieren gemeinsam Entscheidungen.⁴⁾

1) Zu dieser Unterscheidung vgl. Schneider, Dieter, Investition und Finanzierung, a.a.O., S. 146 ff.

2) Zur allgemeinen Bewertungsproblematik bei Abgrenzung der Konsumsphäre vom Unternehmungsbereich vgl. Hax, Herbert, Bewertungsprobleme, a.a.O., S. 754; Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, a.a.O., S. 51 f.

3) Zu dieser Unterscheidung vgl. Blumentrath, Ulrich, a.a.O., S. 36 ff; Schildbach, Thomas, a.a.O., S. 240.

4) Vgl. Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. I, a.a.O., S. 26.

Zu den steuerungsbedingten intraindividuellen Konflikten¹⁾, die sich in einer steuerpsychologisch zu erklärenden Beeinflussung²⁾ faktischer und/oder wertender Entscheidungsprämissen in Gestalt der Erwartungsstruktur, der Risikopräferenz sowie der subjektiv-konsumtiv bestimmten Einkommenspräferenz äußern können³⁾ und die es dem Individuum schwerfallen lassen, eine steuerbilanzpolitische Verhaltensweise zu wählen, treten im Entscheidungskollektiv möglicherweise interindividuelle Überzeugungs- sowie Wertkonflikte⁴⁾, die aus einer Divergenz der faktischen und/oder wertenden Entscheidungsprämissen von Beteiligten resultieren, so daß zwei oder mehr Entscheidungssubjekte nicht gleichzeitig die in ihrem Sinne optimale oder befriedigende Alternative realisieren können. Die Bewertungen der Alternativen durch die Beteiligten sind dann einander entgegengesetzt.

Eine Divergenz individueller Tatsachenvorstellungen über die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge steuerbilanzpolitischer Mittelseinsätze kann sich nur aus unterschiedlichen Erwartungsstrukturen der Mitglieder des Entscheidungskollektivs ergeben.

Divergierende Wertvorstellungen über die Rangordnung der Konsequenzen steuerbilanzpolitischer Aktionsprogramme resultieren hingegen aus unterschiedlichen individuellen Wertprämissen, bedingt durch ein ungleiches Beteiligungsverhältnis und/oder jeweils im Zeitablauf determiniert durch die marginale Steuerbelastung, durch die dem individuellen Entscheidungsfeld als Kalkulationszinsfüße entsprechenden Anlage- oder Aufnahmezinssätze bzw. subjektiv-kon-

1) Vgl. Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. I, a. a. O., S. 96ff.

2) Vgl. Holtgrewe, Karl-Georg, a. a. O., S. 13 ff u. 24 ff; Siegfried, Bernard, a. a. O., S. 40 ff.

3) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a. a. O., S. 31 f u. 118 f.

4) Vgl. hierzu Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. III, a. a. O., S. 70 ff.

sumtiv bestimmten Einkommenspräferenzen sowie durch die möglicherweise an den steuerlichen Gewinnausweis gekoppelten periodischen Ausschüttungs- bzw. Entnahmewünsche.

Die marginale Steuerbelastung eines Gesellschafters wird außer durch dessen Anteil am einheitlich festzustellenden Gewinn unter Berücksichtigung eventueller Minderbeträge aus einer steuerlichen Ergänzungsbilanz¹⁾ beeinflusst durch dessen übrige positive und - im Rahmen eines horizontalen und vertikalen Verlustausgleichs²⁾ wirksame - negative Einkünfte, dessen Sonderausgaben einschließlich eines eventuellen Verlustvortrages und dessen außergewöhnliche Belastungen sowie durch dessen Familienstand, Kinderzahl und Alter.³⁾ Im realistischen Fall unvollkommenen Kapitalmarktes gibt es außerdem kein von den Präferenzen der Beteiligten bezüglich Einnahmestruktur unabhängiges und damit allgemeingültiges Maß zur Beurteilung der Verzichtenswürdigkeit steuerbilanzpolitischer Aktionen.⁴⁾

"So läßt sich beispielsweise kein Zins finden, der den eine Investition oder Unternehmungsbeteiligung charakterisierenden Zahlungsstrom derart in einem Kapitalwert oder ökonomischen Gewinn als "Erfolg" abbildet, daß Beteiligte mit unterschiedlichen, immer jedoch auf möglichst hohen Konsum gerichteten Präferenzen selbst bei für alle gleichen Anlage- und Kreditaufnahmealternativen verschiedenen Soll- und Habenzinses sowie vorgegebenen, festen Verhältnissen der Anteile der Beteiligten an dem insgesamt von der Unternehmung (Investition) jeweils ausgeschütteten Beträgen verschiedenen möglichen Gesamtzahlungsströmen der Unternehmung mit gleichem "Erfolg" indifferent gegenüber stehen. Anders als im Falle des vollkommenen Kapitalmarktes ver-

1) Vgl. Kobs, Erwin, Bilanzen und Ergänzungsbilanzen bei Personengesellschaften, 3. Aufl., Herne/Berlin 1971, S. 24.

2) Vgl. hierzu Krawitz, Norbert, a.a.O., S. 487 ff.

3) Vgl. Wöhe, Günter, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, a.a.O., S. 80 ff.

4) Vgl. etwa Schildbach, Thomas, a.a.O., S. 238 f.; Laux, Helmut/Franke, Günter, Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, a.a.O., S. 45 u. 52.

mögen sie nämlich nicht, alle aus verschiedenen Gesamtzahlungsströmen der Unternehmung gleichen "Erfolges" an sie resultierenden Zahlungsströme durch weitere Kapitalmarktgeschäfte ineinander oder in das unter den gegebenen Bedingungen gleiche subjektive Optimum zu überführen. (Liegt der Erfolgsmessung der Sollzins zugrunde und wünscht ein Beteiligter späten Konsum, so sind diesem Beteiligten von je zwei Ausschüttungsströmen der Unternehmung gleichen Kapitalwertes oder ökonomischen Gewinns als Erfolgsmaß diejenigen lieber, deren Schwerpunkt der Zahlungen später liegt, denn für ihn subjektiv zu früh ausgeschüttete Beträge kann er nicht zum Sollzins anlegen.) Da Beteiligte verschiedenen Zahlungsströmen aus Gesamtzahlungsströmen der Unternehmung gleichen Kapitalwertes oder ökonomischen Gewinnes ohne weitere eigene Korrekturmaßnahmen nur dann indifferent gegenüberstehen, wenn ihre Zeitpräferenz dem Zinssatz folgt, diese Präferenz höchst speziell ist und die Aussagen für unterschiedliche Präferenzen gelten sollen, läßt sich auch so keine Gleichwertigkeit herleiten.¹⁾

4612 Typen kollektiver Entscheidungsprozesse

Je nach Auseinanderstreben faktischer und/oder wertender Entscheidungsprämissen typologisieren Thompson/Tuden²⁾ die kollektive Entscheidungsfindung durch die Arten "computation", "judgment", "compromise" sowie "inspiration", die in nachstehender Abbildung schematisch dargestellt sind.³⁾

Die steuerbilanzpolitische Kollektiventscheidung stellt nur dann ein wohl-zu-strukturierendes Problem der Berechnung dar, wenn es bei

1) Schildbach, Thomas, a. a. O., S. 239.

2) Vgl. Thompson, James D. /Tuden, Arthur, Strategies, Structures, and Processes of Organizational Decision, in: Readings in Managerial Psychology, Hrsg. Harold J. Leavitt u. Louis R. Pondy, Chicago/London 1964, S. 496-515 (497).

3) Vgl. zu den folgenden Ausführungen Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 51 f. Zu weiteren Ansätzen kollektiver Entscheidungsfindung als Prozeß der interpersonellen Konfliktlösung vgl. Wurst, Siegfried, Das Entscheidungskollegium. Ein Beitrag zur Theorie der kollektiven Entscheidungsfindung in der Unternehmung, Diss. München 1967, S. 129 ff.

Rangordnung der Konsequenzen Wissen über Ursache-Wirkungs- Zusammenhänge	Übereinstimmung	Abweichung
	Übereinstimmung	Abweichung
Übereinstimmung	Entscheidungsfindung durch Berechnung	Entscheidungsfindung durch Kompromiß
Abweichung	Entscheidungsfindung durch Ungewißheitsbeurteilung	Entscheidungsfindung durch Inspiration

Typen kollektiver Entscheidungsprozesse

Quelle: Heinen, Edmund, Industriebetriebslehre, a. a. O., S. 51.

jeweils gleichem Wissen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge steuerbilanzpolitischer Maßnahmen sowie bei jeweils gleichem Anteil am einheitlich festzustellenden Steuerbilanzgewinn und gleicher marginaler Einkommensteuerbelastung der Gesellschafter gelingt, infolge gleicher Einkommenspräferenzen der Beteiligten die individuellen Zielsetzungen zu einer einheitlichen Zielfunktion zu amalgamieren. Ausschließlich in diesem Fall lassen sich kongruente Verhaltensweisen der Gesellschafter annehmen - dadurch gekennzeichnet, daß bei gemeinsamer Allokationsbasis ohne weitere Verhandlung eine bestimmte Zielfunktion der Unternehmung formuliert werden kann. Die Inkongruenz der Verhaltensweisen bedingt dagegen Aushandlungsprozesse zwischen den Gesellschaftern, um eine gemeinsame Zielfunktion und/oder steuerbilanzpolitische Allokationsbasis zu finden.¹⁾ Besteht im Rahmen kollektiver Entscheidungen - bei völliger Übereinstimmung der individuellen Wertvorstellungen hinsichtlich der Rangordnung bestimmter Konsequenzen - ausschließlich eine Divergenz der subjektiven Prognostizierung von Auswirkungen steuerbilanzpolitischer Aktionen infolge unterschiedlicher Erwartungsstrukturen, so sind diese Meinungsverschiedenheiten durch eine gemeinsame Beurteilung der Entscheidungssituation²⁾ zu bewältigen.

"Auch wenn die Werte, Präferenzen und Überzeugungen ständig im Fluß sind und laufende Bemühungen um Konsens das politische Geschehen überlagern, wird eine betriebswirtschaftliche Organisation nie zu einem "Team" mit völlig identischer Wertordnung."³⁾

1) Vgl. analog Kirsch, Werner, Gewinn und Rentabilität, a. a. O., S. 66, 69, 72 u. 86 f.

2) Zu den Objektivierungsversuchen im Rahmen gemeinschaftlicher Beurteilungen unter besonderer Berücksichtigung von Mehrheitsentscheidungen vgl. Brede, Helmut, Die Objektivierung von Schätzungen, in: ZfbF 1971, S. 441-453 (443 ff).

3) Kirsch, Werner, Betriebswirtschaftspolitik und geplanter Wandel betriebswirtschaftlicher Systeme, a. a. O., S. 13 f.

Bei abweichender Rangordnung der Konsequenzen steuerbilanzpolitischer Alternativen sind schließlich interindividuelle Zielkonflikte zu überwinden. Werden dabei die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge einheitlich beurteilt, so läßt sich eine gemeinsame Entscheidung durch einen Kompromiß zwischen den individuellen Zielvorstellungen finden, der das Ergebnis eines politischen Prozesses der Zielbildung und Zielgewichtung¹⁾ darstellt. Aufgrund seiner Ziele, Werte oder Bedürfnisse, die es mit seiner Teilnahme an der Organisation erfüllt sehen möchte, formuliert jedes Individuum Ziele für die Organisation, die nicht unmittelbar zu Zielen der Organisation werden, sondern zunächst als Forderungen zu betrachten sind.²⁾

"Ob ein Organisationsteilnehmer mit seinen Forderungen im Verhandlungsprozeß des politischen Systems der Unternehmung durchzudringen vermag, hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie groß seine Machtfülle gegenüber den übrigen am politischen System Beteiligten ist. Die Machtverteilung im politischen System der Unternehmung erweist sich somit als eine wesentliche Determinante des autorisierten Zielsystems der Unternehmung."³⁾

Bei der Steuerbilanzpolitik setzen stark bevorzugt diejenigen Gesellschaften ihre Interessen durch, die an der Entscheidungsfindung und -durchsetzung in der Unternehmung unmittelbar beteiligt sind.⁴⁾ Die sich möglicherweise widersprechenden Interessen können zwar nicht in einem allgemeinen Optimum aufgelöst werden, dennoch müssen sie aber eine Abgrenzung erfahren, "sei es durch

1) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 187 ff; Bidlingmaier, Johannes, Zur Zielbildung in Unternehmungsorganisationen, in: ZfbF 1967, S. 246-256 (251 ff); Kirsch, Werner, Die Unternehmungsziele in organisationstheoretischer Sicht, in: ZfbF 1969, S. 665-675 (669 ff).

2) Vgl. ebd., S. 668 ff.

3) Kirsch, Werner, Zur Problematik "optimaler" Kapitalstrukturen, a. a. O., S. 885 mit weiterer Literatur zu den Machtgrundlagen und zu den Problemen einer exakten Beschreibung und Messung der Machtverteilung.

4) Vgl. hierzu Schildbach, Thomas, a. a. O., S. 241.

laufende Verhandlungen, sei es durch eine eventuell auf einer einmaligen Verhandlung der Beteiligten beruhende, immer jedoch generelle Regelung, die allen Beteiligten bestimmte Rechte sichert".¹⁾ Weichen schließlich sowohl die individuellen Wert- als auch Tatsachenvorstellungen voneinander ab, so erlangen schöpferische Ideen Bedeutung für eine Entscheidungsfindung durch Inspiration.

Die strenge Trennung von Ziel- und Mittelentscheidungen, auf der ein auf dem Postulat der "Wertfreiheit" aufbauendes Wissenschaftsprogramm der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre gründet, läßt sich indessen für steuerbilanzpolitische Kollektiventscheidungen nur bedingt aufrechterhalten.²⁾ Bei divergierenden Zielvorstellungen der Organisationsteilnehmer infolge unterschiedlicher individueller Wertprämissen wird sich der Aushandlungsprozeß mitunter unmittelbar auf den Einsatz des steuerbilanzpolitischen Instrumentariums richten, indem die Beteiligten die Alternativen jeweils bewerten aus der Sicht ihrer individuellen Ziele für die Organisation, ohne daß es vorher in einem Zielbildungsprozeß zu einer Eini-gung über eine gemeinsame Zielfunktion der Organisation als "Quasi-Konfliktlösung" kommt.³⁾ Es gilt dann nicht mehr, eine Zielfunktion zu extremieren, sondern mehrere Anspruchsniveaus zu befriedigen. Die Überwindung des steuerbilanzpolitischen Interessenkonfliktes ist durch schrittweises Vorgehen und Auffinden befriedigender Lösungen zu erklären, wie dies ähnlich in der Konzeption der ergänzten Mehrzweckbilanz, einem offenen Entscheidungsmodell, zum Ausdruck kommt. "Der sukzessive Prozeß der Bilanzgestaltung beginnt mit einer hypothetischen Basisbilanz als

1) Vgl. hierzu Schildbach, Thomas, a.a.O., S. 240.

2) Vgl. hierzu Kirsch, Werner, Zur Problematik "optimaler" Kapitalstrukturen, a.a.O., S. 881 f.

3) Vgl. Kirsch, Werner, Die Unternehmungsziele in organisations-theoretischer Sicht, a.a.O., S. 672 ff.

Ausgangspunkt. Es wird geprüft, ob sie die begrenzt formulierten Zwecke zu erfüllen vermag. Zeigt der Test, daß eine der Nebenbedingungen nicht erfüllt ist, so erscheint es ... (hier jedoch; Anm. d. Verf.) zweckmäßig, im Wege eines Rückkoppelungsvorganges die ursprüngliche Basisbilanz zu verändern."¹⁾ Bietet sich keine Möglichkeit, durch Variation des zu ermittelnden Steuerbilanzergebnisses der "verletzten" Nebenbedingung, die ein begrenzt formuliertes steuerbilanzpolitisches Individualziel enthält, Rechnung zu tragen, so ist eine steuerbilanzpolitische Kollektiventscheidung erst nach Anpassung eines oder mehrerer individueller Anspruchsniveaus möglich.²⁾

Damit werden die Grenzen der traditionellen betriebswirtschaftlichen Steuerlehre überschritten, die nicht das Aushandeln "befriedigender" Lösungen erklären wollte, sondern um "objektive" Lösungen bemüht war, wobei jedoch die unterschiedliche Interessenlage der Organisationsmitglieder nicht immer hinreichend in den Kalkül einbezogen wurde. Durch die entscheidungsorientierte Betrachtungsweise gelingt schließlich eine Bestimmung des Stellenwerts entscheidungslogischer Kalküle - wie beispielsweise des steuerbilanzpolitischen Grundmodells - für individuelle und organisatorische Entscheidungs- und Problemlösungsprozesse.³⁾

462 Berücksichtigung eines unvollkommenen Informationsstandes

Die Prämisse der vollkommenen Information, von der bisher aus-

1) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S. 76.

2) Zur Theorie des Anspruchsniveaus als Bezugsrahmen für eine theoretische Analyse des Zielausmaßes vgl. Theiss, Holger, Zur Bildung und Variation des Zielausmaßes der Unternehmung, Diss. München 1969, S. 48 ff u. 211 ff.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Integration der Sozialwissenschaften. Neue Denkansätze für Betriebswirtschaftler, in: Wirtschaftswoche 1972, Nr. 11, S. 36-40 (36 ff).

gegangen wurde, beinhaltet für den finanzmathematischen Kalkül des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsmodells, daß

- (1) die erwarteten potentiellen und aktuellen Zahlungsvorgänge tatsächlich zutreffen,
- (2) der Orientierungsmaßstab für die periodischen Kalkulationszinsfüße im Zeitablauf keinen Änderungen unterliegt.¹⁾

Indes hat der "Steuerbilanzpolitiker" sein Universum nicht so sehr als ein mechanistisches System definitiver Dinge, sondern eher als einen Kraftfluß unsicherer Wechselwirkungen anzusehen, indem sein grundlegend notwendiges Wissen um die Zukunft nie vollkommen sein kann. Es besteht jedoch "kein Anlaß, die Bedeutung von unter der Annahme sicherer Erwartungen erarbeiteten kapitaltheoretischen Einsichten als Bausteine einer allgemeinen Kapitaltheorie zu unterschätzen".²⁾

4621 Planaktualisierung

Der generell geregelte Wiederholungsrhythmus der Steuerbilanzpolitik legt bei einer Veränderung der Erwartungsstrukturen im Zeitablauf eine Revision der Kalkülgrößen unter Berücksichtigung der bis zum Bilanzierungszeitpunkt neu eintreffenden Informationen nahe. Schließlich sind nicht Handlungsabläufe über mehrere Perioden hin-

1) Vgl. Wegmann, Wolfgang, Der ökonomische Gewinn, Wiesbaden 1970, S. 38 f.

2) Moxter, Adolf, Offene Probleme der Investitions- und Finanzierungstheorie, in: ZfbF 1965, S. 1-10 (1). Zum Verhältnis zwischen Sicherheit der Erwartungen und Vollkommenheit der Information vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 55 ff. Zur möglichen Berücksichtigung der Unsicherheit in der Investitionstheorie vgl. Bauer, Klaus-Peter, Zielfunktionen und finanzielle Nebenbedingungen in Investitionsmodellen bei Unsicherheit, Diss. Bonn 1969, S. 27 ff u. 74 ff.

weg festzulegen, sondern es ist jeweils ein optimaler erster Schritt zu ermitteln.¹⁾ "This is the only decision that must be made."²⁾ Der Grundgedanke einer solchen Politik des bestmöglichen ersten Schrittes ist, Erwartungen zu bilden und auf der Grundlage eines Modells, das für mehrere Perioden im Hinblick auf die Ober- und Untergrenzen des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums, die Zahlungsströme zeitlich zu determinierender Sachverhaltsmaßnahmen und den Kalkulationszinsfuß Parameterschätzwerte berücksichtigt, bessere Entscheidungen für die laufende Periode zu treffen als dies etwa bei ausschließlicher Schätzung der kommenden Periode möglich wäre. Es wird angenommen, daß jene für spätere Bilanzen bindenden Aktionsprogramme durch periodisch neu zu ermittelnde mehrperiodige Lösungen des Modells determiniert werden, die jeweils auf jüngeren und revidierten Schätzungen über künftige Werte der Parameter als auch auf realisierten, im Lichte der Erfahrung gewonnenen Parameterwerten der abgelaufenen Periode basieren.³⁾

Durch dieses Verfahren der "in der Zeit kontinuierlich fortschreitenden Planungsrechnung"⁴⁾ wird der Planungshorizont in jeder Periode weiter in die Zukunft verschoben. Die Tatsache, daß die Unsicherheit der Erwartungen mit zunehmender Entfernung vom Entscheidungszeitpunkt wächst und aus diesem Grunde in unmittelbarer Zukunft liegende Steuervorteile jenen in fernerer Zukunft mög-

1) Vgl. Cohen, Kalman J. /Cyert, Richard M., Theory of the Firm: Resource Allocation in a Market Economy, Englewood Cliffs 1965, S. 312 ff.

2) Modigliani, Franco/Cohen, Kalman J., The Significance and Uses of Ex Ante Data - a Summary View, in: Proceedings of the Conference on Expectations, Uncertainty and Business Behavior, Hrsg. Mary Jean Bowman, New York 1958, S. 151-164 (153).

3) Vgl. Jääskeläinen, Veikko, Optimal Financing and Tax Policy, a.a.O., S. 45 u. 185.

4) Jacob, Herbert, Investitionsplanung und Investitionsentscheidung mit Hilfe der Linearprogrammierung, a.a.O., S. 48.

licherweise vorgezogen werden¹⁾, kommt bei der Ermittlung des bestmöglichen ersten Schrittes zur interperiodischen Allokation von Ertragsteuerzahlungen in dem Einfluß der subjektiv-konsumtiv bestimmten Einkommenspräferenz auf den Kalkulationszinsfuß zum Ausdruck. Die Politik des bestmöglichen ersten Schrittes, die eine komparative Veränderung bewirkt, ist zu unterscheiden von einer Politik der kleinen Schritte²⁾, die durch Satisfizierung gekennzeichnet ist. "Während das Extremierungsdenken durch den Übergang auf die komparative Veränderung nur an Unvollkommenheiten der Realität angepaßt ist, wird es beim Übergang zur Satisfizierung zunächst völlig aufgegeben."³⁾

4622 Flexibilität des Planungsverfahrens

Steuerbilanzpolitische Entscheidungssituationen sind nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß in mehreren aufeinanderfolgenden Zeitpunkten zwischen verschiedenen Aktionsmöglichkeiten zu wählen ist. "Welche Aktionsmöglichkeiten in einem Zeitpunkt zur Auswahl stehen, hängt hierbei davon ab, welche Aktionen in früheren Zeitpunkten gewählt worden sind und welche Umweltentwicklung bis zu diesem Zeitpunkt eingetreten ist; in jedem Zeitpunkt ist ungewiß, welche Umweltentwicklung in allen zukünftigen Zeitpunkten eintreten wird."⁴⁾

Für eine widerspruchsfreie Steuerbilanzpolitik genügt es deshalb nicht, "daß die Planung laufend revidiert wird. Vielmehr muß man

1) Vgl. Wehmeyer, Jochen, a.a.O., S. 117.

2) Vgl. hierzu Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse, Bd. I, a.a.O., S. 90.

3) Chmielewicz, Klaus, Die Formalstruktur der Entscheidung, a.a.O., S. 243. Hervorhebungen weggelassen.

4) Hax, Herbert/Laux, Helmut, Flexible Planung - Verfahrensregeln und Entscheidungsmodelle für die Planung bei Ungewißheit, in: ZfbF 1972, S. 318-340 (319).

die Revisionsmöglichkeiten als Eventualentscheidungen von vornherein einplanen, um bereits zu Beginn des Planungszeitraumes Fehlentscheidungen zu vermeiden".¹⁾ Die Veränderung der Erwartungsstrukturen wird im vorliegenden Falle nicht unwesentlich durch die realisierte und prognostizierte Entwicklung der Steuerberechnungsbasis gekennzeichnet. Sind zu verschiedenen Zeitpunkten und bei unterschiedlichem Informationsstand interdependente Teilentscheidungen, d.h. mehrstufige Entscheidungen unter Ungewißheit zu treffen, so wird die flexible Planung als die einzige Verfahrensweise angesehen, die dem Prinzip rationalen Handelns entspricht.²⁾

Im Gegensatz zur starren Planung werden bei der flexiblen Planung³⁾ für zukünftige Aktionen keine definitiven Entscheidungen getroffen, sondern nur bedingte Eventualentscheidungen bei allen möglichen Umweltentwicklungen eingeführt. Dadurch gelingt es, bei zukünftigen Aktionen in Abhängigkeit von den bis zu deren Durchführung eingehenden Informationen einen Entscheidungsspielraum zu nutzen, der durch zeitlich vorgelagerte Aktionen belassen wurde.⁴⁾ Auch die Steuerbilanzpolitik ist nur dann in sich widerspruchsfrei, wenn sie die Möglichkeit einer Abweichung zwischen tatsächlichen

1) Hax, Herbert/Laux, Helmut, Flexible Planung, a.a.O., S. 322.

2) Vgl. Schneider, Dieter, Flexible Planung als Lösung der Entscheidungsprobleme unter Ungewißheit?, in: ZfbF 1971, S. 831-851 (832 ff); Hax, Herbert/Laux, Helmut, Flexible Planung, a.a.O., S. 325; Schneider, Dieter, "Flexible Planung als Lösung der Entscheidungsprobleme unter Ungewißheit?" in der Diskussion, in: ZfbF 1972, S. 456-476; Hax, Herbert/Laux, Helmut, Zur Diskussion um die flexible Planung, in: ZfbF 1972, S. 477-479.

3) Vgl. hierzu Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 132 f.

4) Es sei darauf hingewiesen, daß die Berücksichtigung eines zukünftigen Entscheidungsspielraums im Rahmen flexibler Planung keineswegs etwa identisch ist mit der Verknüpfung strategischer und taktischer Entscheidungen; vielmehr lassen sich auch strategische sowie taktische Maßnahmen jeweils starr und flexibel planen.

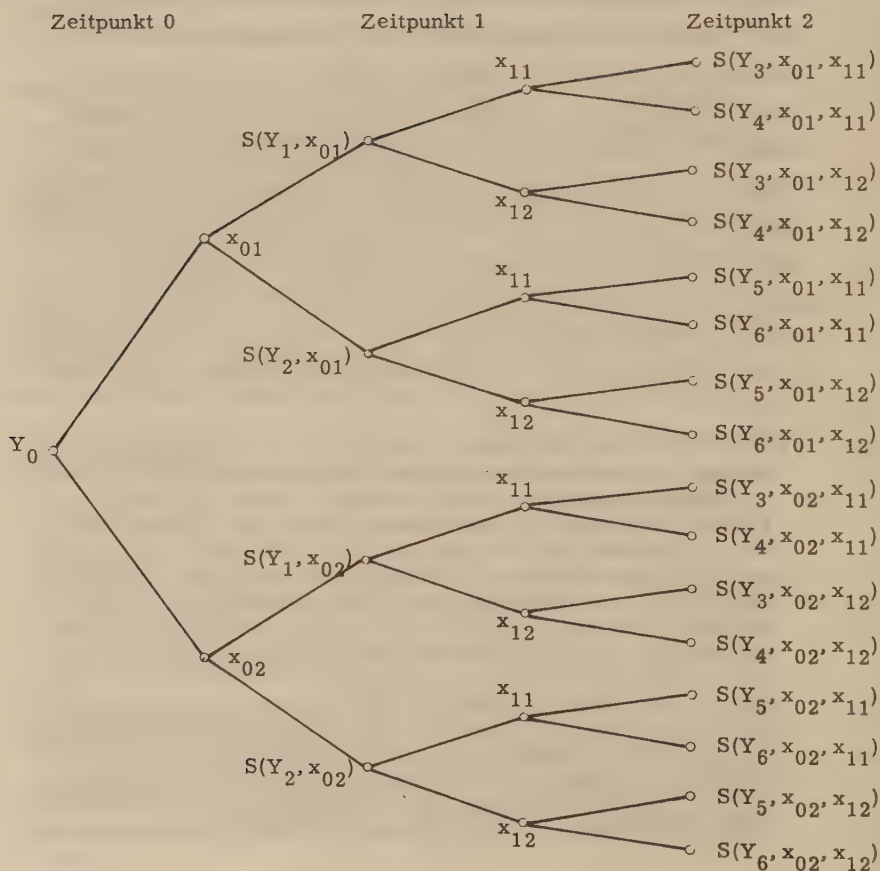
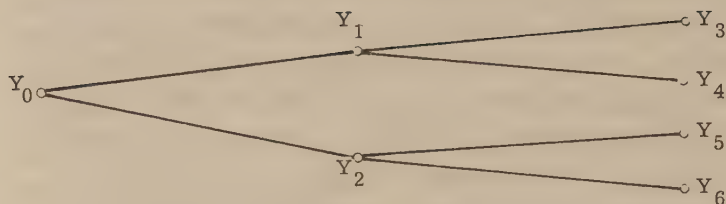
und erwarteten Größen berücksichtigt und für diesen Fall Eventualmaßnahmen vorsieht. Hierzu wäre ein System bedingter Teilpläne aufzustellen, deren jeweilige Realisierung von der zukünftigen Entwicklung abhängt. Die Darstellung und Lösung des Problems der flexiblen Planung geschieht mit Hilfe von Zustands- und Entscheidungsbäumen gemäß nachstehender Abbildung, wobei die Entwicklung der äußeren Gegebenheiten als stochastischer Prozeß unterstellt wird. Der Entscheidungsbaum unterscheidet sich vom Zustandsbaum dadurch, daß er nicht nur die Erwartungsstruktur des Entscheidungssubjekts kennzeichnet, sondern explizit auch alle während des Planungszeitraums in Frage kommenden Aktionen umfaßt.¹⁾ Die Dispositionen zu Beginn des Planungszeitraums werden so getroffen, daß sie eine optimale Basis für eine Anpassung an vorhersehbare, d. h. als möglich erachtete Umweltentwicklungen bilden.²⁾ Unterscheidet man nun zwischen Flexibilität als Eigenschaft des Planungsverfahrens im Sinne von Hax und Laux und Flexibilität als Eigenschaft von Aktionsprogrammen im Sinne von Meffert, nämlich Dispositionselastizität, so wird deutlich, daß flexible Planung nicht notwendig zur Wahl eines elastischen Aktionsprogramms führt.³⁾ "Flexible Planung bedeutet nur, daß man für jede Planalternative im Rahmen der ihr eigenen Elastizität die Möglichkeit beding-

1) Zur Darstellung von Zustands- und Entscheidungsbäumen vgl. Hax, Herbert, Investitionsentscheidungen bei unsicheren Erwartungen, in: Entscheidungen bei unsicheren Erwartungen. Beiträge zur Theorie der Unternehmung, Hrsg. Herbert Hax, Köln/Opladen 1970, S. 129-140 (137 ff); ders., Investitionstheorie, a. a. O., S. 135 ff; Laux, Helmut, Flexible Investitionsplanung. Einführung in die Theorie der sequentiellen Entscheidungen bei Unsicherheit, Opladen 1971, S. 19 ff, 37 ff u. 121 ff. Zur rückwärtsschreitenden Analyse von Entscheidungsbäumen vgl. auch Feichtinger, Gustav, Zur BAYES-Analyse statistischer Entscheidungsprobleme, in: ZfB 1972, S. 449-470 (451 ff).

2) Vgl. Laux, Helmut, Flexible Planung des Kapitalbudgets mit Hilfe der linearen Programmierung, in: ZfbF 1969, S. 728-742 (728).

3) Vgl. Hax, Herbert/Laux, Helmut, Flexible Planung, a. a. O., S. 322 f; Meffert, Heribert, Zum Problem der betriebswirtschaftlichen Flexibilität, in: ZfB 1969, S. 779-800 (784).

(a) Zustandsbaum



(b) Entscheidungsbaum

ter Entscheidungen über zukünftige Aktionen in Betracht zieht."¹⁾

Die teilweise konfliktären Beziehungen zwischen Flexibilität des Planungsverfahrens und Flexibilität des Aktionsprogramms gewinnen an Bedeutung durch unvorhergesehene Umweltentwicklungen und durch die Problematik des Wahrscheinlichkeitskonzepts, das dem Entscheidungsmodell zur Aufstellung flexibler Pläne zugrunde liegt. Hierbei wird man ausschließlich auf subjektive Schätzungen der Wahrscheinlichkeit angewiesen sein.²⁾ Unabhängig von mangelnder Kenntnis zukünftiger Umweltsituationen und/oder fehlenden Wahrscheinlichkeitsvorstellungen über deren Eintritt ist die Bestimmung des optimalen Komplexionsgrades des Entscheidungsmodells - durch Enumeration von Alternativen und durch Auswahl endlich vieler Werte aus unendlich vielen, zwischen zwei Grenzen liegenden steuerbilanzpolitischen Umweltzuständen - ein offenes Problem.³⁾ Berücksichtigt man mit Hilfe der übersichtlicheren Darstellungsweise des Zustandsbaumes eine geringe Zahl verschiedener Entwicklungen, so läßt sich angesichts der Tatsache, daß eine vollständige Enumeration steuerbilanzpolitischer Alternativen praktisch ausgeschlossen ist und spezielle Suchverfahren zur Optimumfindung benötigt werden, nur unter impliziter Einbeziehung von Eventualplänen der bestmögliche erste Schritt ermitteln, indem man, ausgehend von dem Endzustand mit höchster Eintrittswahrscheinlichkeit, eine quasi sichere Umweltentwicklung unterstellt und alle übrigen Äste des Zustandsbaumes vernachlässigt.³⁾

Bei fehlenden Wahrscheinlichkeitsvorstellungen über den Eintritt verschiedener Umweltsituationen ist das Entscheidungsobjekt all-

1) Hax, Herbert, Investitionstheorie, a.a.O., S. 133.

2) Vgl. ebd., S. 113 f, 138.

3) Vgl. Laux, Helmut, Flexible Planung des Kapitalbudgets, a.a.O., S. 741 f; Hax, Herbert/Laux, Helmut, Flexible Planung, a.a.O., S. 329 f mit weiterer Literatur.

gemein auf die von der Spieltheorie entwickelten Entscheidungsregeln angewiesen, die vorschreiben, wie die erforderliche Ergänzung der unvollständigen Modellprämissen vorzunehmen ist, so daß trotz unvollkommener Informationen eine eindeutige Ableitung der quasi optimalen Alternative auf rein logischem Wege möglich ist.¹⁾ "Eine Entscheidungsregel hat jedoch nur dann einen praktisch-normativen Sinn, wenn die Informationen, auf denen sie aufbaut, für den Entscheidenden auch praktisch erreichbar sind."²⁾ Eine Matrix zur Entscheidungsfindung unter Unsicherheit ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die Konsequenzen mehrerer Alternativen bei Eintritt verschiedener Umweltsituationen erfaßt, um schließlich durch die Einführung von Entscheidungsregeln eine eindeutige Rangordnung aufstellen zu können.³⁾ Steuerbilanzpolitische Alternativen sind aber gerade dadurch gekennzeichnet, daß eine Enumeration praktisch ausgeschlossen ist. Weitaus schwerwiegender ist aber noch jener Einwand, der sich aus der Mehrstufigkeit des Entscheidungsproblems ergeben muß.

4623 Flexibilität des Aktionsprogramms

Der Zusammenhang zwischen unvorhergesehenen Ereignissen und Erfolgen von Aktionen kommt in der Elastizität des Entscheidungsfeldes⁴⁾ zum Ausdruck. Ein Entscheidungsfeld ist um so elastischer, je geringfügiger sich sein Wert infolge unvorhergesehener Ereignisse ändert. Die Elastizität des Entscheidungsfeldes kann sowohl in einer Erfolgselastizität bestehen, die dadurch gekennzeichnet ist, "daß der Wert des Entscheidungsfeldes sich deshalb nur wenig ver-

1) Vgl. Heinen, Edmund, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, a. a. O., S. 57 f u. 178 ff.

2) Pfohl, Hans-Christian, Zur Problematik von Entscheidungsregeln, in: ZfB 1972, S. 305-336 (331).

3) Vgl. ebd., S. 308 ff.

4) Vgl. hierzu Engels, Wolfram, a. a. O., S. 101 ff.

ändert, weil das Ereignis die Erfolge der einzelnen Aktionen nur geringfügig beeinflusst"¹⁾, als auch in einer Dispositionselastizität, die dadurch gekennzeichnet ist, "daß sich der Wert des Entscheidungsfeldes deshalb nur wenig ändert, weil die Möglichkeit besteht, eine andere als die in Aussicht genommene Strategie in einem Zeitpunkt nach t_1 zu wählen".²⁾

Der Begriff der Dispositionselastizität wird von Meffert als Aktionsflexibilität gedeutet.³⁾

Flexibilität als Eigenschaft einer Ausgangsaktion kennzeichnet das Ausmaß, in dem diese Anfangsaktion zu späteren Zeitpunkten noch gute Reaktionen auf neue Informationen zuläßt, wobei die Güte der Reaktionen an einer vorgegebenen Zielfunktion zu messen ist.⁴⁾ Die Technik der flexiblen Planung vermag keine Auskunft darüber zu geben, wie Maßnahmen zur Erhöhung der Dispositionselastizität in bezug auf unvorhergesehene Entwicklungen optimal eingeplant werden können⁵⁾, so daß der Möglichkeit unvorhergesehener Umweltzustände in der Steuerbilanzpolitik in jedem Fall gesondert Rechnung zu tragen ist.⁶⁾ Die Instrumente der Erfolgsverlagerung weisen allgemein qualitative Merkmale auf, die den Steuerpflichtigen zu einer partiellen Bevorzugung veranlassen können, wobei sich der

1) Engels, Wolfram, a.a.O., S.101.

2) Ebd., S.102.

3) Zu den Grundtypen betriebswirtschaftlicher Flexibilität und ihren Beziehungen vgl. Meffert, Heribert, Zum Problem der betriebswirtschaftlichen Flexibilität, a.a.O., S.791.

4) Vgl. Marschak, Thomas/Nelson, Richard, Flexibility, Uncertainty, and Economic Theory, in: Metroeconomica 1962, S.42-58 (44).

5) Vgl. Hax, Herbert/Laux, Helmut, Flexible Planung, a.a.O., S.332.

6) Zur Flexibilität unternehmerischen Handelns als einem notwendigen und unverzichtbaren Aspekt der Entscheidungsfindung unter Ungewißheit vgl. auch Mellwig, Winfried, Flexibilität als Aspekt unternehmerischen Handelns, in: ZfbF 1972, S.724-744; Schneider, Dieter, Anpassungsfähigkeit und Entscheidungsregel unter Ungewißheit, in: ZfbF 1972, S.745-757.

Dringlichkeitsgrad für den Einsatz einzelner Mittel durch deren Bindung an sachliche sowie zeitliche Voraussetzungen bestimmt.¹⁾

Harder²⁾ unterscheidet nach der Elastizität der Einsatzmöglichkeit variable und fixe, terminfreie und termingebundene sowie autonome und bedingte bilanzpolitische Mittel.

Variable Mittel sind dadurch gekennzeichnet, daß sie fallweise individuell eingesetzt werden können, ohne für die Zukunft eine Bindungswirkung der Art zu entfalten, daß die für einen bestimmten Fall getroffene Wahl in gleichartigen Situationen beizubehalten ist. Im Gegensatz dazu legt sich der Bilanzierende durch den Einsatz fixer Mittel für eine gewisse Zeit fest, indem er ein institutionell gegebenes Wahlrecht künftig stets in gleicher Weise auszuüben hat. Fixe Mittel liegen vornehmlich in der Wahl von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, deren ständiger Wechsel durch das Willkürverbot ausgeschlossen ist.

Während terminfreie Mittel (z. B. Teilwertabschreibung) zu beliebiger Zeit wahrgenommen werden können, ist der Einsatz termingebundener Mittel (z. B. Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter) an ausdrücklich festgesetzte Fristen gebunden, so daß im letzteren Fall die Nachholung der Maßnahme zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr möglich ist.

Die Voraussetzungen zur Anwendung autonomer Mittel (z. B. 6 b-Rücklage) können vom Bilanzierenden selbständig herbeigeführt werden, wohingegen schließlich bedingte Mittel (z. B. Preissteigerungsrücklage) nicht unabhängig von externen Vorbedingungen, etwa marktbezogenen Ereignissen, realisiert werden können. Kummer erweitert diese Typologie steuerlicher Wahlrechte um formel-

1) Vgl. Lichy, Wolfgang, a. a. O., S. 103.

2) Vgl. zum folgenden Harder, Ulrich, a. a. O., S. 135 ff.

le und materielle Wahlrechte, wobei "diese beiden Typen, die sich vornehmlich durch ihr ganz andersartiges Risiko voneinander unterscheiden, nicht nur recht unterschiedliche Wirkungen auslösen werden, sondern zudem auch mit vermutlich voneinander verschiedenen Aufgabenstellungen im Steuerrecht verwendet werden".¹⁾

Wegen mangelnder Aussagefähigkeit der genannten Ordnungskriterien unterscheidet Dieckmann²⁾ die steuerbilanzpolitischen Möglichkeiten im Bilanzierungsbereich danach, ob der bilanzierende Unternehmer das auslösende Ereignis selbständig herbeiführen kann oder nicht, ob die bilanzpolitische Maßnahme beliebig oft oder nur gelegentlich gewechselt werden kann, ob die erstmalige Optionsausübung weitere Freiheitsgrade bietet oder nicht, ob der Umfang der Maßnahmen nach oben fest determiniert ist oder nicht, ob der Zeitpunkt der Optionsausübung völlig frei oder innerhalb eines Ermessensspielraums wählbar oder aber fest determiniert ist sowie danach, ob bei gegenläufigen Folgeeffekten ein direkter Einfluß auf Auflösungszeitpunkt und -betrag ausgeübt werden kann, indirekt der Auflösungsbetrag durch Wahl der Übertragungsart beeinflusst werden kann oder kein Einfluß ausgeübt werden kann, da ein zwangsläufiger Ablauf erfolgt. Entsprechend werden die steuerbilanzpolitischen Möglichkeiten im Bewertungsbereich danach differenziert, ob das gewährte Wahlrecht stets erneut ausgeübt oder nach erstmals ausgeübter Option nicht ständig gewechselt werden kann, ob in Abhängigkeit von der Optionsentscheidung weitere Wahlrechte erschlossen werden können oder nicht, ob der Umfang der erfolgswirksamen Maßnahmen durch Ermessensentscheidung beeinflussbar oder mit der Realisierung einer der gebotenen Alternativen gleichzeitig determiniert ist und danach, ob der Zeitpunkt der Optionsausübung völlig frei oder innerhalb eines Ermessensspielraums oder innerhalb eines fest determinierten Zeitintervalls wählbar oder aber selbst fest de-

1) Kummer, Wolfgang, a.a.O., S. 22 f.

2) Vgl. Dieckmann, Karl, a.a.O., S. 76 ff u. 249 f.

terminiert ist. Versucht man, jeweils alternative Merkmalsausprägungen durch Ordnungskriterien zu erfassen, so lassen sich folgende Kriterien zur Systematisierung steuerbilanzpolitischer Freiheitsgrade unterscheiden: Disponibilität, Optionsvariabilität, Dimensionalität, Aktivitätsniveauvariabilität (= Teilbarkeit), Terminvariabilität und Reversibilität.

Unter dem Aspekt der Flexibilität sind bei der Bildung steuerbilanzpolitischer Alternativen tendenziell bedingt disponible Instrumente vor autonom disponiblen, optionsvariable Instrumente vor optionsfixen, mehrdimensionale Instrumente vor eindimensionalen, niveaufixe Instrumente vor niveauvariablen, termingebundene Instrumente vor terminfreien und reversible Instrumente vor irreversiblen einzusetzen. Ein kumuliertes Auftreten solcher Flexibilitätsmerkmale muß zwangsläufig den Rang des Instruments erhöhen.

Marett¹⁾ unterscheidet die steuerbilanzpolitischen Freiheitsgrade je nach der Richtung der Erfolgsverlagerung in Instrumente der Aufwandvorverrechnung und Instrumente der Aufwandnachverrechnung, die er jeweils hinsichtlich Wirkungskdauer und zeitlicher sowie quantitativer Gestaltbarkeit beurteilt. Der Spielraum der Aufwandvorverrechnung hängt ab von der Länge des Zeitraums, über den hinweg diese aufrechterhalten werden kann, und von der Freiheit, die Aufwandvorverrechnung innerhalb dieses Zeitraums beliebig rückgängig zu machen. Der Spielraum bei der Aufwandnachverrechnung wird bestimmt durch die Länge des Zeitraums, über den hinweg die jetzt mögliche Aufwandverrechnung hinausgezögert werden kann, und durch die Freiheit des Bilanzierenden, einen bislang nicht verrechneten Aufwand innerhalb dieses Zeitraums nach Belieben zu verrechnen. Eine weitere Beurteilung der Instrumente

1) Vgl. Marett, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 33 f u. 71 ff.

nach ihrem Einfluß auf die Elastizität des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsfeldes¹⁾ wird durch Kombination von Merkmalsausprägungen der Kriterien "Herbeiführbarkeit der Anwendungsvoraussetzungen", "Wirkungsdauer" sowie "quantitative und zeitliche Gestaltbarkeit" der Aufwandverrechnung erreicht. Die Anwendungsvoraussetzungen können entweder zwangsläufig vorhanden sein oder möglicherweise seitens des Steuerpflichtigen herbeigeführt werden oder auch außerhalb des Gestaltungsbereichs liegen. Die relevante Wirkungsdauer kann beliebig langfristig sowie langfristig begrenzt sein und dabei mehr als fünf Jahre oder bis zu fünf Jahren, jedoch mehr als ein Jahr betragen. Und schließlich kann die quantitative und zeitliche Gestaltbarkeit der Aufwandverrechnung innerhalb der jeweils zur Verfügung stehenden Wirkungsdauer durch jährliche Variationsmöglichkeiten bei der Aufwandperiodisierung oder durch eine fehlende Freizügigkeit hinsichtlich der Aufwandperiodisierung charakterisiert werden.

"Dabei gilt folgendes: Die allgemeine Bedeutung eines Erfolgsverlagerungsmittels richtet sich zunächst nach dem Sicherheitsgrad, mit dem es jährlich der Steuerbilanzpolitik zur Verfügung steht, d.h. nach seiner Gruppenzugehörigkeit ... (hinsichtlich der Anwendungsvoraussetzungen; Anm. d. Verf.). Sodann ist die Wirkungsdauer unter gleichzeitiger Würdigung des Freizügigkeitsgrades relevant, mit dem der Steuerpflichtige innerhalb der zur Verfügung stehenden Wirkungsdauer über Aufrechterhaltung der vollzogenen Erfolgsverlagerung nach Zeitpunkt und Umfang entscheiden kann. Danach ist die Bedeutung einer Aktionsvariablen für die Elastizität des Entscheidungsfeldes um so größer, je höherrangig ihre Gruppenzugehörigkeit, je länger die Wirkungsdauer und gleichzeitig je größer die Freizügigkeit hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Erfolgsverlagerung ist."²⁾

So ergibt sich ein abstraktes Rangfolgesystem mit achtzehn unterscheidbaren Rangstufen, die sowohl mit Instrumenten der Aufwandvor- als auch -nachverrechnung zu belegen sind.³⁾

1) Vgl. Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 79 ff.

2) Ebd., S. 83.

3) Vgl. ebd., S. 84 ff.

Zusammengefaßt weisen die Instrumente in ihrer Bedeutung für die Funktions- und Reaktionsfähigkeit der Steuerbilanzpolitik nachstehende Rangfolge auf:

I. Aufwand vor verrechnung

1. Bewertung zu Herstellungskosten, vor allem der HF und FF
2. Degressive AfA Fall b) sowie Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter Fall b)
3. Degressive AfA Fall a) sowie Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter Fall a)
4. Sonderabschreibungen aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen Fall b) sowie Übertragung stiller Reserven nach § 6 b EStG auf Grund und Boden
5. Sonderabschreibungen aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen Fall a) sowie Übertragung stiller Reserven nach § 6 b EStG auf abnutzbare Anlagegüter mit Nutzungsdauern von mehr als 5 Jahren
6. Rücklagenbildung mit -auflösung nach § 6 b EStG innerhalb von 2 bzw. 4 Jahren
7. Übertragung stiller Reserven nach § 6 b EStG auf abnutzbare Anlagegüter mit Nutzungsdauern bis zu 5 Jahren
8. Preissteigerungsrücklage

II. Aufwand nach verrechnung

1. Bewertung zu Herstellungskosten, vor allem der HF und FF
2. Progressive AfA Fall b) sowie degressive AfA Fall b) bei Nutzungsdauer von weniger als 5 Jahren
3. Progressive AfA Fall a)
4. Degressive AfA Fall a), Nutzungsdauer ≤ 5 Jahre
5. Pensionsrückstellungen und Unterstützungskassen
6. Teilwertabschreibung¹⁾

1) Marettke, Alexander, Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, a. a. O., S. 87. HF = Halbfabrikate, FF = Fertigfabrikate, AfA = Absetzung für Abnutzung. Die Unterscheidung zwischen Fall a) und Fall b) im Zusammenhang mit Abschreibungen bezieht sich darauf, ob nur ein einzelnes Anlagegut oder eine Mehrzahl von Anlagegütern betrachtet werden. Vgl. ebd., S. 39 ff.

Es bleibt zu beachten, daß entsprechend der vorstehend gekennzeichneten Aktionsflexibilität die jeweils zuletzt aufgezählten Instrumente vor allen übrigen einzusetzen sind.¹⁾

Zur Anpassung der Steuerbilanzpolitik an sich wandelnde Datenkonstellationen muß versucht werden, der Unvorhersehbarkeit der Zukunft dadurch Rechnung zu tragen, daß die Entscheidungen auf die Erzielung flexibler Ergebnisse gerichtet werden. Das Fehlen von Lösungsalgorithmen, die zwangsläufig zu flexiblen Lösungen führen, läßt schließlich auch bei Vorliegen aller sonstigen Merkmale eines wohl-strukturierten Problems die Steuerbilanzpolitik als unvollständig definiertes Entscheidungsproblem hervortreten. Als adäquate Lösungsmethode bietet sich ein quasi-analytisches Planungsverfahren an, das neben den quantifizierbaren auch nicht bzw. schwer quantifizierbare Entscheidungskriterien berücksichtigt und sich heuristischer Techniken bedient.²⁾

Nachdem das steuerbilanzpolitische Aktivitätsniveau im Zeitablauf bestimmt ist, hat eine marginal-analytische Ableitung des optimal strukturierten periodischen Mitteleinsatzes durch Kombination steuerbilanzpolitischer Instrumente in der Reihenfolge abnehmender Flexibilität zu erfolgen. Steuerbilanzpolitische "Flexibilitätskriterien" können dabei jedoch nur durch die Erfahrung definiert, also gelernt sein³⁾, so daß die Entwicklung leistungsfähiger Kriterien jeweils weiteren Bemühungen vorbehalten ist.

1) Vgl. hierzu etwa auch Lichy, Wolfgang, a.a.O., S. 103 f. Eine terminbezogene Rücklage für Preissteigerungen ist selbst dann zu bilden, wenn dadurch ein Verlust ausgewiesen wird, dessen Vortragsfähigkeit dazu befähigt, das Nachholverbot zu umgehen.

2) Vgl. Meffert, Heribert, Zum Problem der betriebswirtschaftlichen Flexibilität, a.a.O., S. 800.

3) Vgl. Kappler, Ekkehard, Der Lernprozeß der Unternehmung, a.a.O., S. II.

5 SCHLUSSBETRACHTUNG

Ausgangspunkt der vorangehenden Reflexionen ist die Gesamtheit von Entscheidungsproblemen, die sich bei der Ermittlung des steuerlichen Periodenerfolgs dadurch ergeben, daß gewisse Bilanzierungs- und Bewertungsfreiheiten bestehen; sie ermöglichen eine interperiodische Verlagerung von Ertragsteuerzahlungen. Um diesen Fragenkomplex einer Lösung zuzuführen, sind zunächst Wesen und Struktur einer steuerbilanzpolitischen Entscheidung zu ergründen. Nach Zuordnung des makroökonomischen Datums "Steuerrecht" zum betriebswirtschaftlichen Entscheidungsfeld dient das Denkschema des unternehmerischen Entscheidungsprozesses einer analytischen Darstellung der im Rahmen der Steuerbilanzpolitik zu erfüllenden Funktionen.

Der nachfolgenden Analyse des steuerbilanzpolitischen Dispositionsspielraums wird unter Bezugnahme auf die periodengerechte Gewinnermittlung eine Genetik des Entscheidungsproblems vorangestellt. Die Erörterung einzelner Entscheidungstatbestände im Bilanzierungs- und Bewertungsbereich - Ansatzpunkte einer dispositiven Beeinflussung der Steuerbelastung - erweist sich als notwendig, um die modellmäßige Lösung des gestellten Entscheidungsproblems im Hinblick auf die Vielfalt steuerbilanzpolitischer Instrumente nicht unabhängig von der Realisierbarkeit möglicher Ansätze zu diskutieren. Durch Gegenüberstellung von Dispositionsfreiheit und Dispositionsgebundenheit in der Ausgestaltung der Steuerbilanzpolitik wird gleichzeitig der Gestaltungsspielraum im Zeitablauf charakterisiert und systematisiert, um die Formulierung von Alternativen zu erleichtern.

Die anschließende Einbeziehung der Steuerbilanzpolitik in das System der Unternehmungspolitik dient der Ableitung relevanter Aus-

wahlkriterien aus den Entzugseffekten der Besteuerung. Sie vergewärtigt gleichzeitig die Bedeutung der als integrierter Bestandteil des gesamten Unternehmungsgeschehens aufzufassenden Steuerbilanzpolitik. Entsprechend deren erfolgs- und finanzwirtschaftlicher Zielsetzung lassen sich Sach- und Finanzinvestitionen sowie Kreditrückzahlungen als Kapitaldispositionen kennzeichnen, die sich zur Ertragsteuerzahlung alternativ verhalten.

Die interpretatorische Konkretisierung der Entscheidungssituation hinsichtlich des anzuwendenden Typs von Entscheidungsmodellen läßt einen relativ hohen Strukturierungsgrad der zu treffenden Disposition bei unterschiedlichem Einfluß individueller Wertprämissen erkennen. Die Diskussion bestehender Lösungsansätze zur Steuerbilanzpolitik zeigt im Ergebnis Fortschritte der betriebswirtschaftlich-steuerlichen Disziplin bei der Berücksichtigung des progressiven Einkommensteuertarifs und des Zinseffekts bei zeitlicher Verlagerung von Steuerzahlungen. Ansatzpunkte für eine weiterführende Forschung ergeben sich aus der Subjektivität der Steuerbilanzpolitik, bedingt durch das jeweils geltende Entscheidungsfeld sowie durch den Entscheidungsträger. Eine herkömmliche realtypische Fragestellung ist dabei durch ein operationsanalytisches Vorgehen zu ersetzen.

Die weiteren Ausführungen stellen den Versuch einer Formalisierung des steuerbilanzpolitischen Entscheidungsproblems durch ein generalisierendes Abstraktionsverfahren dar, um im Zeitablauf "optimale" Entscheidungen zu gewährleisten. Aus der Unmöglichkeit, das Unternehmungsgeschehen unter Berücksichtigung einer Vielzahl steuerbilanzpolitischer Instrumente simultan zu planen, wird die Konsequenz gezogen, den Erfolg der Steuerbilanzpolitik als Kapitalwert zu bestimmen. Dies geschieht derart, daß erwartete Zahlungen mit dem Zinssatz einer alternativen Kapitaldisposi-

tion diskontiert werden. Entsprechend dem integralen Charakter der Steuerbilanzpolitik hat dieses Partialmodell eine kybernetische Funktion innerhalb des Systems betriebswirtschaftlicher Steuerpolitik zu übernehmen.

Besonderes Interesse gilt in diesem Zusammenhang der zweckmäßigen Abgrenzung des Entscheidungsfeldes und den Bewertungsproblemen bei der Formulierung von Zielfunktion (Kapitalwertmaximierung) und Nebenbedingungen (informations- und liquiditätspolitische Restriktionen). Die Abgrenzung des Entscheidungsfeldes geschieht in der Weise, daß sowohl Primär- als auch Sekundärvariationen in die Zahlungsreihen des Entscheidungskalküls einbezogen werden. Ertragsteuerzahlungen bei alternativer Ausübung steuerlicher Wahlrechte und zeitlich alternativ festgelegten Sachverhalten stellen Primärvariationen dar. Als Sekundärvariationen sind sonstige Zahlungsvorgänge aus den Sachverhaltsmaßnahmen zu erfassen, die zur Beeinflussung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage eine zeitliche Determinierung erfahren sollen.

Unter dem Aspekt der korrespondierenden Teilbarkeit alternativer Kapitaldispositionen wird der periodenspezifische Kalkulationszinsfuß für das steuerbilanzpolitische Entscheidungsmodell aus den individuellen Kapitalanlage- und Kreditaufnahmemöglichkeiten des Entscheidungssubjekts abgeleitet. Anlage- und Aufnahmezinsfuß begrenzen gleichzeitig das Intervall für einen subjektiv-konsumtiv orientierten Kalkulationszinsfuß, bei dessen Bestimmung ein durch den Steuerwiderstand hervorgerufener intraindividueller Konflikt sichtbar werden mag, der durch eine Anspruchsanpassung aufzulösen ist. Der Einfluß der Ertragsbesteuerung auf den Kalkulationszinsfuß wird durch eine Kürzung um den der marginalen Steuerbelastung entsprechenden Anteil berücksichtigt. Im Gegensatz zu den Finanzinvestitionen und Kreditrückzahlungen werden alternative Ka-

pitaldispositionen in Gestalt geplanter Sachinvestitionen nicht im Kalkulationszinsfuß, sondern in den Zahlungsreihen als Sekundärvariationen zeitlich zu determinierender Sachverhaltsmaßnahmen mit Auswirkungen auf den Dispositionsspielraum des Gewinnausweises erfaßt. Die diskutierten Algorithmen dienen schließlich der zielgerichteten Auswahl steuerbilanzpolitischer Primärvariationen aus einer vorhandenen Alternativenmenge. Zur Entscheidungsfindung durch Maximierung des Kapitalwerts sind schließlich die bei zeitlich alternativ festgelegten Sachverhaltsmaßnahmen jeweils optimalen Primärvariationen mit den Sekundärvariationen der Zahlungsreihen zusammenzufassen, um so das "maximum maximorum" feststellen zu können.

Da nicht die Unternehmung als Organisation, sondern nur Individuen als Teilnehmer dieser Organisation steuerrechtliche Normen beachten und Entscheidungen treffen können, ist schließlich auch auf die steuerbilanzpolitische Kollektiventscheidung einzugehen. Die Nichtexistenz eines Optimums für mehrere Beteiligte ergibt sich aus der Divergenz individueller Tatsachen- und/oder Wertvorstellungen der mit ihrem gesamten Einkommen steuerpflichtigen Organisationsteilnehmer. Überzeugungskonflikte erwachsen aus abweichenden Erwartungsstrukturen. Interindividuelle Wertkonflikte sind bedingt durch Unterschiede in der marginalen Steuerbelastung, den individuellen Kapitalanlage- und Kapitalaufnahmemöglichkeiten sowie der Konsumpräferenz von Beteiligten. Je nach Auseinanderstreben der Entscheidungsprämissen läßt sich die kollektive Entscheidungsfindung durch bestimmte Typen erklären. Die aus dem ökonomischen Kalkül sich ergebenden Schlußfolgerungen können als Orientierungspunkte in Aushandlungsprozessen angesehen werden.

Zur Berücksichtigung eines unvollkommenen Informationsstandes wird eine laufende Planrevision unter Zugrundelegung der höchstwahrscheinlichen Unternehmungsentwicklung sowie die marginal-

analytische Ableitung des optimal strukturierten steuerbilanzpolitischen Mitteleinsatzes entsprechend dem Kriterium abnehmender Flexibilität empfohlen. Die mechanistische Darstellung des Problems darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Unvollkommenheit von Informationen im betriebswirtschaftlich-steuerlichen Bereich neben unsicheren Erwartungen über die Unternehmensentwicklung eine erhebliche Rechtsunsicherheit beinhalten kann.

Indem die Bedeutung von Entscheidungstheorien auch für betriebswirtschaftlich-steuerliche Fragestellungen anerkannt wird, vollzieht sich eine Verbindung zur wissenschaftlichen Diskussion in der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre. Es zeigt sich, daß die formalisierte Darstellung des Problems, die als programmatischer Ansatz gewertet werden kann, Lösungen ermöglicht, die durch rein verbale Argumentation nicht zu erzielen sind. Dieses Vorgehen macht aber auch die Problematik der Annahmen deutlich, die dem Gedanken an die Existenz eines steuerbilanzpolitischen Optimums immanent sind.

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Abkürzungen und Kurzformen

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BGH	Bundesgerichtshof
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
ebd.	ebenda
ESt(G)	Einkommensteuer(-Gesetz)
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
f, ff	folgende, fortfolgende
FN	Fußnote
GewESt	Gewerbeertragsteuer
GewSt(G)	Gewerbsteuer(-Gesetz)
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
KSt(G)	Körperschaftsteuer(-Gesetz)
KStDV	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
N.F.	Neue Folge
Nr.	Nummer
o.V.	ohne Verfasserangabe
RdNr.	Randnummer
RFH	Reichsfinanzhof

S.	Seite
Sp.	Spalte
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
Tz.	Textziffer
v.	vom
vgl.	vergleiche

Zeitschriften und Nachschlagewerke

AG	Die Aktiengesellschaft
BB	Der Betriebs-Berater
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BStBl.	Bundessteuerblatt
DB	Der Betrieb
DStR	Deutsches Steuerrecht
FR	Finanz-Rundschau
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdW	Handbuch der Wirtschaftswissenschaften
HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung
NB	Neue Betriebswirtschaft
RDO	Rechnungswesen, Datentechnik, Organisation
RStBl.	Reichssteuerblatt
StB	Der Steuerberater
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
StBPg	Steuerliche Betriebsprüfung
StuW	Steuer und Wirtschaft
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WISU	Das Wirtschaftsstudium

WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung (erscheint ab 1964 als ZfbF)

Literaturverzeichnis

Bücher und Kommentare

- Adam, Adolf / Helten, Elmar / Scholl, Friedrich:
Kybernetische Modelle und Methoden. Einführung für
Wirtschaftswissenschaftler, Köln/Opladen 1970.
- Adam, Dietrich: Produktionsplanung bei Sortenfertigung, Wiesbaden 1969.
- Adler, Hans / Düring, Walther / Schmaltz, Kurt: Rechnungslegung
und Prüfung der Aktiengesellschaft.
Handkommentar, 4. Aufl., Bd. I, Stuttgart 1968.
- Albach, Horst: Die degressive Abschreibung. Ist die degressive Ab-
schreibung eine nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen
notwendige Abschreibung?, Wiesbaden 1967.
- Albach, Horst: Steuersystem und unternehmerische Investitionspolitik,
Wiesbaden 1970.
- Alexis, Marcus / Wilson, Charles Z.: Organizational Decision Making,
Englewood Cliffs/N.J. 1967.
- Angermann, Adolf: Entscheidungsmodelle, Frankfurt (Main) 1963.
- Aufermann, Ewald: Einkommensteuerbilanz und Verlust-Kompensation.
Verlustanrechnung, Verlustausgleich, Verlustvortrag, Verlust-
abzug. Eine Untersuchung vom Gesichtspunkt betriebswirt-
schaftlicher Steuerlehre, Köln/Berlin 1959.
- Aufermann, Ewald: Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre,
3. Auflage, Wiesbaden 1959.
- Bareis, Hans Peter: Die Steuern in der betrieblichen Planung, Berlin 1969.
- Bauer, Leonhard: Wissenschaftstheoretische Überlegungen zu Grund-
annahmen der Nationalökonomie, insbesondere des mikro-
ökonomischen Ansatzes, Berlin 1969.
- Bea, Franz Xavier: Kritische Untersuchungen über den Geltungsbereich
des Prinzips der Gewinnmaximierung, Berlin 1968.
- Beer, Stafford: Kybernetik und Management, 3. Aufl., Frankfurt (Main) 1959.
- Bidlingmaier, Johannes: Unternehmerziele und Unternehmerstrategien,
Wiesbaden 1964.
- Bidlingmaier, Johannes: Zielkonflikte und Zielkompromisse im unter-
nehmerischen Entscheidungsprozeß, Wiesbaden 1968.
- Biergans, Enno: Investitionsrechnung - Verfahren der Investitionsrechnung
und ihre Anwendung in der Praxis. Mit einer Erhebung über den
Stand der Investitionsrechnung im Braugewerbe und zahlreichen
Beispielen aus der Brauwirtschaft, Nürnberg 1973.

- Black, Homer A., assisted by the Staff of the AICPA Accounting Research Division: Interperiod Allocation of Corporate Income Taxes, New York 1966.
- Blumentrath, Ulrich: Investitions- und Finanzplanung mit dem Ziel der Endwertmaximierung, Wiesbaden 1969.
- Böhm-Bawerk, Eugen von: Rechte und Verhältnisse vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Güterlehre, Innsbruck 1881.
- Böhmer, Peter: Erfüllung und Umgehung des Steuertatbestandes, Düsseldorf 1958.
- Borkowsky, Rudolf: Einige Probleme der steuerlichen Unternehmenspolitik. Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Steuerlehre auf Grund schweizerischer Verhältnisse, Zürich 1967.
- Brönnner, Herbert: Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 8. Aufl., Stuttgart 1971.
- Bühler, Ottmar / Scherpf, Peter: Bilanz und Steuer, 7. Aufl., München 1971.
- Buhr, Walter: Dualvariable als Kriterien unternehmerischer Planung. Die Bedeutung der Dualitätsbeziehungen des mathematischen Programmierens für die entscheidungsbezogene Theorie der Unternehmung, Meisenheim am Glan 1967.
- Carnap, Rudolf: Einführung in die symbolische Logik. Mit besonderer Berücksichtigung ihrer Anwendungen, 3. Aufl., Wien/New York 1968.
- Cohen, Kalman J. / Cyert, Richard M.: Theory of the Firm: Resource Allocation in a Market Economy, Englewood Cliffs 1965.
- Cyert, Richard M. / March, James G.: A Behavioral Theory of the Firm, Englewood Cliffs 1963.
- Dantzig, George B.: Lineare Programmierung und Erweiterungen, Berlin/Heidelberg/New York 1966.
- Dieckmann, Karl: Steuerbilanzpolitik. Gegenwärtig bestehende Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung des steuerlichen Jahreserfolges in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1970.
- Dietz, Horst: Die Normierung der Abschreibung in Handels- und Steuerbilanz, Opladen 1971.
- Drukarczyk, Jochen: Investitionstheorie und Konsumpräferenz. Ein Beitrag zur expliziten Berücksichtigung der Entnahmen (Konsumausgaben) im optimalen mehrperiodigen Investitionsprogramm des Unternehmers, Berlin 1970.
- Edwards, Edgar O. / Bell, Philip W.: The Theory and Measurement of Business Income, 3. Aufl. Berkeley/Los Angeles 1965.

- Engels, Wolfram: Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Licht der Entscheidungstheorie, Köln/Opladen 1962.
- Engisch, Karl: Einführung in das juristische Denken, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971.
- Escher, Hans: Der Umfang der Aktivierungspflicht bei den Ausgaben für das Sachanlagevermögen in Handels- und Steuerbilanz, Düsseldorf 1962.
- Falk, Rudolf / Gail, Winfried / Latsch, Rudolf: Die Steuerbilanz. Handelsbilanz und Ertragsteuerbilanz, 3. Aufl., Herne/Berlin 1966.
- Falterbaum, Hermann: Buchführung und Bilanz unter besonderer Berücksichtigung des Bilanzsteuerrechts und der steuerlichen Gewinnermittlung, Achim b. Bremen 1971.
- Federmann, Rudolf, Bilanzierung nach Handelsrecht und Steuerrecht, München 1971.
- Findeisen, Franz: Die Reserven der Unternehmung mit besonderer Berücksichtigung der Steuer, Berlin 1922.
- Fisher, Irving: The Theory of Interest, As Determined by Impatience to Spend Income and Opportunity to Invest it, New York 1930, nachgedruckt New York 1954.
- Flechtner, Hans-Joachim: Grundbegriffe der Kybernetik. Eine Einführung, 5. Aufl., Stuttgart 1970.
- Flik, Heinrich: Kybernetische Ansätze zur Organisation des Führungsprozesses der Unternehmung, Berlin 1969.
- Frese, Erich: Kontrolle und Unternehmungsführung, Wiesbaden 1968.
- Gägen, Gérard: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Untersuchungen zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns, 2. Aufl., Tübingen 1968.
- Griem, Heinrich: Der Prozeß der Unternehmungsentscheidung bei unvollkommener Information. Eine Ablauf- und Problemanalyse, Berlin 1968.
- Groener, Leo / Wallis, Hugo von: Grundzüge der steuerlichen Gewinnermittlung, 3. Aufl., Köln/Berlin/Bonn/München 1961.
- Gübbels, Bernhard: Handbuch der steuerlichen Abschreibung, 4. Aufl., Köln 1966.
- Gutenberg, Erich: Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, Kölner Universitätsreden, Krefeld 1957.
- Gutenberg, Erich: Unternehmensführung, Organisation und Entscheidung, Wiesbaden 1962.
- Haberstock, Lothar: Zur Integrierung der Ertragsbesteuerung in die simultane Produktions-, Investitions- und Finanzierungsplanung mit Hilfe der linearen Programmierung, Köln/Berlin/Bonn/München 1971.

- Haegert, Lutz: Der Einfluß der Steuern auf das optimale Investitions- und Finanzierungsprogramm, Wiesbaden 1971.
- Häusler, Joachim: Grundfragen der Betriebsführung. Eine Analyse der Führungsproblematik in Wissenschaft und Praxis, Wiesbaden 1966.
- Hanraths, Josef: Grundstücks- und Gebäudewerte in der Steuerbilanz und Steuerpraxis, 2. Aufl., Herne/Berlin 1967.
- Hansen, Palle: The Accounting Concept of Profit. An Analysis and Evaluation in the Light of the Economic Theory of Income and Capital, Kopenhagen/Amsterdam 1962.
- Harder, Ulrich: Bilanzpolitik. Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen, Wiesbaden 1962.
- Hart, Albert Gailord: Anticipations, Uncertainty, and Dynamic Planning, Reprints of Economic Classics, New York 1965.
- Hax, Herbert: Investitionstheorie, 2. Aufl., Würzburg/Wien 1972.
- Heinen, Edmund: Betriebswirtschaftliche Kostenlehre. Kostentheorie und Kostenentscheidungen, 3. Aufl., Wiesbaden 1970.
- Heinen, Edmund: Betriebswirtschaftslehre heute. Die Bedeutung der Entscheidungstheorie für Forschung und Praxis, Wiesbaden 1966.
- Heinen, Edmund: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 1972.
- Heinen, Edmund: Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen. Das Zielsystem der Unternehmung, 2. Aufl., Wiesbaden 1971.
- Heinen, Edmund: Handelsbilanzen, 6. Aufl., Wiesbaden 1972.
- Heißmann, Ernst: Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, 6. Aufl., Köln 1967.
- Heißmann, Ernst: Betriebliche Unterstützungskassen, 3. Aufl., Köln 1966.
- Heyden, Daniel von der /Körner, Werner: Bilanzsteuerrecht in der Praxis. Systematische Darstellung der steuerlichen Gewinnermittlung, 2. Aufl., Herne/Berlin 1972.
- Holtgrewe, Karl-Georg: Der Steuerwiderstand. Das Verhalten des Steuerpflichtigen im Lichte der modernen Psychologie, Berlin 1954.
- Holzman, Robert S.: Tax Basis For Managerial Decisions, New York / Chicago / San Francisco / Toronto / London 1965.
- Institut Finanzen und Steuern: Heft 98, Bilanzierungswahlrechte. Maßgeblichkeit handelsrechtlicher Wahlmöglichkeiten für die steuerliche Gewinnermittlung, Bonn 1971.

- Jacob, Herbert: Das Bewertungsproblem in den Steuerbilanzen, Wiesbaden 1961.
- Jacob, Herbert: Investitionsplanung und Investitionsentscheidung mit Hilfe der Linearprogrammierung, 2. Aufl., Wiesbaden 1971.
- Jacobs, Otto H.: Das Bilanzierungsproblem in der Ertragsteuerbilanz. Ein Beitrag zur steuerlichen Lehre vom Wirtschaftsgut, Stuttgart 1971.
- Jääskeläinen, Veikko: Optimal Financing and Tax Policy of the Corporation, Helsinki 1966.
- Johansson, Sven-Erik: Skatt-investerings-värdering, Stockholm 1961.
- John, Gerd: Die Bewertung von Grund und Boden und Gebäuden in der Steuerbilanz. Eine kritische Analyse vom Standpunkt der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, Köln/Berlin/Bonn/München 1964.
- Junger, Martin: Die steuerliche Planung in der Unternehmung, Zürich/St. Gallen 1958.
- Kirsch, Werner: Entscheidungsprozesse, Bd. I, Verhaltenswissenschaftliche Ansätze der Entscheidungstheorie, Wiesbaden 1970.
- Kirsch, Werner: Entscheidungsprozesse, Bd. II, Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens, Wiesbaden 1971.
- Kirsch, Werner: Entscheidungsprozesse, Bd. III, Entscheidungen in Organisationen, Wiesbaden 1971.
- Kirsch, Werner: Gewinn und Rentabilität. Ein Beitrag zur Theorie der Unternehmungsziele, Wiesbaden 1968.
- Kirsch, Werner / Meffert, Heribert: Organisationstheorien und Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1970.
- Klein, Franz: Gleichheitssatz und Steuerrecht. Eine Studie über Gleichheit und Gerechtigkeit der Besteuerung im System des Grundgesetzes, Köln-Marienburg 1966.
- Kobs, Erwin: Bilanzen und Ergänzungsbilanzen bei Personengesellschaften, 3. Aufl., Herne/Berlin 1971.
- Kobs, Erwin: Rückstellungen und Rücklagen in Steuerbilanz und Vermögensaufstellung, 2. Aufl., Herne/Berlin 1968.
- Koch, Helmut: Betriebliche Planung. Grundlagen und Grundfragen der Unternehmungspolitik, Wiesbaden 1961.
- Köhler, Richard: Theoretische Systeme der Betriebswirtschaftslehre im Lichte der neueren Wissenschaftslogik, Stuttgart 1966.

- Kötter, Friedrich / Hanraths, Josef / Hirt, Ernst / Röttinger, Hans / Sauer, Otto: ABC des Bilanzsteuerrechts, Herne/Berlin 1970.
- Kormann, Hermut: Die Steuerpolitik der internationalen Unternehmung, 2. Aufl., Düsseldorf 1970.
- Kosiol, Erich: Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1966.
- Kottke, Klaus: Bilanzstrategie und Steuertaktik. Ratschläge zur Bilanzierung, Bewertung, Abschreibung und Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen, 2. Aufl., Herne/Berlin 1967.
- Kottke, Klaus: Steuerersparung, Steuerumgehung, Steuerhinterziehung, 5. Aufl., Freiburg i.Br. 1970.
- Krekó, Béla: Lehrbuch der linearen Optimierung, 4. Aufl., Berlin 1969.
- Laux, Helmut: Flexible Investitionsplanung. Einführung in die Theorie der sequentiellen Entscheidungen bei Unsicherheit, Opladen 1971.
- Laux, Helmut: Kapitalkosten und Ertragsteuern, Köln / Berlin / Bonn / München 1969.
- Leffson, Ulrich: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Grundsätze für Buchung und Jahresabschluß, 2. Aufl., Düsseldorf 1970.
- Lichy, Wolfgang: Besteuerung und Innenfinanzierung. Finanzierungseffekte der betrieblichen Steuerpolitik, Berlin 1967.
- Lippmann, Klaus: Der Beitrag des ökonomischen Gewinns zur Theorie und Praxis der Erfolgsermittlung, Düsseldorf 1970.
- Littmann, Eberhard: Das Einkommensteuerrecht, Kommentar, 10. Aufl., Stuttgart 1972.
- Littmann, Eberhard / Förger, Karl: Rückstellungen in Ertragsteuerebilanzen und bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, Stuttgart 1964.
- March, James G. / Simon, Herbert A.: Organizations, 9. Aufl., New York / London / Sydney 1967.
- Marettek, Alexander: Steuerbilanz- und Unternehmenspolitik, Freiburg i.Br. 1971.
- Markowitz, Harry M.: Portfolio Selection. Efficient Diversification of Investments, New York / London / Sydney 1959.
- May, Erich: Das Wirtschaftsgut. Kritische Analyse der steuerlichen Lehre vom Wirtschaftsgut aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Wiesbaden 1969.

- Meffert, Heribert: Betriebswirtschaftliche Kosteninformationen.
Ein Beitrag zur Theorie der Kostenrechnung, Wiesbaden 1968.
- Mellerowicz, Konrad: Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 2. Aufl.,
Freiburg i.Br. 1957.
- Mellerowicz, Konrad: Unternehmenspolitik, Bd. I, 2. Aufl., Freiburg i.Br.
1963.
- Mellerowicz, Konrad: Unternehmenspolitik, Bd. III, 2. Aufl.,
Freiburg i.Br. 1965.
- Michel, Reiner M. / Koopmann, Hans-Jürgen: Finance Management,
Heidelberg 1970.
- Neth, Manfred: Die Berechnung der Herstellungskosten als bilanz-
politisches Mittel, Düsseldorf 1971.
- Neumark, Fritz: Grundsätze gerechter und ökonomisch rationaler
Steuerpolitik, Tübingen 1970.
- Nieschlag, Robert / Dichtl, Erwin / Hörschgen, Hans: Marketing.
Ein entscheidungstheoretischer Ansatz, 4. Aufl., Berlin 1971.
- Pohmer, Dieter: Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre,
Berlin 1958.
- Popper, Karl R.: Logik der Forschung, 3. Aufl., Tübingen 1969.
- Raiser, Thomas: Das Unternehmen als Organisation. Kritik und Er-
neuerung der juristischen Unternehmenslehre, Berlin 1969.
- Rieger, Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Aufl.,
Erlangen 1959.
- Rose, Gerd: Betrieb und Steuer. Grundlagen zur Betriebswirtschaftlichen
Steuerlehre, 1. Buch, Die Ertragsteuern, Wiesbaden 1969.
- Rosenstock, Hans Adolf: Die Entscheidung im Unternehmungsgeschehen,
Bern 1963.
- Sandig, Curt: Betriebswirtschaftspolitik, 2. Aufl., Stuttgart 1966.
- Schmidt-Sudhoff, Ulrich: Unternehmerziele und unternehmerisches
Zielsystem, Wiesbaden 1967.
- Schneider, Dieter: Die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Anlage-
gütern als Bestimmungsgrund der Abschreibungen,
Köln/Opladen 1961.
- Schneider, Dieter: Investition und Finanzierung. Lehrbuch der Inve-
stitions- Finanzierungs- und Ungewißheitstheorie, 2. Aufl.,
Opladen 1971.

- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 12. Aufl., Tübingen 1965.
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 10. Aufl., Tübingen 1965.
- Schneider, Erich: Wirtschaftlichkeitsrechnung. Theorie der Investition, 7. Aufl., Tübingen/Zürich 1968.
- Schneider, Helmut: Der Einfluß der Steuern auf die unternehmerischen Investitionsentscheidungen, Tübingen 1964.
- Schreiber, Rupert: Erkenntniswert betriebswirtschaftlicher Theorien, Wiesbaden 1960.
- Schwarz, Horst: Optimale Investitionsentscheidungen, München 1967.
- Schweim, Joachim: Integrierte Unternehmensplanung, Bielefeld 1969.
- Siegfried, Bernard: Die Verhaltensweisen des Unternehmers gegenüber der Gewinnbesteuerung. Ein Vergleich zwischen Theorie und Praxis unter besonderer Berücksichtigung der Verhaltensweisen industrieller Unternehmungen in der Schweiz und in Deutschland, Winterthur 1963.
- Stackelberg, Heinrich von: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen/Zürich 1951.
- Stegmüller, Wolfgang: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und der analytischen Philosophie, Bd. I, Wissenschaftliche Erklärung u. Begründung, Berlin/Heidelberg/New York 1969.
- Strasser, Helge: Zielbildung und Steuerung der Unternehmung, Wiesbaden 1966.
- Stutz, Heinrich: Degressive Abschreibungen, 5. Aufl., Herne/Berlin 1966.
- Terborgh, George: Leitfaden der betrieblichen Investitionspolitik, Wiesbaden 1962.
- Thiel, Rudolf: Übertragung stiller Reserven. Kommentar zu § 6b des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Steueränderungsgesetzes 1964, Heidelberg 1965.
- Tinbergen, Jan: Einführung in die Ökonometrie, Wien/Stuttgart 1952.
- Trägner, Gustav: Pensionsrückstellungen in Betriebswirtschaftslehre und im Arbeits-, Handels- und Steuerrecht. Leitfaden mit Tabellen, 2. Aufl., Herne/Berlin 1969.
- Velde, Kurt van der: Herstellungskosten in der Kostenrechnung und in der Steuerbilanz, 3. Aufl., Stuttgart 1960.

- Vogt, Fritz Johs.: Bilanztaktik. Wahlrechte des Unternehmers beim Jahresabschluß, 6. Aufl., Heidelberg 1963.
- Wallis, Hugo von: Die Steuerbilanz des Kaufmanns, 2. Aufl., Stuttgart 1970.
- Wallmann, F.: Die alphabetischen Abschreibungstabellen für über 8000 Wirtschafts- und Anlagegüter, 3. Aufl., Mönchengladbach 1970.
- Wegmann, Wolfgang: Der ökonomische Gewinn, Wiesbaden 1970.
- Wehmeyer, Jochen: Die steuerliche Planung der Unternehmung, Düsseldorf 1967.
- Weichsel, Lothar: Beschleunigte Abschreibung, Wachstum und Konjunktur, Köln/Opladen 1964.
- Wennrich, Eberhard: Die typisierende Betrachtungsweise im Steuerrecht, Düsseldorf 1963.
- Werninger, Gerd: Rückstellungen in der Bilanz, betriebswirtschaftlich-steuerlich, Wiesbaden 1960.
- Westerhoff, Wilhelm: Unklare Rechtsgestaltungen in ihrer Bedeutung für das Steuerrecht, Düsseldorf 1959.
- Wiener, Norbert: Mensch und Menschmaschine. Kybernetik und Gesellschaft, 3. Aufl., Frankfurt (Main)/Bonn 1966.
- Witte, Eberhard: Die Liquiditätspolitik der Unternehmung, Tübingen 1963.
- Wittmann, Waldemar: Unternehmung und unvollkommene Information. Unternehmerische Voraussicht - Ungewißheit und Planung, Köln/Opladen 1959.
- Wöhe, Günter: Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt (Main) 1966.
- Wöhe, Günter: Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. II, 2. Halbband, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt (Main) 1965.
- Wöhe, Günter: Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, 3. Aufl., München 1972.
- Wöhe, Günter: Bilanzierung und Bilanzpolitik. Betriebswirtschaftlich-handelsrechtlich-steuerrechtlich, 2. Aufl., München 1972.
- Wright, M.G.: Discounted Cash Flow, London/New York/Toronto/Sydney 1967.
- Zwehl, Wolfgang von: Untersuchung zur Erstellung einer Planbilanz als Ergänzung des Jahresabschlusses, Berlin 1968.

Dissertationen und Habilitationsschriften

- Barth, Manfred: Zum Aussagewert kalkulatorischer Modelle für die unternehmerische Entscheidung, Diss. Berlin 1968.
- Bauer, Klaus-Peter: Zielfunktionen und finanzielle Nebenbedingungen in Investitionsmodellen bei Unsicherheit, Diss. Bonn 1969.
- Dietl, Jutta: Die erlaubte Steuerersparung durch rechtliche Gestaltung wirtschaftlicher Verhältnisse, Diss. Erlangen 1965.
- Düchting, Hans: Liquidität und unternehmerische Entscheidungsmodelle, Diss. München 1965.
- Groos, Manfred: Die optimale Investitionsentscheidung in der Unternehmung unter besonderer Berücksichtigung der Ersatzinvestitionen, Diss. Köln 1964.
- Huth, Helmut: Der Einfluß der Gewinnbesteuerung auf Investitionsneigung und Risikobereitschaft des Unternehmers, Diss. Frankfurt (Main) 1967.
- Kahsnitz, Dietmar: Ökonomische Gewinnkonzepte und Besteuerung, Diss. Frankfurt (Main) 1970.
- Kappler, Ekkehard: Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten. Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmungspolitik durch Bilanzinformationen, unveröffentlichte Habilitationsschrift München 1972.
- Kappler, Ekkehard: Der Lernprozeß der Unternehmung. Ein Ansatz zu einem kybernetischen Grundmodell der Betriebswirtschaft, Diss. München 1970.
- Kauffmann, Albrecht: Kosten- und Investitionstheorie als betriebswirtschaftliche Ansätze zur Lösung des Allokationsproblems, Diss. München 1970.
- Klein, Heinz Karl: Heuristische Entscheidungsmodelle, Diss. München 1969.
- Kummer, Wolfgang: Steuerliche Wahlrechte, Diss. Berlin 1966.
- Lausberg, Friedrich-Wilhelm: Die Finanzierungsneutralität der Besteuerung. Zur Herleitung der an betriebswirtschaftlichen Faktoren ausgerichteten Forderung nach gleichmäßiger Steuerbelastung der Finanzierungsalternativen, Diss. München 1970.
- Lekebusch, Helmut: Die Sonderposten mit Rücklageanteil, Diss. Köln 1969.

- Mack, Julius: Die Steuern im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen, Diss. Frankfurt (Main) 1959.
- Paege, Jutta: Grundlagen betrieblicher Steuerpolitik, Diss. Berlin 1971.
- Podgajetz, Ija: Die Wahl der Abschreibungsmethode unter steuerlichem Aspekt, Diss. Frankfurt (Main) 1960.
- Rehm, Ernst: Steuer und Unternehmungspolitik, Diss. Nürnberg 1958.
- Ried, Karl: Gewinnsteuern in der Unternehmensrechnung, Diss. Zürich 1968.
- Schaub, Günter: Die Bestimmung des Kalkulationszinsfußes bei Investitionsentscheidungen auf Grund der Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten der Unternehmer, Diss. Köln 1968.
- Schubert, Helmut: Zur Einbeziehung von Steuern in die Theorie der Unternehmung. Steuern und unternehmerische Zielsetzungen, Diss. München 1970.
- Theiss, Holger: Zur Bildung und Variation des Zielausmaßes der Unternehmung, Diss. München 1969.
- Thiele, Lutz-Dieter: Konflikte im Entscheidungsprozeß der Unternehmungsorganisation, Diss. München 1968.
- Trömel, Frank: Bilanzierungswahlrechte und Bilanzpolitik nach dem Aktiengesetz von 1965, Diss. Clausthal 1967.
- Wegenast, Claudius: Kapitaltheoretische Bilanzkonzeptionen. Beurteilung ihrer Aussagefähigkeit, Diss. München 1971.
- Wesemann, Joachim: Die Problematik der Investitionstheorie. Der investitionstheoretische Ansatz und ein Alternativvorschlag auf der Basis der handlungstheoretischen Konzeption, Diss. Münster 1968.
- Wurst, Siegfried: Das Entscheidungskollegium. Ein Beitrag zur Theorie der kollektiven Entscheidungsfindung in der Unternehmung, Diss. München 1967.

Beiträge zu Sammelwerken

- Albach, Horst: Die Bilanzierung von Rückstellungen in der Ertragsteuere-bilanz, in: StbJb 1967/68, S. 305-358.
- Albach, Horst: Neue Entwicklungstendenzen in der Teilwertlehre, in: StbJb 1965/66, S. 307-330.
- Albert, Hans: Probleme der Theoriebildung. Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien, in: Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissen-schaftslehre der Sozialwissenschaften, Hrsg. Hans Albert, Tübingen 1964, S. 3-70.
- Aprath, Werner: Zur Lehre vom steuerlichen Tatbestand, in: Gegenwartsfragen des Steuerrechts, Festschrift für Armin Spitaler, Köln 1958, S. 125-134.
- Berger, Karl-Heinz: Bilanzplanung, in: Wirtschaft und Wirtschafts-prüfung, Festschrift für Herbert Rättsch, Stuttgart 1966, S. 125-147.
- Bleicher, Knut: Zur Zentralisation und Dezentralisation des Entschei-dungsprozesses in der Unternehmungsorganisation, in: Organisation und Rechnungswesen, Festschrift für Erich Kosiol, Hrsg. Erwin Grochla, Berlin 1964, S. 125-151.
- Brown, Cary E.: Business-Income Taxation and Investment Incentives, in: Income, Employment and Public Policy. Essays in Honor of Alvin H. Hansen, New York 1948; wiederabgedruckt in: Readings in the Economics of Taxation, Hrsg. Richard A. Musgrave u. Carl S. Shoup, London 1959, S. 525-537.
- Chmelik, Günter / Kappler, Ekkehard: Konstitutive Entscheidungen, in: Industriebetriebslehre. Entscheidungen im Industrie-betrieb, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1972, S. 71-195.
- Czeranowsky, G. / Strutz, H.: Ergebnisse einer empirischen Unter-suchung über Unternehmensziele, in: Zielprogramm und Ent-scheidungsprozeß in der Unternehmung, in: Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 11, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1970, S. 121-124.
- Fasold, Rudolf: Die Bewertungs- und Bilanzierungsbestimmungen des neuen Aktiengesetzes und das Steuerrecht, in: StbJb 1966/67, S. 407-450.
- Flick, Hans: Praktische Hinweise zur vorausschauenden Steuerberatung: Möglichkeiten - Grenzen - Anwendungsfälle, in: Steuer-Kongreß-Report 1964, München/Berlin 1964, S. 83-97.
- Flick, Hans: Steuerplanung in der Unternehmung, in: Moderne Steuer-probleme des Unternehmers, Steuer und Recht, Heft 15, Herne 1963, S. 47-65.

- Flume, Werner: Der gesetzliche Steuertatbestand und die Grenzfallbestände in Steuerrecht und Steuerpraxis, in: StbJb 1967/68, Köln 1968, S. 63-94.
- Gronenborn, Jakob: Bilanzhinweise zu § 6b EStG, in: StbJb 1965/66, S. 331-352.
- Hax, Herbert: Investitionsentscheidungen bei unsicheren Erwartungen, in: Entscheidungen bei unsicheren Erwartungen. Beiträge zur Theorie der Unternehmung, Hrsg. Herbert Hax, Köln/Opladen 1970, S. 129-140.
- Hax, Herbert / Laux, Helmut: Investitionstheorie, in: Beiträge zur Unternehmensforschung. Gegenwärtiger Stand und Entwicklungstendenzen, Hrsg. Günter Menges, Würzburg/Wien 1969, S. 227-284.
- Heinen, Edmund: Betriebliche Kennzahlen - Eine organisationstheoretische und kybernetische Analyse -, in: Dienstleistungen in Theorie und Praxis, Festschrift für Otto Hintner, Hrsg. Hanns Linhardt, Peter Penzkofer, Peter Scherpf, Stuttgart 1970, S. 227-236.
- Heinen, Edmund: Die betriebswirtschaftliche Steuerlehre als Disziplin der Betriebswirtschaftslehre, in: Steuern und Unternehmenspolitik, Festschrift für Ewald Aufermann, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1958, S. 121-129.
- Heinen, Edmund: Industriebetriebslehre als Entscheidungslehre, in: Industriebetriebslehre. Entscheidungen im Industriebetrieb, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1972, S. 21-70.
- Heinen, Edmund: Produktions- und Kostentheorie, in: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre in programmierter Form, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 201-285.
- Heinen, Edmund: Zielanalyse als Grundlage rationaler Unternehmenspolitik, in: Zielprogramm und Entscheidungsprozeß in der Unternehmung, in: Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 11, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1970, S. 7-26.
- Heinen, Edmund / Fahn, Engelbert / Wegenast, Claudius: Informationswirtschaft, in: Industriebetriebslehre. Entscheidungen im Industriebetrieb, Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1972, S. 679-798.
- Hirshleifer, Jack: On the Theory of Optimal Investment Decision, in: The Journal of Political Economy 1958, S. 329-352, wiederabgedruckt in: The Management of Corporate Capital, Hrsg. Ezra Solomon, Chicago 1959, S. 205-228.
- Hörstmann, Franz: Der Herstellkostenbegriff im Wandel des unternehmerischen Kostendenkens und der steuerrechtlichen Beurteilung, in: StbJb 1968/69, S. 395-428.

- Kappler, Ekkehard / Rehkugler, Heinz: Kapitalwirtschaft, in: Industrie-
betriebslehre, Entscheidungen im Industriebetrieb,
Hrsg. Edmund Heinen, Wiesbaden 1972, S. 575-677.
- Kloidt, Heinrich / Dubberke, Hans-Achim / Göldner, Jürgen:
Zur Problematik des Entscheidungsprozesses, in:
Organisation des Entscheidungsprozesses, Hrsg. Erich
Kosiol, Berlin 1959, S. 9-22.
- Lindahl, Erik: The Concept of Income, in: Economic Essays in Honour
of Gustav Cassel, London 1933, S. 399-407.
- Meilicke, Heinz: Die Kunst der Verlagerung von Gewinnen und Verlusten
sowie Steuern nach Handels- und Steuerrecht, in: StbJb 1968/69,
S. 149-176.
- Modigliani, Franco / Cohen, Kalman J.: The Significance and Uses of
Ex Ante Data - a Summary View, in: Proceedings of the
Conference on Expectations, Uncertainty and Business
Behavior, Hrsg. Mary Jean Bowman, New York 1958, S. 151-164.
- Münstermann, Hans: Bilanzpolitik mit Hilfe der mathematischen Pro-
grammierung, in: Dienstleistungen in Theorie und Praxis,
Festschrift für Otto Hintner, Hrsg. Hanns Linhardt, Peter
Penzkofer, Peter Scherpf, Stuttgart 1970, S. 256-290.
- Münstermann, Hans: Buchhaltung und Bilanz, in: HdW, Bd. 1, Betriebs-
wirtschaft, 2. Aufl., Köln/Opladen 1966, S. 491-594.
- Mutén, Leif / Faxén, Karl: Tax Policy and Economic Growth in Sweden,
in: Foreign Tax Policies and Economic Growth, New York
1966, S. 337-396.
- Niemann, Ursula: Bericht über die Podiumsdiskussion: Herstellungskosten,
in: StbJb 1968/69, S. 429-438.
- Popper, Karl R., Naturgesetze und theoretische Systeme, in:
Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschafts-
lehre der Sozialwissenschaften, Hrsg. Hans Albert, Tübingen
1964, S. 87-102.
- Pougin, Erwin: Bilanzpolitik, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik,
Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 10, Hrsg. Herbert
Jacob, Wiesbaden 1969, S. 5-28.
- Recktenwald, Horst C.: Steuerwirkungen, in: HdSW, Bd. 10, Stuttgart/
Tübingen/Göttingen 1959, S. 182-191.
- Rose, Gerd: Options- und Gestaltungsmöglichkeiten im Mehrwert-
steuerrecht, in: Die Mehrwertsteuer in unternehmenspolitischer
Sicht, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 3, Hrsg.
Herbert Jacob, Wiesbaden 1967, S. 35-53.

- Scheffler, Hans Eberhard: Steuerbilanztaktik, in: Bilanzpolitik und Bilanztaktik, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 10, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 47-68.
- Scherpf, Peter: Steuerpolitik, Betriebswirtschaftliche, in: HdB, 3. Aufl., Bd. 3, Stuttgart 1960, Sp. 5173-5185.
- Schneider, Dieter: Der Einfluß der Besteuerung auf die Investitionspolitik der Unternehmungen, in: Optimale Investitionspolitik, Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 4, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1968, S. 33-62.
- Schockenhoff, Heinz: Betriebswirtschaftliche Steuerplanung, in: Betriebswirtschaftliche Planung in industriellen Unternehmungen, Festgabe für Theodor Beste, Hrsg. Josef Ries und Gert von Kortzfleisch, Berlin 1959, S. 131-149.
- Thompson, James D. / Tuden, Arthur: Strategies, Structures, and Processes of Organizational Decision, in: Readings in Managerial Psychology, Hrsg. Harold J. Leavitt u. Louis R. Pondy, Chicago/London 1964, S. 496-515.
- Weber, Karl: Langfristige Planung in der Unternehmung, in: Beiträge zur Lehre von der Unternehmung. Festschrift für Karl Käfer, Hrsg. Otto Angehrn und Hans Paul Künzi, Stuttgart 1968, S. 309-329.
- Weber, Max: Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: ders., Soziologie - weltgeschichtliche Analysen - Politik, Hrsg. Johannes Winckelmann, 4. Aufl., Stuttgart 1968, S. 186-262.
- Witte, Eberhard: Analyse der Entscheidung. Organisatorische Probleme eines geistigen Prozesses, in: Organisation und Rechnungswesen, Festschrift für Erich Kosiol, Hrsg. Erwin Grochla, Berlin 1964, S. 101-124.
- Witte, Eberhard: Die Finanzwirtschaft der Unternehmung, in: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre in programmierter Form, Hrsg. Herbert Jacob, Wiesbaden 1969, S. 497-591.

Aufsätze in Zeitschriften

- Adam, Dietrich: Das Interdependenzproblem in der Investitionsrechnung und die Möglichkeiten einer Zurechnung von Erträgen auf einzelne Investitionsobjekte, in: DB 1966, S. 989-993.
- Ahlsdorff, Manfred: Zum Problem der Differenzinvestition, in: ZfB 1964, S. 449-457.
- Albach, Horst: Grundgedanken einer synthetischen Bilanztheorie, in: ZfB 1965, S. 21-31.
- Albach, Horst: Schlußwort zu vorstehender Stellungnahme (von Lutz Fischer) in: ZfB 1971, S. 413 f.
- Albach, Horst: Unternehmerische Investitionspolitik und Überwältzbarkeit der Ertragsteuern. Ergänzende Bemerkungen zu vorstehendem Beitrag von Prof. Lutz Fischer, in: ZfB 1971, S. 141-143.
- Albach, Horst: Zur Berücksichtigung von Ertragsteuerzahlungen in der Theorie der Investitionsketten, in: ZfB 1964, S. 436-448.
- Arbeitskreis Hax der Schmalenbach-Gesellschaft: Investitions- und Finanzierungsentscheidungen im Rahmen langfristiger Unternehmenspolitik, in: ZfbF 1970, S. 741-770.
- Asztély, S.: Das Ziel des Jahresabschlusses, in: ZfB 1967, S. 291-313.
- Bidlingmaier, Johannes: Unternehmerische Zielkonflikte und Ansätze zu ihrer Lösung, in: ZfB 1968, S. 149-176.
- Bidlingmaier, Johannes: Zur Zielbildung in Unternehmungsorganisationen, in: ZfbF 1967, S. 246-256.
- Bierman, Harold jr.: Review of Black, Homer A., Interperiod Allocation of Corporate Income Taxes, New York 1966, in: The Accounting Review 1967, S. 418-420.
- Borcke, Mathias von: Eigenständigkeit der Handelsbilanz und Bilanzierung von aufgeschobenen Ertragsteuern, in: WPg 1971, S. 648-653.
- Borkowsky, Rudolf: Gewinnsteuern und Unternehmungspolitik, in: Die Unternehmung 1968, S. 101-113.
- Brändle, Richard: Voraussetzungen erfolgreicher Unternehmungspolitik. Unternehmungsziele und Unternehmungsplanung, in: DB 1970, S. 1089-1092.
- Brede, Helmut: Die Objektivierung von Schätzungen, in: ZfbF 1971, S. 441-453.
- Brede, Helmut: Sind die Ermessensspielräume bei der Bilanzierung und Prüfung von Rückstellungen einschränkbar? in: DB 1972, S. 984-988.

- Breuker, Peter: Besitzsteuerliche Korrekturen im Rahmen des investitionsrechnerischen Kapitalwert-Modells, in: StuW 1972, S. 239-248.
- Breuker, Peter: Betriebswirtschaftlich-steuerliche Modifikationen des Kalkulationszinsfußes für dynamische Investitionsansätze - Ertragsabhängige und insbesondere ertragsunabhängige Modifikationen -, in: BFuP 1971, S. 673-687.
- Breuker, Peter: Schlußwort zu vorstehender Stellungnahme (von Wolfgang Siebert), in: BFuP 1972, S. 565-567.
- Buchner, Robert: Anmerkungen zum Fisher-Hirshleifer-Ansatz der simultanen Bestimmung von Gewinnausschüttungs-, Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen, in: ZfbF 1968, S. 30-47.
- Buchner, Robert: Der Einfluß erfolgsabhängiger Steuern auf investitions- und finanzierungstheoretische Planungsmodelle, in: ZfB 1971, S. 671-704.
- Buchner, Robert: Die Problematik kapitalwertorientierter Investitionsentscheidungen in kapitaltheoretischen dynamischen Planungsmodellen. Ein Beitrag zur Frage der Endwertmaximierung, in: ZfB 1970, S. 283-312.
- Buchner, Robert: Zur Bedeutung des Fisher-Hirshleifer-Ansatzes für die betriebswirtschaftliche Theorie der Kapitalwirtschaft, in: ZfbF 1969, S. 706-727.
- Buchner, Robert: Zur Frage der Preis- und Substitutionseffekte von Gewinnsteuern, in: ZfbF 1969, S. 541-556.
- Büschgen, Hans E.: Betriebswirtschaftliche Aspekte des § 6b des Einkommensteuergesetzes für die Industrieunternehmung (I, II), in: BFuP 1966, S. 277-290 u. 341-353.
- Buhr, Walter: Dualvariable, Opportunitätskosten und optimale Gelungszahl, in: ZfB 1967, S. 687-708.
- Chmielewicz, Klaus: Die Formalstruktur der Entscheidung, in: ZfB 1970, S. 239-268.
- Chmielewicz, Klaus: Zum Verhältnis von Ausgaben, Aufwand und Kosten sowie Einnahmen, Ertrag und Leistung, in: ZfB 1968, S. 917-922.
- Coenenberg, Adolf Gerhard: Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung. Stellungnahme zum gleichnamigen Aufsatz von Corcoran, in: WPg 1965, S. 335-340.
- Coenenberg, Adolf Gerhard: Gewinnbegriff und Bilanzierung, in: ZfbF 1968, S. 442-469.

- Corcoran, A. Wayne: Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung, in: WPg 1965, S. 85-90.
- Crumbley, D. Larry: Introducing Probabilities and Present Value Analysis into Taxation, in: The Accounting Review 1972, S. 173 f.
- Dellmann, Klaus / Haberstock, Lothar: Nutzungsdauer und Ersetzungszeitpunkt von Anlagen. Ihre praktische Berechnung, unter Berücksichtigung von Umlaufvermögen und gewinnabhängigen Steuern, in: DB 1971, S. 1729-1733.
- Döllerer, Georg: Anschaffungskosten und Herstellungskosten nach neuem Aktienrecht unter Berücksichtigung des Steuerrechts, in: BB 1966, S. 1405-1409.
- Döllerer, Georg: Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Rechtslage nach dem Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und nach dem Beschluß des Großen Senats des Bundesfinanzhofes vom 3.2.1969, in: BB 1969, S. 501-507.
- Döllerer, Georg: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, deren Entstehung und Ermittlung, in: WPg 1959, S. 653-658.
- Döllerer, Georg: Wahlrechte bei Aufstellung der Bilanz, in: BB 1969, S. 1445-1449.
- Dörschner, Ulrich: Möglichkeiten einer Dividendenpolitik der Verwaltung einer AG (Systematische Zusammenstellung), in: NB 1968, Nr. 8, S. 20-22.
- Erichsen, Manfred: Der Realismus der Steuerplanung in der Theorie der Unternehmung und in der Wirtschaftspraxis, in: FR 1968, S. 380-384.
- Erichsen, Manfred / May, Erich: Betriebswirtschaftliche Steuerlehre als Wissenschaft, Aufgaben und Ziele, in: DB 1968, S. 317-321.
- Eßer, Josef: Herstellungskosten im betriebswirtschaftlichen, handelsrechtlichen und steuerlichen Blickpunkt, in: AG 1962, Sonderbeilage II/62.
- Fabritius, Hans G.: Die Diskussion zur Überwälzung von Gewinnsteuern, in: StuW 1972, S. 249-257.
- Feichtinger, Gustav: Zur BAYES-Analyse statistischer Entscheidungsprobleme, in: ZfB 1972, S. 449-470.
- Fischer, Lutz: Steuersystem und unternehmerische Investitionspolitik. Zum gleichnamigen Buch von Horst Albach, in: ZfB 1971, S. 135-141.
- Fischer, Lutz: Unternehmerische Investitionspolitik und Überwälzbarkeit der Ertragsteuern. Eine Stellungnahme zum gleichnamigen Beitrag von Horst Albach, in: ZfB 1971, S. 409-413.

- Fischer, Otfrid: Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Kapitaltheorie, in: ZfbF 1969, S. 26-42.
- Frank, Dieter: Zur Ableitung der aktivierungspflichtigen "Herstellungskosten" aus der kalkulatorischen Buchhaltung, in: BB 1967, S. 177-181.
- Franke, Günter / Laux, Helmut: Der Wert betrieblicher Informationen für Aktionäre, in: NB 1970, Nr. 7, S. 1-8.
- Franke, Günter / Laux, Helmut: Die Ermittlung der Kalkulationszinsfüße für investitionstheoretische Partialmodelle, in: ZfbF 1968, S. 740-759.
- Frese, Erich: Heuristische Entscheidungsstrategien der Unternehmensführung, in: ZfbF 1971, S. 283-307.
- Frese, Erich: Prognose und Anpassung, in: ZfB 1968, S. 31-44.
- Gail, Winfried: Zur Diskussion über die Einführung einer eigenständigen Steuerbilanz, in: WPg 1972, S. 493-503
- Ganske, Herbert: Investitionstheorie und ökonomische Realität, in: ZfB 1966, S. 381-402.
- Gaugler, Eduard: Sonderabschreibungen als Konjunkturmaßnahme, in: ZfbF 1968, S. 518-524.
- Geenen, Heinz / Krug, Henning: Zur Berechnung von Ersatzinvestitionen. Ergänzende Bemerkungen zum Aufsatz von A. Harrmann in DB 1968, S. 767-771, in: DB 1968, S. 1457-1460.
- Gintrowski, Georg / Marettke, Alexander: Bemerkungen zu Entscheidungsmodellen für die betriebliche Steuerbilanzpolitik, in: StuW 1972, S. 231-238.
- Göppl, Hermann: Die Gestaltung der Rechnungslegung von Aktiengesellschaften unter Berücksichtigung der neueren bilanztheoretischen Diskussion, in: WPg 1967, S. 565-574.
- Grochla, Erwin: Modelle als Instrumente der Unternehmensführung, in: ZfbF 1969, S. 382-397.
- Grochla, Erwin: Zur Organisation des betrieblichen Planungsablaufs, in: ZfB 1962, S. 702-715.
- Haberstock, Lothar: Zum Ansatz des Kalkulationszinsfußes vor und nach Steuern in investitionstheoretischen Partialmodellen, in: ZfbF 1970, S. 510-516.
- Hammann, Peter: Entscheidungsmodelle in der betriebswirtschaftlichen Theorie, in: ZfbF 1969, S. 457-467.

- Hannig, Werner: Die Beurteilung von Entscheidungsbegrenzungen im Möglichkeitenfeld von Unternehmungen, in: ZfbF 1969, S. 468-483.
- Hanraths, Josef: Zum Wechsel im Bilanzausweis von Gebäudeanlagen, in: FR 1967, S. 436 f.
- Hansmann, Karl-Werner: Das Branch and Bound-Verfahren, in: WISU 1972, S. 305-310.
- Harrmann, Alfred: Zur Berechnung von Ersatzinvestitionen, in: DB 1968, S. 767-771.
- Hartmann, Edwin: Wirtschaftliche Effekte der degressiven Anlagenabschreibung, in: BFuP 1971, S. 297-305.
- Hauschildt, Jürgen: Zur Artikulation von Unternehmenszielen, in: ZfbF 1970, S. 545-559.
- Hauschildt, Jürgen: Zur Rolle des externen Beraters im unternehmerischen Entscheidungsprozeß, in: WPg 1969, S. 8-12.
- Hax, Herbert: Bewertungsprobleme bei der Formulierung von Ziel-funktionen für Entscheidungsmodelle, in: ZfbF 1967, S. 749-761.
- Hax, Herbert: Der Bilanzgewinn als Erfolgsmaßstab, in: ZfB 1964, S. 642-651.
- Hax, Herbert: Der Kalkulationszinsfuß in der Investitionsrechnung bei unsicheren Erwartungen, in: ZfbF 1964, S. 187-194.
- Hax, Herbert: Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe der linearen Programmierung, in: ZfbF 1964, S. 430-446.
- Hax, Herbert: Kostenbewertung mit Hilfe der mathematischen Programmierung, in: ZfbF 1965, S. 197-210.
- Hax, Herbert / Laux, Helmut: Flexible Planung - Verfahrensregeln und Entscheidungsmodelle für die Planung bei Ungewißheit, in: ZfbF 1972, S. 318-340.
- Hax, Herbert / Laux, Helmut: Zur Diskussion um die flexible Planung, in: ZfbF 1972, S. 477-479.
- Heigl, Anton: Bedingungen der unternehmerischen Steuerplanung, in: StuW 1971, S. 127-138.
- Heigl, Anton: Zur betriebswirtschaftspolitischen Planung der Besitz-steuerbelastung (I, II, III), in: FR 1970, S. 53-60, 87-91, 113-120.
- Heinen, Edmund: Der entscheidungsorientierte Ansatz der Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1971, S. 429-444
- Heinen, Edmund: Integration der Sozialwissenschaften. Neue Denk-ansätze für Betriebswirtschaftler, in: Wirtschaftswoche 1972, Nr. 11, S. 36-40.

- Heinen, Edmund: Reformbedürftige Zuschlagskalkulation, in: ZfhF 1958, S. 1-27.
- Heinen, Edmund: Zur Problembezogenheit von Entscheidungsmodellen, in: WiSt 1972, S. 3-7.
- Heitmann, Helmut: Motivforschung bei Pensionsrückstellungen?, in: DB 1970, S. 2240 f.
- Herzig, Norbert: Zum Begriff der Herstellungskosten. Kann der betriebswirtschaftl. Herstellkostenbegriff die Grundlage der steuerlichen Herstellungskosten bilden?, in: BB 1970, S. 116-120.
- Heuer, Gerhard: Willkürverbot, in: FR 1967, S. 317-319.
- Hirte, Erich: Die Bewertung langfristiger Rückstellungen, in: DB 1971, S. 1313-1318.
- Hoffmann, Fritz: Buchführungs- und Bilanzierungsprobleme in der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes, hier Abgrenzung von Herstellungs- und Erhaltungsaufwand, in: StuW 1966, Sp. 201-212.
- Hoffmann, Fritz: Das Verbot der Willkür bei der Bilanzierung, in: NB 1957, S. 28 f.
- Hohn, Hans-Dietrich: Zur Berücksichtigung erfolgsteuerlicher Gesichtspunkte bei Investitionsentscheidungen, in: BFuP 1063, S. 41-46.
- Honko, Jaakko: Über einige Probleme bei der Ermittlung des Jahresgewinns der Unternehmung, in: ZfB 1965, S. 611-642.
- Horváth, Péter: Der Betrieb als lernende Entscheidungseinheit, in: ZfB 1970, S. 747-768.
- Huch, Burkhard: Zum Gewinn als Steuerbemessungsgrundlage bei der Erhaltung der entwicklungsadäquaten Ertragskraft wachsender Unternehmen, in: ZfB 1972, S. 237-248.
- Huth, Helmut: Besteuerung und Investition, in: ZfbF 1965, S. 27-36.
- Jacob, Herbert: Das Ersatzproblem in der Investitionsrechnung und der Einfluß der Restnutzungsdauer alter Anlagen auf die Investitionsentscheidung, in: ZfhF 1957, S. 131-153.
- Jacob, Herbert: Teilwertabschreibung oder Verlustausgleich?, in: WPG 1970, S. 61-68.
- Jacobi, Bruno: Die Bestimmung der steuerlichen Herstellungskosten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der betriebswirtschaftlichen Kostenlehre, in: FR 1970, S. 204-210.
- Jääskeläinen, Veikko: Growth of Earnings and Dividend Distribution Policy, in: The Swedish Journal of Economics 1967, S. 184-195.

- Jaensch, Günter: Ökonomischer Gewinn oder einkommenstheoretisches Modell, in: ZfbF 1972, S. 540-546.
- Jaensch, Günter: Steuerliche Zulässigkeit degressiver Abschreibungsverfahren und günstigster Übergangszeitpunkt zur Abschreibung mit gleichbleibenden Beträgen, in: RDO 1970, S. 188-194.
- Jahr, Günter: Funktionsanalyse von Rechtsfiguren als Grundlage einer Begegnung von Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft in: ZfB 1966, S. 757-768.
- Kauffmann, Joachim: Bilanzpolitik unter Berücksichtigung der Ausschüttung und des steuerpflichtigen Einkommens, in: DB 1968, S. 901-903.
- Kern, Werner: Unternehmenspolitik als angewandte Betriebswirtschaftslehre, in: ZfbF 1966, S. 491-497.
- Kiehne, Hans-Erich: Das Verhältnis zwischen Handels- und Steuerbilanz. Zugleich ein Beitrag zur Bedeutung der Aktienrechtsreform 1965 für das Steuerrecht, in: BB 1968, S. 553-557.
- Kirsch, Werner: Die Unternehmungsziele in organisationstheoretischer Sicht, in: ZfbF 1969, S. 665-675.
- Kirsch, Werner: Zur Problematik "optimaler" Kapitalstrukturen, in: ZfB 1968, S. 881-888.
- Klein, Erhard: Die Übertragung stiller Reserven nach § 6b EStG. Ihre volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Bedeutung, in: ZfB 1968, S. 353-378.
- Koch, Helmut: Der Begriff des ökonomischen Gewinns - Zur Frage des Optimalitätskriteriums in der Wirtschaftlichkeitsrechnung, in: ZfbF 1968, S. 389-441.
- Koch, Helmut: Die zentrale Globalplanung als Kernstück der integrierten Unternehmensplanung, in: ZfbF 1972, S. 222-252.
- Kofahl, Günther: Bilanztheoretisches und bilanzpolitisches Denken, in: BFuP 1953, S. 207-213.
- Kosiol, Erich: Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensforschung. Eine Untersuchung ihrer Standorte und Beziehungen auf wissenschaftstheoretischer Grundlage, in: ZfbF 1964, S. 743-762.
- Kosiol, Erich: Modellanalyse als Grundlage unternehmerischer Entscheidungen, in: ZfhF 1961, S. 318-334.
- Krah, R.: Gebäude und Gebäudeteile in der Bilanz (I), in: Die Information über Steuer und Wirtschaft 1963, S. 81-86.

- Krawitz, Norbert: Die betriebswirtschaftliche Problematik des Verlustabzuges und die Beurteilung von Verbesserungsvorschlägen im Rahmen einer Reform des Ertragsteuerrechts, in: BFuP 1972, S. 485-498.
- Kröske, Joachim: Integrierte Unternehmungsplanung, in: ZfbF 1970, S. 267-279.
- Kuhn, Klaus: Stand und Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Bewertungslehre unter Berücksichtigung der steuerlichen Wertkonventionen, in: BFuP 1968, S. 1-23.
- Kuhn, Klaus: Zur Frage der Einbeziehung von Unterbeschäftigungskosten in die Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern, in: NB 1967, Nr. 7, S. 9-19.
- Langen, Heinz: Betriebliche Zahlungsströme und ihre Planung in dynamischer Sicht, in: ZfB 1965, S. 261-279.
- Lausberg, Friedrich-Wilhelm: Schlußwort zu vorstehenden kritischen Bemerkungen Péter Horváths, in: ZfB 1972, S. 749-751.
- Lausberg, Friedrich-Wilhelm: Unterschiedliche Teilwertansätze in Steuergesetzgebung sowie in Finanzrechtsprechung und ihre steuersystematischen Konsequenzen, in: DB 1972, S. 2176-2183.
- Lausberg, Friedrich-Wilhelm: Zum Problem der Steuersystemkonzeption aus der Sicht der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, in: ZfB 1972, S. 421-438.
- Laux, Hans: Die Spitzen- und Durchschnittssteuerbelastung nach dem geltenden Einkommensteuertarif, in: BB 1968, Beilage Nr. 7, S. 1-10.
- Laux, Helmut: Flexible Planung des Kapitalbudgets mit Hilfe der linearen Programmierung, in: ZfbF 1969, S. 728-742.
- Laux, Helmut / Franke, Günter: Das Versagen der Kapitalwertmethode bei Ganzzahligkeitsbedingungen, in: ZfbF 1970, S. 517-527.
- Laux, Helmut / Franke, Günter: Der Erfolg im betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmodell, in: ZfB 1970, S. 31-52.
- Laux, Helmut / Franke, Günter: Investitions- und Finanzplanung mit Hilfe von Kapitalwerten, in: ZfbF 1969, S. 43-56.
- Layer, Manfred: Die Herstellkosten der Deckungsbeitragsrechnung und ihre Verwendbarkeit in Handelsbilanz und Steuerbilanz für die Bewertung unfertiger und fertiger Erzeugnisse, in: ZfbF 1969, S. 131-154.
- Lexa, Hans: Betriebswirtschaftliche Konzentrationsentscheidungen und Besteuerung, in: Der Österreichische Betriebswirt 1970, S. 101-126.

- Lindeiner, Hans-Christoph von: Vergleich des bestehenden Körperschaft- und Einkommensteuersystems mit dem von der Steuerreformkommission vorgeschlagenen Anrechnungssystem, in: *StuW* 1971, S. 247-252.
- Ludewig, Rainer: Bilanzpolitik im Rahmen der neuen aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften, in: *NB* 1966, S. 49-56.
- Lübeck, Heinz: Das oberste Unternehmungsziel, in: *Management International Review* 1971, Nr. 1, S. 35-39.
- Lücke, Wolfgang: Bilanzstrategie und Bilanztaktik, in: *DB* 1969, S. 2285-2295.
- Lücke, Wolfgang: Die außerbetriebliche Normierung der Abschreibungen, in: *ZfHf* 1959, S. 313-328.
- Lücke, Wolfgang: Investitionsrechnung auf der Grundlage von Ausgaben oder Kosten? in: *ZfHf* 1955, S. 310-324.
- Lücke, Wolfgang: Zum Thema: Sind Körperschaftsteuern Kosten? VI. Die wichtigsten gewinnabhängigen Steuern in der Kosten- und Erfolgsrechnung sowie in der Preispolitik, in: *WPg* 1955, S. 156-160.
- Luhmann, Niklas: Grundbegriffliche Probleme einer interdisziplinären Entscheidungstheorie, in: *Die Verwaltung* 1971, S. 470-477.
- Lutz, Günter: Der "richtige" Herstellungsaufwand, Abschn. 33 EStR in wirtschaftshistorischer Sicht - Ein betriebswirtschaftlicher Beitrag zur Steuerreform-Diskussion, in: *DB* 1971, S. 253-256.
- Lutz, Günter: Die "Schattenquote" - Ein Beitrag zum Verhältnis zwischen Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen bei der Körperschaftsteuer, in: *StuW* 1971, S. 349-352.
- Maaßen, Kurt: Die Auslegung im Steuerrecht unter Berücksichtigung der Anregungen, Vorstellungen und Forderungen von Spitaler, in: *StB* 1968, S. 128-135.
- Maaßen, Kurt: Gilt der Maßgeblichkeitsgrundsatz (§ 5 EStG) nicht für Bilanzierungswahlrechte?, in: *DB* 1970, S. 1285-1290.
- Männel, Wolfgang: Der Einfluß des Restbuchwertes alter Anlagen auf Investitionsentscheidungen, in: *NB* 1964, S. 115-122.
- Mag, Wolfgang: Planungsstufen und Informationsteilprozesse, in: *ZfBf* 1971, S. 803-830.
- Marettek, Alexander: Bemerkungen zum Sinn des Maßgeblichkeitsprinzips, in: *StuW* 1971, S. 342-348.
- Marettek, Alexander: Entscheidungsmodell der betrieblichen Steuerbilanzpolitik - unter Berücksichtigung ihrer Stellung im System der Unternehmenspolitik, in: *BFuP* 1970, S. 7-31.
- Marettek, Alexander: Progressive und retrograde Erfolgsplanung, in: *NB* 1965, S. 65-73.

- Marschak, Thomas / Nelson, Richard: Flexibility, Uncertainty, and Economic Theory, in: *Metroeconomica* 1962, S. 42-58.
- Meffert, Heribert: Zum Problem der betriebswirtschaftlichen Flexibilität, in: *ZfB* 1969, S. 779-800.
- Melcher, Günther-Herbert: Anwendungsbereiche und Mittel betrieblicher Steuerpolitik, in: *StuW* 1972, S. 327-332
- Melcher, Günther-Herbert: Planungskonzepte für die betriebliche Steuerpolitik, in: *DB* 1971, S. 108-111.
- Mellwig, Winfried: Flexibilität als Aspekt unternehmerischen Handelns, in: *ZfbF* 1972, S. 724-744.
- Mertens, Peter: Ertragsteuerwirkungen auf die Investitionsfinanzierung - ihre Berücksichtigung in der Investitionsrechnung, in: *ZfhF* 1962, S. 570-588.
- Michel, Hartmut: Grenzkosten und Opportunitätskosten, in: *ZfbF* 1964, S. 82-93.
- Mies, Josef: Passivierungswahlrecht bei Pensionsverpflichtungen?, in: *DB* 1971, S. 1594-1596.
- Mies, Josef: Wahlrechte bei Aufstellung der Bilanz?, Gedanken zu den Ausführungen von Bundesrichter Dr. G. Döllner, in: *DB* 1970, S. 1798-1803.
- Moxter, Adolf: Die Bestimmung des Kalkulationszinsfußes bei Investitionsentscheidungen. Ein Versuch zur Koordination von Investitions- und Finanzierungslehre, in: *ZfhF* 1961, S. 186-200.
- Moxter, Adolf: Offene Probleme der Investitions- und Finanzierungstheorie, in: *ZfbF* 1965, S. 1-10.
- Moxter, Adolf: Präferenzstruktur und Aktivitätsfunktion des Unternehmers, in: *ZfbF* 1964, S. 6-35.
- Münstermann, Hans: Bedeutung der Opportunitätskosten für unternehmerische Entscheidungen, in: *ZfB* 1966, 1. Ergänzungsheft, S. 18-36.
- Münstermann, Hans: Die Bedeutung des ökonomischen Gewinns für den externen Jahresabschluß der Aktiengesellschaft, in: *WPg* 1966, S. 579-586.
- Münstermann, Hans: Dynamische Bilanz: Grundlagen, Weiterentwicklung und Bedeutung in der neuesten Bilanzdiskussion, in: *ZfbF* 1966, S. 512-531.
- Mutze, Otto: Die Wandlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung durch die Weiterentwicklung des Buchführungs- und Bilanzwesens, in: *BB* 1969, S. 56-63.

- Mutze, Otto: Zur Systematik bilanzpolitischer Maßnahmen (I, II),
in: NB 1964, S. 107-111, 129-132.
- Nebe, Hartmut: Der Übergang von der degressiven zur linearen Ab-
setzung für Abnutzung, in: DStR 1971, S. 435-440.
- Nebe, Hartmut: Die Investitionsentscheidung unter dem Einfluß des
gespaltenen Körperschaftsteuer-Tarifs, in: BFuP 1970,
S. 157-178,
- Neumann, Lothar: Die steuerrechtliche Lehre vom Wirtschaftsgut aus
betriebswirtschaftlicher Sicht, in: ZfB 1964, S. 188-204.
- Nurnberg, Hugo: Present Value Depreciation and Income Tax Allocation,
in: The Accounting Review 1968, S. 719-729.
- Offerhaus, Klaus: Zum Umfang der Anschaffungskosten, in: DStR 1967,
S. 14-17.
- o.V. (er.): Baumaßnahmen von nicht mehr als 2000 DM,
in: StBPg 1969, S. 112.
- o.V. (el.): Zum Wechsel im Ausweis von Gebäudeanlagen,
in: DB 1969, S. 770.
- Opfermann, Klaus / Reiner mann, Heinrich: Opportunitätskosten,
Schattenpreise und optimale Geltungszahl. Ein Vergleich
klassischer und moderner Optimalkalküle in: ZfB 1965, S. 211-236.
- Pankow, Max: Keine Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz im
Falle von Sonderabschreibungen, in: BB 1967, S. 112-114.
- Peters, Günter: Ziele und Methoden der dynamischen Investitionsrech-
nung, in: ZfB 1971, S. 335-352.
- Pföhl, Hans-Christian: Zur Problematik von Entscheidungsregeln, in:
ZfB 1972, S. 305-336.
- Recktenwald, Horst C.: Entzugseffekte der Besteuerung. Systematik
der einzel-, zweig- und gesamtwirtschaftlichen Steuerwir-
kungen, in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 18, 1957/58, S. 25-43.
- Richard, Donald L.: Difficulties in Tax Allocation on General
Price - Level Increases, in: The Accounting Review 1968,
S. 730-737.
- Riebel, Paul: Die Problematik der Normung von Abschreibungen,
in: DB 1960, S. 729-734.
- Risse, Heinz: Einheitliche Abschreibungstabellen? Normierung der
AfA-Sätze unzeitgemäß, in: BB 1960, S. 1314.
- Rose, Gerd: Die neuen Teilsteuersätze unter Berücksichtigung der
Ergänzungsabgabe, Ergänzung zur Beilage 7/68, in:
DB 1968, S. 1681-1684.

- Rose, Gerd: "Eckwerte" und betriebliche Steuerbelastung. Die wichtigsten Veränderungen in der Belastung der Unternehmungen durch die Steuerreform-Leitlinien der Bundesregierung vom 11. Juni 1971, in: StuW 1971, S. 229-234.
- Rose, Gerd: Untersuchungen über die Steuerbelastung der Unternehmung, in: DB 1968, Beilage Nr. 7, S. 1-12.
- Rose, Gerd: Wider die Normierung von Abschreibungen, in: WPg 1957, S. 353-357.
- Rudolph, Karl: Bedeutung und Mängel der Reinvestitionsvergünstigung nach § 6b EStG, in: DB 1966, S. 157-160.
- Rückle, Dieter: Zielfunktion und Rechengrößen der Investitionsrechnung, in: Der Österreichische Betriebswirt 1970, S. 39-76.
- Saage, Gustav: Die Bedeutung der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften für die steuerliche Gewinnermittlung (I, II) in: DB 1968, S. 361-368, 407-412.
- Sander, Alfred: Betriebswirtschaftliche Analyse von Steuerbemessungsgrundlagen, in: StuW 1971, S. 32-37.
- Scheffler, Hans Eberhard: Übergang von degressiver zu linearer Abschreibung, in: DB 1961, S. 751.
- Scheuch, Fritz: Zur Verwendung lerntheoretischer Grundlagen in der Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1971, S. 541-552.
- Scheuing, Eberhard Eugen: Der Unternehmer als Entscheidungszentrum, in: ZfB 1969, S. 651-658.
- Schiemenz, Bernd: Regelungstheoretische Grundkonzepte und ihre Anwendung zur Gestaltung von Produktions-Lagerhaltungssystemen, in: ZfbF 1972, S. 434-452.
- Schiemenz, Bernd: Steuerungs- und regelungsorientierte Anwendung von Entscheidungsmodellen - Zwei idealtypische Ansätze, in: BFuP 1972, S. 709-712.
- Schildbach, Thomas: Der Bilanzgewinn in Unternehmungen mit mehr als einem Beteiligten, in: BFuP 1972, S. 237-244.
- Schmitt-Rink, Gerhard: Über Unternehmungsziele. Bemerkungen zur neueren Kritik an der Gewinnmaximierungs-Hypothese, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1966, S. 418-428.
- Schneider, Dieter: Anpassungsfähigkeit und Entscheidungsregel unter Ungewißheit, in: ZfbF 1972, S. 745-757.
- Schneider, Dieter: Ausschüttungsfähiger Gewinn und das Minimum an Selbstfinanzierung, in: ZfbF 1968, S. 1-29.

- Schneider, Dieter: Bilanzgewinn und ökonomische Theorie,
in: ZfhF 1963, S. 457-474.
- Schneider, Dieter: Der Einfluß von Ertragsteuern auf die Vorteilhaftigkeit von Investitionen, in: ZfhF 1962, S. 539-570.
- Schneider, Dieter: Die Problematik betriebswirtschaftlicher Teilwertlehren, in: WPg 1969, S. 305-313.
- Schneider, Dieter: Eine Reform der steuerlichen Gewinnermittlung? Anmerkungen zum Teil "Gewinnermittlung" des Gutachtens der Steuerreformkommission 1971, in: StuW 1971, S. 326-341.
- Schneider, Dieter: Ersatzzeitpunkt und Investitionsketten: eine Ergänzung, in: Zfb F 1969, S. 625-630.
- Schneider, Dieter: Flexible Planung als Lösung der Entscheidungsprobleme unter Ungewißheit?, in: ZfbF 1971, S. 831-851.
- Schneider, Dieter: "Flexible Planung als Lösung der Entscheidungsprobleme unter Ungewißheit?" in der Diskussion, in: ZfbF 1972, S. 456-476.
- Schneider, Dieter: Gewinnermittlung und steuerliche Gerechtigkeit, in: ZfbF 1971, S. 352-394.
- Schneider, Dieter: Korrekturen zum Einfluß der Besteuerung auf die Investitionen, in: ZfbF 1969, S. 297-325.
- Schneider, Dieter: Modellvorstellungen zur optimalen Selbstfinanzierung, in: ZfbF 1969, S. 705-739.
- Schneider, Dieter: Sofortiger Verlustausgleich statt Teilwertabschreibung - ein Problem der Steuerreform - in: WPg 1970, S. 68-72.
- Schneider, Dieter: Theorie und Praxis der Unternehmensbesteuerung, in: ZfbF 1967, S. 206-230.
- Schneider, Dieter: Wie wirkt die Übertragung stiller Reserven nach § 6b EStG auf den Veräußerungszeitpunkt von Anlagen?, in: DB 1969, S. 581-585.
- Schneider, Erich: Kritisches und Positives zur Theorie der Investition, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 98, 1967, S. 314-348.
- Schreiber, Wilfried: Ansätze zu einer Theorie der Abschreibungen, in: ZfB 1969, Ergänzungsheft 1, S. 1-38.
- Schusinski, Ewald: Neue Aspekte für die Bildung steuerlich optimaler Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG, in: DStR 1971, S. 529-532.
- Schwarz, Horst: Unterschiedliche Erfolgssteuerbelastungen von Investitionsalternativen. Problematik und Technik ihrer Ermittlung, in: NB 1963, S. 1-9.

- Schwarz, Horst: Zur Berücksichtigung erfolgssteuerlicher Gesichtspunkte bei Investitionsentscheidungen (I, II) in: BFuP 1962, S. 135-153 u. 199-211.
- Sehmer, Ekkehard: Kritik und Weiterentwicklung der betrieblichen Investitionsrechnung im Hinblick auf den Kalkulationszinsfuß (I, II) in: BFuP 1967, S. 8-27, 99-106.
- Sieben, Günter: Prospektive Erfolgserhaltung. Ein Beitrag zur Lehre von der Unternehmungserhaltung, in: ZfB 1964, S. 628-641.
- Sieben, Günter / Haase, Klaus Dittmar: Die Jahresabschlußrechnung als Informations- und Entscheidungsrechnung (I, II) in: WPg 1971, S. 53-57; 79-84.
- Siebert, Wolfgang: Entgegnung zu Peter Breuker "Betriebswirtschaftlich-steuerliche Modifikationen des Kalkulationszinsfußes für dynamische Investitionsansätze - ertragsabhängige und insbesondere ertragsunabhängige Modifikationen -", BFuP, 23. Jahrgang, Dezember 1971, Seite 673 ff., in: BFuP 1972, S. 562-565.
- Siegel, Theo: Verfahren zur Minimierung der Einkommensteuer-Barwertsumme, in: BFuP 1972, S. 65-80.
- Steuck, Heinz Ludwig: Der Einfluß der bilanzsteuerrechtlichen Vorschriften auf Investitionsvorhaben, in: BFuP 1964, S. 160-176.
- Stobbe, Ludwig: Bedeutsame Urteile des Bundesfinanzhofs zur Delkreder-Bemessung, in: StBPG 1969, S. 1-5.
- Strobel, Wilhelm: Betriebswirtschaftslehre und Wissenschaftstheorie, in: ZfbF 1968, S. 129-145.
- Strobel, Wilhelm: Der Einfluß der Gewinnsteuer auf Investitionsentscheidungen, in: ZfB 1970, S. 375-398.
- Stützel, Wolfgang: Entscheidungstheoretische Elementarkategorien als Grundlage einer Begegnung von Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft, in: ZfB 1966, S. 769-789.
- Süchting, Joachim: Zur Problematik von Kapitalkosten-Funktionen in Finanzierungsmodellen, in: ZfB 1970, S. 329-348.
- Swoboda, Peter: Der Einfluß der steuerlichen Abschreibungspolitik auf betriebliche Investitionsentscheidungen, in: ZfbF 1964, S. 414-429.
- Swoboda, Peter: Die Wirkungen von steuerlichen Abschreibungen auf den Kapitalwert von Investitionsprojekten bei unterschiedlichen Finanzierungsformen, in: ZfbF 1970, S. 77-86.
- Swoboda, Peter: Einflüsse der Besteuerung auf die Ausschüttungs- und Investitionspolitik von Kapitalgesellschaften, in: ZfbF 1967, S. 1-16.

- Swoboda, Peter / Köhler, Christian: Der Einfluß einer Kapitalgewinnsteuer auf den Aktienkurs und auf die Dividendenpolitik von Aktiengesellschaften, in: ZfbF 1971, S. 208-231.
- Tallau, Hermann: Der betriebswirtschaftlich-bilanzielle Gewinnbegriff als Grundlage der aktienrechtlichen Gewinnbegriffe Jahresüberschuß und Bilanzgewinn, in: ZfB 1969, S. 187-202.
- Thiel, Rudolf: Der Sachverhalt im Steuerrecht, in: FR 1964, S. 418-421.
- Thiel, Rudolf: Die aktienrechtliche Bilanz als Grundlage der Steuerbilanz, in: ZfbF 1966, S. 544-553.
- Thiel, Rudolf: Geringwertige Wirtschaftsgüter, in: FR 1968, S. 39-41.
- Thiel, Rudolf: Zur Reform der Gewinnermittlung - Probleme der neuen Steuerbilanz, in: ZfbF 1971, S. 534-548.
- Tschierschky, Jürgen: Bemerkungen zur betriebswirtschaftlichen Problematik der Beteiligung externer Berater am Entscheidungsprozeß in der Unternehmung, in: NB 1971, Nr. 3/4, S. 43-49.
- Urban, Peter: Das Werturteilsproblem in den Wirtschaftswissenschaften, in: WISU 1972, S. 165-169.
- Velde, Kurt von der: Herstellungskosten in neuester Sicht, in: DB 1969, S. 1213-1221.
- Velde, Kurt van der: Neues zur Ermittlung der Herstellungskosten, in: DB 1962, S. 709-712.
- Velde, Kurt van der: Problematisches zu den Anschaffungskosten, in: DB 1964, S. 526-529.
- Vodrazka, Karl: Betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Bewertungsfreiheit, in: Der Österreichische Betriebswirt 1962, S. 165-187.
- Vogel, Horst: Preissteigerungsgewinne bei der Einkommensbesteuerung, in: BB 1956, S. 32-36.
- Vogler, Gerhard: Unternehmungspolitik als kybernetischer Prozeß, in: NB 1971, Nr. 3/4, S. 30-37.
- Wacker, Wilhelm H.: Buchführung mit Hilfe der Matrizenrechnung. Diskussionsbeitrag zu dem gleichnamigen Aufsatz von Corcoran, in: WPg 1965, S. 369 f.
- Weber, Helmut: Die Spannweite des betriebswirtschaftlichen Planungsbegriffs, in: ZfbF 1964, S. 716-724.
- Wegmann, Wolfgang: Der ökonomische Gewinn. Die Übertragung der Einkommens- und Kapitaltheorie auf das betriebliche Rechnungswesen, in: DB 1971, S. 733-737.

- Weissenborn, Hans-Ulrich: "Rücklagen für Ersatzbeschaffung" und Gewinnmanipulierung, in: BB 1967, S. 244 f.
- Wheaton, Robert G.: Langfristige Gewinn-Planung, in: ZfB 1958, S. 354-358.
- Winterberg, Bruno: Passivierungszwang bei Pensionsverpflichtungen?, in: DB 1970, S. 1903.
- Witte, Eberhard: Phasen-Theorem und Organisation komplexer Entscheidungsverläufe, in: ZfbF 1968, S. 625-647.
- Wittstock, Jan: Elemente eines allgemeinen Zielsystems der Unternehmung, in: ZfB 1970, S. 833-852.
- Wöhe, Günter: Bildung, Auflösung und Übertragung stiller Rücklagen im Steuerrecht aus der Sicht der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, in: ZfbF 1966, S. 98-117.
- Wöhe, Günter: Steuerfreie Rücklagen. Zwischen Billigkeit und Wirtschaftspolitik, in: Der Volkswirt 1966, S. 393-396.
- Wysocki, Klaus von: Betriebswirtschaftslehre und Staat, in: ZfbF 1966, S. 198-219.

Sonstige Quellen

- Jääskeläinen, Veikko: Investment and the Corporate Income Tax, Manuskript eines Vortrages, gehalten auf der 5. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Unternehmensforschung vom 26. - 29.10.1966 in Berlin.
- Kirsch, Werner: Betriebswirtschaftspolitik und geplanter Wandel betriebswirtschaftlicher Systeme, hektographiertes Manuskript eines Vortrages, gehalten auf der wissenschaftlichen Tagung des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V., 23.-27.5.1972 in Innsbruck.

Verzeichnis der verwerteten Gerichtsentscheidungen

RFH-Gutachten	GrS D 7/38	v.	4.2.1939,	RStBl.	1939,	S. 321.
BFH-Urteil	IV 246/50 S	v.	22.8.1951,	BStBl.	1951 III,	S. 181.
BFH-Urteil	IV 329/51 S	v.	6.3.1952,	BStBl.	1952 III,	S. 114.
BFH-Urteil	I 131/57 U	v.	8.1.1958,	BStBl.	1958 III,	S. 97.
BFH-Urteil	I 60/57 U	v.	1.4.1958,	BStBl.	1958 III,	S. 291.
BFH-Urteil	I 70/57 U	v.	5.8.1958,	BStBl.	1958 III,	S. 392
BFH-Urteil	VI 299/62	v.	8.4.1964,	HFR	1964,	S. 341.
BFH-Urteil	I 237/62 U	v.	27.5.1964,	BStBl.	1964 III,	S. 489.
BFH-Urteil	I 103/63	v.	15.2.1966,	BStBl.	1966 III,	S. 468.
BFH-Urteil	GrS 2/68	v.	3.2.1969,	BStBl.	1969 II,	S. 291.
BGH-Urteil	II ZR 292/59	v.	27.2.1961,	BGHZ	Bd. 34,	S. 324.

Received of the Hon. the Secretary of the Navy
the sum of \$1000.00 for the purchase of
the ship "Albatross" for the service of the
Navy. The said ship was purchased of the
Hon. the Secretary of the Navy for the
sum of \$1000.00. The said ship was
purchased of the Hon. the Secretary of the
Navy for the sum of \$1000.00. The said
ship was purchased of the Hon. the Secretary
of the Navy for the sum of \$1000.00. The
said ship was purchased of the Hon. the
Secretary of the Navy for the sum of
\$1000.00. The said ship was purchased
of the Hon. the Secretary of the Navy
for the sum of \$1000.00. The said ship
was purchased of the Hon. the Secretary
of the Navy for the sum of \$1000.00.

Received of the Hon. the Secretary of the Navy
the sum of \$1000.00 for the purchase of
the ship "Albatross" for the service of the
Navy. The said ship was purchased of the
Hon. the Secretary of the Navy for the
sum of \$1000.00. The said ship was
purchased of the Hon. the Secretary of the
Navy for the sum of \$1000.00. The said
ship was purchased of the Hon. the Secretary
of the Navy for the sum of \$1000.00. The
said ship was purchased of the Hon. the
Secretary of the Navy for the sum of
\$1000.00. The said ship was purchased
of the Hon. the Secretary of the Navy
for the sum of \$1000.00. The said ship
was purchased of the Hon. the Secretary
of the Navy for the sum of \$1000.00.

Lebenslauf

Am 18. März 1945 wurde ich, Hans Röthel, als Sohn der Geschäftsinhabereheleute Max und Wilhelmine Schulze, geb. Röthel, in Augsburg geboren.

Den jetzigen Familiennamen erhielt ich im Jahre 1951 aufgrund einer Namensänderung.

Nach Besuch der Volksschule war ich von 1956 bis 1965 Schüler der Jakob-Fugger-Wirtschaftsoberrealschule der Stadt Augsburg, wo ich im Juli 1965 die Reifeprüfung ablegte.

Im Wintersemester 1965/66 nahm ich an der Universität München das Studium der Betriebswirtschaft auf und bestand im Frühjahr 1970 die Diplomprüfung für Kaufleute.

Seither bin ich mit der Abfassung meiner Dissertation beschäftigt.

Seit 1. Juli 1971 bin ich Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Seminar für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre der Universität München.

Lebenslauf

Am 18. März 1907 wurde ich, Hans Hubert, als Sohn der Eheleute
eheleute Max und Wilhelmine Schulze, geb. Köhler, in Augsburg geboren.

Der jetzigen Familienname erhielt ich im Jahre 1901 aufgrund einer
Namensänderung.

Nach Besuch der Volksschule war ich von 1920 bis 1927 Schüler der
Lehr-Tagewerk-Wirtschaftsschule der Stadt Augsburg, wo ich
im Jahr 1927 die Reifeprüfung ablegte.

Im Wintersemester 1927/28 nahm ich an der Universität München das
Studium der Betriebswirtschaftslehre auf und bestand im Frühjahr 1929 die
Diplomprüfung für Kaufleute.

Seither bin ich mit der Abfassung meiner Dissertation beschäftigt.

Seit 1. Juli 1929 bin ich Leiter der Geschäftsstelle des
wissenschaftlichen Ausschusses des Vereins für Betriebswirtschaftliche
Erforschung der Universität München.

